

Center for  
Global  
Studies

bonn



**emPOWER Papers**

# **Mächte, Menschen und Diskurse**

**Neue Perspektiven auf  
internationale Herausforderungen**

Hendrik W. Ohnesorge  
Christiane Heidbrink  
Xuewu Gu (Hrsg.)

Band 1  
Bonn 2022

# Mächte, Menschen und Diskurse

## Neue Perspektiven auf internationale Herausforderungen

emPOWER Papers | Bonn, 2022

Hendrik W. Ohnesorge

Christiane Heidbrink

Xuewu Gu

(Hrsg.)



Das **Center for Global Studies (CGS)** an der Universität Bonn widmet sich der Erforschung von Macht und Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen. Die Reihe emPOWER Papers fördert Beiträge von Nachwuchsforscherinnen in den Internationalen Beziehungen.

Professor Dr. Xuewu Gu ist Inhaber des Lehrstuhls der Internationalen Beziehungen und Direktor des Center for Global Studies (CGS, Christiane Heidbrink und Dr. Hendrik W. Ohnesorge sind Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen am CGS.

---

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Verzeichnis der Autor*innen</b>	<b>3</b>
<b>Zum Geleit: The largest untapped reservoir of talent in the world</b> <i>Volker Kronenberg</i>	<b>8</b>
<b>emPOWER – Ein Projekt zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen in den Internationalen Beziehungen</b> <i>Xuewu Gu, Christiane Heidbrink, Neele Hartel und Hendrik W. Ohnesorge</i>	<b>11</b>
<b><u>Teil I – Mächte</u></b>	
<b>Einleitung: Macht und Mächte in der internationalen Politik</b> <i>Hanna Ulatowski</i>	<b>17</b>
<b>Explaining the development of the US cyber security strategy between 2003 and 2018</b> <i>Julia Mollerus</i>	<b>21</b>
<b>An analysis of the relationship between the EU and Albania with regard to judicial and administrative reforms and the fight against corruption</b> <i>Kaltrina Kamberovska</i>	<b>46</b>
<b><u>Teil II – Menschen</u></b>	
<b>Einleitung: Feministische Außenpolitik</b> <i>Christiane Lemke</i>	<b>74</b>
<b>Feministische Außenpolitik als hegemonialer Kampfplatz? Eine staatsrechtliche Einordnung</b> <i>Katharina Geldsetzer</i>	<b>79</b>
<b>Geschlechterkonzeptionen bei den Vereinten Nationen. Eine Untersuchung zum Geschlechterwissen des UN-Generalsekretärs in Berichten zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Zeitraum 2002-2018</b> <i>Katharina Müller</i>	<b>104</b>
<b>„Was ist Diskriminierung für Frauen?“ (1970). Transnationale Ansätze in Iijima Aikos feministischer Theorie</b> <i>Caroline Ruhl</i>	<b>127</b>

### Teil III – Diskurse

<b>Einleitung: <i>Words matter!</i> Diskursanalytische Ansätze in den Internationalen Beziehungen</b> <i>Julia Gurol</i>	<b>155</b>
<b>Vom Umgang mit der schwierigen Vergangenheit – Ein Vergleich geschichtspolitischer Debatten zu Genozid in Deutschland und Indonesien</b> <i>Anna Grimminger</i>	<b>160</b>
<b>A Joint Understanding on the Past? Challenges and Prospects of Reconciliation between Germany and the Ovaherero and Nama from an Emotions Perspective</b> <i>Clara Stecklum</i>	<b>186</b>
<b>Deutschland als Entwicklungsland? Eine Analyse des deutschen Entwicklungsdispositivs unter der Agenda 2030</b> <i>Laura Mai Ehrich</i>	<b>214</b>
<b>Negotiating Difference in IR – Deliberative Conceptions of Global Justice from a Postcolonial Perspective</b> <i>Lea Augenstein</i>	<b>243</b>

## **Verzeichnis der Autor\*innen**

**Lea Augenstein** studierte Politikwissenschaft und öffentliches Recht (Bachelor of Arts) sowie Friedensforschung und Internationale Politik (Master of Arts) an der Universität Tübingen. Ihr Masterstudium schloss sie im Februar 2019 mit einer Masterarbeit zu globalen Gerechtigkeitsvorstellungen aus einer postkolonialen Perspektive ab, die nun in abgewandelter Form in diesem Sammelband erscheint. Betreuer der Arbeit waren Thomas Diez (Erstgutachter) und Thomas Nielebock (Zweitgutachter). Praktische Erfahrungen sammelte sie durch ihre Arbeit als studentische Hilfskraft am Institut für Politikwissenschaft während ihres Studiums. Nach ihrem Masterabschluss war sie zudem als geprüfte Hilfskraft am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) in Tübingen tätig. Seit Dezember 2019 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Tübingen. Dort promoviert sie zu Agency und Widerstandspraktiken von Immigrant\*innen an der europäischen Grenze. Von Dezember 2019 bis Dezember 2021 war Lea Augenstein Redakteurin der Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB).

**Laura Mai Ehrich** absolvierte nach dem Studium der Umwelt- und Entwicklungspolitik in London den Master in Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Während des Masterstudiums arbeitete sie in verschiedenen Bonner entwicklungspolitischen Institutionen, darunter das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Engagement Global. Ihre Abschlussarbeit verfasste sie von 2019-2020 am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte bei Frau Dr. Eva Hausteiner und Frau Prof. Dr. Grit Straßenberger unter dem Titel „Das deutsche Entwicklungsdispositiv unter der Agenda 2030“. Im hier veröffentlichten Beitrag wird eine der beiden darin untersuchten Hypothesen beleuchtet – die Hypothese "Deutschland als Entwicklungsland".

**Katharina Geldsetzer** studiert an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, wo sie die in diesem Sammelband veröffentlichte Arbeit „Feministische Außenpolitik als hegemonialer Kampfplatz? Eine staatstheoretische Einordnung“ im Rahmen ihres Bachelor of Arts im Fach Politikwissenschaft eingereicht hat. Die Arbeit wurde von Henrike Bloemen M.A. und von Carolin Schöner M.A. betreut. Katharina Geldsetzer arbeitet seit 2019 im Büro für Gleichstellung an der WWU Münster und begleitete dort bereits verschiedene Projekte zur Vereinbarkeit

von Studium und Familie sowie zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und dem Weltfrauentag. Aktuell studiert sie den Master of Education für die Fächer Englisch und Sozialwissenschaften sowie parallel den Master of Art in Politikwissenschaft an der WWU Münster.

**Anna Grimminger** hat an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität 2019 ihr Bachelorstudium in Politikwissenschaften, Soziologie und Südostasienwissenschaften abgeschlossen. Im Rahmen ihrer Bachelorarbeit hat sie geschichtspolitische Debatten zu Genozid in Deutschland und Indonesien vergleichend untersucht. Darauf basiert der Beitrag in diesem Sammelband. Die Arbeit wurde betreut von Prof. Dr. Tilman Mayer (Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie) und Prof. Dr. Christoph Antweiler (Institut für Orient- und Asienwissenschaften, Abteilung für Südostasienwissenschaft). Mittlerweile studiert sie Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen mit einem Fokus auf quantitative und qualitative Methoden, Monitoring und Evaluation von Entwicklungszusammenarbeit sowie (Südost-) Asien.

**Xuewu Gu**, Prof. Dr., ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Direktor des Center for Global Studies (CGS) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

**Julia Gurol**, Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und geschäftsführende Assistentin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ihre Forschungsschwerpunkte befassen sich mit globalen Machtverschiebungen, autoritären Praktiken, Infrastruktur und Konnektivität mit einem regionalen Fokus auf der Volksrepublik China und dem globalen Süden. Sie promovierte an der Universität Freiburg zu europäisch-chinesischen Sicherheitsbeziehungen. Ihre Monographie „The EU-China security paradox: cooperation against all odds?“ erschien im Januar 2022 bei Bristol University Press. Julia Gurols Publikationen erschienen in zahlreichen Fachjournalen, darunter das Journal of Common Market Studies, das Journal of Contemporary China sowie die Zeitschrift für Internationale Beziehungen. Diskurse spielen in ihrer derzeitigen Forschung eine zentrale Rolle. So untersucht sie im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts die Diffusion von Narrativen zur COVID-Pandemie aus China in die Golfregion und ist Leiterin eines DFG-geförderten Projekts zu „Populist narratives on COVID-19 in the Global South“.

**Neele Hartel** ist Studentin im Bachelor-Studiengang „Politik und Gesellschaft“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Als studentische Hilfskraft am Center for Global Studies unterstützt sie das vom Gleichstellungsbüro der Universität Bonn geförderte emPOWER-Projekt des CGS.

**Christiane Heidbrink** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Forschungsleiterin des Bonn Power Shift Monitors am Center for Global Studies (CGS) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Gemeinsam mit Dr. Hendrik W. Ohnesorge leitet sie das vom Gleichstellungsbüro der Universität Bonn geförderte emPOWER-Projekt des CGS.

**Kaltrina Kamberovska** wurde in Nordmazedonien geboren und ist in den USA aufgewachsen. Sie war die erste Person in ihrer Familie, die einen Universitätsabschluss erlangte. In den USA hat sie Politikwissenschaft und Geschichte an der University of Illinois at Urbana-Champaign studiert. Sie ist 2016 nach Deutschland gekommen, um ihren Master zu absolvieren und hat Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte im englischen „Roads to Democracy“ Programm studiert. Ihre Masterarbeit, die hier in abgekürzter Form veröffentlicht ist, hat sie unter der Betreuung von Prof. Dr. Andrea Schneider und Prof. Dr. Sigrid Baringhorst geschrieben. Als Kind von Einwanderern aus dem Ostblock hat sie sich schon immer für die Balkanländer und postkommunistische Entwicklung interessiert.

**Volker Kronenberg**, Prof. Dr., lehrt Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und ist zugleich Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn.

**Christiane Lemke**, Prof. Dr., ist Professorin für Politikwissenschaft Emerita an der Leibniz Universität Hannover mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen, Europapolitik und USA. Sie war dort von 2007 bis 2013 Direktorin des Jean Monnet European Center of Excellence. Von 2006 bis 2007 war sie als erste Frau Direktorin des Niedersächsischen Landtags. Sie hat mehrfach Gastprofessuren in den Vereinigten Staaten innegehabt, u. a. als Visiting Krupp Chair an der Harvard University, Max Weber Chair an der New York University sowie Adjunct Professor an der UNC Chapel Hill. Christiane Lemke ist Senior Non-resident Fellow im Center for Global Affairs an der New York University. Publikationen: Der Kampf

um das Weiße Haus. Die US-Präsidentenwahl 2020 im Zeichen von Polarisierung, Corona-Pandemie und gesellschaftlichen Spannungen, Wiesbaden: VS Springer 2021; „Eine andere Stimme. Zur Bedeutung der Frauen- und Geschlechterforschung in der internationalen Politik.“ In: Der Faktor Persönlichkeit in der internationalen Politik. Hrsg. v. Hendrik W. Ohnesorge und Xuewu Gu. Wiesbaden: VS Springer Verlag 2021.

**Julia Mollerus** hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Politikwissenschaft und Jura studiert. Im Laufe ihres Studiums spezialisierte sie sich auf internationale Sicherheitspolitik und arbeitete in diesem Rahmen als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen von Professor Dr. Berthold Rittberger. Dabei galt ihr Interesse vor allem dem Einfluss von Cybersicherheit auf die Dynamik im internationalen System. Sie schrieb ihre Bachelorarbeit unter Betreuung von Dr. Felix Biermann und schloss ihr Studium im Januar 2020 mit einem Bachelor of Arts ab. Nach der erfolgreichen Bewerbung für das EmPOWER! Projekt des Center for Global Studies der Universität Bonn, konnte sie ihre Forschungsergebnisse im April 2021 einem Fachpublikum vorstellen und mit ihren Mitstipendiatinnen diskutieren.

**Katharina Müller** hat die Masterarbeit "Geschlechterkonzeptionen bei den Vereinten Nationen. Eine Untersuchung zum Geschlechterwissen des UN-Generalsekretärs in Berichten zum Thema "Frauen, Frieden und Sicherheit" im Zeitraum 2002-2018" am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin verfasst. Von 2016-2019 studierte sie im Master Politikwissenschaft an der FU Berlin sowie an der Elliott School of International Affairs der George Washington University in Washington, D.C. Im September 2019 reichte sie ihre Abschlussarbeit ein, die von Frau Prof. Dr. Cilja Harders und Herrn Prof. Dr. Sven Chojnacki betreut wurde. Katharina Müller beschäftigt sich weiterhin mit Fragen von Geschlecht, Empowerment und Sicherheit und arbeitet derzeit für die Vereinten Nationen.

**Hendrik W. Ohnesorge**, Dr., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Geschäftsführer des Center for Global Studies (CGS) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Gemeinsam mit Christiane Heidbrink leitet er das vom Gleichstellungsbüro der Universität Bonn geförderte emPOWER-Projekt des CGS.



**Caroline Ruhl** studierte die Fächer Modernes Japan und Philosophie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Bunkyo Universität in Koshigaya. Im Rahmen des konsekutiven Masterstudiengangs absolvierte Sie im Jahr 2018 einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt an der Nanzan Universität in Nagoya. Den Masterstudiengang Modernes Japan beendete sie 2019 mit einer Arbeit über die feministische Theorie der japanischen Aktivistin und Theoretikerin Iijima Aiko. Die Arbeit wurde von der Historikerin und Japanwissenschaftlerin Prof. Dr. Andrea Germer betreut. Seit 2019 ist Caroline Ruhl Promotionsstudentin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Modernes Japan tätig. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Intersektionalität und sozialen Bewegungen am Beispiel der im Jahr 1970 in Japan gegründeten Bewegungsorganisation Konferenz Asiatischer Frauen.

**Clara Stecklum** studierte Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Potsdam. Ihre Masterarbeit stellte sie 2018 unter der Betreuung von Prof. Dr. Bettina Engels und Prof. Dr. Cilja Harders an der Freien Universität fertig. Ihr Dank gilt insbesondere denjenigen Nachfahren der Opfergemeinschaften, die der Autorin für diese Arbeit Einblick in ihre Kämpfe und Leben gewährten. Die Grundzüge ihres Arbeitens zu europäischem Kolonialismus und Erinnerungskultur entstanden bereits 2016 im Auslandssemester an der Universidade Nova de Lisboa. Während Clara Stecklum für ihre Masterarbeit von Berlin und Hamburg forschte, konnte sie nach ihrem Studienabschluss eine Tätigkeit für UNAIDS im südlichen Afrika nutzen, um Aktivist:innen und Erinnerungsorte auch vor Ort in Namibia zu besuchen. Seit 2021 ist sie für die Berlin University Alliance tätig.

**Hanna Ulatowski** hat 2021 ihr Masterstudium der Politikwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn abgeschlossen. Am vom Gleichstellungsbüro der Universität Bonn geförderten emPOWER-Projekt des Center for Global Studies hat sie als Projektassistenz und Medienkoordinatorin mitgearbeitet.

## Zum Geleit: The largest untapped reservoir of talent in the world

Volker Kronenberg

„I have said this many times, that there seems to be enough room in the world for mediocre men, but not for mediocre women. You have to work. You have to work exceptionally hard.“<sup>1</sup>

– Madeleine Albright

„We need to move beyond the idea that girls can be leaders and create the expectation that they should be leaders.“<sup>2</sup>

– Condoleezza Rice

Es dürfte alles andere als auszuschließen sein, dass das Erleben von – eben nach wie vor vornehmlich männlichen – Staatenlenkern und deren Gebaren in den zahllosen Konferenzen und Verhandlungsrunden auf der Bühne der internationalen Diplomatie, an denen die beiden vorangegangenen Zitierten als *Secretaries of State* der Vereinigten Staaten von Amerika teilnahmen, sie zu diesen Aussagen verleiten ließen...

Um Missverständnissen an dieser Stelle zuvorzukommen: Niemand – und als Allerletzte sicherlich Madeleine Albright – erwartet oder: *sollte* auch nur erwarten, dass Frauen härter arbeiten, außergewöhnlichere Leistungen erbringen müssen als Männer, um etwa die gleichen professionellen Ziele zu erreichen. Aber mit Blick etwa auf den zu Beginn des Jahres 2021 aus dem Amt geschiedenen 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sich bei der Präsidentschaftswahl 2016 mit Hillary Rodham Clinton einer Kandidatin gegenüber sah, von der sein Amtsvorgänger Barack Obama sagte, es habe nie eine Kandidatin oder einen Kandidaten gegeben, die oder der für dieses Amt qualifizierter gewesen sei,<sup>3</sup> dürfte kaum jemand mehr ernsthaft bestreiten wollen, dass es selbst in den herausgehobenen Ämtern, die auf der Welt vergeben werden, in der Tat nach wie vor mehr als „enough room for mediocre men“ gibt.

---

1 Madeleine Albright zit. nach: Jennifer Vineyard (2015): Madeleine Albright Says: Learn to Interrupt, But Only If You Know What You're Talking About, 22.06.2025, in: <https://www.thecut.com/2015/06/madeleine-albright-best-advice.html>, abgerufen am 17.01.2022.

2 Condoleezza Rice [@CondoleezzaRice] (2014): We need to move beyond the idea that girls can be leaders and create the expectation that they should be leaders: (...) [Tweet], 11.03.2014, in: <https://twitter.com/condoleezza/status/443457701234745344>, abgerufen am 17.01.2022.

3 Vgl. o. V. (2016): Obama says Clinton is the most qualified presidential candidate ever, 05.07.2016, in: <https://www.politico.com/video/2016/07/obama-says-clinton-is-the-most-qualified-presidential-candidate-ever-059832>, abgerufen am 28.06.2021.

Nun ließe sich einwenden, dass es nicht ihre Eigenschaft, eine – noch dazu hochqualifizierte – Frau zu sein, gewesen sei, die der damaligen Präsidentschaftskandidatin Clinton den sicher geglaubten Wahlsieg gekostet habe und allein die erstmalige Nominierung einer Frau durch eine der beiden dominierenden US-amerikanischen Parteien als historisch anzusehen ist. In einer *globalen* Perspektive – und für die westlichen Demokratien erst recht – besteht jedoch nach wie vor die Notwendigkeit „[to] create the expectation that [girls] should be leaders.“

Den jungen Wissenschaftlerinnen, die zu dem nun vorliegenden Band Beiträge geleistet haben, die allesamt derart eindrucksvoll sind und Zeugnis über ihre außerordentliche Befähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten ablegen, dass es unmöglich erscheinen muss, den Leser\*innen einen der Beiträge in besonderer Weise ans Herz zu legen, mag nun zwar – gleichwohl dies keineswegs auszuschließen ist und hier auch bewusst nicht ausgeschlossen werden soll – vielleicht nicht unbedingt vorschweben, eine jener von Condoleezza Rice apostrophierten „Leaderinnen“, eine Staatenlenkerin, zu werden. Doch sei der Hinweis darauf erlaubt, dass die Wahl, eben jene beiden Frauen hier zu Wort kommen zu lassen, nicht nur in der Prägnanz ihrer hier zitierten Aussagen, nicht nur in ihrem Frausein oder in ihren eindrucksvollen *politischen* Laufbahnen begründet liegt. Wären allein diese Kriterien hier zugrunde gelegt worden, wäre die Wendung der ehemaligen *First Lady*, US-Senatorin und -Außenministerin Clinton, nach der, so entsprechend das hier titelgebende Zitat, „women (...) the largest untapped reservoir of talent in the world“<sup>4</sup> sind, womöglich gar noch geeigneter gewesen, das zentrale Anliegen dieses Geleitwortes zum Ausdruck zu bringen. Albright und Rice jedoch eint darüber hinaus noch etwas, das – selbstredend – zwar nicht ihrem Frausein, wohl aber ihren beeindruckenden, an der Spitze des *State Department* gipfelnden Karrieren vorausgeht: Beide sind Politologinnen und haben, noch weit bevor sie in die obersten Etagen der US-Administration wechselten, an herausragenden Institutionen in der US-amerikanischen Wissenschaftslandschaft gelernt, geforscht und gelehrt.

Kein Zweifel: Das akademische Vermächtnis Susan Stranges, der Namenspatronin des vom Center for Global Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ausgelobten *Susan Strange Young Scholar Awards*, der auf der ersten *EmPower!*-Konferenz im April 2021, anlässlich dieser Band nun erscheint, verliehen wurde, um herausragende junge Wissenschaftlerinnen zu prämiieren und zu ermutigen, ihr besonderes Engagement in Wissenschaft und Forschung fortzusetzen, wiegt im Vergleich zu den Leistungen Albrights und Rices auf diesem

---

4 Hillary Rodham Clinton zit. nach: Rachael Combe (2012): At the Pinnacle of Hillary Clinton's Career, 05.04.2012, in: <https://www.elle.com/culture/career-politics/interviews/a12529/at-the-pinnacle-of-hillary-clintons-career-654140/>, abgerufen am 17.01.2021.

Gebiet ungleich schwerer. Dass jedoch vermutlich selbst den jüngsten Generationen von Student\*innen der Politikwissenschaft, auch der Internationalen Beziehungen, nach Morgenthau und Waltz, nach Moravcsik und Nye, nach Wendt und Galtung die Namen Albright und Rice nach wie vor geläufiger sein dürften, als der Susan Stranges, wenn es um prägende Figuren der wissenschaftlichen wie politischen Befassung mit internationaler Politik geht, sollte uns zu denken geben und unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit, die Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft zu erhöhen.

Da die Gleichstellung der Geschlechter auch vor diesem Hintergrund einen Schwerpunkt meines Wirkens als Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn darstellt, freue ich mich ganz besonders, dass mein Kollege Xuewu Gu und sein Team um Christiane Heidbrink und Hendrik W. Ohnesorge hier die Initiative ergriffen haben, und mit dem *EmPower!*-Projekt und dem *Susan Strange Young Scholar Award* einen weiteren, wichtigen Beitrag zur Förderung besonders begabter Studentinnen an unserer Universität leisten. Ich verbinde dies mit der Hoffnung, dass dieses Projekt eine feste Größe im Fachbereich der Bonner Politikwissenschaft und auch darüber hinaus werden möge.

Nun bleibt mir noch, den prämierten und hier publizierten jungen Akademikerinnen für ihre bereits jetzt vielversprechende Zukunft alles Gute, die notwendige Ausdauer und letztlich viel Erfolg zu wünschen – und Ihnen, liebe Leser\*innen, viel Freude bei einer sicherlich einsichtsvollen und gewinnbringenden Lektüre!

**Prof. Dr. Volker Kronenberg**

Bonn, im Januar 2022.

## **emPOWER – Ein Projekt zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen in den Internationalen Beziehungen**

*Xuewu Gu, Christiane Heidbrink, Neele Hartel und Hendrik W. Ohnesorge*

Das emPOWER-Projekt des Center for Global Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verfolgt das Ziel, Nachwuchsforscherinnen im politikwissenschaftlichen Teilbereich der Internationalen Beziehungen zu fördern und die Sichtbarkeit ihrer Forschungsergebnisse langfristig zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Jahr 2021 erstmals der Susan Strange Young Scholar Award vergeben. Der Wettbewerb um die Vergabe dieses Forschungspreises war verbunden mit einer wissenschaftliche Konferenz zur Präsentation und Diskussion der eingereichten Forschungsarbeiten, welche nun im vorliegenden Sammelband zusammengeführt und der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Susan Strange Young Scholar Award ist benannt nach der britischen Sozialwissenschaftlerin Susan Strange (1923-1998), deren bahnbrechende Forschung sich auf Internationale Politik und Ökonomie fokussierte. Gewissermaßen im Alleingang gründete Susan Strange das Fach der Internationalen Politischen Ökonomie, und dies zu einer Zeit, in der Frauen in der Forschung noch weit weniger repräsentiert waren als dies heute der Fall ist. Auch ist Susan Strange all jenen Forscher\*innen eine Inspiration, die eine wissenschaftliche Karriere als zweiten Berufsweg einschlagen oder täglich Familienleben und Forschung miteinander zu vereinbaren haben. Obgleich Strange zunächst lange Jahre als Journalistin arbeitete, kann sie bis heute als wohl bedeutendste britische Forscherin ihres Fachs gelten. Ihr Einfluss reicht dabei weit über die Grenzen eines einzelnen Fachs hinaus. So wurden und werden ihre Beiträge zu den vier Schlüsselstrukturen der Macht – Sicherheit, Produktion, Finanzen und Wissen – ebenso im Fachbereich der Internationalen Beziehungen intensiv rezipiert und diskutiert. Zudem hat sich Susan Strange zeitlebens als bedeutende Förderin junger Forscher\*innen hervorgetan: So initiierte Strange selbst noch in den letzten Wochen ihres Lebens den „BISA Founders Fund“ der British International Studies Association zur Förderung von Nachwuchswissenschaftler\*innen. Diesem beeindruckenden Vorbild folgend, zeichnet der Susan Strange Young Scholar Award aufstrebende Wissenschaftlerinnen aus.

Im Rahmen der Ausschreibung des Forschungspreises wurden zahlreiche Abschlussarbeiten von Nachwuchsforscherinnen aus ganz Deutschland eingereicht, welche nun Teil dieses Sammelbandes geworden sind. Vor Veröffentlichung in diesem Band, konnten die Autorinnen ihre Beiträge im Rahmen einer digitalen Konferenz vorstellen, mit einem Fachpublikum diskutieren und anschließend noch einmal überarbeiten.

Die Konferenz fand am 23. April 2021 statt. Sie war gegliedert entlang dreier Themenschwerpunkte, an denen sich die Abschnitte des vorliegenden Sammelbandes orientierten:

- Mächte: Made in USA, Made in EU? (moderiert von Dr. Ulrike Franke)
- Menschen: Gender, Frieden und Konfliktbearbeitung (moderiert von Prof. Dr. Christiane Lemke)
- Diskurse: Die Macht der Worte (moderiert von Dr. Julia Gurol)

Bereits an dieser Stelle sei allen Moderatorinnen gedankt, die mit geübter Hand und ausgezeichneter Expertise durch die Paneldiskussionen geführt haben.

Gleichsam als Höhepunkt der Konferenz sprach Dr. Ursula Sautter, Bürgermeisterin der Stadt Bonn, Stellvertretende Vorsitzende UN Women Deutschland und Strategische Partnerin des EmPOWER-Projektes, im Rahmen ihrer Keynote zum Thema „Partizipation von Frauen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft“. Wir danken Frau Dr. Sautter herzlich für ihre aufrüttelnden Worte, ihre Teilnahme an der Konferenz und ihre Unterstützung des Projektes.

Im Anschluss an Präsentation und Diskussion aller Forschungsarbeiten wurde der Susan Strange Young Scholar Award 2021 verliehen. Der ausgezeichnete Beitrag von Lea Augenstein erscheint hier unter dem Titel „Negotiating Difference in IR – Deliberative Conceptions of Global Justice from a Postcolonial Perspective“.

### **Zum vorliegenden Band**

Obwohl die erste Ausgabe des Susan Strange Young Scholar Awards bewusst auf eine thematische Einschränkung der teilnahmeberechtigten Arbeiten verzichtete, lassen sich die hier veröffentlichten Arbeiten unter dem Dreiklang „Mächte, Menschen und Diskurse“ gliedern und zusammenfassen. Neben den jeweiligen Beiträgen seitens der Nachwuchsforscherinnen enthält der Band jeweils eine Einleitung zu den drei genannten Themenschwerpunkten.

In den ersten Schwerpunkt – Mächte – führt Hanna Ulatowski ein. Sie legt einen Grundstein für die sich anschließenden Beiträge, indem sie die unterschiedlichen Machtbegriffe in den Internationalen Beziehungen sowie deren Weiterentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten diskutiert. Der folgende, erste Themenschwerpunkt enthält sodann die Beiträge von Julia Mollerus („Explaining the Development of the US Cyber Security Strategy between 2003 and 2018“) und Kaltrina Kamberovska („The European Union’s Promotion of Rule of Law in Albania – An Analysis of the Relationship between the EU and Albania with Regard to Judicial and Administrative Reforms and the Fight against Corruption“).

Einleitend in den zweiten Themenschwerpunkt – Menschen – skizziert Christiane Lemke, inwiefern feministische Außenpolitikanalyse neue Forschungsperspektiven bietet. Bestandteil dieses zweiten Teils sind die Beiträge von Katharina Geldsetzer („Feministische Außenpolitik als hegemonialer Kampfplatz? Eine staatstheoretische Einordnung“), Katharina Müller („Geschlechterkonzeptionen bei den Vereinten Nationen – Eine Untersuchung zum Geschlechterwissen des UN-Generalsekretärs in Berichten zu ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘ im Zeitraum von 2002-2018“) und Caroline Ruhl („Was ist Diskriminierung für Frauen? [1970] – Transnationale Ansätze in Iijima Aikos feministischer Theorie“).

Als Einleitung für den letzten Schwerpunktbereich – Diskurse – hebt Julia Gurol die Bedeutung von Diskursen in den Internationalen Beziehungen hervor. Mit diesem übergeordneten Thema beschäftigen sich die Beiträge von Anna Grimminger („Vom Umgang mit der schwierigen Vergangenheit – Ein Vergleich geschichtspolitischer Debatten zu Genozid in Deutschland und Indonesien“), Clara Stecklum („A Joint Understanding on the Past? – Challenges and Prospects of Reconciliation between Germany and the Ovaherero and Nama from an Emotions Perspective“), Laura Mai Ehrich („Deutschland als Entwicklungsland? – Eine Analyse des deutschen Entwicklungsdispositiv unter der Agenda 2030“) und Lea Augenstein („Negotiating Difference in IR – Deliberative Conceptions of Global Justice from a Postcolonial Perspective“).

### **Dank und Ausblick der Herausgeber\*innen**

Der Dank der Herausgeber\*innen zur Realisierung eines derartigen Projektes gilt einer ganzen Reihe von Personen. Zuvörderst sei selbstverständlich den Nachwuchsforscher\*innen selbst gedankt, die ihre exzellenten Abschlussarbeiten für den Susan Strange Young Scholar Award eingereicht haben und, nach Durchlauf eines mehrstufigen Begutachtungsverfahrens, zu den hier vorgelegten Kapiteln überarbeitet haben. Unser Dank gilt zudem ihren Betreuer\*innen an den

verschiedenen deutschen Universitäten, an denen die Arbeiten ursprünglich als Prüfungsleistungen bewertet wurden. Sodann sei den drei Autorinnen gedankt, die die einleitenden Beiträge in die Themenschwerpunkte vorgelegt haben.

Ferner gilt unser herzlichster Dank allen weiteren Unterstützer\*innen des Projektes, das sich über viele Monate erstreckte. Zu nennen sind hier an erster Stelle all jene Mitarbeiter\*innen des Mittelbaus des Bonner Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie, die die eingereichten Arbeiten im Rahmen eines systematischen und anonymisierten Verfahrens – und neben ihren anderen, vielfältigen Verpflichtungen in Forschung und Lehre – begutachtet haben: Dr. Philipp Adorf, Dr. Alice Barth, Dr. Manuel Becker, Clara Dinkelbach, Dr. Fabian Fries, PD Dr. Eva Marlene Hausteiner, Dr. Ying Huang, Dr. Shushanik Minasyan, Dr. Andrej Pustovitovskij und Dr. Robert Stüwe.

Zudem danken wir unseren studentischen Mitarbeiterinnen am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, insbesondere Karina Blommen, die das emPOWER!-Projekt von dessen Entstehung an tatkräftig und kreativ unterstützt hat.

Sodann danken wir dem Akademischen Beirat, der unter dem Vorsitz von Professor Dr. Volker Kronenberg und bestehend aus Professor Dr. Xuewu Gu, Professorin Dr. Anna-Katharina Hornidge, Professorin Dr. Grit Straßenberger und Professorin Dr. Claudia Wich-Reif, die wissenschaftliche Exzellenz der veröffentlichten Arbeiten geprüft hat.

Wir danken aufs Herzlichste dem Dekan der Philosophischen Fakultät unserer Alma Mater, Professor Dr. Volker Kronenberg, für seine unermüdliche Unterstützung und seine langjährige Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Allgemeinen und von Nachwuchswissenschaftlerinnen im Besonderen. Von Beginn an hat er unser Projekt tatkräftig begleitet, gestützt und gefördert und den hier vorgelegten Sammelband zudem mit seinem Geleitwort bereichert.

Schließlich gilt unser Dank dem Gleichstellungsbüro der Universität Bonn, insbesondere der Zentralen Gleichstellungsbeauftragten Sandra Hanke, für die großzügige finanzielle Förderung des gesamten emPOWER-Projektes.

Wir hoffen, mit der erstmaligen Vergabe und zukünftigen Etablierung des Susan Strange Young Scholar Awards in den kommenden Jahren einen Beitrag zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen leisten zu können, an der Universität Bonn und weit darüber hinaus.



Nun ist es unser Wunsch, allen Leser\*innen des Sammelbandes neue, erfrischende Perspektiven auf die eng miteinander verwobenen internationalen Herausforderungen unserer Tage zu eröffnen, die Gegenstand der hier vorgelegten Untersuchungen sind.

## Teil I – Mächte

## Einleitung: Macht und Mächte in der internationalen Politik

Hanna Ulatowski

Es gibt wohl wenige Konzepte, die so zentral für die Erforschung der Internationalen Beziehungen sind wie der Begriff der Macht. Harold D. Lasswell und Abraham Kaplan formulierten im Jahr 1950, dass das Konzept von Macht „perhaps the most fundamental in the whole of political science“<sup>1</sup> sei, während Jon Elster es im Jahr 1976 als „the most important single idea in political theory“<sup>2</sup> bezeichnete. Gleichzeitig gibt es jedoch auch nach Jahrzehnten der intensiven Erforschung des Begriffs noch immer keinen einheitlichen Blick darauf, was Macht eigentlich ist, wie sie funktioniert, und welche Akteure sie in welchem Maße besitzen, um folglich als „Mächte“ auf der internationalen Bühne gelten können.

Blickt man in die Geschichte der Erforschung des Machtbegriffs, führt kein Weg an der Definition Max Webers vorbei: „Macht“, so schreibt er, „bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“<sup>3</sup> Darüber hinaus bezeichnet er Macht als „soziologisch amorph“<sup>4</sup>. Dies bedeutet, dass jede denkbare Eigenschaft oder Qualität eines Menschen dazu führen kann, dass er in die Lage gelangt, Macht über andere auszuüben. Webers Definition veranschaulicht einige wichtige Grundsätze des Machtbegriffs: Er beruht auf einer sozialen Beziehung, hat also einen personalen Charakter und wird nur in Beziehung zu anderen relevant. Zudem überwindet die Macht von Person A den Willen von Person B, Macht wird also besonders deutlich, wenn ein Widerstand überwunden wird.<sup>5</sup>

Eine weitere Definition der Macht, die richtunggebend für die politische Wissenschaft war und ist, stammt von Robert A. Dahl aus dem Jahr 1957. Nach seiner Auffassung bestehe Macht darin, dass A in der Lage sei, B zu einer Handlung zu veranlassen, die dieser anderweitig nicht ausgeführt hätte.<sup>6</sup> Dabei bezieht sich der Machtbegriff nicht auf die Beziehung zwischen den verschiedenen Akteuren, sondern fokussiert sich vielmehr auf die relative Chance, Ereignisse

---

1 Harold D. Lasswell und Abraham Kaplan, *Power and Society: A Framework for Political Inquiry* (New Haven: Yale University Press, 1950).

2 Jon Elster, „Some Conceptual Problems in Political Theory.“ In *Power and Political Theory*, hrsg. v. Brian Barry (New York: Wiley, 1976).

3 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie* (Tübingen: Mohr, 1956).

4 Ebd.

5 Vgl. Christiane Lemke, *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*, 4. Aufl. (Berlin: De Gruyter, 2018). doi:10.1515/9783110589207.

6 Robert A. Dahl, „The concept of power.“ *Behavioral Science* 2, Nr. 3 (1957), doi:10.1002/bs.3830020303.

und Handlungen nach den eigenen Bedürfnissen zu beeinflussen.<sup>7</sup> David A. Baldwin erklärt diese Chance auch mit den Kosten, die durch die Ausübung von Macht entstehen: „Both the costs to A and the costs to B are relevant to assessing influence. Is it costly or cheap for A to influence B? Is it costly or cheap for B to comply with A’s demands?“<sup>8</sup>

Die Machtdefinition Robert Dahls wurde weithin anerkannt, aber auch kritisiert. Einer dieser Kritiker war Steven Lukes, der die Ausarbeitungen Dahls als zu einseitig empfand. Im Jahr 1974 präsentierte er daher seine Theorie der „drei Gesichter der Macht“.<sup>9</sup> Neben der von Dahl herausgearbeiteten Sicht auf Macht als Entscheidung, formulierte Lukes, dass Macht auch schon ausgeübt werden könne, bevor es überhaupt zu einer Entscheidung zwischen entgegengesetzten Präferenzen kommen könne. So ist der Handlungsrahmen für B schon so vorgefertigt, dass dieser gar keine Entscheidung mehr treffen kann. Die dritte Dimension der Macht – laut Lukes einer der effektivsten Wege, Macht auszuüben – ist die Durchsetzung eigener Interessen durch die Beeinflussung der Wünsche des anderen. Wenn die Wünsche von B so beeinflusst werden, dass diese den Interessen von A entsprechen, ist dies laut Lukes ebenfalls Machtausübung.

Ein weiterer Aspekt der Macht ist die Soft Power. Joseph S. Nye definierte Macht in den 1980er Jahren wie folgt: „Power is the ability to affect others to obtain the outcomes you want. One can affect others’ behavior in three main ways: threats of coercion („sticks“), inducements and payments („carrots“), and attraction that makes others want what you want.“<sup>10</sup> Nye stellt mit diesem Konzept einen Zusammenhang her zwischen dem Begriff der Macht und der Fähigkeit, im internationalen Kontext eine Führungsrolle zu übernehmen.<sup>11</sup> Neben Hard Power, also militärischer Stärke, Drohungen, Sanktionen oder wirtschaftlicher Macht, besitzen Akteure auch Soft Power. Diese entspricht der eigenen Anziehungskraft beziehungsweise Attraktivität und damit der Fähigkeit, durch Argumente und Vorbild zu überzeugen. Diplomatie oder Kulturaustausch sind Beispiele für diese Art der Macht.<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Axel Heck, *Macht als soziale Praxis: Die Herausbildung des transatlantischen Machtverhältnisses im Krisenjahr 1989*, 1. Aufl. (s.l.: Springer VS, 2015), zuletzt geprüft am 16.11.2021. doi:10.1007/978-3-658-10698-0, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-10698-0.pdf>, 24.

<sup>8</sup> David A. Baldwin, *Power and International Relations: A Conceptual Approach* (Princeton and Oxford: Princeton University Press, 2016), 55.

<sup>9</sup> Steven Lukes, *Power: A Radical View* (London, 1974).

<sup>10</sup> Joseph S. Nye, „Public Diplomacy and Soft Power.“ *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616, Nr. 1 (2008): 94, zuletzt geprüft am 16.11.2021, doi:10.1177/0002716207311699.

<sup>11</sup> Lemke, *Internationale Beziehungen*, 30.

<sup>12</sup> Vgl. Ohnesorge, Hendrik W., *Soft Power. The Forces of Attraction in International Relations* (Cham, 2020).

Werfen wir nach diesen theoretischen Überlegungen nun einen Blick auf die in diesem Themenabschnitt zusammengefassten Beiträge. Mit Rückgriff auf die kurz angedeutete Vielfalt der Machtforschung, widmen die Autorinnen sich dem Feld auf unterschiedliche Weise. Sie erforschen, wie einflussreiche Akteure wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Europäische Union im internationalen Umfeld agieren und wie sie dieses gestalten. Jene Gestaltungsmächte stehen folglich im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchungen. Darüber hinaus tragen die Autorinnen zur Fortentwicklung der Forschungsagenda bei, indem sie untersuchen, welche Machtspielarten in so unterschiedlichen Politikfeldern wie dem Cyberbereich, der Wissenschaftskooperation oder der Demokratieförderung attestiert werden kann.

Wie Cybertechnologie die Zusammenarbeit zwischen Staaten und das internationale Umfeld verändert, ist das Thema des Beitrags von Julia Mollerus. In einer Kongruenzanalyse widmet sie sich der Frage, warum sich die Cyberstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika von einer vorsichtigen, defensiven Strategie im Jahr 2003 zu einer offensiveren Strategie im Jahr 2018 entwickelt hat. Dazu zieht sie zwei der Großtheorien der Internationalen Beziehungen – den Neorealismus und den Liberalismus – heran und untersucht, inwiefern diese die Cyberstrategie der USA erklären können.

Der zweite Beitrag dieses Themenabschnitts wendet den Blick von den Vereinigten Staaten von Amerika hin zur Europäischen Union. In ihrer Analyse untersucht Kaltrina Kamberovska die Rolle der Europäischen Union hinsichtlich der Normförderung im Rahmen der EU-Erweiterung. Die Förderung rechtsstaatlicher Normen ist essenzieller Bestandteil der Beziehung zwischen der Europäischen Union und den westlichen Balkanstaaten. Ob und wie sich die Strategien der Europäischen Union als Regionalmacht verändert haben, zeigt Kamberovska durch eine empirische Inhaltsanalyse anhand des Fallbeispiels Albanien.

Die Auswahl der Beiträge zeigt: Das Thema Macht in den Internationalen Beziehungen ist weit und vielfältig, die Möglichkeiten der unterschiedlichen Zugänge und Forschungsansätze scheinen dabei schier endlos. Die Beiträge liefern dabei diverse Anregungen, der alten Frage der Macht weiter auf den Grund zu gehen.

## LITERATUR

- Baldwin, David A. *Power and International Relations: A Conceptual Approach*. Princeton and Oxford: Princeton University Press, 2016.
- Dahl, Robert A. „The concept of power.“ *Behavioral Science* 2, Nr. 3 (1957): 201–215. doi:10.1002/bs.3830020303.
- Elster, Jon. „Some Conceptual Problems in Political Theory.“ In *Power and Political Theory*. Hrsg. von Brian Barry, 245–70. New York: Wiley, 1976.
- Heck, Axel. *Macht als soziale Praxis: Die Herausbildung des transatlantischen Machtverhältnisses im Krisenjahr 1989*. 1. Aufl. s.l.: Springer VS, 2015. Zuletzt geprüft am 16.11.2021. doi:10.1007/978-3-658-10698-0. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-10698-0.pdf>.
- Lasswell, Harold D. und Abraham Kaplan. *Power and Society: A Framework for Political Inquiry*. New Haven: Yale University Press, 1950.
- Lemke, Christiane. *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*. 4. Aufl. Berlin: De Gruyter, 2018. doi:10.1515/9783110589207.
- Lukes, Steven. *Power: A Radical View*. London, 1974.
- Nye, Joseph S. „Public Diplomacy and Soft Power.“ *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616, Nr. 1 (2008): 94–109. Zuletzt geprüft am 16.11.2021. doi:10.1177/0002716207311699.
- Ohnesorge, Hendrik W. *Soft Power. The Forces of Attraction in International Relations*. Cham: Springer International Publishing, 2020.
- Weber, Max. *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr, 1956.

# Explaining the development of the US cyber security strategy between 2003 and 2018

*Julia Mollerus*

## 1. Introduction

Within less than three decades, cyber technology has become one of the defining features of our modern world. Both the chances and dangers it presents, affect a broad array of actors. In a changing threat and power landscape, cyber security concerns have ventured into the sphere of (inter)national security politics. By empowering non-state actors and connecting the world across borders, cyber technology disrupts the status quo of International Relations (IR)<sup>1</sup> and forces scholars and decision-makers alike to revise their basic assumptions about the international system and its fundamental dynamics.

The United States (US) were among the first nations to tackle the issue on a national level. In 2003 the US released its first standalone document, *The National Strategy to Secure Cyberspace*,<sup>2</sup> under the Bush administration. It was followed by a series of plans, documents, and strategies issued by various US institutions on different administrative levels. While other countries have started formulating their own cyber security strategies (CSS),<sup>3</sup> the US still shows the most extensive timeline. The transition from the Bush to the Obama administration marked a new age of US cyber security provision, envisioning a more top-down approach and increasingly contemplating the use of offensive measures.<sup>4</sup> The *National Cyber Strategy* released in 2018 under the Trump administration sees itself as the “first fully articulated cyber strategy in 15 years”<sup>5</sup> and thus as the direct follow-up to the 2003 CSS. However, it embodies a radically different strategic focus than the 2003 CSS which focused on defensive measures such as deterrence by denial.<sup>6</sup> The 2018 CSS stresses offensive cyber measures, driven by the idea that

---

1 D. Betz and T. Stevens, *Cyberspace and the State: Toward a Strategy for Cyber-Power* (Abingdon: Routledge, 2011), 9.

2 The White House, *The National Strategy to Secure Cyberspace* (Washington, 2003).

3 N. Shafqat and A. Masood, “Comparative Analysis of Various National Cyber Security Strategies,” *International Journal of Computer Science and Information Security* 14, no. 1 (2016).

4 R. Harknett and J. Stever, “The New Policy World of Cybersecurity,” *Politics and Governance* 17, no. 3 (2011): 456-457.

5 The White House, *National Cyber Strategy of the United States of America* (Washington, 2018), I.

6 A. Wilner, “US Cyber Deterrence: Practice Guiding Theory,” *Journal of Strategic Studies*, February 04, 2019, <https://doi.org/10.1080/01402390.2018.1563779>, 13, 15.

the US needs to show strength to guarantee security in the cyber age.<sup>7</sup> This provokes the question: Why has the US CSS exhibited such a significant shift in the level of offensiveness between 2003 and 2018?

The comparatively extensive US history of CSS allows for an analysis of the development of the strategic focus. And with the growing importance of cyber issues, the question what influences strategic choices in cyberspace becomes important for countries all over the world. The US is not the only nation whose CSS is increasingly aggressive.<sup>8</sup> It is not a singular but an advanced and drastic case. This, paired with the US pre-eminence both in the international system<sup>9</sup> and cyberspace,<sup>10</sup> makes it the perfect choice for a case study. Insights gleaned here can help better understand strategic paths other countries will take in the future.

To explain state behaviour in cyberspace, this paper utilises neorealism and liberalism, two traditional IR paradigms which focus on power dynamics of the international system<sup>11</sup> and the influence of domestic interest groups,<sup>12</sup> respectively. Before they can be applied to the case of the US CSS, their assumptions have to be tested against the features of cyberspace and amended if necessary. In doing so, this research project will not only examine the practically relevant question of what influences strategic choice in cyberspace, but also help expand theoretical knowledge by exploring the relevance of traditional theories in a changed international environment.

The objective of this paper is not to finally prove or disprove the theoretical explanations. Instead, it first focuses on clarifying how cyber issues fit into the framework of traditional IR paradigms and then uses empirical data for the case of the US CSS (to the extent available) to show to which degree the explanations are plausible. This will lay the groundwork for a more diverse theoretical engagement with cyber issues. Finally, the analysis will show that a realistic and prudent risk assessment is vital to avoid unnecessary escalation tendencies in cyberspace.

## 2. Conceptualisation

Following Singer and Friedman's basic description, "cyberspace is the realm of computer networks (and the users behind them) in which information is stored, shared, and communicated

---

7 Ibid., 15.

8 Shafqat and Masood, "Comparative Analysis," 135.

9 J. Nye Jr, "The Twenty-First Century will not be a 'Post-American' World," *International Studies Quarterly* 56, no. 1 (2012).

10 Wilner, "US Cyber Deterrence," 3.

11 K. Waltz, *Theory of International Politics* (Reading: Addison-Wesley Publishing Company, 1979), 91.

12 A. Moravcsik, "The New Liberalism," in *The Oxford Handbook of International Relations*, ed. C. Reus-Smit and D. Snidal (Oxford: Oxford University Press, 2010), 234.



online”.<sup>13</sup> Cyber security means the safety of the physical and non-physical components in this environment.<sup>14</sup> A national CSS aims to secure a country’s cyberspace against malevolent cyber threat vectors.<sup>15</sup> In his 2019 article, Alex Wilner explored *how* the US approach to cyber security has shifted from defensive measures and deterrence in 2003 to a strategy based on retaliation in 2018.<sup>16</sup> This paper builds on his findings and takes the next step to explore *why* the strategic focus has changed.

For the purposes of this paper, an offensive strategy is characterised by its aim to actively increase power, while a defensive strategy is more concerned with passively increasing security. The 2003 US CSS was meant to protect critical infrastructure and domestic networks<sup>17</sup> by strengthening protective measures which would increase intrusion costs and thus eliminate incentives for attacks.<sup>18</sup> The 2018 CSS additionally aimed to increase US influence in cyberspace and build up cyber-capabilities and constituted that serious cyber attacks can even be countered with conventional military force.<sup>19</sup> This shows a more proactive and aggressive focus and marks a significant shift in the level of offensiveness. Of course, the strategies do not stand on their own. 2003 and 2018 are not fixed turning points, merely striking examples of a larger trend.

The first step to explaining the choice of strategic focus is to look beyond the strategy itself<sup>20</sup> and specify the relevant players with their sets of preferences and the environment in which they act.<sup>21</sup> But before that, it is necessary to evaluate the influence of cyber technology on IR.

### 3. Theory

The following chapter will confront theoretical assumptions with the new reality. Neorealism and liberalism will be explored as two alternative paradigms that can help explain the development of the US CSS. Once the applicability of the approaches has been established, hypotheses will be derived from each theory.

---

13 P. Singer and A. Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar: What Everyone Needs to Know* (Oxford: Oxford University Press, 2014), 13.

14 J. Collier, “Cyber Security Assemblages: A Framework for Understanding the Dynamic and Contested Nature of Security Provision,” *Politics and Governance* 6, no. 2 (2018): 14.

15 Shafqat and Masood, “Comparative Analysis,” 129.

16 Wilner, “US Cyber Deterrence.”

17 Harknett and Stever, “New Policy World,” 456.

18 Wilner, “US Cyber Deterrence,” 15.

19 *Ibid.*, 20.

20 A shift of policy as a result of a different governing party can be ruled out: the development towards an offensive approach started during the Obama administration (Democrat) and was continued under President Trump (Republican).

21 D. Lake and R. Powell, *Strategic Choice and International Relations* (Princeton: Princeton University Press, 1999), 4.

Security politics are one of the core areas of IR studies. Technological advances and new means of warfare have the potential to permanently alter the way states interact.<sup>22</sup> Cyber technology is one of the most influential innovations of recent times with effects reaching every area of human interaction. But improved conditions for communication and interaction come at the cost of new gateways for malicious activity. States, tasked with guaranteeing the security of their citizens, now need to include cyber issues in their considerations which simultaneously alters the circumstances for other states' strategic decisions. Summing up, cyber security has become such an important part of foreign policy that IR needs to take cyber technology into account in a similar way as for example nuclear weapons.<sup>23</sup>

### 3.1. NEOREALISM, LIBERALISM...

The analysis builds on neorealism and liberalism, two theories that focus on very different explanatory factors. This section will briefly outline both theories and test their assumptions against the features of cyberspace. Next, hypotheses for the case of the US CSS will be derived from each explanatory framework.

In modern neorealism, the international system is modelled as anarchic because it lacks a higher authority.<sup>24</sup> States are the only relevant players on the global chess-board. As sovereign units, they are principally equal and distinguishable only by their different capabilities<sup>25</sup> which can include a broad array of material factors, like military equipment, that determine a state's ability to succeed in the face of adversity. Together with factors like natural resources, population, or economic strength, they determine a state's relative power position.<sup>26</sup> Apart from that, the anarchic nature of the international system also has important implications for the way its units interact. Without a rule-enforcing higher authority, every state tries to increase its own security, thereby inevitably decreasing security for the rest. This downward spiral is commonly referred to as the security dilemma.<sup>27</sup> The dynamic between states changes depending on the international power distribution. A bipolar system with two equally strong states is more stable

---

22 R. Andres, "The Emerging Structure of Strategic Cyber Offense, Cyber Defense, and Cyber Deterrence," in *Cyberspace and National Security: Threats, Opportunities, and Power in a Virtual World*, ed. D. Reveron (Washington, D.C.: Georgetown University Press, 2012), 90.

23 J. Nye Jr, "Nuclear Lessons for Cyber Security?" *Strategic Studies Quarterly* 5, no. 4 (2011): 19.

24 J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics* (New York: Norton, 2001), 30; K. Waltz, *Theory of International Politics* (Reading: Addison-Wesley Publishing Company, 1979), 88.

25 Waltz, *Theory of International Politics*, 93, 95, 97.

26 V. Hudson, *Foreign Policy Analysis: Classic and Contemporary Theory* (Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, 2007), 143.

27 Mearsheimer, *Great Power Politics*, 32.

than a multipolar system with many smaller powers.<sup>28</sup> In contrast to more conventional areas of security provision, cyber security does not come with centuries of best practice experience. In this unpredictable environment, states will try to guarantee their own security above all else.<sup>29</sup> They will resort to more offensive behaviour to increase their autonomy<sup>30</sup> and demonstrate power if they are especially threatened.

For liberalism, how states interact with each other depends on their preferences.<sup>31</sup> Domestic actors are highly relevant for the formation of foreign policy because they have their own demands and interests regarding the conduct of the state in the international system.<sup>32</sup> In a competition of a broad array of societal interest groups, preferences are transmitted through domestic representative institutions. In democratic societies, where foreign policy decisions are subject to the scrutiny of the electorate, the general public is also a relevant player.<sup>33</sup> Domestic actors have basic preferences prescribed by their role in the political and economic system. Public actors like political or administrative entities want to expand their competence and financial resources while private actors pursue financial gains.<sup>34</sup> Actors' specific political preferences in a given situation can be deduced from these basic interests.<sup>35</sup> The rise of cyber technology has enabled new domestic actors with significant monetary interests dependent on the national CSS. The most influential of the relevant interest groups wins the intra-state competition of preferences, the state merely represents this dominant interest.<sup>36</sup> It will choose a more offensive approach if this is in line with the dominant domestic actor's preference and their material interest.

---

28 Waltz, *Theory of International Politics*, 163.

29 *Ibid.*, 92.

30 R. Baumann, V. Rittberger, and W. Wagner, "Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung," *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, no. 30 (1998): 15.

31 A. Moravcsik, "Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics," *International Organization* 51, no. 4 (1997): 513.

32 *Ibid.*, 236.

33 Hudson, *Foreign Policy Analysis*, 127.

34 D. Bienen, C. Freund, and V. Rittberger, "Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus," *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, no. 33 (1999): 11-13.

35 *Ibid.*, 10-11.

36 Moravcsik, "Taking Preferences Seriously," 513-514; Moravcsik, "New Liberalism," 235, 237.

### 3.2. ...AND CYBERSPACE

At their core, both neorealism and liberalism make statements about relevant actors, their preferences, and the international system but cyberspace has a couple of features that differ significantly from the *normal* international environment.<sup>37</sup> Some of these have direct implications for the theoretical assumptions outlined above. Only if they remain valid, they can become the foundation of the empirical analysis.

Cyber technology is a comparatively inexpensive tool for easy and fast communication around the globe. These low entry barriers enable groups and individuals to meddle in sectors that would have been out of their reach previously<sup>38</sup> which leads to a novel and complex configuration of players in the international system.<sup>39</sup> This challenges the neorealist assumption that states are the only relevant actors. However, as Waltz puts it: “So long as the major states are the major actors, the structure of international politics is defined in terms of them.”<sup>40</sup> The mere existence, or even relevance of other players does not principally challenge the primacy of states. The question is rather whether states are still the *major* actors. This leads to one of the most controversial debates about the nature of cyberspace: Does it favour the weak or the strong?<sup>41</sup> Cyberspace seems to create a paradox: the stronger and more progressive a state is in conventional terms, the more vulnerable it is to cyberattacks. In countries like the US, every important piece of national infrastructure is connected and operated with digital technology. It relies on networked systems far more than states that are less technologically advanced.<sup>42</sup> Additionally, the barriers to entry are low. Developing cyberattack capabilities is a relatively cheap endeavour, especially compared to building up conventional military capacity.<sup>43</sup> This could lead to the conclusion that the rise of cyber technology has caused a power shift. On the other hand, states have access to abundant resources and while it may not take much to get into the cyber game, it takes a lot to win it. The case of Stuxnet<sup>44</sup> illustrates that sophisticated and destructive computer network operations require extensive human and financial resources.<sup>45</sup> As a

---

37 Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 9-10.

38 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 152.

39 Collier, “Cyber Security Assemblages,” 13.

40 Waltz, *Theory of International Politics*, 94.

41 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 150-151.

42 *Ibid.*, 151.

43 *Ibid.*

44 J. Healey, “Part 1: A Brief History of US Cyber Conflict,” in *A Fierce Domain: Conflict in Cyberspace*, 1086-2012, ed. J. Healey (Washington: Cyber Conflict Studies Association, 2013), 75-76.

45 Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 130-131.

result of this, the neorealist notion that states are still the most powerful actors in the international system is not outdated.<sup>46</sup> However, it cannot be denied that an analysis of cyber issues also profits from a theoretical view that acknowledges the complex configuration of states and non-state actors.<sup>47</sup> Liberalism is well suited for this as it takes a much broader set of players into account.

Neorealism assumes that states strive for their own survival, above all. The assumption is rooted in the fundamental paradigm of the theoretical approach and not affected by a changed environment. This is also true for the basic interests of societal actors in liberalism. They will strive for expansion of competence and financial resources in the cyber realm in the same way as in any other area. The same cannot be said for state preferences. While the basic interests of domestic actors are not altered by the cyber environment, the way private and public actors cooperate might be. Cyberspace does conform to neither conventional private/public nor local/global distinctions.<sup>48</sup> Additionally, the state finds itself confronted with features of cyberspace that impede its exercise of power.<sup>49</sup> Most notably, cyberspace is not geographically divided. This creates problems for states, whose sovereignty is based on their control over their national territory. States also often lack experience and expertise in dealing with cyber issues. The Conficker worm, first discovered in 2008, was finally brought down not by the police or the government but by a makeshift task force composed of a broad array of private actors.<sup>50</sup> With this seemingly declining influence of states and simultaneously increasing influence of private actors, do domestic actors still rely on the state to represent their interests in the first place? The Conficker Worm may seem like a striking example for the public sector's ineptitude to deal with cyber incidents but while private actors can and might prefer to deal with individual incidents themselves,<sup>51</sup> states remain the main organisational units. Long-term and large-scale solutions are not possible without them. In the end, cyber security is a public good for which public and private sector have a shared responsibility. It is, however, safe to say that the state is not an irrelevant actor domestic interest groups can just pass over. In fact, the strengthened role of private actors might even lend power to the liberal argument that stresses the relevance of domestic interest groups for state behaviour.

---

46 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 152.

47 Collier, "Cyber Security Assemblages," 14.

48 *Ibid.*, 13.

49 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 194.

50 *Ibid.*, 196.

51 *Ibid.*, 208.

While in liberalism the interdependence of states shapes inter-state dynamics, neorealists presume that the international system is anarchic by default and influences states in their behaviour by creating mistrust and fear. Cyberspace fits this bill perhaps even better than conventional security environments, as it seems to evade the norms and regulations of conventional security politics. Actors can never be certain to what extent old rules apply and are inexperienced in dealing with the new and unique challenges of cyberspace.<sup>52</sup> This leads to uncertainty and mistrust among the states and creates a cybersecurity dilemma.<sup>53</sup> Offensive cyber operations hold the potential of escalating conflicts by setting a precedent.<sup>54</sup> Thus, the international system still meets the neorealist stipulation of anarchy.

It goes to show that the changes the rise of cyber technology has caused, do not stand in the way of applying traditional IR theories. Neorealism would explain the development of the US CSS with a changed relative power position of the US in the international system. If it had reason to feel more threatened, it would resort to a power stance, i.e. a more aggressive strategy. Liberalism, on the other hand, would look at the configuration of domestic preferences. If the dominant domestic actor preferred a more offensive bearing in cyberspace, the US would act accordingly. Consequently, the following hypotheses can be derived from the theories:

H1: The US changed its CSS because they were more threatened.

H2: The US changed its CSS because the dominant domestic preference changed.

#### **4. Research design**

Even though the US is the ideal case for analysing the development of a CSS, the choice of a qualitative research design is far from a mere necessity. This approach allows for close scrutiny and a detailed discussion of individual factors and their implications<sup>55</sup> which is central for the analysis of a new policy field. Cyber security in IR is chronically theoretically underdeveloped.<sup>56</sup> Many of the independent variables are not clear-cut and transforming empirical infor-

---

<sup>52</sup> Nye Jr, "Nuclear Lessons," 19.

<sup>53</sup> B. Buchanan, *The Cybersecurity Dilemma: Hacking, Trust, and Fear Between Nations* (London: Hurst, 2016), 28-29.

<sup>54</sup> H. Kassab, "In Search of Cyber Stability: International Relations, Mutually Assured Destruction and the Age of Cyber Warfare," in *Cyberspace and International Relations: Theory, Prospects and Challenges*, ed. J.-F. Kremer and B. Müller (Heidelberg: Springer, 2014), 70; S. Shaheen, "Offense-Defense Balance in Cyber Warfare," in *Cyberspace and International Relations: Theory, Prospects and Challenges*, ed. J.-F. Kremer and B. Müller (Heidelberg: Springer, 2014).

<sup>55</sup> J. Blatter and M. Haverland, *Designing Case Studies: Explanatory Approaches in Small-N Research* (Basings-  
toke: Palgrave Macmillan, 2012), 5.

<sup>56</sup> cf. Wilner, "US Cyber Deterrence."

mation into an operational value requires attention to detail, as factors may have different effects on strategic decisions in cyberspace than they do in traditional security frontiers. Thus, it makes sense to concentrate on the theoretical implications and use empirical observations as a “reality check” instead of focusing on a huge data set in a quantitative way. This theoretical research interest is also the driving force behind the choice of a theoretical comparison based on the congruence analysis approach.<sup>57</sup> A set of observable implications derived from theoretical hypotheses is systematically compared with relevant empirical information.<sup>58</sup> The resulting set of confirmations or contradictions allows theoretical conclusions.<sup>59</sup> A congruence analysis may not be able to produce results that are applicable to a large number of cases but it allows for a sound judgement of the relative importance of the tested theories.<sup>60</sup> Cyber operations, incidents, and capabilities tend to be shrouded in secrecy which results in limited data availability. The analysis therefore does not claim to prove or disprove any theory beyond doubt. It rather aims to test the plausibility of the theoretical explanations in the face of available empirical information. This is a necessary step for cyber security research in IR as it explores which theoretical approaches are worth pursuing in the future.

To determine which empirical observations would be necessary to support each hypothesis, general expectations for H1 and H2 will be derived from the theories. Then, indicators will be determined that allow the hypotheses to be tested. Both the general expectations and indicators will be adapted to comply with the idiosyncrasies of cyberspace, if necessary. For the neorealist explanation to be correct, the US would have to have been more threatened in 2018 than in 2003. This claim requires a weaker power position of the US in a multipolar international system and an increased frequency and sum of attacks. In other words, the US would have to have been in a more vulnerable position and attacked more often leading up to the publication of the strategy in 2018. The liberalist explanation would require a change of the dominant domestic interest. In 2003, the actor who emerged victorious from the domestic competition of interests would have had to have favoured a defensive approach to cyber security. By 2018, either this actor would have had to change their preference or a different player, favouring a more offensive approach, would have had to have gained the upper hand.

---

57 cf. J. Blatter, P. Langer, and C. Wagemann, *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung* (Wiesbaden: Springer, 2018), 265.

58 *Ibid.*, 189.

59 *Ibid.*, 276-278.

60 Blatter and Haverland, *Designing Case Studies*, 31-32.

#### 4.1. INDICATORS FOR THE NEOREALIST EXPLANATION

To find out whether the US was more threatened in the run up to the 2018 CSS, three factors have to be analysed: the relative power position of the US in the international system, the polarity of the international system and the frequency and type of attacks.

The relative power position of a state is primarily determined by its military and financial prowess. While the latter can be approximated with the gross domestic product (GDP), the export volume, and currency reserves of a country,<sup>61</sup> the estimation of military capabilities is more complex. When dealing with conventional security politics, military power is often estimated with military spending, troop strength, and possession of nuclear weapons.<sup>62</sup> These indicators might have to be adapted to reflect the realities of the cyber age.<sup>63</sup> Following the US Air Force definition of cyberwar, cyber capabilities are characterised by their capacity for destruction, denial, degradation, disruption, and deception in cyberspace and at the same time defence against the enemy's use of cyberspace for the same purpose.<sup>64</sup> They have a few distinct features that need to be taken into account. Cyber weapons are intangible and thus much harder to detect and assess, with their effectiveness often depending on secrecy and surprise. Offensive cyber operations bear the risk that the code becomes available to enemies<sup>65</sup>, which would give them the opportunity to develop their own capabilities.<sup>66</sup> These features make the assessment of cyber capabilities notoriously difficult.<sup>67</sup> At the same time, traditional capabilities do not become irrelevant. Cyber weapons are merely an added option.<sup>68</sup> For this analysis, the conventional indicators (military spending, troop strength, possession of nuclear weapons) will thus be combined with available data on cyber capabilities to determine the military power of the US.

---

61 Baumann, Rittberger, and Wagner, "Macht und Machtpolitik," 8.

62 Ibid., 8.

63 cf. G. Rattray, "An Environmental Approach to Understanding Cyberpower," in *Cyberpower and National Security*, ed. F. Kramer, S. Starr, and L. Wentz (Dulles: Potomac Books, 2009), 254-257.

64 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 128.

65 Kassab, "Cyber Stability," 70; Shaheen, "Offense-Defense."

66 F. Kaplan, *Dark Territory: The Secret History of Cyberwar* (New York: Simon & Schuster, 2016), 213.

67 G. Huskaj, "The Current State of Research in Offensive Cyberspace Operations," in *18th European Conference on Cyber Warfare and Security*, ed. T. Cruz and P. Simoes Reading: Academic Conferences and Publishing International Limited, 2019).

68 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 128.



There is a much easier fix for the question of polarity. The international system has been characterised by multipolarity ever since the end of the Cold War.<sup>69</sup> The rise of cyber technology and the thus increased number of actors able to meddle in international affairs only strengthens this trend.<sup>70</sup>

As Singer and Friedman point out, vulnerabilities alone do not create an increased threat level.<sup>71</sup> Only if a hostile actor tries to exploit this weakness, the situation becomes dangerous. To account for this, the development of attacks on the US needs to be included in the analysis as a third factor. A cyber attack uses digital means against a digital target<sup>72</sup> and can be defined as any action that affects the availability, confidentiality, or integrity of information in information systems.<sup>73</sup> Common usage of the term “cyber attack” is vague and can refer to anything from a private denial of service attack to a state-sponsored attack like Stuxnet, depending on the speaker's intention and technical expertise. Simply counting every attack that has its origin outside the US, fails to reflect the complexity of the issue. A clear distinction has to be made between military and criminal attacks because in the state-centric view of neorealism only attacks that can be considered equivalent to a military act can increase the threat level. To make this more tangible it is helpful to think in terms of equivalents: Would an attack with this target, approach and consequences be considered an attack against the state if it were carried out with conventional means?<sup>74</sup> The most extreme form is a cyber attack equivalent to war. “Cyber war” includes a political goal and an element of violence which leads to death, injury, or material destruction.<sup>75</sup> On the other end of the spectrum are attacks against private actors that are carried out by criminals for financial gains. For the purposes of this analysis, an incident can always be considered equivalent to a military operation if a state is the attacker, even if a private actor is targeted. If the attacker is a private actor targeting a state, the attack will be considered criminal unless a certain level of state involvement can be evidenced. Private actors targeting private actors will always be considered criminal, even if the attack crosses borders — just like a break-in by criminals operating from a neighbouring state would not be considered a military offence.

---

69 M. Mastanduno, “Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War,” *International Security* 21, no. 4 (1997): 54.

70 Y. Akdag, “The Likelihood of Cyberwar Between the United States and China: A Neorealism and Power Transition Theory Perspective,” *Journal of Chinese Political Science* 24, no. 1 (2018): 233-234.

71 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 37.

72 *Ibid.*, 69.

73 Huskaj, “Current State of Research,” 660.

74 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 68.

75 *Ibid.*, 121; T. Rid, *Cyberwar will not Take Place* (Oxford: Oxford University Press, 2013), 1-2.

## 4.2. INDICATORS FOR THE LIBERAL EXPLANATION

To determine whether the dominant domestic interest has changed, it is necessary to assess three main factors: the relevant domestic actors, their preference regarding the strategic focus of the US CSS and their level of influence.

Five groups of domestic actors can commonly influence foreign policy decisions: Political and administrative actors belong to the public sector; companies, economic interest groups and social or political interest groups are part of the private sector.<sup>76</sup> The analysis will look at a cross section of these groups, focusing on actors with a significant interest in cyber security policy. Especially in representative democracies, the public opinion can also play a significant role<sup>77</sup> if the subject in question is salient enough. To determine the importance of the public opinion in the formulation of the US CSS, it will be checked whether opinion polls have been conducted in the lead up to the two strategies and whether national cyber security has ever been a relevant issue in US elections.

As argued in the theory chapter, actors' basic preferences are fixed. Public actors desire an increase of financial resources and expansion of competence while private actors strive for financial gains. Any initiative of actors can be traced back to these basic preferences.<sup>78</sup> Once the relevant actors have been established, their preferences can be deduced.

To alter state policy in their favour, an actor must be able to exert influence on the decision making process. This will be approximated with their role in the political system and, in the case of private actors, their lobbying activity. If an actor plays an influential role in the decision making process or shows a significant level of lobbying activity in the cyber security sector, it can be assumed that they are able to exert a certain amount of influence.

## 5. Empirical analysis

The research framework established above will now be applied to the case of the US CSS. For the neorealist explanation to be plausible, the US would have to have been more threatened in 2017 than in 2002. This requires a weaker relative power position, a multipolar international system and more attacks against the US that are equivalent to interstate conflict. Liberalism provides a plausible explanation if relevant domestic actors who preferred a more offensive CSS were able to exert influence in the decision making process. The analysis will first analyse

---

76 Bienen, Freund, and Rittberger, "Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik," 11-14.

77 Hudson, *Foreign Policy Analysis*, 125-127.

78 Bienen, Freund, and Rittberger, "Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik," 10.

which actors could be relevant based on their deduced preference regarding the US CSS. Then it will determine which were at least potentially able to influence the decision making process.

## 5.1 NEOREALIST EXPLANATION

The US' conventional and cyber capabilities reflect the development of the relative power position in the international system. Conventional capabilities include economic and military factors. The development of economic factors can be described with GDP, export volume, and currency reserves. The US remains one of the strongest economic players in the world.<sup>79</sup> Neither GDP, export volume, nor currency reserves have decreased significantly between 2002 and 2017.<sup>80</sup> Military strength can be approximated with military spending, troop strength, and the possession of nuclear weapons. It is safe to say, that the US has at no point in the past twenty years been a weak military force.<sup>81</sup> There is also no supporting evidence for a significant decline of military power between 2002 and 2017. Ranking cyber capabilities, however, is a notoriously difficult endeavour as they are easy to hide and develop in secret. The US has variously been ranked first,<sup>82</sup> second,<sup>83</sup> and fifth<sup>84</sup> by different scholars. The results of these exemplary evaluations do not just differ because they were published in different years. Depending on the theoretical view of power in cyberspace, researchers include a different set of indicators in their analysis, e.g. dependency<sup>85</sup> or budgets for relevant agencies.<sup>86</sup> As a result of this, there is no objectively correct set of factors that can be employed to determine a state's cyber strength. Cyberspace can either be viewed as a realm in which traditional power-relations are turned upside down or remain more or less the same. Thus, the estimation of cyber power is unreliable and highly dependent on the theoretical background. To supplement this at best mediocre threat

---

79 C. Silver, "Top 20 Economies in the World: Ranking the Richest Countries in the World," Investopedia, December 24, 2020. <https://www.investopedia.com/insights/worlds-top-economies/>.

80 Ibid.; "United States Foreign Exchange Reserves," Trading Economics, accessed June 28, 2021, <https://tradingeconomics.com/united-states/foreign-exchange-reserves>; "Export Volume Index," World Bank, accessed June 28, 2021, <https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=TX.QTY.MRCH.XD.WD&country=>.

81 cf. Nye Jr, "Twenty-First Century;" "SIPRI Military Expenditure Database," Stockholm International Peace Research Institute, accessed June 28, 2021, <https://www.sipri.org/databases/milex>.

82 B. Mason, "So who has the most Advanced Cyber Warfare Technology?" Nasdaq, October 19, 2017, <https://www.nasdaq.com/articles/so-who-has-most-advanced-cyber-warfare-technology-2017-10-19>.

83 B. Valeriano and R. Maness, *Cyber War Versus Cyber Realities: Cyber Conflict in the International System* (Oxford: Oxford University Press, 2015), 26.

84 R. Clark and R. Knake, *Cyber War: The Next Threat to National Security and what to do About it* (New York: HarperCollins e-books, 2010), 73.

85 Ibid., 72.

86 A. Craig and B. Valeriano, "Conceptualising Cyber Arms Races," in 8th International Conference on Cyber Conflict, ed. N. Pissanidis, H. Rõigas, and M. Veenendaal (Tallin: NATO CCD COE Publications, 2016), 6.

assessment indicator, the actual threat of cyber attacks equivalent to interstate conflict has to be taken into account.

Malicious cyber activity has been on the rise at least since the early 2000s. But to decide whether this constitutes a threat to the US as a state it is necessary to distinguish between criminal and military attacks. Criminal cyber attacks can take a variety of shapes, including data theft, ransomware, DOS, or viruses. They are usually conducted by private actors for financial gains. First notable Trojans like Zeus and SpyEye targeting banking information, caused notable financial damage in the mid-2000s.<sup>87</sup> In the following years, with the ever increasing number of computers and network-dependent infrastructure, cyber crime became more and more profitable.<sup>88</sup> Both the number of reported attacks<sup>89</sup> and the financial damage caused by the reported incidents increased dramatically between 2002 and 2017. An above average number of attacks affects computers in the US,<sup>90</sup> with private actors such as companies and individual citizens falling victim to cyber crime and suffering significant financial losses. But, despite spectres of a “cyber Pearl Harbor” or “cyber 9/11” that have been present in the public discourse for almost two decades now,<sup>91</sup> no destructive cyber attack equivalent to an act of war (i.e. containing an element of violence and resulting in death, injury or material destruction)<sup>92</sup> against the US has happened to date.

That is not to say, however, that there have been no state-sponsored incidents. Starting in the late 1990s, a series of so-called cyber “wake-up-calls”, most notably two cases of government espionage against the US, Moonlight Maze (1999) and Titan Rain (2005),<sup>93</sup> showed that official US institutions could fall victim to foreign cyber attacks. However, the number of publicly-known, major attacks against the US is still not very high and even if smaller, less notable incidents are included, militarily motivated attacks are usually the smallest tier of cyber incidents.<sup>94</sup> In October 2019 only 1.3% of all recorded attacks were associated with cyber warfare while 80.1% were designated as cyber crime.<sup>95</sup> At large, international cyber activity is better

---

87 Ibid., 3.

88 C. Wilson, “Cyber Crime,” in *Cyberpower and National Security*, ed. F. Kramer, S. Starr, and L. Wentz (Dulles: Potomac Books, 2009), 417-420.

89 “Annual Reports,” Internet Crime Complaint Center, accessed June 27, 2021, <https://www.ic3.gov/Home/SearchIC3>.

90 “Visualisierung von Webangriffen,” Akamai, accessed June 27, 2021, <https://www.akamai.com/de/de/resources/our-thinking/state-of-the-internet-report/web-attack-visualization.jsp?theme=light>.

91 Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 90-91.

92 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 121.

93 Healey, “US Cyber Conflict,” 42-43, 68-69.

94 “Statistics,” Hackmageddon, accessed June 27, 2021, <https://www.hackmageddon.com/category/security/cyber-attacks-statistics/>; cf. Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 96.

95 Hackmageddon, “Statistics.”

described as “cyber skirmish” than “cyber war”.<sup>96</sup> While there is a continual low-level buzz of activity involving a dynamic constellation of actors, full-on strategic cyber conflict between states is not the default configuration.<sup>97</sup> In more colloquial terms: “the threat doesn’t live up to the hype.”<sup>98</sup>

Between 2002 and 2017, the US has not become a less powerful player in the international system and the amount of attacks equivalent to interstate conflict has increased only moderately. Thus, the national cyber threat level has not increased in a way that justifies the drastic shift of strategic focus in the US CSS. The empirical observations are not in line with the expectations deduced from neorealism.

## **5.2 LIBERAL EXPLANATION**

Political and administrative actors compete with companies and economic or social/political interest groups in the domestic system. Administrative and economic actors are most promising because they have material interests regarding cyber security policy.

### **5.2.1 RELEVANT ACTORS AND THEIR INTERESTS**

Administrative actors with a potential interest in national cyber policy especially include the defence and intelligence sector. Institutions such as the Department of Defense (DoD), the National Security Agency (NSA), or the military are expected to guarantee the US security in cyberspace. However, cyber security pushes the boundaries of the conventional division of tasks and responsibilities in the security sector. It can refer to the protection of (civilian) government networks or to the utilisation of and protection against military cyber threats. This confusing situation has led to the reorganisation of existing and creation of new structures like the US Cyber Command (CYBERCOM). Administrative actors seek the expansion of their financial resources and competence. Thus, an offensive CSS which leads to increased spending and perceived importance of national cyber defence is beneficial for these actors. In an unclear situation, they would have an interest to secure a maximum of competence and resources for their sector. The creation of CYBERCOM can be mentioned as an example here. Since its introduction in 2010, its size and perceived importance have grown rapidly,<sup>99</sup> with its budget

---

96 Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 97.

97 Ibid.

98 B. Valeriano and R. Maness, “The Fog of Cyberwar: Why the Threat Doesn’t Live up to the Hype,” *Foreign Affairs*, November 21, 2012, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2012-11-21/fog-cyberwar>.

99 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 133-134.

being effectively doubled in 2014 while the rest of the US military budget was being cut.<sup>100</sup> The National Cyber Security Division (NCSD) of the Department of Homeland Security (DHS), has also seen a massive increase in budget with a growth of 134% between 2009 and 2014.<sup>101</sup> As with CYBERCOM, this rise contradicted the budget development of the conventional DHS.<sup>102</sup> In general, the US cyber security budget has been very offence-heavy with the US Air Force, for example, spending 2.5 times the amount of money on cyber offence as on defence in 2014.<sup>103</sup>

Companies are another major player and especially in the US, private defence contractors play a key role in the national security infrastructure. They are hired by the government or agencies to assume co-responsibility for national security provision. This creates a mutual dependency: agencies depend on the private defence contractors' workforce and expertise, especially in the technology sector,<sup>104</sup> while the contractors depend on the revenue created by public contracts. For instance, BAE Systems, one of the most important defence contractors in the US, makes about 42% of its total turnover in the US.<sup>105</sup> This is especially prevalent in the cyber-intelligence sector.<sup>106</sup> Most of these companies, like Lockheed Martin, Boeing, or BAE Systems, now have a separate business branch dedicated to cyber security and many spend large sums on the strategic acquisition of smaller cyber security firms.<sup>107</sup> Private actors such as companies seek financial gains. Defence contractors could prefer an offensive CSS as this would allow them to profit from additional government investments in the cyber sector. Between 2005 and 2015 the US government spent \$100 billion on cyber security provision.<sup>108</sup> Sharma estimates, that the DoD and DHS covered around 40% of the global cyber security market in 2015.<sup>109</sup> Between 2007 and 2016 the total cyber budget of the DoD increased from \$3,027,321

---

100 Ibid., 134; cf. Craig and Valeriano, "Conceptualising Cyber Arms Races," 8.

101 Craig and Valeriano, "Conceptualising Cyber Arms Races," 6.

102 Ibid., 6-7.

103 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 137.

104 J. Barnett, "Traditional Defense Contractors Grow as Providers of Technology, Data Shows," FEDSCOOP, August 5, 2019, <https://www.fedscoop.com/top-defense-industry-contractors-technology/>; E. Snowden, *Permanent Record: Meine Geschichte*, trans. K. Greiners (Frankfurt am Main: S. Fischer, 2019), 150, 161, 164.

105 "Investment Case," BAE Systems, accessed June 27, 2021, <https://investors.baesystems.com/investment-case>.

106 Snowden, *Permanent Record*, 144-146.

107 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 163-164.

108 S. Morgan, "Top Five U.S. Defense Contractors Bungle Commercial Cybersecurity Market Opportunity," CSO, January 28, 2016, <https://www.csoonline.com/article/3027383/top-five-u-s-defense-contractors-bungle-commercial-cybersecurity-market-opportunity.html>.

109 S. Sharma, "Cyber Security for the Defence Industry," *Cybersecurity Review*, 2015, <https://www.cybersecurity-review.com/wp-content/uploads/2015/05/CYBER-SECURITY-FOR-THE-DEFENCE-INDUSTRY-By-Sanjana-Sharma.pdf>.

thousand to \$18,538,752 thousand.<sup>110</sup> It is difficult to tell how much exactly is spent on security contracts but the high dependency of intelligence and security agencies on private contractors and their rising cyber security budgets hint at large profit margins for these companies. A classified “black budget” leaked by Edward Snowden suggests that the secret expenses for private contracts were even higher.<sup>111</sup> An additional \$52.6 billion were designated to the intelligence community, some of which was used to finance private contracts.<sup>112</sup> Traditionally big defence contractors tend to lag in the commercial sector, making them even more dependent on public contracts.<sup>113</sup> They have an interest to make most of the upward trend<sup>114</sup> as the US government spends less on conventional security contracts and cyber becomes an increasingly important asset in their portfolios.<sup>115</sup> This growth in the cyber security sector can be further fuelled by an offensive CSS.

Economic interest groups representing private defence contractors, for example the National Defense Industrial Association (NDIA), strive for favourable legislation and financial gains for their members.<sup>116</sup> Thus, their preference regarding the US CSS is in line with their members’ preference.

The general public could be a relevant player but while there have occasionally been opinion polls, foreign cyber policy was never a decisive factor in US elections or dominated the public discourse. Therefore, the general public was not a relevant player here.

### **5.2.2 RELEVANT ACTORS’ INFLUENCE**

Administrative actors can influence the decision making process for example in consultations with Congress subcommittees which often surrender to their demands.<sup>117</sup> Cyber security is a policy issue that requires detailed technical understanding and poses a challenge to conventional

---

110“ Unclassified Cyber Spending, by Agency,” Taxpayers for Common Sense, accessed June 28, 2021, <https://www.taxpayer.net/national-security/unclassified-cyber-spending-by-agency-fy-2007-2016/>.

111 Snowden, Permanent Record, 146.

112 Ibid., 146.

113 Morgan, “Commercial Cybersecurity Market Opportunity.”

114 Barnett, “Traditional Defense Contractors;” Sharma, “Defence Industry.”

115 J. Brito and T. Watkins, “Loving the Cyber Bomb? The Dangers of Threat Inflation in Cybersecurity Policy,” Mercatus Center George Mason University. Working Paper, no. 11-24 (2011). [https://www.mercatus.org/system/files/WP1124\\_Loving\\_cyber\\_bomb.pdf](https://www.mercatus.org/system/files/WP1124_Loving_cyber_bomb.pdf). 25; Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 163.

116 “NDIA Policy,” National Defense Industrial Association, accessed June 27, 2021, <https://www.ndia.org>.

117 Snowden, Permanent Record, 146.

organisational structures. There is not only a knowledge divide between cyber experts and decision-makers<sup>118</sup> but the jargon also differs widely.<sup>119</sup> As a result, the two groups are at risk of talking at cross purposes. Cyberspace is characterised by a “creative lack of semantic clarity”<sup>120</sup> and metaphors can be instrumentalised to misrepresent threats in the interest of the speaker.<sup>121</sup> This has led to politicians perceiving cyber issues as a major threat without fully comprehending them.<sup>122</sup> Singer and Friedman show that defence and intelligence personnel can use their advanced technical expertise to take advantage of politicians with less grasp of cyber issues.<sup>123</sup> In this way they can make threats seem much more dramatic and urgent than they actually are.<sup>124</sup> Rid describes the US Air Force pronouncing cyber the “fifth domain” of warfare as a “lobbying gimmick” which allowed them to present cyberwar as an imminent danger.<sup>125</sup> Agencies’ expertise, combined with many common misconceptions about cyber issues gives them the power to steer the perception of cyber threats. They are capable of generating technical information and assessments politicians are willing to trust. The hierarchical structure and secrecy in the defence and intelligence sector amplifies this effect even further because it makes agencies more autonomous from democratically controlled institutions.<sup>126</sup> Kaplan shows meticulously that administrative actors in the defence and intelligence sector have been shaping and influencing US cyber policy since the 1990s with the clear agenda to secure more competences and funds for the cyber sector.<sup>127</sup> First with the goal to bring cyber security onto the government’s security agenda and later to encourage an increasingly offensive approach.<sup>128</sup>

Companies cannot shape the decision making process from the inside but resort to lobbying to influence government policy. Publicly available lobbying data shows that several of the big private defence contractors are among the top spenders.<sup>129</sup> Between 1998 and 2019, Northrop Grumman and Lockheed Martin, two of the biggest defence contractors, spent \$283,242,213 and \$265,161,942 on lobbying respectively.<sup>130</sup> Additionally, more companies are taking this

---

118 Kaplan, *Dark Territory*, 285.

119 M. Crosston, “Phreak the Speak: The Flawed Communications Within Cyber Intelligentsia,” in *Cyberspace and International Relations*, ed. J.-F. Kremer and B. Müller (Heidelberg: Springer, 2014).

120 Rid, *Cyberwar*, 164.

121 *Ibid.*, 164-165.

122 Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 127; Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 37.

123 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 68.

124 *Ibid.*

125 Rid, *Cyberwar*, 165.

126 Snowden, *Permanent Record*, 158-159.

127 Kaplan, *Dark Territory*.

128 *Ibid.*, 54-55, 175, 283.

129 “Top Spenders,” *Open Secrets*, accessed June 27, 2021, <https://www.opensecrets.org/federal-lobbying/top-spenders?cycle=a>.

130 *Ibid.*



step: in 2001, only four firms were lobbying on cyber security, by 2012 their number had increased to 1489.<sup>131</sup> This shows that these companies have both ways and means to influence policy decisions in their interest and the technical expertise to generate information and steer perception. This is supported by the fact that they are often more attractive employers for cyber security experts than the public sector.<sup>132</sup> The bundling of resources and expertise makes them systemically relevant which strengthens their bargaining position. This has led scholars to anticipate the emergence of a “cyber-industrial complex” reminiscent of the Cold War-relationship between the public security sector and private defence contractors.<sup>133</sup> It grants private actors influence over policy, threat perception and strategic interests.<sup>134</sup>

Economic interest groups such as NDIA directly represent their members in the political decision making process. They work in close collaboration with government officials and provide legislative recommendations. This also includes regular meetings with important policy stakeholders and congressional interaction.<sup>135</sup>

Leading up to 2018, two sets of domestic actors with a preference for an offensive CSS, the public defence and intelligence sector, and private defence contractors, have increasingly invested in the exertion of influence on political decision-makers. This has led to a growing securitisation of cyber security as a policy issue and moved it away from “normal” politics and into the sphere of national security.<sup>136</sup> The consequent militarisation of the debate about cyberspace<sup>137</sup> allows politicians to justify extraordinary measures, like an aggressive approach to cyber security provision, in the name of national (cyber) security. The gloomy picture of looming cyber disaster painted by both state and non-state actors has proven a “useful rhetorical device”<sup>138</sup> in influencing the threat perception of political decision-makers, which in turn directly impacts the design of national cyber security policy.<sup>139</sup> The empirical observations are therefore in line with the expectations deduced from liberalism.

---

131 Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 164.

132 Snowden, *Permanent Record*, 150-151.

133 Brito and Watkins, “Loving the Cyber Bomb,” 24-26; Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 162-165.

134 Deibert, as cited in Singer and Friedman, *Cybersecurity and Cyberwar*, 164.

135 National Defense Industrial Association, “NDIA Policy.”

136 Kassab, “Cyber Stability,” 66-67.

137 Rid, *Cyberwar*, 173-174.

138 Betz and Stevens, *Cyberspace and the State*, 91.

139 M. Weiss and V. Jankauskas, “Securing Cyberspace: How States Design Governance Arrangements,” *Governance* 32, no. 2 (2019).

## 6 Conclusion

This paper used neorealist and liberal explanations to approach the development of the US CSS. It shows that both theories are still relevant and applicable in the cyber age and suggests an adapted research framework for the analysis of state behaviour in cyberspace. The plausibility of both approaches was tested in a congruence analysis. While at first glance, neorealism seems predestined to explain the offensive development of the US CSS, the empirical analysis confirmed the expectations derived from liberalism: Domestic actors use their influence and expertise to exaggerate the cyber threat in their own interest which leads to a securitisation of cyber security as a policy issue. This encourages and justifies an offensive CSS. While, due to data limitations, neorealist explanations for state behaviour in cyberspace should not be disregarded entirely, this paper shows that other theoretical approaches such as liberalism can prove fruitful.

Whereas this paper aims to clear the theoretical way, future research should choose a more empirical focus to scrutinise the relationship between domestic actors, interest groups, and the US government. This approach was only touched upon in the empirical analysis of this paper due to data restraints but will allow for a more detailed differentiation between groups of actors and their respective preferences and influence. The specific influence of domestic actors on the public cyber security discourse also deserves closer inspection. Here, constructivist approaches could shed light on the way those actors influence the process of securitisation. Apart from this expansion in depth, the analysis should be extended to a broader array of countries. As more states develop and update their CSS, an extensive analysis could aim to generalise the findings with quantitative methods.

Cyber security may be still in its infancy but it has come to stay. The decisions of today set the stage for the future of international cyber relations. An offensive strategy based on incorrect threat assessments can turn into a self-fulfilling prophecy by inciting an equally aggressive development in other states. That is not to say, that cyberspace does not harbour inherent risks. Cyber security provision is a vital policy issue but it requires a realistic assessment of threats to develop appropriate reactions and precautions. Understanding why states choose a certain strategy and what shapes their threat perception is the first step to spotting potentially risky developments. If threat assessment is left to actors who are motivated by their self-interest in an offensive strategic development, the stability of international cyber relations can be jeopardised unnecessarily.<sup>140</sup> Only an objective, prudent, and realistic threat evaluation allows states to

---

140 Kaplan, *Dark Territory*, 283-284; Kassab, "Cyber Stability," 70; Shaheen, "Offense-Defense," 90-91.

focus on perilous and pressing cyber issues like cyber crime. This requires questioning and challenging cyber truisms and confronting them with empirical data.

## References

- Akamai. "Visualisierung von Webangriffen." Accessed June 27, 2021. <https://www.akamai.com/de/de/resources/our-thinking/state-of-the-internet-report/web-attack-visualization.jsp?theme=light>.
- Akdag, Y. "The Likelihood of Cyberwar Between the United States and China: A Neorealism and Power Transition Theory Perspective." *Journal of Chinese Political Science* 24, no. 1 (2018): 225-247.
- Andres, R. "The Emerging Structure of Strategic Cyber Offense, Cyber Defense, and Cyber Deterrence." In *Cyberspace and National Security: Threats, Opportunities, and Power in a Virtual World*, edited by D. Reveron, 89-104. Washington, D.C.: Georgetown University Press, 2012.
- BAE Systems. "Investment Case." Accessed June 27, 2021. <https://investors.baesystems.com/investment-case>.
- Barnett, J. "Traditional Defense Contractors Grow as Providers of Technology, Data Shows." *FEDSCOOP*, August 5, 2019. <https://www.fedscoop.com/top-defense-industry-contractors-technology/>.
- Baumann, R., V. Rittberger, and W. Wagner. "Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung." *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, no. 30 (1998).
- Betz, D., and T. Stevens. *Cyberspace and the State: Toward a Strategy for Cyber-Power*. Abingdon: Routledge, 2011.
- Bienen, D., C. Freund, and V. Rittberger. "Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus." *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, no. 33 (1999).
- Blatter, J., and M. Haverland, *Designing Case Studies: Explanatory Approaches in Small-N Research*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2012.
- Blatter, J., P. Langer, and C. Wagemann. *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer, 2018.
- Brito, J. and T. Watkins. "Loving the Cyber Bomb? The Dangers of Threat Inflation in Cybersecurity Policy." *Mercatus Center George Mason University. Working Paper*, no. 11-24 (2011). [https://www.mercatus.org/system/files/WP1124\\_Loving\\_cyber\\_bomb.pdf](https://www.mercatus.org/system/files/WP1124_Loving_cyber_bomb.pdf).
- Buchanan, B. *The Cybersecurity Dilemma: Hacking, Trust, and Fear Between Nations*. London: Hurst, 2016.
- Clark, R., and R. Knake. *Cyber War: The Next Threat to National Security and what to do About it*. New York: HarperCollins e-books, 2010.
- Collier, J. "Cyber Security Assemblages: A Framework for Understanding the Dynamic and Contested Nature of Security Provision." *Politics and Governance* 6, no. 2 (2018): 13-21.

- Craig, A., and B. Valeriano. "Conceptualising Cyber Arms Races." In *8th International Conference on Cyber Conflict*, edited by N. Pissanidis, H. Rõigas, and M. Veenendaal. Tallin: NATO CCD COE Publications, 2016.
- Crosston, M. "Phreak the Speak: The Flawed Communications Within Cyber Intelligentsia." In *Cyberspace and International Relations*, edited by J.-F. Kremer and B. Müller, 253-268. Heidelberg: Springer, 2014.
- Hackmageddon. "Statistics". Accessed June 27, 2021. <https://www.hackmageddon.com/category/security/cyber-attacks-statistics/>.
- Harknett, R., and J. Stever. "The New Policy World of Cybersecurity." *Public Administration Review* 17, no. 3 (2011): 455-460.
- Healey, J. "Part 1: A Brief History of US Cyber Conflict." In *A Fierce Domain: Conflict in Cyberspace, 1986-2012*, edited by J. Healey, 14-87. Washington: Cyber Conflict Studies Association, 2013.
- Hudson, V. *Foreign Policy Analysis: Classic and Contemporary Theory*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, 2007.
- Huskaj, G. "The Current State of Research in Offensive Cyberspace Operations." In *18th European Conference on Cyber Warfare and Security*, edited by T. Cruz and P. Simoes, 660-667. Reading: Academic Conferences and Publishing International Limited, 2019.
- Internet Crime Complaint Center. "Annual Reports." Accessed June 27, 2021. <https://www.ic3.gov/Home/SearchIC3>.
- Kaplan, F. *Dark Territory: The Secret History of Cyberwar*. New York: Simon & Schuster, 2016.
- Kassab, H.S. "In Search of Cyber Stability: International Relations, Mutually Assured Destruction and the Age of Cyber Warfare." In *Cyberspace and International Relations: Theory, Prospects and Challenges*, edited by J.-F. Kremer and B. Müller, 59-76. Heidelberg: Springer, 2014.
- Lake, D., and R. Powell. *Strategic Choice and International Relations*. Princeton: Princeton University Press, 1999.
- Mason, B. "So who has the most Advanced Cyber Warfare Technology?" *Nasdaq*, October 19, 2017. <https://www.nasdaq.com/articles/so-who-has-most-advanced-cyber-warfare-technology-2017-10-19>.
- Mastanduno, M. "Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War." *International Security* 21, no. 4 (1997): 49-88.
- Mearsheimer, J. *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: Norton, 2001.
- Moravcsik, A. "The New Liberalism." In *The Oxford Handbook of International Relations*, edited by C. Reus-Smit and D. Snidal, 234-254. Oxford: Oxford University Press, 2010.
- Moravcsik, A. "Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics." *International Organization* 51, no. 4 (1997): 513-553.

- Morgan, S. "Top Five U.S. Defense Contractors Bungle Commercial Cybersecurity Market Opportunity." *CSO*, January 28, 2016. <https://www.csoonline.com/article/3027383/top-five-u-s-defense-contractors-bungle-commercial-cybersecurity-market-opportunity.html>.
- National Defense Industrial Association. "NDIA Policy." Accessed June 27, 2021. <https://www.ndia.org>.
- Nye Jr, J. "The Twenty-First Century will not be a 'Post-American' World." *International Studies Quarterly* 56, no. 1 (2012): 215-217.
- Nye Jr, J. "Nuclear Lessons for Cyber Security?" *Strategic Studies Quarterly* 5, no. 4 (2011): 18-38.
- Open Secrets. "Top Spenders." Accessed June 27, 2021. <https://www.opensecrets.org/federal-lobbying/top-spenders?cycle=a>.
- Rattray, G. "An Environmental Approach to Understanding Cyberpower." In *Cyberpower and National Security*, edited by F. Kramer, S. Starr, and L. Wentz, 253-274. Dulles: Potomac Books, 2009.
- Rid, T. *Cyberwar will not Take Place*. Oxford: Oxford University Press, 2013.
- Shafqat, N., and A. Masood. "Comparative Analysis of Various National Cyber Security Strategies." *International Journal of Computer Science and Information Security* 14, no. 1 (2016): 129-136.
- Shaheen, S. "Offense-Defense Balance in Cyber Warfare." In *Cyberspace and International Relations: Theory, Prospects and Challenges*, edited by J.-F. Kremer and B. Müller, 77-94. Heidelberg: Springer, 2014.
- Sharma, S. "Cyber Security for the Defence Industry." *Cybersecurity Review*, 2015. <https://www.cybersecurity-review.com/wp-content/uploads/2015/05/CYBER-SECURITY-FOR-THE-DEFENCE-INDUSTRY-By-Sanjana-Sharma.pdf>.
- Silver, C. "Top 20 Economies in the World: Ranking the Richest Countries in the World." *Investopedia*, December 24, 2020. <https://www.investopedia.com/insights/worlds-top-economies/>.
- Singer, P., and A. Friedman. *Cybersecurity and Cyberwar: What Everyone Needs to Know*. Oxford: Oxford University Press, 2014.
- Snowden, E. *Permanent Record: Meine Geschichte*. Translated by K. Greiners. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2019.
- Stockholm International Peace Research Institute. "SIPRI Military Expenditure Database." Accessed June 28, 2021. <https://www.sipri.org/databases/milex>.
- Taxpayers for Common Sense. "Unclassified Cyber Spending, by Agency." Accessed June 28, 2021. <https://www.taxpayer.net/national-security/unclassified-cyber-spending-by-agency-fy-2007-2016/>.
- The White House. *The National Strategy to Secure Cyberspace*. Washington, 2003.
- The White House. *National Cyber Strategy of the United States of America*. Washington, 2018.

- Trading Economics. "United States Foreign Exchange Reserves." Accessed June 28, 2021. <https://tradingeconomics.com/united-states/foreign-exchange-reserves>.
- Valeriano, B., and R. Maness. *Cyber War Versus Cyber Realities: Cyber Conflict in the International System*. Oxford: Oxford University Press, 2015.
- Valeriano, B., and R. Maness. "The Fog of Cyberwar: Why the Threat Doesn't Live up to the Hype." *Foreign Affairs*, November 21, 2012. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2012-11-21/fog-cyberwar>.
- Waltz, K. *Theory of International Politics*. Reading: Addison-Wesley Publishing Company, 1979.
- Weiss, M., and V. Jankauskas. "Securing Cyberspace: How States Design Governance Arrangements." *Governance* 32, no. 2 (2019): 259-275.
- Wilner, A. "US Cyber Deterrence: Practice Guiding Theory." *Journal of Strategic Studies*, February 04, 2019. <https://doi.org/10.1080/01402390.2018.1563779>.
- Wilson, C. "Cyber Crime." In *Cyberpower and National Security*, edited by F. Kramer, S. Starr, and L. Wentz, 415-436. Dulles: Potomac Books, 2009.
- World Bank. "Export Volume Index." Accessed June 28, 2021. <https://data-bank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=TX.QTY.MRCH.XD.WD&country=>.

# **An analysis of the relationship between the EU and Albania with regard to judicial and administrative reforms and the fight against corruption**

*Kaltrina Kamberovska*

## **1. Introduction**

The end of the Cold War can be considered a critical junction in recent socio-political history. Many states in Eastern Europe came out of decades-long communist systems and the bipolar world order which had dominated since the end of the Second World War was disrupted. At this time when multiple possibilities for the future became available, the European Union found itself able to occupy a prominent space as a promoter of Western-style democracy in the world and, more importantly, in its own neighborhood. The notion of the European Union came about in the aftermath of the Second World War with the express purpose of preventing history from repeating itself through the creation of an 'ever closer union'. Its actions have been guided by the principles of freedom, democracy, the rule of law, human rights, and equality.<sup>1</sup> Seeing the potentiality for conflict to erupt again in its neighborhood, the EU's promotion of good governance and democracy norms in its near east was as much a self-interested, preemptive security strategy as it was an act of normative benevolence. The EU's initial efforts focused on its nearest neighbors, the states of Central and Eastern Europe (CEE), eventually resulting in EU membership in 2004.

A different trajectory exists for the states of the Western Balkans.<sup>2</sup> Not close enough to the core of the European Union to merit being deemed an immediate threat to EU security directly after the fall of communism, the Western Balkans appeared to have been left behind as the EU focused its efforts on reforms in the CEE states. Only when ethnic tensions in the region came to a head with the outbreak of the Yugoslav Wars did Europe's attention truly turn to the region.<sup>3</sup> As part of its efforts to stabilize its neighborhood, the EU introduced the Stabilization and Association Process whose four main objectives are stabilization, a speedy transition to a market economy, regional cooperation, and EU accession.<sup>4</sup> With its goals and ideals in mind, the EU set off on a path of involvement in the region that has now spanned nearly three decades.

---

1 European Union, "The EU in Brief," [https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-in-brief\\_en](https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-in-brief_en).

2 The Western Balkans are defined here, in line with the EU's definition, as the former states of Yugoslavia and Albania.

3 Hans J. Giessmann, "The European Union: 'Regional Power', 'Global Pole', 'Paper Tiger' - or What?," in Flemes, *Regional Leadership in the Global System*, 265.

4 Efstathios T. Fakiolas and Nikolaos Tzifakis, "Transformation or Accession? Reflecting on the EU's Strategy Towards the Western Balkans," *European Foreign Affairs Review* 13, no. 3 (2008): 384.



As of April 2021, the only Western Balkan states to have joined the EU are Slovenia and Croatia. The remaining states in the region are either candidate or potential candidate states at varying stages in the negotiation process. Although there has been talk of opening negotiations with states such as Albania and North Macedonia, formal negotiations have yet to be opened due both to the questionability of the hitherto enacted reforms in the countries in question, as well as to the growing feeling of ‘enlargement fatigue’ experienced by many of the existing member states.<sup>5</sup>

## 2. Rule of Law in the Balkans

For many of the states of the Western Balkans waiting to get in, the main hurdle to jump on their way to EU accession is reform in the area of rule of law. Specific concerns include the impartiality and effectiveness of the judiciary, respect for human rights and especially vulnerable groups, corruption at all levels, and government accountability.<sup>6</sup> Many of these issues stem from unfinished transformations from the communist system and weak institutional capacity. It is the hope of the EU that, through its various programs of assistance, these states can meet the high standards set out for them that would allow them to become member states.

One of these states is Albania which, after the chaotic dissolution of its totalitarian communist system, has struggled to rid itself of some aspects of its past. In the context of a post-Cold War world, assistance came to Albania in the form of free market policies which would allow the state to join the capitalist world. As was the case in the Central and Eastern European (CEE) states, this process was hastily undertaken as the foundational requirements necessary for supporting such a system had not yet been built up in many of the post-communist states and still, to this day, are inadequate. As a result, the government and economy have become susceptible to corruption and bureaucratic failings.

Currently in Albania, the three most pressing problems to be confronted are curbing corruption (especially of high-level officials), reforming the judiciary, and enacting administrative reforms. The EU has designated these as Albania’s top priorities for reform if their application for membership is to be successful.<sup>7</sup>

---

5 Florian Trauner, “Deconstructing the EU’s Routes of Influence in Justice and Home Affairs in the Western Balkans,” *European Integration* 31, no. 1 (2009): 68.

6 European Commission, “European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations - Rule of Law,” accessed July 23, 2019, [https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/policy-highlights/rule-of-law\\_en](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/policy-highlights/rule-of-law_en).

7 European Commission, “Albania 2019 Report” (European Union, Brussels, 2019), <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-albania-report.pdf>. It is notable that no annual report exists for 2017 for any of the candidate or potential candidate states.

### 3. Research Questions

The empirical portion of this work is heavily influenced by two typologies created by Sandra Destradi and Miriam Prys, both of whom focus on the role of regional powers in the international system. Using their definitions as well as those of others, this thesis will justify the designation of the EU as a regional power. From this starting point, this work aims to investigate the following questions: (1) *Based on the two typologies, how can we categorize the relationship between the European Union and Albania with regard to the promotion of rule of law norms?* (2) *Has the EU's relationship towards Albania changed over the time period of 2014 – 2019?* And finally, (3) *Is there any difference in the way the EU approaches the three different topics of judicial reform, administrative reform, and anti-corruption measures?* Through the use of a content analysis of various documents spanning from 2014 to 2019, this work seeks to uncover more information about the Albania-EU relationship, thus contributing to the discourse on post-communist development, EU accession, and norm promotion.

After first discussing the relevant literature and theories that form the basis of this research, the work will then turn to a discussion of Albania as a case study, the methods employed for the empirical research, and finally the presentation of the most important findings.

### 4. Literature Review

This work is situated in discourses regarding the European Union, norm promotion, and regional powerhood. As the focus here is on the EU as an actor, it is first important to establish the facts surrounding EU enlargement. This section will then proceed with discussions of norm promotion and regional powerhood. I will demonstrate that, although the EU is not a traditional political entity, it can be identified as a regional power. Finally, the chapter will look at Ian Manners' concept of 'Normative Power Europe'.

#### 4.1. The European Union

During its lifetime, the EU has been called a civilian power, a post-modern power, and a hegemon.<sup>8</sup> Most recently, however, it has been called a normative power. The EU's appeal lies in its possession of material and immaterial forces of attraction. Its common market, the Euro, and the Schengen Zone are complemented by the ideal of Europe as embodying the values of

---

<sup>8</sup> Senka N. Stanivukovic, "Normative Power Europe, Democratization, and Challenges of Complexity," in Neuman, *Democracy Promotion and the Normative Power Europe Framework*, 163.

peace and stability, as well as the image of modernity and prosperity.<sup>9</sup> The EU maintains a normative power that is supported by “a delicate nexus of attraction, coercion and legitimacy.”<sup>10</sup> The EU uses its normative power to spread its values, policies, and institutions to other states as a form of ‘Europeanization’.<sup>11</sup> This is especially true in the case of the EU’s most successful foreign policy tool to date – EU enlargement.<sup>12</sup> There are several interrelated features of enlargement that must be discussed in order to truly understand the reality of Albania’s accession prospects.

Conditionality acts as the EU’s main tool for the accession process. In order to join, candidate states must prove that they have made the difficult but necessary reforms to put them on the same level as current members. Svea Koch has described conditionality as “an incentive instrument in the relationship between two actors, in which one actor aims at changing the behavior of the other by setting up conditions for the relationship and by manipulating its cost-benefit calculation by using (positive and negative) material incentives.”<sup>13</sup> Annika Björkdahl goes even further by suggesting that conditionality acts as a form of coercion.<sup>14</sup> Conditionality is an exercise in asymmetry as, in the case of accession, power lies almost completely in the EU’s hands. By controlling the parameters for entry, candidates must comply if they wish to earn the coveted prize of membership.<sup>15</sup>

Although the Copenhagen Criteria set out the requirements that states must meet, the EU has a history of inconsistency when it comes to conditionality. In comparison to the CEE states, the conditions that the Western Balkans must fulfill are more stringent.<sup>16</sup> Some have even argued that based on current criteria, many states which joined in the 1970s and 80s would not make the cut for membership today.<sup>17</sup> This more rigorous conditionality can be somewhat justified

---

9 Annika Björkdahl, “Towards a Reflexive Study of Norms, Norm Diffusion and Identity (Re-) Construction: The Transformative Power of the EU in the Western Balkans,” *Canterbury Law Review* 18, no. 4 (2012): 92.

10 Hiski Haukkala, “The European Union as a Regional Normative Hegemon: The Case of European Neighbourhood Policy,” *Europe-Asia Studies* 60, no. 9 (2008): 1608.

11 Tanja A. Börzel and Thomas Risse, “From Europeanisation to Diffusion: Introduction,” *West European Politics* 35, no. 1 (2012): 5.

12 Sandra Lavenex and Frank Schimmelfennig, “EU Rules Beyond EU Borders: Theorizing External Governance in European Politics,” *Journal of European Public Policy* 16, no. 6 (2009): 791.

13 Svea Koch, “A Typology of Political Conditionality Beyond Aid: Conceptual Horizons Based on Lessons from the European Union,” *World Development* 75, no. 1 (2015): 99.

14 Björkdahl, “Towards a reflexive study of norms, norm diffusion and identity (re-) construction,” 88.

15 Michael O. Slobodchikoff, “The New European Union: Integration as a Means of Norm Diffusion,” *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe* 9, no. 1 (2010): 8.

16 Trauner, “Deconstructing the EU’s Routes of Influence in Justice and Home Affairs in the Western Balkans,” 74.

17 Geoffrey Pridham, *Designing Democracy: EU Enlargement and Regime Change in Post-Communist Europe* (London: Palgrave Macmillan UK, 2005), 35.

based on the fact that once membership has been granted, the impetus for enacting crucial reforms vanishes.<sup>18</sup> Based on recent events in Hungary and Poland, for example, one can see that the EU's power to curb illiberalism in member states is reduced. The EU's inability to ensure democratic values within its own member states puts into question its ability to do the same in external states. The EU's membership credibility is also questioned when one considers that the Western Balkans will not join the Union together at a designated time, as was the case for CEE. The lack of a set timeline by which these states must enact reforms creates two problems: states feel no great pressure to move forward and the EU appears to have a "commitment deficit" for the region, indicating that it has no real desire to integrate these states at all.<sup>19</sup> As a result, the reform process is slowed down further as these states see that the possibility for their hard work paying off in the form of a membership offer is uncertain.<sup>20</sup> A credible incentive for compliance is the most effective tool the EU has to induce the reforms it desires in the region.<sup>21</sup> In other words, for the carrot and stick approach to work, both the carrot and stick must actually be present.

#### 4.2. Norm Promotion

Martha Finnemore defines a norm as "a rulelike prescription which is both clearly perceptible to a community of actors and which makes behavioral claims upon those actors."<sup>22</sup> She and Kathryn Sikkink make an important clarification by distinguishing norms from institutions - a norm consists of a single issue or standard, whereas institutions are formed by the bundling of various norms into one coherent set of rules.<sup>23</sup> By adopting a norm, a state can improve its standing internationally or bind a norm as part of its identity. Thus, the adoption of norms can be instrumentalized in order for a state to achieve its goals. Finnemore and Sikkink coin the term 'strategic social construction' to refer to a situation in which the preferences and values of

---

18 Ibid., 109.

19 Trauner, "Deconstructing the EU's Routes of Influence in Justice and Home Affairs in the Western Balkans," 68.

20 Leonard J. Cohen, "Administrative Development in 'Low-Intensity' Democracies: Governance, Rule-of-Law and Corruption in the Western Balkans," *Simons Papers in Security and Development* 5/2010 (School for International Studies, Simon Fraser University, Vancouver, 2010), 31; Trauner, "Deconstructing the EU's Routes of Influence in Justice and Home Affairs in the Western Balkans," 74.

21 Cohen, "Administrative Development in 'Low-Intensity' Democracies," 31; Jonathan Webb, "Resolving Contestation Through Discursive Engagement: Towards the Contextual Diffusion of EU Rule of Law Norms?," *South-east European and Black Sea Studies* 18, no. 3 (2018): 403.

22 Martha Finnemore, "International Organizations as Teachers of Norms: The United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization and Science Policy," *International Organization* 47, no. 4 (1993): 566.

23 Martha Finnemore and Kathryn Sikkink, "International Norm Dynamics and Political Change," *International Organization* 52, no. 4 (1998): 891.

a state are purposefully aligned with those of another (usually more powerful) state because it can grant some benefits or be otherwise instrumentally useful.<sup>24</sup> In the case of EU accession, it is possible that membership conditionality acts as an incentive for this strategic social construction.

When it comes to the EU's promotion of norms, there are two key points that should be borne in mind. Firstly, norm promotion plays an important role in the EU's identity and its source of power. "Sneered at for its preference for soft power," Giessmann notes, "the European Union's story of success has, in fact, not been based on power projection but on promoting integration, democracy, and freedom."<sup>25</sup> The EU's status as a normative rather than a material power might have come about not because the EU chooses to be one, but because it has no other choice. It cannot hope to acquire the military means and resources to become a material power like the United States, for example, so out of necessity resorts to soft power instead.<sup>26</sup> European norm promotion is facilitated through European integration, as candidate states have to meet certain requirements in order to join.<sup>27</sup> The ability of the EU to promote its norms effectively is also indirectly related to its capability to offer the reward of membership. In states such as those encompassed by the European Neighbourhood Policy where no accession prospect is available, the EU's grip is weaker simply because the mechanisms of conditionality and rewards are not present.<sup>28</sup>

Secondly, the EU is not the only promoter of norms. It needs to compete with others who also offer carrots but use no sticks. The EU's promotion of norms, when tied to conditionality, is directly related to its ability to offer incentivizing benefits to the states which it hopes to reform. Two examples of competing powers are China and Russia which provide benefits in their own neighborhoods and beyond, but ask for very little in terms of democratic reforms.<sup>29</sup> The EU must compete with these alternative sources of power and therefore is obliged to rely on arguments that place the EU on a moral high ground in comparison to these illiberal regimes in order to win over followers. By this, it is meant that the EU must demonstrate to the states it

---

24 Ibid., 902.

25 Hans J. Giessmann, "The European Union: 'Regional Power', 'Global Pole', 'Paper Tiger' - or What?," in Flandes, *Regional Leadership in the Global System*, 270.

26 Thomas Diez, "Constructing the Self and Changing Others: Reconsidering 'Normative Power Europe'," *Millennium: Journal of International Studies* 33, no. 3 (2005), 620.

27 Slobodchikoff, "The New European Union," 2.

28 Börzel and Risse, "From Europeanisation to Diffusion," 2.

29 Peter Kotzian, Michele Knodt, and Sigita Urdze, "Instruments of the EU's External Democracy Promotion," *Journal of Common Market Studies* 49, no. 5 (2011): 997.

wishes to change that the benefits it offers and the conditions that it demands are *better* than those of other powers which ask for nothing in return.

### 4.3. Regional Powers

Especially after the Cold War when the bipolar world order dissipated, an opening was created for “regional powers to emerge as key actors who assume important (but currently underspecified and understudied) roles in questions of regional and global governance.”<sup>30</sup> In the current literature on regional powers, the focus has been on the BRICS states and others like Nigeria and Australia.<sup>31</sup> In line with the traditional focus of IR, the regional power discourse has tended to emphasize states as the primary unit of analysis although recently, non-state entities have been included as well.<sup>32</sup> It is in this more recent approach that the EU is analyzed as a regional power.

According to Miriam Prys, a regional power is defined by its geographical position and its “relative preponderance within that region in terms of material capabilities.”<sup>33</sup> She makes two clarifications, namely that material power alone does not make a regional power, and that regional powers cannot be assumed to act in the same way.<sup>34</sup> Meanwhile, Sandra Destradi defines a regional power as “a state which belongs to a region, disposes of superior power capabilities, and exercises an influence on regional neighbours.”<sup>35</sup> Although the EU rarely calls itself a regional power, it fits these definitions. Europe is a defined political space with relatively greater economic power capabilities in the region. Its regional focus and history as the ‘organizer of the continent’ after the Cold War contribute to the EU’s designation as a regional power.<sup>36</sup>

In Ian Bache’s terms, the EU is a ‘highly compound regional polity’, meaning that it (sometimes) acts as a singular unit with many different nodes of power.<sup>37</sup> Although the EU is not a state, looking at it through the lens of one is common, as it brings a known framework to the

---

30 Miriam Prys, “Hegemony, Domination, Detachment: Differences in Regional Powerhood,” *International Studies Review* 12, no. 4 (2010): 480.

31 Sandra Destradi, “Regional Powers and Their Strategies: Empire, Hegemony, and Leadership,” *Review of International Studies* 36, no. 4 (2010): 903–4.

32 Owen Worth, “Recasting Gramsci in International Politics,” *Review of International Studies* 37, no. 1 (2011): 373–74, doi:10.1017/S0260210510000318.

33 Miriam Prys, “The Variability of Regional Powers,” in *SGIR 7th Pan-European Conference on IR* (2010), 7.

34 *Ibid.*, 3.

35 Destradi, “Regional powers and their strategies,” 929.

36 Anne-Marie Le Gloannec, “The European Union as a Regional Power,” in *Regional Powers and Regional Orders*, ed. Nadine Godehardt and Dirk Nabers, Routledge/GARNET series 14 (Abingdon Oxon, New York: Routledge, 2011), 95.

37 Ian Bache, “Europeanization and Multi-level Governance: EU Cohesion Policy and Pre-accession Aid in South-east Europe,” *Southeast European and Black Sea Studies* 10, no. 1 (2010): 2.

table.<sup>38</sup> For this reason, we can justifiably include the EU in many cases where a definition or requirement refers to a state structure, as is common in the regional power literature and IR theory in general. Others have also defined the EU as a regional power, albeit of a different kind.<sup>39</sup> Therefore, although not a state, the EU can be justified as a subject of study for regional powerhood.

An important note to bear in mind is that regional powers are ‘open systems’, meaning that they are open to influences from two fronts – the broader world and the region’s interior.<sup>40</sup> External impacts can limit what a regional power can do and can shape its goals and policies. Located somewhere between the global and the local, a regional power must balance its influences and ambitions at both levels.<sup>41</sup> Furthermore, not all regional powers have chosen their position. In some cases “a regional power might be pushed and/or pulled into assuming a hegemonic role.”<sup>42</sup> This discussion of constraining factors is relevant to the EU when we consider the notion of Normative Power Europe (NPE), a framework that is based on the idea of Europe acting not out of self-interest, but rather based on its normative values.

#### 4.4. Normative Power Europe

At its core, Manners’ concept of NPE is based on the idea of the EU as a civilian power which has “primarily non-military foreign policy instruments, especially economic ones, and works together with other states and through multilateral institutions to manage international problems.”<sup>43</sup> Manners argues that the EU’s unique power lies in its identity being directly tied to the norms which it promotes and which guide all of the EU’s actions, especially its foreign policy.<sup>44</sup> The NPE framework, however, is too idealistic and has received a fair bit of criticism. Manners rejects the idea that NPE is a hegemonic actor. Thomas Diez claims this is simply because the concept of NPE is easier for mainstream academics to accept than hegemony which is associated with post-Marxism.<sup>45</sup> The next section of this paper will illustrate how Gramscian hegemony and Steven Lukes’ third dimension of power both explain why the EU can be seen as a

---

38 Jan Zielonka, *Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union* (Oxford: Oxford University Press, 2007), 7.

39 See Hans J. Giessmann, “The European Union: ‘Regional Power’, ‘Global Pole’, ‘Paper Tiger’ - or What?,” in Flandes, *Regional Leadership in the Global System*.

40 Prys, “Hegemony, Domination, Detachment,” 484.

41 Prys, “The variability of regional powers,” 18–20.

42 Prys, “Hegemony, Domination, Detachment,” 490.

43 Michael Merlingen, “Everything Is Dangerous: A Critique of ‘Normative Power Europe,’” *Security Dialogue* 38, no. 4 (2007): 436.

44 Ian Manners, “Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?,” *Journal of Common Market Studies* 40, no. 2 (2002), 242.

45 Diez, “Normative Power as Hegemony,” *Cooperation and Conflict* 48, no. 2 (2013): 204.

hegemon. The second criticism of NPE is that the EU's normative power is seen as passive. When looking at EU enlargement policies, there is no doubt that this is an active power that is shaping what it means to be a European state. A third concern with the framework is that it does not consider the recipient states as actors and therefore does not address whether or not the norms that are promoted are adopted and internalized.<sup>46</sup> By refusing to accept EU self-interest as a factor in its norm promotion, the NPE framework weakens itself when analyzed through the lens of EU enlargement.

Having looked at the scholarly discourses surrounding the European Union, we can justify the study of the EU as a promoter of norms within the framework of accession and regional power. Through accession and conditionality, the EU is able to act as a promoter of its own norms within its neighborhood and abroad. The EU's effectiveness is in part determined by its ability to offer credible incentive mechanisms, chief among which is eventual EU membership.

## 5. Theory

To understand the establishment of the research questions, it is also necessary to examine the theoretical concepts which inspired them. By looking at Antonio Gramsci's concept of hegemony and Steven Lukes' third dimension of power, we can better understand the EU's source of power and its application in the Western Balkans. Afterwards, there will be a discussion of the two regional powerhood typologies created by Miriam Prys and Sandra Destradi. Their ideal types of behavior inform the coding methodology used in the content analysis. Finally, this section will present a hybridized version of the typologies which is more encompassing than either one alone.

### 5.1. Gramscian Hegemony and Lukesian Power

Gramscian hegemony can be defined as the exercise of power by one class over another through coercion and persuasion. It is not domination through force, but rather a relationship built on consent "by means of political and ideological leadership."<sup>47</sup> A hegemonic class is one that maintains a system of alliances which grant it sufficient power so as to gain the consent of other classes. The form of power used in a hegemonic relationship is that in which the hegemonic class "brings the interests of subordinate classes in line with its own interests – or presents and affirms its own interests as general interests for the whole society."<sup>48</sup> Thus, the hegemonic class

---

46 Diez, "Constructing the Self and Changing Others," 616.

47 Roger Simon, *Gramsci's Political Thought* (London: The Electric Book Company, 2005), 24.

48 Destradi, "Regional powers and their strategies," 913.



has the capacity to shape values and ideas so that they become normalized features of society. Gramsci terms this *common sense*, and it is through this that a status quo is upheld. Hegemony is, however, a state of being and must be constantly upheld through institutionalization of norms and laws.<sup>49</sup> This can also be achieved externally through the influencing and socialization of foreign elites, thus expanding and internationalizing a system of norms and values.<sup>50</sup> Hegemons use both discursive and material elements to maintain their status. Normative persuasion and (mostly) economic incentives are thus interwoven.<sup>51</sup> In the case of material benefits, a hegemon provides public goods for two reasons: to appease subordinates and prevent them from resisting, and to ensure the hegemon's legitimacy in the subordinates' eyes, thus ensuring its own stability.<sup>52</sup> Gramsci's hegemony is important to our study as it forms the basis of Prys and Destradi's typologies. Furthermore, if we wish to understand the EU's norm-promoting methods, the idea of a form of power that relies on ideas instead of force is especially relevant.

"Power is at its most effective when least observable," says Steven Lukes in the introduction to his second edition of *Power: A Radical View*.<sup>53</sup> Similarly to Gramsci, Lukes emphasizes that power is a capacity explicitly defined as *power over* something instead of *power to do* something. After first discussing the first and second dimensions and finding them inadequate, Lukes' third dimension of power aims to comprehensively explain power dynamics. The main qualm Lukes had with the first two dimensions was that observable conflict between entities needed to exist in order for power to manifest. Lukes' third dimension, also called 'intellectual leadership' explains how conflict need not be present for power to exist. He writes, "*A* may exercise power over *B* by getting him to do what he does not want to do, but he also exercises power over him by influencing, shaping, or determining his very wants. Indeed, is it not the supreme exercise of power to get another or others to have the desires you want them to have – that is, to secure their compliance by controlling their thoughts and desires?"<sup>54</sup> Here the parallels between Gramsci and Lukes are clear. By being able to shape conceptions of what is standard in a society, an actor (such as a hegemonic class) exerts power over others by limiting their options so that any choice they make falls within the established framework, thus allowing the powerful actor to maintain its status.

---

49 John G. Ikenberry and Charles A. Kupchan, "Socialization and Hegemonic Power," *International Organization* 44, no. 3 (1990): 288–89, <https://www.jstor.org/stable/2706778>.

50 Ikenberry and Kupchan, "Socialization and hegemonic power," 285.

51 Diez, "Normative power as hegemony," 200.

52 Destradi, "Regional powers and their strategies," 914-915.

53 Steven Lukes, *Power: A Radical View*, 2<sup>nd</sup> ed. (New York: Palgrave Macmillan, 2009) 1.

54 Lukes, *Power*, 27.

By sculpting perceptions of *common sense* (to cite Gramsci's term again), the EU is able to manipulate the wants and needs of states so that they align with its own. It achieves this by placing states into an asymmetric system of superiority and subordination through the accession process. While it was argued above that the EU is an active promoter of its norms, there is also a passive element that can justify the NPE framework. The EU's passive leverage "is the traction that the EU has on the domestic politics of credible candidate states merely by virtue of its existence and its usual conduct. This includes the political and economic benefits of membership, the costs of exclusion, and the way the EU treats non-member states."<sup>55</sup> Thus, simply by existing, the EU can shape the desires of candidate states and use its leverage to maintain its status as a hegemonic class.

## 5.2. Typologies of Regional Powerhood

Both Prys and Destradi have created typologies of regional powerhood. Both are mentioned here since, although they overlap, they form a more complete picture when combined. A typology of regional powers was necessary as the existing literature did not differentiate between different behaviors and assumed that simply being a powerful state would lead to regional powerhood. Prys' typology is divided into three categories: detached powers, hegemons, and dominators. With hegemony as the default, she finds that in the absence of hegemony there is either a lack of control or domination.<sup>56</sup> Her measurable dimensions are self-perception, perception by others, provision of public goods, and the exercise of power.<sup>57</sup> For Prys, a *Regional Dominator* operates in an asymmetrical system and uses force to extract tributes from other states in the region. A *Regional Hegemon* uses contributions from others to provide common goods and portrays itself as cooperative, using norms as its power source. The *Regional Detached Power* is uninterested in its region and has other aspirations despite its relative power.

Destradi's typology goes a bit further than Prys' by creating six ideal types based on seven dimensions. Her concern with the existing literature was that it did not take into consideration the different motivations and means that regional powers have.<sup>58</sup> Furthermore, there is no discussion of why other states follow or subordinate themselves to regional powers. This led her to ground her work in the concepts of leadership and hegemony, thus creating a typological

---

55 Milada Anna Vachudová, *Europe Undivided: Democracy, Leverage, and Integration After Communism* (Oxford: Oxford University Press, 2004), 65.

56 Prys, "Hegemony, Domination, Detachment," 487–88.

57 Prys, "Hegemony, Domination, Detachment," 490.

58 Destradi, "Regional powers and their strategies," 907.

continuum stretching from unilateralist military force to cooperation focused on common goals. Her six ideal types are then subdivided into broader categories of *Empire*, *Hegemony*, and *Leadership*. The addition of leadership is what sets it apart from Prys' work, thus allowing us to consider less asymmetrical relations as well. The main dimensions she measures are the goals pursued by the regional power and its neighbors and the means employed in relation to these countries.<sup>59</sup> The other indicators are supplementary and allow for measuring secondary states' reactions and agency. Her *Empire* ideal type is based on the use of coercion or threats to achieve its goals. The *Hegemony* category consists of *Hard*, *Intermediate*, and *Soft Hegemony* which differ based on the means they use, ranging from sanctions to normative persuasion. All three forms present themselves as cooperative, but the difference lies in the discrepancy between this presentation and actual behavior. The *Leadership* group is divided in *leader-initiated* and *follower-initiated* leadership, the latter of which is isolated in Destradi's typology and left out of the analysis here as it assumes power from a bottom-up approach on behalf of the other states.<sup>60</sup> *Leader-Initiated Leadership*, however, falls in line with this study as it is based on normative persuasion and requires the goals of the regional power and secondary states to be the same. Destradi argues that *Soft Hegemony* and *Leader-Initiated Leadership* can be two parts of one process, with a successful hegemonic approach later leading to a socialization process that makes the goals of the two groups the same as a result of shared norms and values. Destradi also argues that these strategies can change over time and based on the policy area in question. This forms the basis for the latter two research questions which look at the time period between 2014 and 2019 and the differences in the three rule of law reform areas.

### 5.3. Synthesized Typology

Based on the two typologies presented, it was meaningful to create a synthesized version which included all possible configurations (Figure 1). The hybrid matrix below presents eight ideal types reproduced directly from the original sources and aligned left to right in order of decreasing power asymmetry. The *Regional Detached Power* is separated from the table since its interests lie outside of its region and therefore doesn't use coercion to induce change in secondary states. Meanwhile, *Follower-Initiated Leadership* is excluded. Ideal types and indicators originating from Prys' typology are marked with a caret while Destradi's are indicated with an asterisk. In cells where the two typologies meet, the text is italicized. The designations in these

---

<sup>59</sup> Ibid., 928.

<sup>60</sup> Ibid., 925.

cells are based on my interpretations while staying true to the original typologies. When applicable, the same terms were used, however when a new term is introduced, it is indicated in bold. It is this hybridized typology which informs the coding process of the content analysis.

	<b>Empire*</b>	<b>Regional Dominator^</b>	<b>Hard Hegemony*</b>	<b>Intermediate Hegemony*</b>	<b>Regional Hegemon^</b>	<b>Soft Hegemony*</b>	<b>Leader-Initiated*</b>	<b>Detached Power^</b>
<b>Ends Means*</b>	Self-interested Military intervention Threat of intervention	<i>Self-interested threats, threat of intervention, military intervention</i>	Self-interested Sanctions, threats, political pressure	Self-interested Material benefits/ inducements: economic side-payments, military support	<i>Self-interested Material benefits/ inducements Normative persuasion, socialization</i>	Self-interested Normative persuasion, socialization	Common Interests Normative persuasion, socialization process	<i>Self-interested Follows interests outside the region</i>
<b>Type of Goods^</b>	Private Goods	Private Goods (Forced Contribution)	Private Goods	Regional Public Goods	Regional Public Goods	Regional Public Goods	Regional Public Goods	No goods/ Private Goods
<b>Self-Representation*</b>	Aggressive, threatening, compelling subordination	<i>Aggressive</i>	Cooperative	Cooperative	Cooperative	Cooperative	Cooperative	<b>Detached</b>
<b>Self-Perception^</b>	Regional Exceptionalism (Selfish) Global/Domestic Priorities	Regional Exceptionalism (Selfish)	Regional Exceptionalism (Selfish)	Regional Exceptionalism (Positive)	Regional Exceptionalism (Positive Contribution)	Regional Exceptionalism (Positive)	<b>Cooperative</b>	Domestic/Global Priorities
<b>Regional Perception^</b>	Non-acceptance (fear/vulnerability)	Non-acceptance (fear/vulnerability)	Non-acceptance (fear/vulnerability)	Regional acceptance	Regional acceptance	Regional acceptance	Empowerment of secondary states	Non-acceptance (Empowerment of secondary states)
<b>Discrepancy*</b>	Low	Low	High	Middle	Middle	Low	Low	Low
<b>Legitimation*</b>	None	None	Pseudo	Partial	Legitimation	Legitimation	Legitimation	None
<b>Subordinate Strategy*</b>	Resistance/ Subordination	Resistance/ Subordination	Resistance → Compliance as Cost Benefit Analysis	Resistance → Compliance as Cost Benefit Analysis	Compliance	Compliance	Willing Followership	<b>Independence</b>
<b>Behavior Change*</b>	No	No	No	No	Yes	Yes	Yes	No
<b>Exercise of Power^</b>	Impact through force/ violence	Impact through force/ violence	No impact	No impact	Influence of preference & values	Influence of preferences & values	Influence of preferences & values	No impact

Figure 1: Synthesized Typology (own illustration)

### 6. Albania as a Case Study

The choice of Albania as a case study stems from a variety of reasons ranging from Albania’s distinct past to its relative neglect in the literature. Albania has been a candidate state for EU membership since 2014, but has been privy to the European Union’s foreign policy instruments since the late 1990s. Unlike its Western Balkan neighbors who also seek to join the EU, Albania was not a part of Yugoslavia and did not experience the same ethnic conflicts that resulted after the breakup of Yugoslavia, a factor which seems to inform much of the EU’s approach to the region. While the Western Balkans in general remain a rather under-researched region (particularly in terms of democratization and in comparison to the CEE states), Albania is especially neglected in the literature due to its deviation from the rest of the region.<sup>61</sup>

Both the literature and EU efforts in the region have focused on post-war reconstruction and ethnic reconciliation in the region, and are factors which have not affected Albania to the same extent as its neighbors. Unlike other former communist states, Albania was an incredibly isolated state and the end of its communist period was not the result of a popular uprising, but was rather a calculated, pragmatic move to attain legitimacy. An examination of democratization efforts and rule of law reforms is made even more interesting when one takes into consideration

61 Sonja Grimm and Okka L. Mathis, “Democratization via Aid? The European Union's Democracy Promotion in the Western Balkans 1994-2010,” *European Union Politics* 19, no. 1 (2018), doi:10.1177/1465116517729761.

the fact that prior to the end of the Communist era Albania had no previous experience with democracy and even less experience with self-rule.<sup>62</sup>

Albania's historical experiences have resulted in a system which is ineffective due to high levels of corruption and a carelessly planned transition period which saw many of the same Communist elite remaining in positions of authority.<sup>63</sup> In effect, the Albanians traded one form of dictatorship for another, as even the new Democratic Party engaged in undemocratic purges of the administration and judiciary and filled the newly vacant positions with loyalists, creating, in effect, a network of support that was almost clan-like.<sup>64</sup> The chaotic and incoherent transition period resulted in the new institutions being overtaken by opportunists who seized upon this state of weak rule of law and even weaker institutional capacity, causing newly founded government bodies to become politicized and subject to state capture. Instead of these new institutions being the beacons and mechanisms of democratization and a new era, they became unaccountable and opaque much like their communist predecessors.

The EU has been a major player in the reconstruction of Albania and its democratic development not only because Albania seeks to join the EU, but also because the EU wishes to surround itself with stable countries. Over the years, EU assistance has taken the approach of instilling EU-style institutions and best practices as a means of creating desired institutional societal changes. These efforts have had limited success for various reasons, key among which are the facts that institutional capacity to undertake such reforms is inadequate and that there is a widespread distrust of political elites and formal institutions. There is hope, however, in the fact that Albanians are generally Europhilic, with 80% seeing EU membership as a benefit (compared to only 40% of Serbians, for example).<sup>65</sup>

Albania is currently facing a massive program of institutional reform with the most pressing concern being the matter of judicial reforms, particularly concerning the vetting process of judges. The other two issues to be tackled if Albania wishes to join the EU are administrative reform and corruption. As was the case in many communist countries, a strong culture of bribery and patronage systems became deeply entrenched in the society. Albania's judicial system has been a forum for political appointments, pay-for-play politics, and poorly disguised nepotism. The judicial vetting process aims to assess the wealth of judges and prosecutors to ensure

---

62 Arolda Elbasani, "Albania in Transition: Manipulation or Appropriation of International Norms?," *Southeast European Politics* 5, no. 1 (2004): 33.

63 Cohen, "Administrative Development in 'Low-Intensity' Democracies," 7.

64 Elbasani, "Albania in Transition," 35.

65 Zacc Ritter and Galina Zapryanova, "Many in Western Balkans See Benefit in Joining EU," Gallup Inc., accessed August 4, 2019, <https://news.gallup.com/poll/213899/western-balkans-benefit-joining.aspx>.

that it was obtained legally and to rule out any connection to organized crime. According to Florian Trauner, between 2000 and 2006, over 40% of CARDS spending in Albania was targeted towards justice and home affairs, making this the most prominent area of EU-Albanian cooperation.<sup>66</sup> Administrative positions are often targets for political graft and serve as rewards for political loyalty instead of being filled by competent and qualified civil servants.<sup>67</sup> Corruption is a problem which permeates throughout the society and is a direct cause of the judicial and administrative problems that Albania faces. Unlike judicial and administrative reforms which can be, theoretically, installed through policies, anti-corruption has more to do with changing deeply-rooted systems of belief that perpetuate the daily cycle of corruption.

All three of these areas are in dire need of reform and the European Union has consistently placed them at the top of its agenda when dealing with Albania.<sup>68</sup> Various funds, training programs, and expert advice have been provided through the EU's various instruments with the aim of helping Albania meet the requirements for accession and also developing into a well-functioning society.

## **7. Methodology**

With the use of Atlas.ti, a content analysis was undertaken of a total of 88 primary source documents spanning the years 2014 to 2019. The selection to set the lower limit of the analysis to 2014 stems from the fact that it was then that Albania was granted EU candidate status whereas the upper limit of 2019 was chosen for the practical fact that the process of norm promotion within the framework of EU accession was (and is) still ongoing at the time this research was conducted. This timeframe allows for a precise and in-depth look at Albania as a candidate state. Expanding the timeline to include Albania's time as a potential candidate state would make for interesting future research, as a comparison between the two designations might yield fruitful insights into the EU's behavior toward other potential candidates. The documents which were analyzed came from a wide range of sources, including Albanian government departments, the EU's various bodies, and Albanian, Western Balkan and Western European news agencies.

---

<sup>66</sup> Trauner, "Deconstructing the EU's Routes of Influence in Justice and Home Affairs in the Western Balkans," 72.

<sup>67</sup> Cohen, "Administrative Development in 'Low-Intensity' Democracies," 12.

<sup>68</sup> Judicial reform and administrative reform are the top two priorities while organized crime and fundamental rights take the fourth and fifth spots, respectively.

Miriam Prys and Sandra Destradi's two typologies on the behavior of regional powers form the theoretical backbone of the empirical study and, as discussed above, were modified into a hybrid typology for this analysis. Each cell of the hybridized matrix contains a term that was then used to create a code using Susanne Frieese's suggested method of main category codes and subcodes.<sup>69</sup> In this case, the main category codes refer to the rows of the matrix, or the dimensions of analysis: Means, Type of Goods, Self-Representation, etc. The subcodes then refer to the specific contents located in each cell. For example, in the main category of "Means", there exist 13 different subcodes. Altogether, excluding main category codes, 41 subcodes were established based on the typologies and five were created anew for a total of 46. As will be explained below, the codes based on the typology were applied to the documents through the use of Hypothesis Coding. Based on the information given in Prys and Destradi's texts, each code was assigned a definition which served to assist in making sure that codes were applied consistently.

Following Johnny Saldaña's notes on qualitative coding, the content analysis employed for this study used several different coding methods: attribute coding, concept coding, descriptive coding, magnitude coding, and hypothesis coding.<sup>70</sup> Attribute coding refers to assigning a metadata descriptor, in this case source, type, year, topic, and speaker. Descriptive coding formed the basis of the various in-vivo codes as well as concept codes which discuss broader ideas and patterns found in the text.<sup>71</sup> For example, the code "Inconsistency" initially referred to instances in which the application of some law or policy was inconsistent and haphazardly implemented. However, as a concept code, it also refers to a wider problem of inconsistency: a lack of clear strategies and sometimes even contradictory applications. Magnitude coding was used for the EU's assessment of reform progress as found in the annual reports. The guiding coding process behind most of the empirical work, however, was hypothesis coding which, according to Saldaña, is used when the researcher already has an idea about what sort of content should be anticipated in the text. In this case, the researcher generates a list of codes before even looking at the documents, and the application of such codes allows for the researcher to see if the empirical observations match up to the expected behavior. As this study's empirical portion is based on a set typology, the application of researcher-generated codes seems quite

---

69 Susanne Frieese, *Qualitative Data Analysis with ATLAS.Ti*, 2nd ed. (Los Angeles: SAGE, 2014), 128–45.

70 Johnny Saldaña, *The Coding Manual for Qualitative Researchers*, 3rd ed. (London: SAGE, 2016).

71 Ibid., 98–119.

fitting.<sup>72</sup> With the aid of Atlas.ti and assigning codes to selected quotations in the primary documents, larger patterns can be revealed across years, source types, and topic areas.

## **8. Analysis & Discussion**

From the content analysis, we can now answer the research questions set out at the beginning of the study. Although the hybridized typology contains 8 ideal types, for the simplification of results these categories were subdivided into three main categories for some results: Empire/Dominator, Hegemon, and Leadership. A further note is that the results of this study represent a relative frequency of the entire dataset and therefore controls for the fact that there were not an equal number of quotations across each category.

### **8.1. Hypotheses**

The research questions which guided the empirical study were a result of preconceived expectations of what was to be found in the analysis. The three hypotheses which correspond to the research questions are presented here.

H1: The European Union's relationship to Albania will fall into the broad category of hegemon.

The literature on the subject matter suggests that the EU will most exhibit features that fall under the broad category of hegemony. The Normative Power Europe framework as well as Lukes' third dimension of power both point to the EU being a hegemon in the Gramscian sense. Its power resides in its normative persuasion mechanisms and ability to induce change in others not through force, but through incentives and the broad appeal of its normative values. At the more specific level of the typology, I hypothesize that the EU's relationship will fall somewhere between Intermediate Hegemony and Soft Hegemony due to the EU's mixed methods of socialization and material benefits.

H2: As the process of enlargement has gone on, the EU will have changed its approach to Albania.

H2a: The EU will have moved towards a more stringent form of hegemony.

H2b: The EU will have moved towards a softer form of hegemony.

---

<sup>72</sup> Ibid., 170-174.



Between 2014 and 2019, Albania has enacted many reforms and it is justified to imagine that the EU's approach has changed in response. There are two competing hypotheses here. Firstly, there is the possibility that the EU has moved more towards an imperial and dominating form. This possibility is explained by the EU's approach towards the CEE states in which the EU pushed hard for reforms to be made before the membership deadline. As Albania nears the opening of accession talks, this approach is plausible. However, the CEE experience and that of the Western Balkans is quite different, as the CEE accession was essentially guaranteed while that of the Western Balkans is not. Alternatively, the EU may have softened its approach, as the literature suggests that it struggles with choosing between applying rigorous or flexible conditionality as going too far in either direction jeopardizes the reform process.

H3: No difference will exist between the three different rule of law topics.

Sandra Destradi suggested that it is possible for a single regional power to exhibit different behavior depending on the policy area. As all three of the subtopics examined here focus on the rule of law and fall under Chapter 23 of the *acquis communautaire*, it is justifiable to imagine that they will all be treated in the same way.

## 8.2. EU's Overall Approach

When analyzing the overall relationship between the EU and Albania (Figure 2), the results clearly demonstrate that a hegemonic approach is utilized (60%). When comparing the overall results and those specific to the three rule of law topics, there is no significant difference. It is not surprising to see that *Empire* makes up such a low proportion (4%), as the EU is not prone to using threats or violence to achieve its means. The three most frequent indicators for the Means code in the data were economic side payments, socialization, and normative persuasion which are correlated with hegemony. With regard to self-perception and representation, the EU consistently presented itself as cooperative or as being exceptional in the region, but using that power to positive effect. When breaking the data down into the 8 ideal types, the most prevalent is the *Regional Hegemon* from Prys' typology which is quite similar to Destradi's *Intermediate Hegemon*. Meanwhile, *Soft Hegemony* also plays an important role. As expected, the EU's approach to Albania follows a hegemonic pattern and falls somewhere between *Intermediate* and *Soft Hegemony*, thus confirming H1.

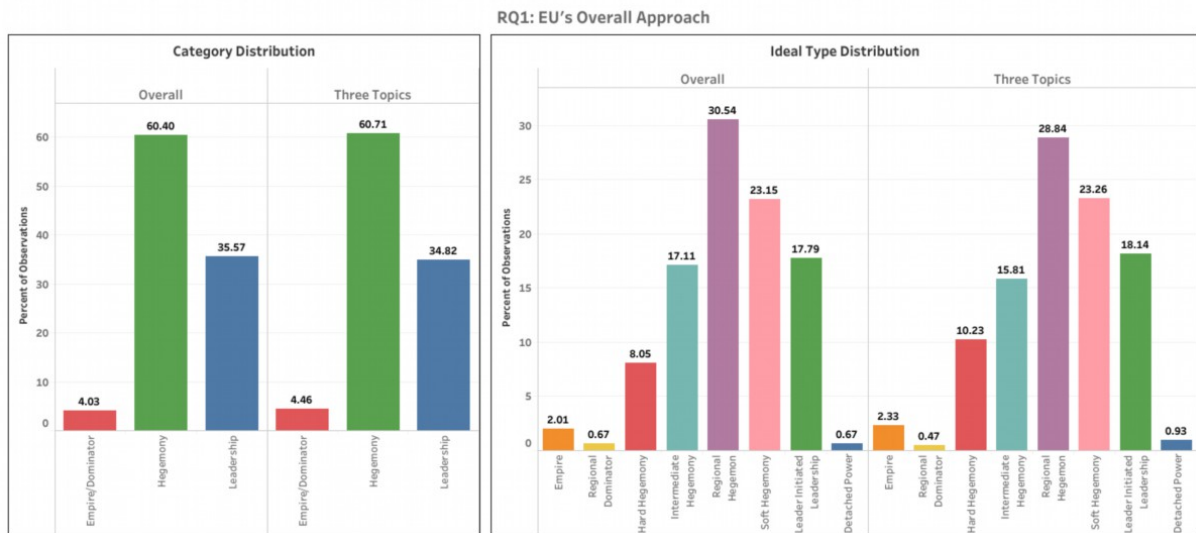


Figure 2: EU's Overall Approach (own illustration)

### 8.3. Change over Time 2014 – 2019

To answer the second research question, the results of the analysis (Figure 3) were divided based on year and are derived from the three rule of law norms. As a percent of the total, value fluctuations are present, but there is a visible upward turn for the *Leadership* category. Calculated as a basic percentage change from starting and ending values, *Leadership* approaches have increased by 28% while *Hegemony* has decreased by 15%. At the ideal type level, a shift can also be seen. *Leader-Initiated Leadership* has increased by 22% while *Soft Hegemony* decreased by 7%, and the *Regional Hegemon* type decreased by twice as much. There is, however, no clear trajectory based on these results, therefore we can *reject both H2 and H2a*. Based on the uptick in softer forms of regional powerhood, *H2b remains inconclusive*. A longer timeframe and a larger body of text for analysis might yield more conclusive results. Moreover, it is likely that the EU and Albania have tried to maintain a consistent external presentation of their efforts and goals.

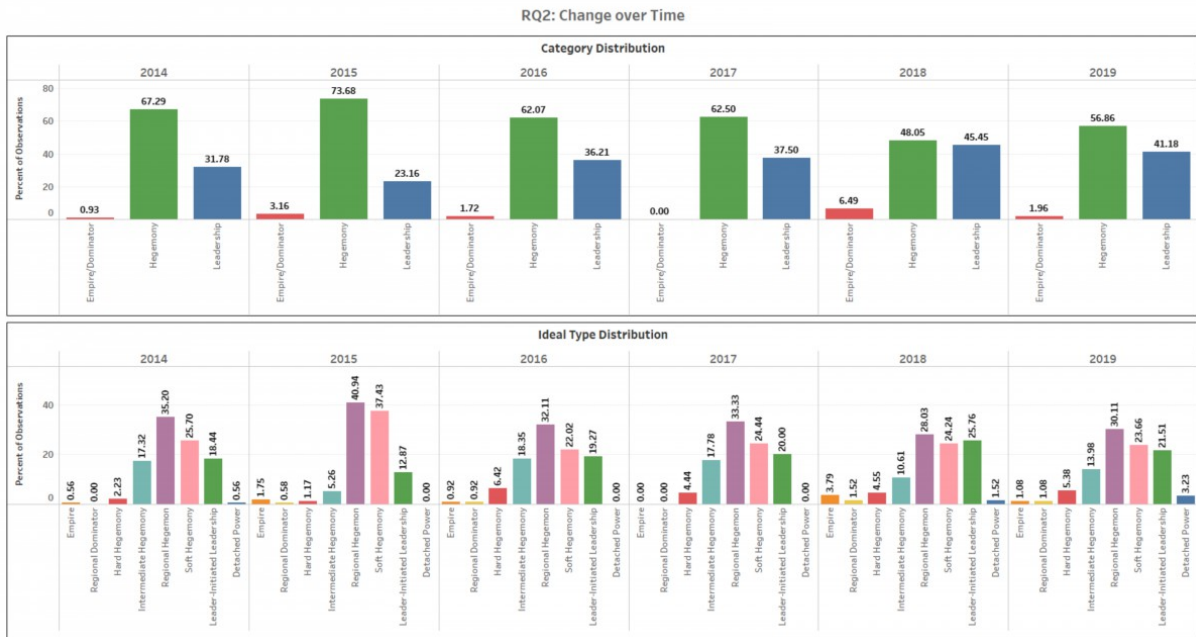


Figure 3: Change over Time (own illustration)

The quantitative visualizations only tell a portion of the story, however. During the coding process, I found that the EU’s tone had softened. There was an increased mention of Albania’s “European Path”, a code which was applied when sources referred to accession not as a form endeavor, but as something desired by the people as a way to prosperity and regional cooperation. Concepts such as optimism and partnership also appeared more frequently. This could be due to the fact that Albania has made some progress and the EU is trying to encourage it to keep moving forward with the reform agenda. By providing encouragement and using a softer approach, the EU may be trying to keep Albania on track without pushing it so far that it gives up entirely or turns to illiberalism like some CEE states have done lately. Alternatively, Albanian sources may be trying to boost domestic confidence, despite the fact that membership negotiations have been consistently postponed, thus questioning the EU’s credibility.

#### 8.4. Rule of Law Categories

The final research question aimed to discover where a difference exists between the three rule of law categories – administrative reform, judicial reform and anti-corruption. Based on Figure 4, we see that relative values remain constant across all three. With judicial reforms, there’s a slightly different balance between *Hegemony* and *Leadership* in comparison to the others. As the data is not normally distributed, we cannot test for statistical significance. When calculating the percent change between *Hegemony* in judicial reforms and the other two topics, there is an

11-12% decrease but an 18% increase in *Leadership*. Since all three topics fall under Chapter 23 of the *acquis*, it was expected that they would be treated under the same reform mechanisms. In this broad category analysis, we see, however, that there is a slightly softer approach to judicial reform.

At the ideal type level, we see that the values remain consistent across all three topics. However, *Hard Hegemony* approaches towards corruption are nearly doubled in comparison to administrative and judicial reforms. As possible explanation is that corruption is a problem common to both of these reform processes and is often the cause for those problems. Perhaps because of its relative importance in the overall reform process, corruption is discussed with stronger language and stronger mechanisms are used to push for reforms. One indicator for *Hard Hegemony* is that a state will resist or comply after making a cost-benefit analysis. Since corruption is so institutionalized, it's plausible to think that reforms that fundamentally alter the system may not be accepted and implemented as easily as those which, in theory, only require the adoption of policies and institutions. As was the case for the other two research questions, we see that *Regional Hegemon* and *Soft Hegemony* are frequently represented. The theory led us to expect that the EU would use a combination of normative and material techniques to achieve its goals and this is shown in the data. Since we can only base our results on public sources and not what alternative mechanisms take place behind closed doors, *H3 appears to be inconclusive*.

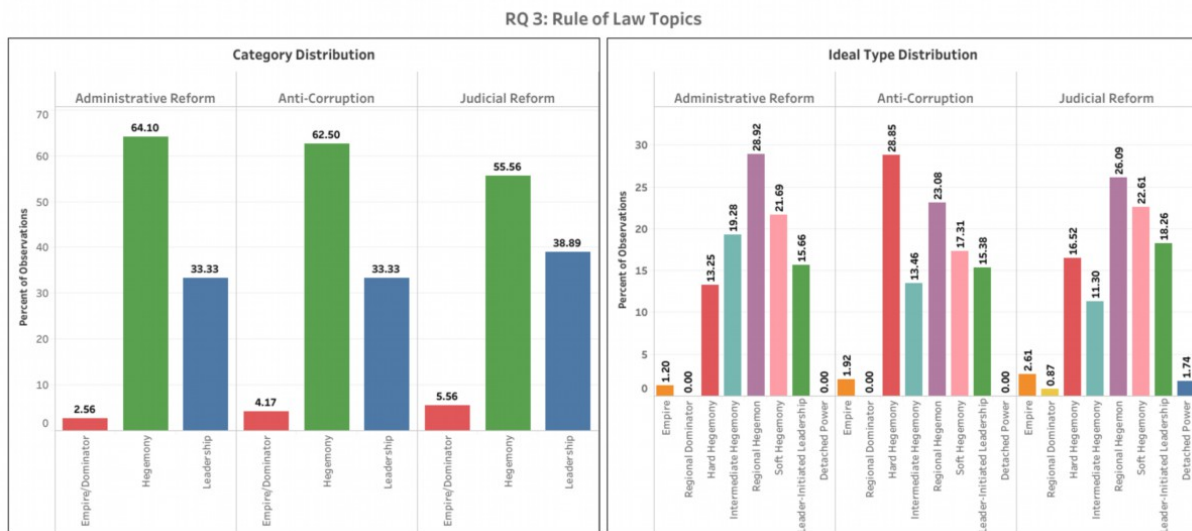


Figure 4: Rule of Law Topics (own illustration)

## 9. Conclusions

The main takeaway of this study is that the EU's relationship to Albania is broadly hegemonic and uses both material and normative mechanisms. This was expected as the literature describes the EU as a Normative Power and a Gramscian hegemon and is especially illustrated through the accession process where we see a system of incentives and rewards. It would be interesting to conduct a similar study on the other Western Balkan states in order to see if there is any difference in the EU's behavior towards them. Although Albania was chosen as a case study due to its unique experience, it is possible that, when it comes to the EU's regional powerhood approach, it is treated similarly to its neighbors as part of a pan-Balkan policy.

Secondly, this study determined that there has been no definite difference between 2014 and 2019. This timeframe was chosen to analyze Albania as a candidate state, however a longitudinal study with a broader scope might find differences between the EU's approach today as compared to its status as a potential candidate. Going even further back to before there was even an accession prospect might yield completely different results. Many such comparisons already exist for the CEE states' progressions from candidate states to members and perhaps a similar study could be conducted if and when the Western Balkan states join the EU.

Although the results were inconclusive, the study discovered that it is possible for differences to exist in the way the EU handles judicial reform, administrative reform, and anti-corruption measures. As a qualitative study, the results here do not present statistically significant findings that can be modeled through a regression analysis. Despite this, we can see that the topics are highly interrelated and codependent as changes in one affect the others with corruption being the linking factor and root cause for many of the problems in the administration and judiciary. Solving the problem of corruption requires a fundamental societal change as well as institutions that are impartial, effective and which inspire confidence and trust. At the moment, Albanian institutions do not seem to be trusted and public perceptions of corruption remain high, making meaningful reforms a double-sided process.

This work analyzed various EU and Albanian sources as a means by which to observe the EU-Albania relationship. However, we must bear in mind that outward representations do not tell the whole truth about what goes on behind the scenes in the accession process. Although accession is portrayed as a bureaucratic process whereby reforms lead to membership, it is in fact a highly political process that has to do with not only enacted reforms, but also public sentiment, political popularity, and other external factors. A study of this sort allows only for

the observation of discussions surrounding change and can supplement these with more objective reports, but even these are developed with a political goal in mind. Therefore, this study is also valuable for understanding rhetoric as a political tool.

On a broader level, this work brought together several scholarly discourses surrounding the EU, accession, and regional powerhood. Based on Sandra Destradi and Miriam Prys' typologies, it was discovered that "Regional Power Europe" (to play on Manners' term of Normative Power Europe) exhibits hegemonic tendencies and has created an asymmetrical balance of power between itself and the candidate states through the mechanism of membership conditionality. Despite the EU's emphasis on cooperation and partnership, there is no denying that the EU holds the power majority in these relationships and thus subordinates the others. Nevertheless, we see that candidate states have consented to this hegemonic arrangement in exchange for the benefits the EU can provide. Perhaps this speaks to the strength of the European Union's normative persuasion and its successful attempts to create a Gramscian hegemonic system in which its norms and values are so internalized and normalized that they are respected even without the possibility of membership.

The theoretical backing points from the EU's behavior were found in Lukesian power and Gramscian hegemony. In both, an entity has power over others when it can successfully manipulate what is deemed normal. A hegemon portrays its goals as common norms and its norms and common norms. The norms upon which the EU is based have formed the basis of its foreign policy around the world. The EU's identity is constructed around these values, and "EU aspirant members are expected to adhere to a 'European identity' that is being constructed around values and norms intended to facilitate compromise and consensus-building and, thereby, lay the foundations for the making of common interests."<sup>73</sup> Through the use of its normative standing, the EU has combined its norms and goals into a single package which must be accepted by states wishing to join the club. Through passive and active normative power, the EU invites states to willingly enter into a hegemonic relationship in which accepting the EU's *common sense* is the precondition for entry.

The EU is a complex actor operating at many different levels through various supranational and intergovernmental bodies. This work has demonstrated that it can be designated a regional power and that it creates a hegemonic sphere in its regional space, especially through membership conditionality policies. Despite this overtly asymmetric relationship, candidate states such as Albania continue to voluntarily subject themselves to this power dynamic in order to one day

---

73 Fakiolas and Tzifakis, "Transformation or Accession?," 387.

be rewarded with European membership. Hartmut Behr has claimed that the EU is an ‘empire in news clothes.’<sup>74</sup> Jan Zielonka has also argued that, with future enlargements, the EU is bound to become an imperial entity.<sup>75</sup> We have seen in this work that the EU is a unique political actor and a pioneer of sorts for regional organizations. Perhaps, in the future we will see the EU take on this imperial form and develop a new political system exceptional for its time. For now, however, we can safely say that it remains a regional hegemon whose power lies in its ability to shape conceptions of normality through the mechanism of conditionality.

---

<sup>74</sup> Hartmut Behr, “The European Union in the Legacies of Imperial Rule? EU Accession Politics Viewed from a Historical Comparative Perspective,” *European Journal of International Relations* 13, no. 2 (2007): 254.

<sup>75</sup> Zielonka, *Europe as Empire*, 9.

## References

- Bache, Ian. "Europeanization and Multi-level Governance: EU Cohesion Policy and Pre-accession Aid in Southeast Europe." *Southeast European and Black Sea Studies* 10, no. 1 (2010): 1–12.
- Björkdahl, Annika. "Towards a Reflexive Study of Norms, Norm Diffusion and Identity (Re-) Construction: The Transformative Power of the EU in the Western Balkans." *Canterbury Law Review* 18, no. 4 (2012): 79–96.
- Börzel, Tanja A., and Thomas Risse. "From Europeanisation to Diffusion: Introduction." *West European Politics* 35, no. 1 (2012): 1–19. doi:10.1080/01402382.2012.631310.
- Cohen, Lenard J. "Administrative Development in 'Low-Intensity' Democracies: Governance, Rule-of-Law and Corruption in the Western Balkans." *Simons Papers in Security and Development* 5/2010, School for International Studies, Simon Fraser University, Vancouver, 2010.
- Destradi, Sandra. "Regional Powers and Their Strategies: Empire, Hegemony, and Leadership." *Review of International Studies* 36, no. 4 (2010): 903–30. doi:10.1017/S0260210510001361.
- Diez, Thomas. "Constructing the Self and Changing Others: Reconsidering 'Normative Power Europe'." *Millennium: Journal of International Studies* 33, no. 3 (2005): 613–36.
- . "Normative Power as Hegemony." *Cooperation and Conflict* 48, no. 2 (2013): 194–210. doi:10.1177/0010836713485387.
- Elbasani, Arolda. "Albania in Transition: Manipulation or Appropriation of International Norms?" *Southeast European Politics* 5, no. 1 (2004): 24–44.
- European Commission. "European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations - Rule of Law." Accessed July 23, 2019. [HTTPS://EC.EUROPA.EU/NEIGHBOURHOOD-ENLARGEMENT/POLICY/POLICY-HIGHLIGHTS/RULE-OF-LAW\\_EN](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/policy-highlights/rule-of-law_en).
- . "Albania 2019 Report." European Union, Brussels, May 2019. [HTTPS://EC.EUROPA.EU/NEIGHBOURHOOD-ENLARGEMENT/SITES/NEAR/FILES/20190529-ALBANIA-REPORT.PDF](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/neighborhood/files/20190529-albania-report.pdf).
- European Union. "The EU in Brief." [HTTPS://EUROPA.EU/EUROPEAN-UNION/ABOUT-EU/EU-IN-BRIEF\\_EN](https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-in-brief_en).
- Giessmann, Hans J. "The European Union: 'Regional Power', 'Global Pole', 'Paper Tiger' - or What?" In *Flemes, Regional Leadership in the Global System*, 257–71.
- Fakiolas, Efstathios T., and Nikolaos Tzifakis. "Transformation or Accession? Reflecting on the EU's Strategy Towards the Western Balkans." *European Foreign Affairs Review* 13, no. 3 (2008): 377–98.
- Finnemore, Martha, and Kathryn Sikkink. "International Norm Dynamics and Political Change." *International Organization* 52, no. 4 (1998): 887–917.
- Finnemore, Martha. "International Organizations as Teachers of Norms: The United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization and Science Policy." *International Organization* 47, no. 4 (1993): 565–97.
- Friese, Susanne. *Qualitative Data Analysis with ATLAS.Ti*. 2nd ed. Los Angeles: SAGE, 2014.



- Grimm, Sonja, and Okka L. Mathis. "Democratization via Aid? The European Union's Democracy Promotion in the Western Balkans 1994-2010." *European Union Politics* 19, no. 1 (2018): 163–84. doi:10.1177/1465116517729761.
- Haukkala, Hiski. "The European Union as a Regional Normative Hegemon: The Case of European Neighbourhood Policy." *Europe-Asia Studies* 60, no. 9 (2008): 1601–22. doi:10.1080/09668130802362342.
- Koch, Svea. "A Typology of Political Conditionality Beyond Aid: Conceptual Horizons Based on Lessons from the European Union." *World Development* 75, no. 1 (2015): 97–108. doi:10.1016/j.worlddev.2015.01.006.
- Kotzian, Peter, Michele Knodt, and Sigitia Urdze. "Instruments of the EU's External Democracy Promotion." *Journal of Common Market Studies* 49, no. 5 (2011): 995–1018. doi:10.1111/j.1468-5965.2010.02163.x.
- Lavenex, Sandra, and Frank Schimmelfennig. "EU Rules Beyond EU Borders: Theorizing External Governance in European Politics." *Journal of European Public Policy* 16, no. 6 (2009): 791–812. doi:10.1080/13501760903087696.
- Le Gloanec, Anne-Marie. "The European Union as a Regional Power." In *Regional Powers and Regional Orders*. Edited by Nadine Godehardt and Dirk Nabers, 95–113. Routledge/GARNET series 14. Abingdon Oxon, New York: Routledge, 2011.
- Lukes, Steven. *Power: A Radical View*. 2nd ed. New York: Palgrave Macmillan, 2009.
- Manners, Ian. "Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?" *Journal of Common Market Studies* 40, no. 2 (2002): 235–58.
- Merlingen, Michael. "Everything Is Dangerous: A Critique of 'Normative Power Europe'." *Security Dialogue* 38, no. 4 (2007): 435–53. doi:10.1177/0967010607084995.
- Pridham, Geoffrey. *Designing Democracy: EU Enlargement and Regime Change in Post-Communist Europe*. London: Palgrave Macmillan UK, 2005. doi:10.1057/9780230504905.
- Prys, Miriam. "Hegemony, Domination, Detachment: Differences in Regional Powerhood." *International Studies Review* 12, no. 4 (2010): 479–504. doi:10.1111/j.1468-2486.2010.00957.x.
- . "The Variability of Regional Powers." In *SGIR 7th Pan-European Conference on IR*, 1–22., 2010.
- Ritter, Zacc, and Galina Zapryanova. "Many in Western Balkans See Benefit in Joining EU." Accessed August 4, 2019. [HTTPS://NEWS.GALLUP.COM/POLL/213899/WESTERN-BALKANS-BENEFIT-JOINING.ASPX](https://news.gallup.com/poll/213899/western-balkans-benefit-joining.aspx).
- Saldaña, Johnny. *The Coding Manual for Qualitative Researchers*. 3rd ed. London: SAGE, 2016.
- Simon, Roger. *Gramsci's Political Thought*. London: The Electric Book Company, 2005.
- Ikenberry, John G., and Charles A. Kupchan. "Socialization and Hegemonic Power." *International Organization* 44, no. 3 (1990): 283–315. [HTTPS://WWW.JSTOR.ORG/STABLE/2706778](https://www.jstor.org/stable/2706778).
- Slobodchikoff, Michael O. "The New European Union: Integration as a Means of Norm Diffusion." *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe* 9, no. 1 (2010): 1–25.

- Stanivukovic, Senka N. "Normative Power Europe, Democratization, and Challenges of Complexity." In Neuman, *Democracy Promotion and the Normative Power Europe Framework*, 161–87.
- Trauner, Florian. "Deconstructing the EU's Routes of Influence in Justice and Home Affairs in the Western Balkans." *European Integration* 31, no. 1 (2009): 65–82.
- Vachudová, Milada A. *Europe Undivided: Democracy, Leverage, and Integration After Communism*. Oxford: Oxford University Press, 2004.
- Webb, Jonathan. "Resolving Contestation Through Discursive Engagement: Towards the Contextual Diffusion of EU Rule of Law Norms?" *Southeast European and Black Sea Studies* 18, no. 3 (2018): 401–18. doi:10.1080/14683857.2018.1504187.
- Worth, Owen. "Recasting Gramsci in International Politics." *Review of International Studies* 37, no. 1 (2011): 373–92. doi:10.1017/S0260210510000318.
- Zielonka, Jan. *Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union*. Oxford: Oxford University Press, 2007.

## Teil II – Menschen

## **Einleitung: Feministische Außenpolitik**

*Christiane Lemke*

Inwiefern bietet feministische Außenpolitikanalyse neue Forschungsperspektiven? In den folgenden Beiträgen geht es vor allem um die Perspektive auf das Thema aus der Sicht von Theoretikerinnen, Aktivistinnen und politischen Führungspersönlichkeiten. Wie bereits J. Ann Tickner, eine der Begründerinnen der feministischen Forschung in der internationalen Politik, schrieb, ist der zentrale Ansatzpunkt für die kritische Genderforschung, Frauen bei den Themen Sicherheit und Frieden überhaupt erst sichtbar zu machen - „to bring women in“, wie sie hervorhob (Tickner 1992; 2002). Internationale Beziehungen aus einer kritischen Geschlechterperspektive zu erforschen, so Tickner, erfordere Kernbegriffe wie Sicherheit, Staat oder Macht auf den verdeckten Bias hin zu befragen, der die bisherige Forschung durchzieht. Diese Kategorien und Grundkonzepte des Faches waren scheinbar geschlechtsneutral, „objektiv“ entwickelt worden, allerdings, wie sie überzeugend darlegen konnte, aus einer verengten Blickrichtung. Die feministische Perspektive sollte die Kategorien neu und kritisch hinterfragen und so beispielsweise bezüglich der Machtinteressen im internationalen Raum nicht nur die Konkurrenz von Staaten, sondern auch Formen der Kooperation untersuchen, welche der Bearbeitung globaler Herausforderungen wie der Friedenssicherung näher kommen würden.

Seit die ersten Pionierinnen im Feld geschlechtersensible Studien über die internationale Politik angestellt haben, hat sich die Forschung stark ausdifferenziert. Frauen spielen als Forscherinnen eine zunehmend einflussreiche Rolle. Neben die vor allem in den internationalen Organisationen dominierenden Positionen des liberalen Feminismus und einer essentialistischen Forschungsrichtung, die zunächst in der Friedensforschung Fuß fassen konnte, haben sich inzwischen post-strukturalistische Ansätze entwickelt, die meist auf sozialkonstruktivistischen Annahmen beruhen. Gender ist diesen Arbeiten zufolge eine soziale Konstruktion, welche in internationalen Konflikten und bei ungleichen sozialen und ökonomischen Verteilungsverhältnissen, in der Klimapolitik sowie bei der Frage der globalen Gesundheitsversorgung eine zentrale Rolle spielt. Andere Forschungsarbeiten wiederum zeigen, wie die sich überschneidenden kulturellen und sozialen Zuschreibungen eine Intersektionalität der Geschlechteridentitäten bilden, die in diversen Lebensverhältnisse ihren Ausdruck finden. Auch post-koloniale Ansätze, um die sich heute viele Forschungsarbeiten drehen, erweitern den Blick auf Diversität; sie werfen nicht nur ein kritisches Licht auf die Situation von Frauen des globalen Südens, sondern

beleuchten die Einflüsse post-kolonialer Erinnerungen und Einschreibungen in der westlichen Lebenswelt.

Die verschiedenen Ansätze zeigen, wie stark sich die feministische Forschung inzwischen ausdifferenziert hat. Für die internationale Politik sind dabei die Feinanalyse geschlechterbezogener Unterschiede und die konkret handelnden Menschen in ihren vielschichtigen und teilweise widersprüchlichen Beziehungen von Interesse sowie die Art und Weise, wie diese Individuen mit- und übereinander kommunizieren. Geschlechterkritische Ansätze wissen dabei um die Herrschaftsverhältnisse, die Geschlechterzuschreibungen beinhalten und sie betrachten diese als wesentliche Ursache für – oft unversöhnliche – Konflikte und Gewaltanwendung. Die feministische Außenpolitikanalyse baut auf diesen Erkenntnissen auf und verändert – an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis gelegen – den Blick auf Policies, Netzwerke und internationale Institutionen. Immer geht es in dieser Art von Analyse auch um konkrete Menschen und ihre Lebensrealitäten. Die ehemalige schwedische Außenministerin Margot Wallström hatte diesen Ansatz konsequent und innovativ auf die schwedische Außenpolitik übertragen und sie als „feministische Außenpolitik“ konzipiert (Ministry of Foreign Affairs 2019). Mit den drei R's – Repräsentanz, Rechte und Ressourcen – bekam die Außenpolitik erstmals für ein Land eine auf die Geschlechterverhältnisse im internationalen Raum bezogene Handlungsdimension. Diese außenpolitische Konzeption wurde von der Überzeugung getragen, dass eine höhere Geschlechtergerechtigkeit internationale Konflikte und Kriege vermeiden hilft. Selbst wenn über Erfolge und Misserfolge der spezifischen Auswirkungen dieser Politik weiter gestritten wird – auch in diesem Band – so ist hier doch ein wichtiger Anstoß für eine auf die konkreten Menschen, und nicht nur auf staatliche Machtpolitik bezogene Normsetzung erfolgt.

Weltweit ist die Lage von Frauen und Mädchen immer noch prekär und sie hat sich durch die Corona-Krise weiter verschlechtert. Dies gilt beispielsweise für das Recht auf körperliche Selbstbestimmtheit und Unversehrtheit von Mädchen und Frauen, welches zu den grundlegenden Menschenrechten gehört. Nach dem neuesten von den Vereinten Nationen vorgelegten Weltbevölkerungsbericht 2021 haben nur 55 Prozent der Frauen die volle Entscheidungsmacht über ihre Gesundheitsversorgung, Familienplanung und über die Frage, ob sie eine sexuelle Beziehung eingehen wollen oder nicht (vgl. BMZ 2021). Die Corona-Krise hat die Lage in vielen Ländern verschärft. Wie der Bericht hervorhebt, sind viele Gesundheitszentren in den Ländern des Südens mit der Bekämpfung der Pandemie überlastet, die Lieferketten von Medikamenten und Verhütungsmitteln sind zusammengebrochen und Schwangere können nicht

mehr zu den Vorsorgeuntersuchungen gelangen. Das volle Ausmaß der Pandemie bedingten Nachteile für Frauen und Mädchen wird sich allerdings erst in den kommenden Jahren zeigen. Vor diesem Hintergrund haben die Grundsätze der konkreten feministischen Außenpolitik nichts an Aktualität eingebüßt.

Die „andere Stimme“ von Frauen in der internationalen Politik betrifft vor allem die normativen Grundlagen der internationalen Beziehungen. So fällt auf, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit immer wieder von Frauen als Forscherinnen und Aktivistinnen eingefordert wird. Ähnliches gilt auch für die Kinderrechte und das Recht auf Bildung vor allem für Mädchen (Lemke 2021). In der feministischen Außenpolitikforschung geht es daher nicht nur um die höhere Repräsentanz von Frauen in politischen Führungspositionen. Vielmehr handelt sie auch davon, dass Frauen für sich selbst sprechen, ihren Anliegen Authentizität verleihen und grundlegende Menschenrechte einfordern können. Diese menschenrechtliche Position, ihre Chancen und Perspektiven, sind gerade heute in der internationalen Politik angesichts eines global zu beobachtenden *Backlash* aufgrund von Autoritarismus, Nativismus und nationalistischer Abschottung von vordringlichem Interesse.

Im folgenden Themenschwerpunkt „Menschen“ werden Beiträge vorgestellt, die neue und kritische Perspektiven auf die Erforschung internationaler Politik eröffnen. Anknüpfend an die feministische Staatstheorie zeigt Katharina Geldsetzer in ihrer Arbeit auf, dass der Anspruch von Staaten eine feministische Außenpolitik zu praktizieren selbst kritisch hinterfragt werden muss und eine neue Form des hegemonialen Diskurses darstellt, der eine eigene Fortschrittlichkeit (der westlichen Länder) gegenüber anderen Ländern behauptet. Welche Vorstellungen und Konzepte über Gender der Generalsekretär der Vereinten Nationen und seine Berichte offenbaren, behandelt Katharina Müller in ihrer innovativen, aufschlussreichen Untersuchung zum „Geschlechterwissen“. In den UN-Berichten scheinen im Zeitverlauf unterschiedliche, von der feministischen Forschung beeinflusste Geschlechterkonzepte auf, die teils auch widersprüchlich zueinanderstehen. In der praktischen Arbeit des Generalsekretärs überwiegt nach ihren Erkenntnissen daher ein additives Geschlechterwissen. Im Mittelpunkt des dritten Beitrags von Caroline Ruhl steht die japanische Feministin und Aktivistin Iijima Aiko, die sich bereits frühzeitig von den Bürgerrechts- und Antidiskriminierungsbewegungen in anderen Ländern inspirieren ließ und damit eine transnationale Perspektive auf die Frage „was ist Diskriminierung für Frauen“ entwickelte. Besonders spannend an ihrer Forschung ist dabei, dass sie bei Iijima Aiko

nicht nur Bezüge zur afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den USA, sondern auch zu antikolonialen Bewegungen in Asien und Afrika aufzeigen konnte.

Auch in methodischer Hinsicht zeigen die Beiträge, wie sich bestimmte Methoden in der Forschung besonders gut eignen, um Frauen sichtbar werden und sie zu Worte kommen zu lassen. Die Untersuchung hegemonialer Diskurse, die Katharina Geldsetzer unter Rückgriff auf Antonio Gramsci einfordert und die kritische Diskursanalyse, die Katharina Müller in der inhaltsanalytischen Untersuchung des Geschlechterwissens zur Anwendung bringt, zeigen beide, wie zentral das konkrete Wissen und die Kommunikation über Geschlechterzusammenhänge für die internationale Politik sind. Die hermeneutische Textanalyse von Caroline Ruhl bietet schließlich auch die Chance auf eine differenzierte Wiederaneignung des Wissens einer inzwischen nahezu vergessenen Feministin der „ersten Stunde“, die die transnationale Politik aus der japanischen Perspektive reflektierte.

## Literatur

- Bundesministerium für Zusammenarbeit. 2021. *Vorstellung des UN Weltbevölkerungsberichts 2021*. [HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/AKTUELLES/WELTBEVOELKERUNGSBERICHT-2021](https://www.bmz.de/de/aktuelles/weltbevoelkerungsbericht-2021).
- Lemke, Christiane. 2021. Eine andere Stimme – Zur Bedeutung der Frauen- und Geschlechterforschung in der internationalen Politik. In: *Der Faktor Persönlichkeit in der internationalen Politik. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Journalismus*. Reihe „Persönlichkeit und weltpolitische Gestaltung“. Hrsg. v. Hendrik W. Ohnesorge und Xuewu Gu. Wiesbaden: VS Springer Verlag, S. 69-84.
- Ministry of Foreign Affairs. 2019. *Handbook Sweden's Feminist Foreign Policy*, [HTTPS://WWW.GOVERNMENT.SE/492C36/CONTENTASSETS/FC115607A4AD4BCA913CD8D11C2339DC/HANDBOOK---SWEDENS-FEMINIST-FOREIGN-POLICY---ENG-LISH.PDF?TSPD\\_101\\_R0=082953AFA5AB200038EDBA988187D7C6B680BDFC5E300BC43112AE6EF2EB4313F016B86DD6ED341908E489D481143000A4C0CF8F3B257FC0EBFD5B0947FECA9F13652BD84BAB4ADFE1AC681D850A75122D3C8E945918FDCA9B459DCF54B6B177](https://www.government.se/492c36/contentassets/FC115607A4AD4BCA913CD8D11C2339DC/HANDBOOK---SWEDENS-FEMINIST-FOREIGN-POLICY---ENG-LISH.PDF?TSPD_101_R0=082953AFA5AB200038EDBA988187D7C6B680BDFC5E300BC43112AE6EF2EB4313F016B86DD6ED341908E489D481143000A4C0CF8F3B257FC0EBFD5B0947FECA9F13652BD84BAB4ADFE1AC681D850A75122D3C8E945918FDCA9B459DCF54B6B177).
- Tickner, J. Ann. 1992. *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*. New York: Columbia University Press.
- Tickner, J. Ann. 2002. Feminist Perspectives on International Relations. Walter Carlsneas et. al. (Hrsg). *Handbook of International Relations*. Kapitel 14. London: Sage Publications.



# Feministische Außenpolitik als hegemonialer Kampfplatz?

## Eine staatstheoretische Einordnung

Katharina Geldsetzer

### 1. Einleitung

Meine Damen und Herren, ich glaube klar ist: Eine Außenpolitik für Frauen kann nur eine Außenpolitik von und mit Frauen sein. Und deshalb muss unsere Außenpolitik, ja, auch unsere Außenpolitik muss weiblicher werden.<sup>1</sup>

Das obige Zitat entstammt einer Rede des 2019 amtierenden deutschen Außenministers Heiko Maas, der sich anlässlich des damaligen internationalen Frauentags 2019 für eine Außenpolitik „für Frauen“ ausgesprochen hat. Aber was bedeutet die Spezifizierung „für Frauen“ und was kennzeichnet eine Außenpolitik als „weiblich“?<sup>2</sup>

Ob und inwiefern von der Vergeschlechtlichung des Staates und dessen einzelnen Bestandteilen auszugehen ist und in welchen Erscheinungsformen diese auftritt, ist seit jeher eine wesentliche Problemstellung, die verschiedene Stränge feministischer Staatstheorie beschäftigt. Birgit Sauer beschreibt „Männlichkeit als grundlegende[s] Strukturmuster“ des Staates und konstituiert, dass die sogenannte „gläserne[...] Decke“, die die berufliche Karriere von Frauen eingrenzt, in der politischen Sphäre „eher aus Beton gefertigt“ zu sein scheint.<sup>3</sup> Dass dieses Bild vor allem auf die internationalen Beziehungen und die Besetzung von Positionen in der Außenpolitik zutrifft, zeigen verschiedene Studien. Eine Studie der UN Women veranschaulicht beispielsweise, dass nur 9 Prozent der staatlichen Friedensverhandler\*innen<sup>4</sup> in einem Zeitraum zwischen 1992 und 2011 Frauen waren.<sup>5</sup>

Auf diese Studie bezieht sich auch das Außenministerium Schwedens in seinem eigens angefertigten *Handbook – Sweden's feminist foreign policy* von 2018. Seitdem die schwedische

---

1 Auswärtiges Amt, „Rede von Außenminister Heiko Maas“.

2 Ibid.

3 Sauer, *Geschlecht und Politik*, 13 f.

4 Mit der \*-Schreibweise möchte ich in meinen Ausführungen Menschen, die sich abseits tradierter Geschlechterrollen als weder weiblich noch männlich identifizieren sowie Trans- und Inter\*Menschen inkludieren und schließe mich somit einem nicht-binären Geschlechterverständnis an.

5 United Nations Women, *Women's Participation in Peace Negotiations*, 4 f.

Regierung 2014 als erster Staat weltweit eine *Feminist Foreign Policy* ausrief, finden immer mehr Staaten Gefallen an diesem Konzept. So versuchen einige Staaten, darunter Kanada, Frankreich und Deutschland, eigene Versionen dieser zu implementieren. Aber was steckt hinter dem Label ‚Feministische Außenpolitik‘ und wie lassen sich derartige geschlechterpolitische Strategien aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive interpretieren?

Um dieses relativ neue Phänomen einer politikwissenschaftlichen Analyse zugänglich zu machen, eignen sich unter anderem feministische Ansätze zur Staatstheorie, die sich mit der „Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer geschlechtergerechten und geschlechteregalitären Gesellschaft“ befassen und staatlichen Interventionen grundsätzlich zunächst skeptisch gegenüberstehen.<sup>6</sup> Laut Löffler richtet sich diese Skepsis „gegen die intendierten und unintendierten Wirkungen solcher Eingriffe, die mitunter Geschlechterherrschaft stabilisieren, anstatt sie zu beseitigen“.<sup>7</sup> Die vorliegende Auseinandersetzung mit dem Phänomen Feministischer Außenpolitik soll von dem gleichen Erkenntnisinteresse geleitet sein und dahingehend das emanzipatorische Potenzial Feministischer Außenpolitik thematisieren. So wird die These untersucht, ob der Status Quo aktueller Macht- und Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich eher stabilisiert als systematisch hinterfragt wird. In diesem Zusammenhang kann auf Grundlage feministischer Weiterentwicklungen der Hegemonietheorie Antonio Gramscis und dessen Konzept der „passiven Revolution“ argumentativ analysiert werden, inwiefern Feministische Außenpolitik als hegemoniale Strategie fungiert.<sup>8</sup> Die Fragestellung dieser Arbeit lautet daher: Wie können Strategien Feministischer Außenpolitik hegemonietheoretisch im Kontext feministischer Staatstheorien interpretiert werden?

Der erste Teil dieser Arbeit widmet sich der terminologischen Klärung und Konzeptualisierung Feministischer Außenpolitik als aktuelle Bewegung und geschlechterpolitische Strategie, sowie einer kurzen Einführung in den Stand aktueller Forschung. Nach einer Einordnung des eigenen Forschungsvorhabens in den aktuellen Diskurs um Feministische Außenpolitik folgt im zweiten Teil die theoretische Rahmung dieser Arbeit. Die feministische Relektüre des Hegemoniemodells nach Gramsci soll hier als Ansatzpunkt dienen. Die Analyseebenen der Vergeschlechtlichung des Staates und die Strategie der „passiven Revolution“ werden in einem

---

6 Löffler, *Feministische Staatstheorien*, 235.

7 Ibid., 236.

8 Gramsci, *Gefängnishefte* (H.10, §41), 1330. Aufgrund des wiederholten Aufkommens dieser Begrifflichkeit wird zum Zwecke des Leseflusses auf die repetitive Quellenangabe verzichtet und der Term lediglich in Anführungszeichen wiedergegeben.

dritten Schritt auf Feministische Außenpolitik als geschlechterpolitische Strategie übertragen. Diese Analyse soll explizit von einer Skepsis gegenüber des ‚Feministisch-Machens‘ angetrieben sein und mögliche Erklärungsansätze hinter Strategien Feministischer Außenpolitik offenlegen. Dies ermöglicht eine herrschaftskritische Deutung, die Feministische Außenpolitik als Instrument zur Fokusverlegung weg von innenpolitischen Problemstellungen hin zu der internationalen Gemeinschaft versteht.

## **2. Begriffserklärung und Konzeptualisierung Feministischer Außenpolitik als geschlechterpolitische Strategie**

Einen möglichen Zugang zu Feministischer Außenpolitik findet sich vor allem in der Policy-Dimension von Außenpolitik. Diese speist sich primär aus der inhaltlichen Festlegung und hat „programmatischen, intentionalen, strategisch-planenden und zielgerichteten Charakter“. <sup>9</sup> Durch eine Festlegung auf Ziele und präferierte Resultate wird eine Art „Leitfaden für Aktionen außerhalb der staatlichen Grenzen“ geschaffen. <sup>10</sup> Ebendieser angestrebte Leitfaden soll bei einer *Feminist Foreign Policy* feministisch durchwoben sein und ein besonderes Augenmerk auf Ungleichverhältnisse werfen. Inhaltliche Ursprünge und Begründungen von Strategien Feministischer Außenpolitik – ungeachtet dessen, ob sie tatsächlich praktisch umgesetzt oder lediglich so benannt werden – finden sich in der *United Nations Security Council Resolution (UNSCR) 1325*, der *1995 Beijing Platform for Women* und der *International Conference of Population and Development (ICPD)*. <sup>11</sup> Ob wie im Falle Kanadas und Frankreichs nur ein einzelner Zweig oder sogar wie im Falle Schwedens die Außenpolitik als Gesamtkonstrukt als „feministisch“ proklamiert wird, hängt derzeit von dem Ermessen und der konkreten Ausgestaltung der genannten Staaten ab. <sup>12</sup> Eine ausführliche und gültige Definition Feministischer Außenpolitik zu entwickeln oder auf jede bis dato veröffentlichte Definition einzugehen und diese zu evaluieren, bedarf einer tieferen Auseinandersetzung als der Rahmen dieser Arbeit freistellt. Jedoch ist es an dieser Stelle unabdingbar auf die grundlegende Problematik der Konzeptspezifikation Feministischer Außenpolitik einzugehen.

Laut Markus Tausendpfund lässt sich ein Konzept an drei Eckpfeilern festmachen: dem Term, der Intension und der Extension. <sup>13</sup> Während bei der Konzeptspezifikation die Intension

---

<sup>9</sup> Wilhelm, *Außenpolitik*, 10.

<sup>10</sup> Ibid.

<sup>11</sup> Vgl. Thompson und Clement, *Defining Feminist Foreign Policy*, 2.

<sup>12</sup> Ibid., 3.

<sup>13</sup> Tausendpfund, *Quantitative Methoden*, 83.

alle Eigenschaften umfasst, die den Untersuchungsgegenstand ausmachen, legt die Extension fest, welche Objekte bzw. Praktiken darunterfallen<sup>14</sup>. Übertragen auf das Konzept Feministischer Außenpolitik würde dies wie folgt aussehen: Der Term, das Namensschild eines Konzepts, lautet *Feministische Außenpolitik* bzw. *Feminist Foreign Policy*. Auffallend ist hier die namentliche Ausdifferenzierung durch die jeweiligen Staaten. Während im Falle Schwedens und im internationalen wissenschaftlichen Diskurs hauptsächlich von *Feminist Foreign Policy* gesprochen wird, gibt es noch die *Feminist International Assistance Policy* Kanadas und die *Gender and International Assistance Policy* oder auch „Feminist Diplomacy“ Frankreichs.<sup>15</sup> Allen gemeinsam ist das Einpflegen bzw. die namentliche Kombination der eigenen Außenpolitik mit dem Begriff ‚Feminismus‘. Die minimalen namentlichen Abweichungen legen offen: Das ‚feministische‘ der Außenpolitik kann je nach eigenem Bedarf und Konsequenz bzgl. der Umsetzung angepasst bzw. abgestuft werden.

Auch bei der Intension kommt es zu Diskrepanzen. Feministische Außenpolitik befindet sich in der Konzeptspezifikation aktuell in einem stetigen Aushandlungsprozess. Ob nun in einem eigens verfassten Modulhandbuch Formen und Kriterien der eigenen Umsetzung postuliert oder lediglich sechs „Action Areas“ festgehalten werden - die individuelle Ausgestaltung bleibt flexibel.<sup>16</sup> Dies schafft verschiedene Definitionsgrundlagen und folglich eine ungenaue Intensionsspanne, gerade im Zusammenhang mit einem genauen Verständnis von ‚Feminismus‘. Allerdings gibt es auch verschiedene nicht-staatliche Akteur\*innen, wie zum Beispiel das *Centre for Feminist Foreign Policy*, kurz CFFP, welche ihr intersektionales Feminismusverständnis klarer in ihre Definition Feministischer Außenpolitik integrieren.<sup>17</sup>

Schließlich kommt es im Schritt der Extension zu einer ungenauen Bestimmung der Staaten, die eine feministische Außenpolitik vertreten. Übt nur Schweden eine Feministische Außenpolitik aus oder können Kanada, Frankreich und Deutschland auch hinzugezählt werden? Ist es sogar möglich, dass keiner dieser Staaten eine Feministische Außenpolitik vertritt? Es wird deutlich, dass gerade durch die vielschichtige und dadurch wenig eindeutige Konzeptspezifikation Ziel- und Wunschvorstellungen verschiedenster staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen unter demselben Begriffsspektrum gefasst werden. Diese konstante Veränderung und Erweiterung des Definitionsrahmens führt folglich zu der Problematik, nicht trennscharf

---

14 Ibid.

15 Thompson und Clement, *Defining Feminist Foreign Policy*, 3.

16 Ministry of Foreign Affairs Sweden (MOFAS), *Handbook*; Government of Canada, *Assistance Policy*.

17 CFFP, „CFFP Definition“.

bestimmen zu können, welchen Kriterien Feministische Außenpolitik nun letztendlich standhalten muss. In der Veröffentlichung *Defining Feminist Foreign Policy* (2019) besprechen die Autor\*innen Lyric Thompson und Rachel Clement unter anderem schwedische, kanadische und französische Ansätze und wagen den Versuch, diese Denkanstöße in einer Definition grob zusammenzufassen. Ich schließe mich in dieser Arbeit unter einigen Vorbehalten dieser Definition an:

Feminist Foreign Policy is the policy of a state that defines its interactions with other states and movements in a manner that prioritizes gender equality and enshrines the human rights of women and other traditionally marginalized groups, allocates significant resources to achieve that vision, and seeks through its implementation to disrupt patriarchal and male-dominated power structures across all of its levers of influence (aid, trade, defense and diplomacy), informed by the voices of feminist activists, groups and movements.<sup>18</sup>

Zwar wird diese Definition von ihren Urheber\*innen als „undoubtedly insufficient“<sup>19</sup> bezeichnet. Jedoch eignet sie sich für das vorliegende Forschungsvorhaben anhand folgender Gründe: Zum einen wird die Definition durch ihren intendiert nicht-vollständigen Anspruch der Dynamik aktueller Aushandlungsprozesse gerecht. Darüber hinaus spricht sie als wichtigen Aspekt auch die relevante Stimme zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen an und umreißt kurz und prägnant Eckpfeiler des ‚kleinsten gemeinsamen Nenners‘ der aktuell diskutierten Ausgestaltungen Feministischer Außenpolitik.

Ein wesentlicher Aspekt, der jedoch in der Definition des ICRW unbeachtet bleibt, ist die Mehrdimensionalität, insbesondere im Benennen des genauen Verständnisses von Feminismen. Dass es nicht *den* einen Feminismus gibt, sondern, dass es sich um eine Mehrzahl sozialer Bewegungen mit teilweise weit divergierenden Zielvorstellungen handelt, wird größtenteils ausgeblendet. An dieser Schnittstelle eröffnet die Arbeitsdefinition des *Centre for Feminist Foreign Policy* (CFFP) eine produktive Tiefe, da Feministische Außenpolitik hier mehr als eine Art „multi-dimensional framework“<sup>20</sup> gesehen wird. Ähnlich wie CFFP möchte auch ich mich in meinen Ausführungen einem intersektionalen Verständnis von Feminismus anschließen, da

---

18 Thompson und Clement, *Defining Feminist Foreign Policy*, 7.

19 Ibid., 1.

20 CFFP, „CFFP Definition“.

nicht nur patriarchale, sondern auch rassistische und postkoloniale Macht- und Herrschaftsstrukturen in den internationalen Beziehungen über einen maßgeblichen Einfluss verfügen und folglich in einer Definition Feministischer Außenpolitik nicht unbeachtet bleiben dürfen.<sup>21</sup>

## 2.1. Stand der aktuellen Forschung

Die Ausgangslage einer ungenauen Konzeptualisierung macht eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Feministischer Außenpolitik durchaus komplex. Problemstellungen, die sich seit Schwedens Einführung ihrer Strategie Feministischer Außenpolitik in den vergangenen Jahren entwickelt haben und entscheidend für den wissenschaftlichen Diskurs rund um das Thema Feministische Außenpolitik sind, lassen sich anhand von drei Kritikansätzen verdeutlichen.

Ein immer wieder aufgegriffenes Thema stellt das Dilemma in Bezug auf Waffenexporte dar. Die betreffende Argumentationskette lässt sich dabei wie folgt zusammenfassen: Waffenexporte in an Konflikten beteiligten Staaten resultieren in einer Eskalation und/oder Fortführung von Konflikten, in denen unter anderem auch konfliktbezogene sexuelle Gewalt als systematische Kriegstaktik und -waffe verwendet wird.<sup>22</sup> Der UN-Sicherheitsrat führt aus: „Trends analysis of incidents in 2018 confirms that sexual violence continues as part of the broader strategy of conflict and that women and girls are significantly affected“.<sup>23</sup> Trotz massiver Kritik an der Unvereinbarkeit des eigens auferlegten feministischen Ansatzes und des Waffenexports in konfliktinvolvierte Länder überstiegen beispielsweise die schwedischen Waffenexporte seit 2015 das jeweilige Vorjahr.<sup>24</sup>

Hier zeigt sich auch das von Karin Aggestam und Annika Bergman-Rosamond in ihrem Aufsatz *Swedish Feminist Foreign Policy in the Making: Ethics, Politics and Gender* besprochene Dilemma: Als menschenrechtsorientierter Fokuspunkt könne Feministische Außenpolitik einen ethischen Maßstab in den internationalen Beziehungen setzen – wenn sie nur in Theorie und Praxis kohärent durchgeführt würde.<sup>25</sup> Ein solcher Maßstab müsste jedoch messbar

---

21 Manzo, „Colonialism and Slavery“, 334.

22 Aggestam und Bergman-Rosamond, „Feminist Foreign Policy 3.0“, 329; UN Security Council, *Conflict-related Sexual Violence*, 3.

23 Ibid., 5. Die Analyse konzentrierte sich auf 37 staatliche und nicht nicht-staatliche Gruppen sowie 19 (Post-)Konfliktländer.

24 Government of Sweden, *Export Controls 2017*, 41.

25 Aggestam und Bergman-Rosamond, „Swedish Feminist Foreign Policy“, 332.

sein. Operationalisierte Evaluations- und Kontrollmechanismen, die nachweisen könnten, welche Erfolge und Versäumnisse durch die Anwendung einer Strategie Feministischer Außenpolitik hervorgerufen werden, sind allerdings noch nicht vollständig ausgereift bzw. bedürfen einer Revision.<sup>26</sup> In ihrem Aufsatz *The Challenge of Foreign Policy in the WPS Agenda* evaluieren Hudson und Eason Bestrebungen eines feministischen Ansatzes für die Ausrichtung der Außenpolitik unter Margot Wallström in Schweden und unter Hillary Clinton in ihrer Zeit als Secretary of State in den Vereinigten Staaten. Mithilfe eines Vergleichs beider Staaten versuchen sie Hürden für die Durchsetzung feministischer Außenpolitikstrategien herauszustellen. Im Zuge dessen entwickeln sie unter anderem Empfehlungen für gesetzliche Leitlinien, entlang derer die Prinzipien von Strategien Feministischer Außenpolitik präziser auseinandergelassen und folglich besser operationalisierbar werden sollen.<sup>27</sup> Einer der am meisten bemängelten Punkte ist der „deep disconnect between the rhetoric [...] and what actually transpired on the ground“.<sup>28</sup> So ist ein Appell, die Lücke zwischen dem Gesagten und dem, was tatsächlich umgesetzt wird, messbarer zu machen. Eine Reflexion dieser Prozesse erfolgt jedoch derzeit weitestgehend bzw. wenn überhaupt durch eine freiwillige Selbstevaluation in Eigenregie durch die Staaten.<sup>29</sup>

Hieran anschließend besteht ein dritter Kritikansatz bzgl. der Authentizität Feministischer Außenpolitik. Handelt es sich um einen ernstzunehmenden inklusiven Ansatz zur Bekämpfung von Missständen oder eher um eine geschickte Inszenierungsstrategie westlicher Staaten hinsichtlich ihrer ‚Fortschrittlichkeit‘? Die Politikwissenschaftlerin Rahel Weldeab Sebhatu bringt dies in ihrer Analyse der Kampagne #BringBackOurGirls und der daran anschließenden Kritik an der Ausrichtung Schwedischer Feministischer Außenpolitik auf den Punkt: „Despite its appeal, Sweden’s feminist foreign policy reads like a humanitarian development project that risks infantilizing women and girls, particularly those situated in the Global South, as victims without agency“.<sup>30</sup>

Die erwähnten Kritikansätze an Feministischer Außenpolitik sind größtenteils auf das schwedische Beispiel fokussiert. Zwar ist Schweden bislang der einzige Staat, der nach eigenen Angaben eine explizit Feministische Außenpolitik betreibt.<sup>31</sup> Jedoch lässt sich eine Bewegung

---

26 Thompson und Clement, *Defining Feminist Foreign Policy*, 3.

27 Hudson und Eason, „The Challenge“, 789.

28 Ibid., 788.

29 Thompson und Clement, *Defining Feminist Foreign Policy*, 7.

30 Weldeab, „Digital Mediatization“, 18.

31 Thompson und Clement, *Defining Feminist Foreign Policy*, 1.

verschiedener bereits genannter Staaten hin zu einer Feministischen Außenpolitik ausmachen. Der Einbezug dieser in meine analytischen Ausführungen ist daher nicht nur produktiv, sondern auch notwendig für eine umfassende Interpretation des Untersuchungsgegenstandes. So wird auch die außenpolitische Strategie des Auswärtigen Amtes in die Analyse Feministischer Außenpolitik miteinbezogen, da „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sowohl als Schwerpunktthema für die Zeit als nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat von 2019 bis 2020 als auch als generelles Querschnittsthema in der deutschen Außenpolitik postuliert wird.<sup>32</sup> Anstatt allerdings mit empirischer Datenerhebung nachzuweisen, ob Feministische Außenpolitik als erfolgreich einzustufen ist oder nicht, wird eine tiefergehende theoriegeleitete Auseinandersetzung mit Strategien Feministischer Außenpolitik angestrebt. Ziel ist, Feministische Außenpolitik nicht als individualistische staatengebundene Praxis, sondern als globale „geschlechterpolitische Strategie“ zu begreifen, um sie so zugänglicher für Kritik- und Verbesserungsansätze zu machen.<sup>33</sup> Hier möchte ich mit meiner Arbeit in den Diskurs eingreifen und eine konstruktive Perspektive auf Feministische Außenpolitik erarbeiten. Die Analyse der bis jetzt vernachlässigten theoretischen Ebene der Macht- und Herrschaftsverhältnisse soll konstitutiv wirken, um eine mögliche Einordnung des Phänomens Feministischer Außenpolitik in das Gesamtkonstrukt feministischer Staatstheorien zu ermöglichen. Dazu werden im Folgenden zwei relevante Analyseebenen der staatstheoretischen Ausführungen Antonio Gramscis aufgegriffen: der integrale Staat und das Konzept der „passiven Revolution“ als hegemoniale Strategie. Die feministische Relektüre dieser in Hinsicht auf die Vergeschlechtlichung des Staates und die Funktionsweise geschlechterpolitischer Strategien werden so das Fundament der Analyse Strategien Feministischer Außenpolitik bilden.

### **3. Relevante theoretische Begrifflichkeiten Gramscis Hegemonietheorie als Werkzeuge zur Analyse Feministischer Außenpolitik**

Anschließend an Gramscis staatstheoretische Überlegungen beschäftigen sich auch heute viele Theoretiker\*innen mit dem Konzept der Hegemonie. Grundbausteine seiner Hegemonietheorie werden für Erklärungsversuche und wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit aktuellen politischen Problemstellungen herangezogen und weiterentwickelt, so auch in Bezug auf die kritische Auseinandersetzung mit dem Staat.<sup>34</sup> Der Staatsbegriff an sich ist zahlreichen Deutungskämpfen unterlegen. Bei genauerer Betrachtung kristallisiert sich schnell heraus, dass

---

32 Auswärtiges Amt, *Frauen, Frieden und Sicherheit*.

33 Löffler, *Geschlechterpolitische Strategien*, 167.

34 Vgl. Bieling, *Neomarxismus*, 471 ff.



das Konzept des Staates viel weiter als seine territorialen Grenzen reicht. Es umfasst zahlreiche Dynamiken und Widersprüche. Staatstheorien beschäftigen sich mit ebendiesen Phänomenen und versuchen sich an Erklärungsansätzen zur Entschlüsselung der Wirkungsweisen des Staates.<sup>35</sup> Grundsätzlich bilden Staatstheorien laut Löffler einen „Spezialfall politischer Theorie“, der die „problemorientierte“ und „(kritische) Reflexion politischer Prozesse“ ermöglicht.<sup>36</sup> Geschlechterverhältnisse werden jedoch mehrfach nicht als eine Problemlage in diese Reflexion miteinbezogen. Es wird eine „Geschlechtsblindheit“ innerhalb der Staatstheorien identifiziert, der es entgegenzuwirken gilt.<sup>37</sup> An diesem Punkt schließen feministische Staatstheorien an. Diese können sowohl als Kritik oder Weiterentwicklung bereits bestehender Staatstheorien als auch als eigenständige Theorien gelesen werden.<sup>38</sup> Sie beziehen sich inhaltlich oftmals auf Versäumnisse und Lücken bereits bestehender Auseinandersetzungen mit dem Untersuchungsgegenstand Staat. Eine Besonderheit feministischer Staatstheorien ist, dass sie „in einer Tradition herrschaftskritischer Theoriebildung [stehen] und [...] insofern nicht nur Theorien über den Staat [...], sondern umfassende *Herrschaftskritik*“ sind.<sup>39</sup> Damit einhergehend werden nicht nur Kritikansätze, sondern - ganz im Sinne Feministischer Theorie - „explizit-emanzipative Ansprüche“ formuliert.<sup>40</sup> Bezüglich feministischer Theorie stellt Ludwig die „Verbindung von Ideologiekritik, Herrschaftskritik und geschlechter-emanzipatorischem Anspruch“ als *die* „zentrale Kontinuität“ feministischer Politikwissenschaft und der dieser übergeordneten „feministischen Perspektive“ heraus.<sup>41</sup>

So bietet Gramscis Konzept des integralen Staates Potenzial für die Frage nach dem Geschlecht des Staates und so auch Verknüpfungspunkte für feministische Staatstheorien. Ein Aspekt, welcher sich als besonders prägend für feministische Debatten erwies, ist Gramscis Dekonstruktion der „Grenzlinie zwischen privat und öffentlich“, bei der der Zivilgesellschaft ein Platz innerhalb des Staates zugeschrieben wird.<sup>42</sup> Die besondere Relevanz für feministische Debatten und Kämpfe zeigt sich in der Parallele mit ebendieser Trennung, die auch einen wichtigen Streitpunkt in der Geschlechterforschung darstellt: die spezifische Zuordnung von Frauen in die private, sowie von Männern in die öffentliche Sphäre.<sup>43</sup> Staatstheoretische Überlegungen

---

35 Vgl. Löffler, *Feministische Staatstheorien*, 37 ff.

36 Ibid.

37 Ibid.

38 Vgl. Ibid.

39 Vgl. Ibid., 32 ff.

40 Sauer, „Feminismus und Politik“, 165.

41 Ludwig, *Geschlecht regieren*, 128.

42 Demirović, „Politische Gesellschaft“, 27.

43 Vgl. Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 69.

bieten einen kostbaren Nährboden für feministisch-politikwissenschaftliche Kritiken an dieser Zuordnung. Jedoch kommen diese zu unterschiedlichen Ergebnissen: Marxistisch-feministische Ansätze heben beispielsweise die Verbindung zwischen Kapitalismus und dem Patriachat hervor. Die eben aufgegriffene Zuordnung in zwei Sphären sei Resultat eines männlichen kapitalistischen Staates und dieses „patriarchale [...] Herrschaftsgebilde“ dementsprechend als „emanzipatorischer Agent unbrauchbar“.<sup>44</sup>

An dieser Stelle bietet eine auf dem Konzept des integralen Staats aufbauende feministisch-gesellschaftstheoretisch ausgerichtete Perspektive, eine für dieses Forschungsvorhaben differenziertere Sichtweise. Gramsci entschlüsselt sein Staatskonzept als konstituierend aus politischer und ziviler Gesellschaft, die in einem ständigen Wechselverhältnis zueinanderstehen. Dieses Wechselverhältnis fasst Gramsci wie folgt zusammen: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“.<sup>45</sup> Folgt mensch der gramscianischen Gleichung, so ergibt sich, dass alles, was sich in der politischen Gesellschaft verfestigt und materialisiert hat, Deutungskämpfen verschiedenster Akteur\*innen in der Zivilgesellschaft entsprungen ist.<sup>46</sup> Laut Demirović ist der Staat also, anders als in zuvor verfassten Staatstheorien „selbst Gesellschaft“.<sup>47</sup> Dies eröffnet die Möglichkeit, den Kampfplatz aktivistischer Bestrebungen somit nicht in einem abstrakten ausgelagerten Staat, sondern in der Gesellschaft selbst verortet zu sehen. Diese Deutungsweise nutzt Birgit Sauer für einen alternativen Einstiegspunkt zur Debatte über die Vergeschlechtlichung des Staates. In ihrem achteiligem Staatskonzept setzt sie sich unter anderem mit Gramscis Gefängnisheften auseinander und umreißt den Staat als

(Selbst-) Entwurf der Zivilgesellschaft zur politischen Steuerung bzw. zu politischer Herrschaft. Staat und Zivilgesellschaft sind also keine gegensätzlichen Strukturen, vielmehr formieren sich Herrschaftsverhältnisse in der Zivilgesellschaft und bilden sich in (staatlichen) Strukturen ab bzw. aus.<sup>48</sup>

Der Staat könne folglich nicht als geschlechts-neutral bezeichnet werden. Sauer fasst diese Interdependenz prägnant zusammen und kommt zu dem Schluss, dass der Staat sowohl „*Ausdruck*

---

44 Ludwig, *Geschlecht, Macht, Staat*, 35; Löffler, *Feministische Staatstheorien*, 236.

45 Gramsci, *Gefängnishefte* (H.6, §88), 783.

46 Vgl. Ludwig, *Geschlecht, Macht, Staat*, 36.

47 Demirović, „Politische Gesellschaft“, 24.

48 Sauer, *Geschlecht und Politik*, 21.

des Geschlechterverhältnisses“ sei als auch dieses „*organisier[e]*“.<sup>49</sup> Für die Vergeschlechtlichung des Staates bedeutet dies laut Sauer folgendes: „Der Staat ist deshalb ebenso frauenfreundlich oder genauso maskulinistisch wie die Zivilgesellschaft und umgekehrt: Die Zivilgesellschaft kann nicht als frauenfreundliche Anti-Struktur zum Staat betrachtet werden“.<sup>50</sup> Aufbauend auf diesem Gedankenkonstrukt befasst sich auch Stefanie Wöhl mit der Frage nach der Männlichkeit des Staates und der generellen Interdependenz von staatlichen Strukturen und Geschlechterverhältnissen:

Es besteht somit ein reziprokes Verhältnis zwischen den politischen Staatsapparaten und der Zivilgesellschaft, in der hegemoniale Männlichkeit als politischer Maskulinismus hergestellt wird. [...] Politischer Maskulinismus ist dabei nicht an konkrete Männer gebunden und somit nicht identisch mit ihnen.<sup>51</sup>

Was Wöhl folglich klar herausarbeitet, ist die Tatsache, dass auch Frauen\* in politischen Ämtern politischen Maskulinismus ausleben und praktizieren können. Wenn also vom männlichen Staat gesprochen wird, ist konkret die *Struktur* staatlicher Institutionen gemeint.<sup>52</sup> Politischer Maskulinismus manifestiere sich laut Wöhl durch die „symbolische Repräsentation“ und die Transportation von „kulturell-symbolische[n] Vorstellungen und Ideale[n] von ‚Männlichkeit‘“.<sup>53</sup> Um diesen hegemonialen Status zu wahren, „müssen maskulin konnotierte Interessen, Identitäten und Politiken immer wieder neu hergestellt werden“.<sup>54</sup> Dabei ist es fundamental an dieser Stelle anzumerken, dass sich nach neogramscianischer Staatstheorie diese maskulin konnotierten „Führungspraktiken“ erst im Laufe der Zeit durch diskursive Praxis zu eben solchen entwickelt haben.<sup>55</sup> Der Inhalt und die Gestaltung der vielschichtigen Machtmechanismen und der „Führungspraktiken“ seien also nicht zweifellos in Stein gemeißelt, sondern grundsätzlich transformierbar.<sup>56</sup> Anders als bei feministisch-marxistischen Überlegungen seien staatstransformative Bestrebungen also grundsätzlich denkbar.<sup>57</sup>

---

49 Ibid., 19.

50 Ibid., 21.

51 Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 71.

52 Vgl. Ibid.

53 Ibid., 71, 70.

54 Ibid., 72.

55 Ibid., 74.

56 Ibid., 75.

57 Löffler, *Geschlechterpolitische Strategien*, 168.

An dieser Stelle ergibt sich auch die Bedeutung hegemonialer Kämpfe für die Analyse staatlicher geschlechterpolitischer Interventionen. In Gundula Ludwigs Überlegungen zum Verhältnis zwischen Subjekt und Staat bezieht sie sich auf Gramscis Gefängnishefte und definiert Hegemonie als „umkämpftes Terrain und zugleich Medium für gesellschaftliche Auseinandersetzungen“.<sup>58</sup> Was aber, wenn diese Art der gesellschaftlichen Auseinandersetzung strategisch instrumentalisiert wird, um anti-hegemoniale Strömungen innerhalb der Zivilgesellschaft zu entkräften? Im Falle eines Revolutionsbestrebens subalternen Gruppen beschreibt Gramsci eine Strategie herrschender Gruppen, welche die revolutionären Kräfte gewissermaßen „diplomatiert“ - die „passive Revolution“.<sup>59</sup> Die Reaktion herrschender Gruppen auf das „Umstürzler-tum der Volksmassen“ äußert sich im folgenden Mechanismus.<sup>60</sup> Durch die Aufnahme „eine[s] gewissen Teil[s] der Forderungen von unten“, wird eine Besänftigung und somit eine Ent-Radikalisierung revolutionärer Kräfte erreicht.<sup>61</sup> In diesem Kompromiss findet sich laut Ludwig auch die Crux der „Langlebigkeit der Hegemonie: Sie wird aufrechterhalten, indem sie sich (innerhalb eines gewissen Rahmens) durch fortwährende passive Revolutionen verändert“.<sup>62</sup> Bieling führt die verschiedenen historischen Sachverhalte an, welche Gramsci mit Hilfe dieses Erklärungsansatzes der oben beschriebenen Strategie der „passiven Revolution“ analysiert hat und kommt zu dem Schluss, dass Gramscis Konzept „äußerst dehnbar“ für die Analyse politischer Entwicklungen sei.<sup>63</sup> Gerade diese Dehnbarkeit nutzen viele feministische Theoretiker\*innen, um die oftmals festgestellte Widersprüchlichkeit von Geschlechterpolitiken zu ergründen.<sup>64</sup>

Ein Beispiel bildet hier Wöhls kritische Analyse der geschlechterpolitischen Strategie des Gendermainstreamings in der EU. Zwar spricht sie Geschlechterpolitik an sich zu, „staatliche Politiken und politische Kämpfe beeinflussen“ zu können.<sup>65</sup> Sie hinterfragt jedoch auch das tatsächlich emanzipative Potenzial dieser, da die geschlechterpolitischen Forderungen durch ihre Institutionalisierung „somit auch Teil kultureller und politischer Herrschaft im Sinne einer passiven Revolution“ werden.<sup>66</sup> Ergebnis von Wöhls Analyse und Einschätzung ist, dass die

---

58 Ludwig, *Geschlecht regieren*, 25.

59 Gramsci, *Gefängnishefte* (H.10, §41), 1330.

60 Ibid.

61 Ibid.; Vgl. Ludwig, *Geschlecht, Macht, Staat*, 42.

62 Ludwig, *Geschlecht, Macht, Staat*, 42.

63 Vgl. Bieling, *Neomarxismus*, 465.

64 Löffler, *Geschlechterpolitische Strategien*, 167.

65 Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 76.

66 Ibid.

„heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit als hegemoniale Geschlechterordnung“ nicht grundlegend durch Gender Mainstreaming in Frage gestellt, sondern eher noch unterstützt wird, da der Ansatz auf dem „Prinzip der Differenz zwischen den Geschlechtern“ beruht.<sup>67</sup> Zwar wurden aktiv Stimmen feministischer Bewegungen in Form NGOs mit in die Verhandlungen über die Implementierung des „geschlechterparadoxe[n] Verfahren[s]“ des Gender-Mainstreamings eingebracht, aber:<sup>68</sup>

Aus einer hegemoniethoretischen Perspektive ist diese [Mitbestimmung] nicht nur als Chance, sondern auch als Herrschaftsstrategie zu betrachten, denn wenn Emanzipation nur in einem vorgegebenen, rationalen, nach Marktkriterien kalkulierbaren Rahmen überhaupt erst möglich wird, dann ist sie bereits in ihrem herrschaftskritischen Potential eingeschränkt.<sup>69</sup>

So kann die hegemoniale Strategie der „passiven Revolution“ gerade in Hinblick auf die Frage nach dem emanzipatorischen Potenzial staatlich institutionalisierter geschlechterpolitischer Strategien eine wertvolle Analyseperspektive hinsichtlich zentraler Kontinuitäten schaffen.

#### **4. Anwendung der vorgestellten Mechanismen auf den Untersuchungsgegenstand Feministischer Außenpolitik**

Während in einem Großteil politikwissenschaftlicher Forschungsvorhaben ein besonderes Augenmerk auf empirische Überprüfbarkeit und eine datenfundierte Theorieanwendung geworfen wird, ist dies nicht 1:1 auf den Zweig der Politischen Theorie übertragbar.<sup>70</sup> Für staatsrechtliche Forschung bedeutet dies unter anderem, dass zwar empirische Befunde in die eigene Forschung eingeflochten werden, es aber durchaus sein kann, dass sich gewisse Überlegungen „einer unmittelbaren empirischen Überprüfung entziehen“.<sup>71</sup> Die methodische Vorgehensweise in der folgenden Analyse wird also nicht auf die Datenauswertung und empirisch verifizier- bzw. falsifizierbare Aussagen abzielen. Staatsrechtliche Forschung und der wissenschaftliche Bezug auf diese äußern sich vielmehr dadurch, gerade nicht-empirisch nachweisbare Zusammenhänge „zu argumentieren, die Relevanzkriterien zu bestimmen und plausibel zu machen“.<sup>72</sup> So werden zwar empirische Bezüge hergestellt, doch liegt auch der Fokus dieser Arbeit auf der

---

67 Ibid., 79.

68 Ibid., 77; Löffler, *Geschlechterpolitische Strategien*, 167.

69 Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 79 f.

70 Vgl. Löffler, *Feministische Staatstheorien*, 19 f.

71 Ibid., 21.

72 Ibid.

Interpretation und Verknüpfung staatstheoretischer hegemonialer Ansätze und Weiterentwicklungen. Bei den gewählten Beispielen handelt es sich um Regierungsdokumente sowie öffentliche Stellungnahmen und Berichte der auswärtigen Ämter bzw. Regierungen und die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit diesen.

Als Ausgangspunkt der Analyse gehe ich von zwei verschiedenen Polen aus. Martin Nonhoff stellt zwei wesentliche hegemoniale Strategien innerhalb eines Deutungskampfes heraus: die „offensiv-hegemoniale“ („Position des Hegemons“) und die „defensiv-hegemoniale Position“ („Opposition zu einem Hegemon“).<sup>73</sup> Übertragen auf die feministisch ausgerichtete Analyseperspektive und den Untersuchungsgegenstand von Strategien Feministischer Außenpolitik kommt es zu folgender Zuordnung von Akteur\*innen: Die staatlichen Regierungen im Allgemeinen und der Politikzweig der Außenpolitik im Speziellen stellen den Hegemon, also die herrschenden Gruppen dar. Die Opposition, also die subalternen Gruppen, bilden in diesem Fall feministische Bewegungen.<sup>74</sup>

#### **4.1. Zur Beziehung zwischen der Vergeschlechtlichung des Staates und Feministischer Außenpolitik**

Wenn davon ausgegangen werden kann, dass staatliche Strukturen zwar maskulinistisch geprägt, aber grundsätzlich transformierbar sind, wie sehen dann die Maßnahmen Feministischer Außenpolitik aus, diesen entgegenzutreten?

Als ein Strukturmerkmal Feministischer Außenpolitik wird immer wieder Repräsentation als wesentlicher Grundpfeiler aufgegriffen. Diese äußert sich unter anderem als eines der drei R's in Schwedens Feministischer Außenpolitik: „Rights, Representation an Resources“.<sup>75</sup> Auch in Kanadas *Feminist International Assistance Policy* findet sich dieser Aspekt als „women's representation in the security sector“ wieder.<sup>76</sup> Dabei wird wiederholt auf empirische Forschung Bezug genommen, die zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit eines längerfristigen Friedens dann steigt, wenn Frauen unter den Unterzeichner\*innen von Friedensverträgen sind.<sup>77</sup> Feministische Außenpolitik setzt sich also für eine vermehrte Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen ein. Ganz konkret wird dies beispielsweise dadurch angestrebt, dass durch technische

---

73 Nonhoff, *Diskurs*, 185.

74 Diese sollen explizit heterogen gelesen werden, da von der Vielschichtigkeit staatskritischer feministischer Bewegungen und Kämpfe ausgegangen wird.

75 MOFAS, *Handbook*, 6.

76 Government of Canada, *Assistance Policy*.

77 Krause et al., „Women's Participation“, 1005.

und finanzielle Unterstützung Schwedens darauf hingearbeitet wird, verstärkt Mediatorinnen in Friedensprozesse und -verhandlungen zu involvieren, unter anderem in Kolumbien, Mali, Syrien und Afghanistan.<sup>78</sup>

Der Fokus auf die Repräsentation und Berücksichtigung möglichst vieler Lebensrealitäten in Friedensverhandlungen ist an sich durchaus bedeutend. Mein Ziel ist es ausdrücklich, nicht die Ergebnisse empirischer Forschung anzufechten, sondern einen Blick darauf zu richten, was das Einbringen solcher Ergebnisse in eine außenpolitische Agenda impliziert. Folgt mensch Sauers Einschätzung, dass der Staat „ebenso frauenfreundlich oder genauso maskulinistisch wie die Zivilgesellschaft [ist] und umgekehrt“, ist der scheinbar logische Schritt von gleicher Repräsentation zu Geschlechtergerechtigkeit als Resultat in sich unschlüssig.<sup>79</sup> Da die maskulinistischen Strukturen nicht unbedingt von Männern\* in staatliche Strukturen integriert, sondern auch von Frauen\* angenommen und fortgeführt werden können, sei das biologische Geschlecht einer Person folglich nicht von zwingender Relevanz. Die reine Tatsache, dass es Bestrebungen hin zu paritätischer Verteilung von außenpolitischen Positionen und der Beteiligung in Friedensprozessen gibt, ist zwar generell als positiv zu werten. Jedoch bedeutet Geschlechterparität oder eine generelle Repräsentation von Frauen\* nicht eine einhergehende Transformation außenpolitischer Strukturen. Es lässt sich auf folgende tieferliegende Annahmen schließen: Frauen\* als homogene Gruppe seien in ihrer Position von Natur aus generell pazifistischer veranlagt und würden vor allem familienbezogene Problemlagen und Dimensionen der privaten Sphäre mit in Friedensprozesse und -verhandlungen einbringen, die Männer\* gar nicht miteinbringen könnten.

Aus einer feministisch-hegemonietheoretischen Perspektive betrachtet ist dies allerdings zu kurz gedacht. Hier wäre eher die Vorherrschaft pazifistischer Einstellungen in der Zivilgesellschaft von Relevanz, die sich dann in tatsächlichen Friedensverhandlungen niederschlagen würden. In solchen Fällen würde folglich eine paritätische Repräsentation auch nicht zwangsläufig zu friedensorientierteren Verhandlungen führen. Wenn Frauen\* in einem so explizit engen Rahmen mit Frieden und Sicherheit in Verbindung gebracht werden, kann es dazu kommen, dass durch die Darstellung von Frauen\* als Friedensüberbringer\*innen hegemoniale Zuschreibungen bzgl. Weiblichkeit reproduziert werden, unter anderem in Bezug auf Sorgearbeit und Harmoniebedürftigkeit. Dadurch entsteht ein eindimensionales und homogenes Bild von Frauen\*

---

78 MOFAS, *Handbook*, 24.

79 Sauer, *Geschlecht und Politik*, 21.

und eine gleichzeitige Verschiebung jeglichen Aggressionspotenzials zu männlichen\* Verhandlungsbeteiligten. Gegenbeispiele werden in diesem Diskurs eher ausgeblendet.<sup>80</sup> Was sich so als ein problematischer Effekt einer Fortschreibung hegemonialer zweigeschlechtlicher und tradierter Geschlechterrollen ergeben kann, ist eine überhöhte Verantwortung, die Frauen\* und Mädchen\* in Bezug auf Frieden zugeschrieben wird.

#### **4.2. Zur Feministischen Außenpolitik als „passive Revolution“**

Ausgehend von seinem Verständnis des integralen Staates schreibt Gramsci der Zivilgesellschaft eine enorme Ordnungsfähigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zu. Wenn sich also eine Problemlage innerhalb des zivilgesellschaftlichen Rahmens herausbildet und sich durch hegemoniale Kämpfe die „öffentliche[...] Meinung zu[...]spitzt“, wird Konsens in der Zivilgesellschaft hergestellt. Dieser Konsens schlägt sich dann institutionell in der politischen Gesellschaft in Form von Regelungen, Gesetzen, Institutionen etc. nieder.<sup>81</sup>

Eine naheliegende Deutungsmöglichkeit von Strategien Feministischer Außenpolitik äußert sich darin, dass sich genau dieser Prozess im folgenden Schema vollzogen hat: Feministische Bewegungen haben unter anderem rund um #MeToo und den über weite Teile der Erde verstreuten Women's March neue Sichtbarkeit erlangt. So haben sie sich größtenteils über Massenmedien ihren Raum in der Zivilgesellschaft erkämpft und sind zu einer „gesellschaftlichen Kraft“ geworden, die sich „in kulturellen Kämpfen gegen andere [subalterne Gruppen] durchsetz[t]“ bzw. durchgesetzt hat.<sup>82</sup> Strategien Feministischer Außenpolitik könnten somit als eine institutionelle Verfestigung von Gleichberechtigungsbestrebungen als ein möglicher Minimalkonsens feministischer Bewegungen interpretiert werden. Diese Deutungsmöglichkeit wird durch die wiederholte Erwähnung der zu Beratungszwecken hinzugezogenen Zivilgesellschaft in Dokumenten zur Gestaltung Strategien Feministischer Außenpolitik gestützt. Zwar wird in diesen Dokumenten kein explizites Verständnis der Zivilgesellschaft nach Gramsci attestiert. Jedoch wird der Einfluss und die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Gruppen auf den Gestaltungsprozess von Strategien Feministischer Außenpolitik stets hochgehalten. Allein im schwedischen Handbuch für Feministische Außenpolitik kommt der Begriff „civil society“ ganze 27 Mal vor. Dabei wird betont, dass im Aushandlungsprozess immer wieder der Dialog und eine

---

80 Als ein Beispiel wäre hier die ehemalige Regierungschefin Myanmars Aung San Suu Kyi zu nennen, der aktuell vorgeworfen wird, den Genozid an den Rohingya in Myanmar nicht anzuerkennen und die staatliche Diskriminierung dieser jahrelang geduldet zu haben. (Deutsche Welle, „Das Militär putscht in Myanmar“)

81 Demirović, „Politische Gesellschaft“, 24; Ludwig, *Geschlecht, Macht, Staat*, 36.

82 Demirović, „Politische Gesellschaft“, 28.



Kooperation mit der Zivilgesellschaft gesucht werden soll.<sup>83</sup> Hinzu kommt die Erwähnung von zivilgesellschaftlichen Aktivist\*innen, Akademiker\*innen und Repräsentant\*innen, die in Foren und Gremien einen aktiven Beitrag zur Policy-Entwicklung leisten würden bzw. geleistet hätten.<sup>84</sup> Diesen Aspekt betont auch das Auswärtige Amt, indem es angibt, „die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu diesem Thema [dem Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325] weiterausgebaut“ zu haben.<sup>85</sup> Darüber hinaus gehöre es bei allen Strategien Feministischer Außenpolitik auch zur Agenda, zivilgesellschaftliche Organisationen *außerhalb* eigener Landesgrenzen zu stärken. Explizite Fälle äußern sich in Kanadas Policy „Empowering Afghan Women“ oder der Gründung eines „Frauennetzwerk[s] zwischen Deutschland, Lateinamerika und der Karibik“ durch Heiko Maas zwecks Thematisierung von Zwangsprostitution und Gewalt gegen Frauen auf internationaler Ebene.<sup>86</sup> Solange die Problematik von Gewalt gegen Frauen\* jedoch eher andersorts thematisiert und diskutiert wird, führt dies dazu, dass der innenpolitische Handlungsbedarf als weniger dringend internalisiert wird. Diese Fokusverlegung kreiert so ein wahrnehmbares Ungleichgewicht, welches einerseits das Bild der eigenen ‚Fortschrittlichkeit‘ in Bezug auf eine angeblich gleichberechtigtere Gesellschaft untermauert und andererseits eine Hilfsbedürftigkeit von Staaten des Globalen Südens impliziert.

Eine andere Deutungsmöglichkeit ergibt sich vor allem aus den bedeutenden Parallelen zwischen dem vorliegenden Untersuchungsgegenstand und der bereits angesprochenen Kritik Wöhls an der geschlechterpolitischen Strategie des Gender Mainstreamings der EU. Genau wie Wöhl in ihrer Analyse feststellt, haben wir es auch bei Feministischer Außenpolitik mit einem „sehr vage ausformulierte[n] Politikinstrument“ zu tun, bei dem es „keine einheitliche Zielsetzung“ gibt.<sup>87</sup> Die Parallelen äußern sich schon in der strukturellen Konzeption. Die „Three R’s“ der schwedischen Feministischen Außenpolitik können als angelehnt an die bei der Prozessgestaltung von Gender Mainstreaming hervorgebrachten „3-R-Methode“ verstanden werden.<sup>88</sup> Es lassen sich allerdings nicht allein strukturelle Gemeinsamkeiten bezüglich der Ausgestaltung feststellen. Auch der von Wöhl beispielhaft und prägnant herausgearbeitete Mechanismus der

---

83 Vgl. MOFAS, *Handbook*, 13, 20, 33.

84 *Ibid.*, 58.

85 Auswärtiges Amt, *Frauen, Frieden und Sicherheit*.

86 Government of Canada, *Assistance Policy*; Auswärtiges Amt, „Frauennetzwerk“.

87 Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 77.

88 MOFAS, *Handbook*, 13; „Representation, Ressourcen, Realia“ (Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 77).

„passiven Revolution“ lässt sich auf die Entwicklung geschlechterpolitischer Strategien Feministischer Außenpolitik übertragen. Wie bereits erwähnt, wurden wie auch bei der Entwicklung von Grundzügen des Gender-Mainstreaming-Ansatzes zivilgesellschaftliche Gruppen, Expert\*innen und NGOs zu Rate gezogen. Die jeweiligen Außenministerien behalten jedoch in diesem Prozess eine gewisse Definitionsmacht und geben somit auch einen institutionellen Rahmen vor. Davon, dass die unter diesen Voraussetzungen entstandenen Kompromisse weit- aus herrschaftsunkritischer ausfallen mögen als vonseiten feministischer Bewegungen intendiert, ist für beide Fälle auszugehen.<sup>89</sup> Als bedeutender Punkt bleibt jedoch, dass lediglich ein selektierter Teil der transformativen Forderungen defensiv-hegemonialer Gruppen (feministische Bewegungen) in die Programme offensiv-hegemonialer Gruppen (Außenministerien) aufgenommen wird.

Diese selektive Aufnahme von Forderungen führt zu zwei wesentlichen Deutungsweisen im gramscianischen Sinne der „passiven Revolution“. Durch die wiederholte Aussage mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu kooperieren, wird ein Bild gesellschaftlichen Rückhalts geschaffen. Die Mitwirkung feministischer Bewegungen kann folglich so interpretiert werden, dass es sich nicht nur um eine reine Aufnahme von Forderungen handelt, sondern eine Art Inkorporierung defensiv-hegemonialer Gruppen stattfindet. An dieser Stelle äußert sich ein ausschlaggebendes Merkmal: Feministische Forderungen werden nicht in ihrer Mehrdimensionalität thematisiert und diskutiert, sondern als Gleichsetzung Feminismus = Förderung von Frauen und Mädchen homogenisiert und diese so verschleiert. Zum einen bestärkt diese Deutungsweise das hegemoniale binäre Geschlechterkonstrukt. Andererseits eröffnet sich hierdurch eine weitere Dimension der „passiven Revolution“. Demirović hält in Bezug auf das Staatsverständnis Gramscis fest: „Schließlich muss die herrschende Gruppe auch in der Lage sein, diejenigen zu führen, von denen der stärkste Widerstand zu erwarten wäre“.<sup>90</sup> Übertragen auf eine solche Vereinnahmung feministischer Bewegungen, kann folglich argumentiert werden, dass Strategien Feministischer Außenpolitik nicht nur hinsichtlich ihrer binären Konstruktion von Männlichkeit\* und Weiblichkeit\* zu kritisieren sind, sondern auch im Kontext des neoliberalen Projekts.<sup>91</sup> Indem offensiv-hegemoniale Gruppen die Einschreibung defensiv-hegemonialer For-

---

89 Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 77 ff.

90 Demirović, „Politische Gesellschaft“, 32.

91 Ich beziehe mich in meinen Ausführungen auf folgende sehr abstrahierte Definition: „Als politisch-praktisches Projekt basiert der Neoliberalismus auf verschiedenen theoretischen Konzeptionen, denen gemeinsam ist, dass

derungen in staatliche Strukturen regulieren und diejenigen herrschaftskritischen und anti-kapitalistischen Aspekte auslassen, die den Status Quo aktueller Macht- und Herrschaftsverhältnisse gefährden, wird zwar Raum für Veränderung geschaffen – das neoliberale Grundgerüst bleibt jedoch erhalten. Kennzeichnend für Feministische Außenpolitik als hegemoniale Stütze neoliberaler Strukturen ist die ständig proklamierte Verbindung zwischen „gender equality“ und „economic growth“.<sup>92</sup> Das schwedische Außenministerium gibt diesen Zusammenhang wie folgt wieder: „Women’s participation in the labour market and access to markets for trading lead to stronger economic growth and higher GNP per capita.“<sup>93</sup> So äußert sich diesbezüglich auch das Auswärtige Amt der BRD im Kontext von Ansätzen zur Umsetzung der UN-Resolution 1325. Ein Kernpunkt des 2018 auf EU-Ebene entwickelten *Strategic Approach on WPS* wird folgendermaßen zusammengefasst: „Unterstützung proaktiver Maßnahmen für die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen, mit maßgeblichen Renditen für Wirtschaft und Gesellschaft“.<sup>94</sup> Dies impliziert, dass feministisches Handeln schon allein aufgrund enormer ökonomischer Anreize „sinnvoll, gut und richtig“ wäre.<sup>95</sup> Die vielschichtigen Problemlagen, in denen sich Frauen\* weltweit befinden, werden geradezu ökonomisiert. Der gesicherte Zugang und die Integration in die Weltmärkte werden als eine generalisierte und vereinfachte Lösung ebendieser Problemlagen dargestellt. Es macht den Anschein, als würde die ökonomische Profitabilität von Strategien Feministischer Außenpolitik einerseits als ein Verkaufsargument vor sich hergetragen und andererseits im gleichen Zug als Instrument zur eigenen Inszenierung als ‚fortschrittlicher‘ Staat genutzt werden.

Die argumentative Kette, dass vor allem „women’s economic empowerment“ zwangsläufig in einem Zugewinn an Freiheit, Wirtschaftswachstum und Entwicklung münden würde, wird durch die aktuelle Ausrichtung von Strategien Feministischer Außenpolitik hegemonial gefestigt.<sup>96</sup> So manifestiert sich das vorherrschende Bild alles-regelnder Märkte und einer internalisierten Alternativlosigkeit, die wiederum die Macht- und Herrschaftsverhältnisse von Seiten zivilgesellschaftlicher Gruppen stabilisieren.<sup>97</sup> Lösch fasst diese Dynamik der internalisierten

---

sie die Herrschaft des Marktes und einen Primat der Ökonomie proklamieren.“ (Lösch, „Neoliberale Hegemonie“, 202)

92 MOFAS, *Handbook*, 18.

93 Ibid., 28.

94 Auswärtiges Amt, *Frauen, Frieden und Sicherheit*.

95 Ludwig, *Geschlecht, Macht, Staat*, 37.

96 MOFAS, *Handbook*, 88.

97 Lösch, „Neoliberale Hegemonie“, 232.

Alternativlosigkeit treffend zusammen: „Obgleich sich wahrscheinlich relativ wenige Menschen eindeutig als Anhänger/innen der neoliberalen Ideologie verstehen, sind deren Grundannahmen – ob bewusst oder unbewusst – bereits fest im Denken vieler Menschen verankert.“<sup>98</sup> Dieser Rückbezug auf die stabilisierende Funktion zivilgesellschaftlicher Gruppen eröffnet zum Schluss dieses Kapitels noch eine essentielle Perspektive, die nicht ungeachtet bleiben darf. Eines der Ergebnisse der theoretischen Auseinandersetzung mit feministischen Weiterentwicklungen und Anwendungen der Strategie der „passiven Revolution“ zeigt auf, dass die Ausübung von Hegemonie, vereinfacht formuliert, nicht nur als Einbahnstraße verstanden werden kann. Übertragen auf Strategien Feministischer Außenpolitik ist eine Deutungsweise denkbar, in der defensiv-hegemoniale Gruppen – in diesem Fall feministische Aktivist\*innen – ein gewisses Steuerungspotenzial zugesprochen werden kann, Kompromisse aktiv gegen-hegemonial zu lenken. Der Umfang und die letztendlichen Möglichkeiten, die sich aus einem solchen Potenzial ergeben, bleiben jedoch fallspezifisch und zu diesem Zeitpunkt rein spekulativ.

## 5. Fazit

Die Auseinandersetzung mit Strategien Feministischer Außenpolitik aus einer hegemonietheoretischen Perspektive hat sich als ein aussagekräftiges Beispiel dafür erwiesen, aufzuzeigen, dass nicht jedes Konzept der Geschlechterpolitik „*per se* emanzipatorisch“ sein muss und so eine herrschaftskritische Deutung dieser ermöglicht.<sup>99</sup> Im Rückbezug auf die zu Beginn aufgestellte These, kann Strategien Feministischer Außenpolitik durchaus eine Verfolgung einer hegemonialen Strategie argumentativ nachgewiesen werden. So lassen sich Effekte im Sinne einer „passiven Revolution“ erkennen. Diese äußern sich in Form einer Verschleierungstaktik und wirken als eine Art hegemoniale Stütze. Selektierte Forderungen werden aufgenommen und vor allem nach außen hin multilateral vertreten, um den Status Quo aktueller Macht- und Herrschaftsverhältnisse beizubehalten mit dem Effekt feministische Bewegungen neoliberal auszuhöhlen und zu entradikalisieren. Die aus hegemonietheoretischer Perspektive herausgestellten Schwachstellen von Strategien Feministischer Außenpolitik, haben einmal mehr in ernüchternder Art und Weise gezeigt, „inwiefern sich ein ursprünglich emanzipatives Projekt den Kriterien des Marktes anpassen muss, anstatt diesen grundsätzlicher in Frage zu stellen, um überhaupt Umsetzungschancen zu haben“.<sup>100</sup>

---

98 Ibid., 242.

99 Löffler, *Feministische Staatstheorien*, 66.

100 Wöhl, „Geschlechterverhältnisse“, 79.

Aus diesem Grund sind wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit den Macht- und Herrschaftsmechanismen bzgl. ebensolcher geschlechterpolitischer Interventionen bedeutsam, insbesondere um feministischen Handlungsbedarf und machstrukturelle Schiefen aufzuzeigen, um so „den kritischen Gehalt des Konzeptes überhaupt aufrechterhalten zu können“.<sup>101</sup> Diese können einen Ansatzpunkt dafür schaffen, gegen-hegemoniale Strategien zu entwickeln und so den Raum für feministische Debatten ein Stück weit zu vergrößern. So kann eine hegemonietheoretische Kritik durchaus auch als Handlungsappell für feministische Aktivist\*innen innerhalb zivilgesellschaftlicher Gruppen gelesen werden. Ungeachtet der Menge angeblich bereits eingebrachter zivilgesellschaftlicher Einflüsse kann es nicht weiterhin den Außenministerien einzelner Staaten überlassen werden, die Definitions- und Deutungshoheit über die in dieser Arbeit untersuchte Strategie staatlicher Transformation für sich zu beanspruchen. Ansonsten kann es, wie in der Analyse aufgezeigt, schnell passieren, dass das Labeln mit einem homogenisierten ‚Feminismus‘ zum Ziele eigener Image-Aufbesserung instrumentalisiert wird und sogar anti-emanzipatorische Effekte im Sinne einer Fortschreibung hegemonial-geschlechterspezifischer Zuschreibungen hervorbringt. Ein möglicher Weg dem entgegenzusteuern könnte sein, vermehrt und aktiv Neoliberalismus-kritische sowie nicht-binäre Perspektiven in den Diskurs rund um Strategien Feministischer Außenpolitik einzubringen, um so kontrastreichere und differenziertere Positionierungen einzufordern.

Hinsichtlich der Interpretation von Strategien Feministischer Außenpolitik in einem staats-theoretischen Kontext stellt die aus der Analyse hervorgehende Interpretation nur *eine* der möglichen Einordnungen dar. Aufgrund der Vielfalt verschiedener Ansätze zur Einordnung geschlechterpolitischer Strategien kann es auch auf die Frage nach dem letztendlichen emanzipativen Potenzial keine eindeutige Antwort geben.<sup>102</sup> Daher möchte ich an dieser Stelle die besprochenen Ergebnisse ein Stück weit relativieren. Dass es Menschen geben wird, die aufgrund der Verfolgung einer Strategie Feministischer Außenpolitik eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erfahren haben, kann und möchte ich allein aufgrund meiner privilegierten Sprechposition nicht abstreiten. Dementsprechend soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass diese Arbeit keinen theoretischen Rundumschlag leisten kann und dass weder Strategien Feministischer Außenpolitik kategorisch verworfen noch andere weitaus positivere Einschätzungen ausgeschlossen werden können. Die Analyse von Strategien Feministischer Außenpolitik hat

---

101 Ibid.

102 Ludwig, *Geschlecht regieren*, 236.

gezeigt, dass gerade diese Ambivalenzen ein wesentlicher Teil staatlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind und es zum Zwecke einer produktiven Auseinandersetzung unabdingbar ist, diese teils auch weit auseinanderdriftenden Deutungsweisen anzuerkennen, zu diskutieren und auszuhalten.<sup>103</sup>

So möchte ich meine Arbeit mit einem Ausblick auf mögliche Forschungsfelder schließen. Eine denkbare Auseinandersetzung, die weiterer Untersuchung bedarf, ist die Betrachtung des erarbeiteten Wirkungsmechanismus aus einer postkolonialen Perspektive, deren enorme Relevanz ich vor allem im Kontext der Ethnisierung von sexueller Gewalt sowie in einem neokolonialen Kontext begründet sehe. Wünschenswert wäre zudem ein Fokus auf die Erarbeitung einer kritischen Operationalisierung und Evaluierung zur Messung der (Miss-)Erfolge Feministischer Außenpolitik, um diese außenpolitischen Strategien auch empirischer Forschung zukünftig besser zugänglich zu machen.

---

103 Vgl. Poulantzas, *Staatstheorien*, 167.

## Literatur

- Aggestam, Karin, und Annika Bergman-Rosamond. „Feminist Foreign Policy 3.0: Advancing Ethics and Gender Equality in Global Politics.“ *Ethics & International Affairs* 39, Nr. 1 (2019): 37-48.
- . „Swedish Feminist Foreign Policy in the Making. Ethics, Politics and Gender.“ *Ethics & International Affairs* 30, Nr. 3 (2016): 323-334.
- Auswärtiges Amt. *Frauen, Frieden und Sicherheit*. 24.02.2021. Zugriff 09.04.2021. [HTTPS://WWW.AUSWAERTIGESAMT.DE/DE/AUSSENPOLITIK/THEMEN/MENSCHENRECHTE/05-FRAUEN/FRAUEN-KONFLIKTPRAEVENTION/209848](https://www.auswaertigesamt.de/DE/AUSSENPOLITIK/THEMEN/MENSCHENRECHTE/05-FRAUEN/FRAUEN-KONFLIKTPRAEVENTION/209848).
- . „Rede von Außenminister Heiko Maas zum Internationalen Frauentag“. 07.03. 2019. Zugriff 30.06.2021. [HTTPS://WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE/DE/NEWSROOM/MAAS-INTERNATIONALER-FRAUENTAG/2197346](https://www.auswaertigesamt.de/DE/NEWSROOM/MAAS-INTERNATIONALER-FRAUENTAG/2197346).
- . „Maas eröffnet Frauennetzwerk zwischen Deutschland, Lateinamerika und der Karibik.“ 14.10.2019. Zugriff 05.04.2021. [HTTPS://WWW.AUSWAERTIGES-AMT.DE/DE/AUSSENPOLITIK/THEMEN/MENSCHENRECHTE/05-FRAUEN/MAAS-FRAUENNETZWERK/2213698](https://www.auswaertigesamt.de/DE/AUSSENPOLITIK/THEMEN/MENSCHENRECHTE/05-FRAUEN/MAAS-FRAUENNETZWERK/2213698).
- Balthasar, Susanne. „Feministische Außenpolitik als Chance (1/3).“ Zugriff 26. 06.2019. [HTTPS://WWW.BOELL.DE/DE/2019/02/19/FEMINISTISCHE-AUSSENPOLITIK-ALS-CHANCE-1](https://www.boell.de/de/2019/02/19/feministische-aussenpolitik-als-chance-1).
- Bieling, Hans-Jürgen. „Die politische Theorie des Neomarxismus: Antonio Gramsci.“ In *Politische Theorien der Gegenwart*, hrsg. v. André Brodocz und Gary S. Schaal, 448-478. Opladen: B. Budrich, 2016.
- Bundeskriminalamt (BKA). *Partnerschaftsgewalt: Kriminalstatistische Auswertung: Berichtsjahr 2017*. Wiesbaden: BKA, 2018.
- Centre for Feminist Foreign Policy. „The Official CFFP Definition.“ Zugriff 15.09.2019. [HTTPS://CENTREFORFEMINISTFOREIGNPOLICY.ORG/FEMINIST-FOREIGN-POLICY/](https://centreforfeministforeignpolicy.org/feminist-foreign-policy/).
- Demirović, Alex. „Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft: Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci.“ In *Hegemonie gepanzert mit Zwang: Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci*, hrsg. v. Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescane, 21-41. Baden-Baden: Nomos, 2007.
- Deutsche Welle. „Das Militär putscht in Myanmar.“ *Deutsche Welle*, 01.02.2021. Zugriff 09.04.2021. [HTTPS://WWW.DW.COM/DE/DAS-MILITÄR-PUTSCHT-IN-MYANMAR/A-56400726](https://www.dw.com/de/das-militaer-putscht-in-myanmar/a-56400726).

- Government of Canada. *Canada's Feminist International Assistance Policy*. Ottawa: 2019. Zugriff 19.09.2019. [HTTPS://WWW.INTERNA-TIONAL.GC.CA/WORLD-MONDE/ISSUESDEVELOPMENT-ENJEUXDEVELOPPEMENT/PRIORITIES-PRIORITES/POLICY-POLITIQUE.ASPX?LANG=ENG](https://www.international.gc.ca/world-monde/issues-development-enjeux-developpement/priorities-priorites/policy-politique.aspx?lang=eng).
- Government of Sweden. *Government Communication: Strategic Export Controls in 2017 – Military Equipment and Dual-Use Items*. Linköping: 2018. Zugriff 17.10.2019. [HTTPS://WWW.GOVERNMENT.SE/4AF0BF/CONTENTASSETS/04DD1926300F41088B86238154B7708E/SKR-2017-18-NR-114-ENG-POPULARVERSION-002.PDF](https://www.government.se/4af0bf/contentassets/04dd1926300f41088b86238154b7708e/skr-2017-18-nr-114-eng-popularversion-002.pdf).
- Gramsci, Antonio. *Gefängnishefte: Kritische Gesamtausgabe*, hrsg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang F. Haug und Peter Jehle. Band 6, 10, 12, 13 und 15. Hamburg: Argument Verlag, 2012.
- Hudson, Valerie M. und Lauren A. Eason. „The Challenge of Foreign Policy in the WPS Agenda.“ In *The Oxford Handbook of Women, Peace, and Security*, hrsg. v. Sara E. Davies und Jaqui True, 779-792. Oxford: Oxford University Press, 2019
- Krause, Jana, Werner Krause and Piia Bränfors. „Women's Participation in Peace Negotiations and the Durability of Peace.“ In *International Interactions* 44, Nr. 6 (2018): 985-1016.
- Löffler, Marion. *Feministische Staatstheorien: Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus, 2011.
- . *Geschlechterpolitische Strategien: Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess*. Frankfurt am Main: Campus, 2012.
- Lösch, Bettina. „Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie.“ In *Kritik des Neoliberalismus*, hrsg. v. Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak, 201-257. Wiesbaden: Springer, 2017.
- Ludwig, Gundula. *Geschlecht regieren: Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie*. Frankfurt am Main: Campus, 2011.
- . *Geschlecht, Macht, Staat: Feministische staats-theoretische Interventionen*. Opladen: B. Budrich 2015.
- Manzo, Kate. „Do colonialism and slavery belong to the past?“ In *Global Politics: A New Introduction*, hrsg. v. Jenny Edkins und Maja Zehfuss, 314-337. Abingdon: Routledge, 2014.
- Ministry of Foreign Affairs Sweden. *Handbook: Sweden's feminist foreign policy*. Stockholm: 2018. Zugriff 07.07.2019. [HTTPS://WWW.GOVERNMENT.SE/492C36/CONTENTASSETS/FC115607A4AD4BCA913CD8D11C2339DC/HANDBOOK---SWEDENS-FEMINIST-FOREIGN-POLICY---ENGLISH.PDF](https://www.government.se/492c36/contentassets/fc115607a4ad4bca913cd8d11c2339dc/handbook---swedens-feminist-foreign-policy---english.pdf).
- Nonhoff, Martin. *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie*. Bielefeld: Transcript, 2007.



- Poulantzas, Nicos. *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus: Die deutschsprachige Ausgabe*. Hamburg: VSA Verlag, 2002.
- Sauer, Birgit. *Geschlecht und Politik: Institutionelle Verhältnisse, Verhinderungen und Chancen*. Berlin: WVB, 2004.
- . „Feminismus und Politik – Zu einem notwendigen und notwendig umkämpften Verhältnis: Eine politikwissenschaftliche Perspektive.“ *Feministische Studien* 31, Nr. 1 (2013): 164-169.
- Stykwow, Petra. *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken*. Paderborn: Fink, 2009.
- Tausendpfund, Markus. *Quantitative Methoden der Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer, 2018.
- Thompson, Lyric und Rachel Clement. *Defining Feminist Foreign Policy*. Washington, D.C.: International Center For Research on Women, 2019.
- United Nations Women. *Women's Participation in Peace Negotiations: Connections between Presence and Influence*. UNW, 2012.
- United Nations Security Council. *Conflict-related Sexual Violence*. UNSC, 2019.
- Weldeab Sebhatu, Rahel. „The Digital Mediatization of Feminist Foreign Policy.“ *Disrupted Issue 1: The Feminist Foreign Policy Issue*, Nr. 1 (2017): 18-22.
- Wilhelm, Andreas. *Außenpolitik*. München: Oldenbourg 2006.
- Wöhl, Stefanie. „Staat und Geschlechterverhältnisse im Anschluss an Antonio Gramsci“. In *Hegemonie gepanzert mit Zwang: Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci*, hrsg. v. Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescane, 67-83. Baden-Baden: Nomos, 2007.

## **Geschlechterkonzeptionen bei den Vereinten Nationen.**

### **Eine Untersuchung zum Geschlechterwissen des UN-Generalsekretärs in Berichten zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Zeitraum 2002-2018**

*Katharina Müller*

#### **1. Einleitung**

Seit Mitte der neunziger Jahre setzt sich feministische Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen (IB) zunehmend mit den Chancen und Grenzen internationaler Frauen- und Geschlechterpolitik in Global Governance-Strukturen auseinander.<sup>1</sup> Ein viel diskutiertes Beispiel ist die „Frauen, Frieden und Sicherheit“ Agenda der Vereinten Nationen. Am 31. Oktober 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325, die eine Genderperspektive für Peacebuilding, Peacekeeping und andere UN-Maßnahmen im Bereich Konfliktlösung und Konfliktprävention fordert. Als Sicherheitsratsresolution ist 1325 für UN-Mitgliedstaaten, die die UN Charta unterzeichnet haben, rechtlich bindend. Folglich handelt es sich um ein bedeutendes Dokument der internationalen Sicherheitspolitik.<sup>2</sup> Zur Women, Peace and Security (WPS) Agenda gehören die Resolution 1325 und acht Folgeresolutionen aus den Jahren 2000-2019 sowie andere Dokumententypen wie beispielsweise Berichte des UN-Generalsekretärs zum Thema, die in der Literatur jedoch weitaus weniger Beachtung finden.

Diskursanalytische Untersuchungen der WPS Agenda konzentrieren sich bisher überwiegend auf die Sicherheitsratsresolutionen, wobei diese im Detail nur bis 2009 analysiert wurden.<sup>3</sup> Für den Diskurs der Agenda wurde bisher überwiegend der Sicherheitsrat als Sprecher untersucht, obwohl es auch andere relevante Sprechpositionen im WPS Diskurs innerhalb der Vereinten Nationen gibt – wie beispielsweise den UN-Generalsekretär oder UN Women. Die Agenda und der zugehörige Diskurs scheinen insgesamt von essentialistischen, patriarchal-ste-

---

1 S. z.B. Enloe, Cynthia: *Bananas, Beaches and Bases. Making Feminist Sense of International Politics*. Berkeley / Los Angeles: University of California Press, 2014; vgl. Caglar, Gülay: *Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, S. 23.

2 Vgl. Shepherd, Laura J: „Sex, Security and Superhero(in)Es: From 1325 to 1820 and Beyond“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 504–21, 2011, S. 505.

3 S. ebd.

reotypen und liberal-feministischen Konzeptionen von Geschlecht geprägt zu sein. Nur für einige afrikanische NAP erkennt Hudson auch radikal-feministische Einflüsse.<sup>4</sup> Diese Ausprägung des Geschlechterwissens des Sicherheitsrates führt dazu, dass strukturelle Ursachen von geschlechterbasierter Gewalt sowie strukturelle Barrieren für die Partizipation von Frauen nicht thematisiert werden.

Mein Forschungsinteresse liegt auf dem Zusammenhang von Geschlechterkonzeptionen und theoretischem Wissen über Geschlecht. Aus einer poststrukturalistisch-feministischen Perspektive heraus untersuche ich Geschlechterkonzeptionen in den Berichten des UN-Generalsekretärs und stelle einen Bezug zu Geschlechterwissen her, welches für die WPS Agenda bisher nicht untersucht wurde. Dafür gehe ich davon aus, dass feministische Perspektiven und nicht-feministische Auffassungen das Geschlechterwissen einer\*s Sprecher\*in im Diskurs bestimmen.

Mit einem wissenssoziologisch-diskurstheoretischen Ansatz wird der UN-Generalsekretär als Sprecher im UN-Diskurs zur WPS Agenda untersucht.<sup>5</sup> Dabei lautet die Forschungsfrage: Welche Geschlechterkonzeptionen lassen sich in den Berichten des Generalsekretärs finden und welches Geschlechterwissen lässt sich davon ableiten? Mithilfe eines deduktiv und induktiv erstellten Kodierleitfadens wurde mit der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring die Wissenssoziologische Diskursanalyse von Keller operationalisiert. Diese habe ich dann auf alle Berichte des Generalsekretärs zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ angewendet, um die den Berichten inhärenten Geschlechterkonzeptionen zu untersuchen, um dann von ihnen Geschlechterwissen abzuleiten. Von den Analyseergebnissen zu den Geschlechterkonzeptionen leite ich das Geschlechterwissen des UN-Generalsekretärs ab, das sich als unterschiedlich geprägt erweist, was ich als additives Geschlechterwissen bezeichne.<sup>6</sup>

---

4 Vgl. Hudson, Heidi: „The Power of Mixed Messages: Women, Peace, and Security Language in National Action Plans from Africa“, *Africa Spectrum* 52(3), S. 3–29, 2017.

5 Eine konzeptionelle Schwäche dieser Arbeit ist die Definition von „Sprecher\*in Generalsekretär\*in“. Nicht nur waren in der Periode 2002-2018 drei verschiedene Generalsekretäre im Amt, es ist auch generell nicht bestimmbar, wer die Berichte tatsächlich verfasst hat. Deshalb verstehe ich „Generalsekretär\*in“ nicht als eine Person, sondern als UN-Institution.

6 Die Forschungsergebnisse stammen aus dem Jahr 2019.

## 2. Feministische Perspektiven in Geschlechter-Policies der Vereinten Nationen

Häufig wird von Feminismus als *einer* Theorie gesprochen, obwohl es sich um eine Vielzahl feministischer Perspektiven handelt.<sup>7</sup> Da diese in ihren Ausprägungen sehr unterschiedlich ausfallen können und Geschlechterwissen verschiedenartig prägen können, ist es von Bedeutung, feministische Theorien zu differenzieren. Rosemarie Tong (2009) benennt beispielsweise acht verschiedene feministische Labels: „*liberal, radical, Marxist/socialist, psychoanalytic, care-focused, multicultural/global/colonial, ecofeminist, and postmodern/third wave.*“<sup>8</sup> Sie bezeichnet diese Labels als „[...] *incomplete and highly contestable.*“<sup>9</sup> Susan Archer Mann nimmt eine ähnliche Einteilung vor und unterscheidet zwischen liberalen Feminismen, radikalen Feminismen, marxistischen, sozialistischen und anarchistischen Feminismen, intersektionalen Theorien, postmodernen, poststrukturalistischen, queeren und Transgender Theorien sowie dem *Third Wave Feminism*.<sup>10</sup>

Durch das Aufgreifen radikal-feministischer, postkolonialer und intersektionaler Perspektiven durch die Vereinten Nationen vor allem in den 1980er und 1990er Jahren lässt sich eine Wegentwicklung von für die UN typischen liberalen Feminismen vermuten. Laut Arat bleibt dieser Wandel jedoch aus, beziehungsweise auf Rhetorik beschränkt.<sup>11</sup> Für das Aufgreifen feministischer Ideen durch die Vereinten Nationen stellt sie das Bestehen einer liberal-feministischen Tradition fest, die besonders hinsichtlich von der UN formulierten Empowerment-Indikatoren erkennbar sei (z.B. Anteil von weiblich besetzten Stühlen in einem Parlament).<sup>12</sup> Da liberal-feministische Perspektiven sich oft auf die Nichtdiskriminierung von Frauen durch Policies und in Institutionen fokussieren, richten sich Maßnahmen überwiegend auf Diskriminierung im Hinblick auf Beruf und Karriere sowie darauf, bestehende Institutionen für Frauen inklusiver zu machen.<sup>13</sup> Für Arat bedeutet dies, dass diskriminierende Strukturen und Hierarchien unangetastet bleiben.<sup>14</sup> Infolgedessen würden manche Frauen in männlich dominierte Bereiche und Strukturen integriert, ohne dass die Grundlagen und Funktionen dieser Strukturen

---

7 Vgl. Mann, Susan Archer: *Doing Feminist Theory. From Modernity to Postmodernity*. New York: Oxford University Press, 2012, S. 2.

8 Tong, Rosemarie: *Feminist Thought. A More Comprehensive Introduction*. Boulder: Westview Press, 2009, S. 1.

9 Ebd., S. 1.

10 Vgl. Mann: *Doing Feminist Theory. From Modernity to Postmodernity*.

11 Vgl. Arat, Zehra F. Kabasakal: „Feminisms, Women’s Rights, and the UN: Would Achieving Gender Equality Empower Women?“, *American Political Science Review* 109(04), S. 674–89, 2015, S. 680.

12 Vgl. ebd., S. 675.

13 Vgl. ebd., S. 683.

14 Vgl. ebd., S. 683.

infrage gestellt würden.<sup>15</sup> Solch ein rein integratives Vorgehen, das die strukturellen Hindernisse nicht anfechtet, kann laut Arat nicht zu einer Verbesserung für alle Frauen beitragen, sondern nur für einige wenige, während die Mehrheit weiterhin diskriminiert würde.<sup>16</sup> Durch liberal-feministisch ausgerichtete Geschlechter-Policies würden manche Frauen in bestehende, patriarchale Strukturen integriert werden, ohne diese zu verändern und Machtgefälle und -dynamiken sowie systematische Ungleichheiten würden perpetuiert, obwohl diese in der Geschlechterdiskriminierung eine entscheidende Rolle spielen.<sup>17</sup>

### 3. Poststrukturalistisch-feministische Analyseperspektive

Wenn feministische Perspektiven von Internationalen Organisationen aufgegriffen werden, geschieht dies oft selektiv und kombinatorisch, weshalb gefragt werden muss, welche Ideen aufgenommen werden und wie.<sup>18</sup> Die Frage nach der Art und Weise des Aufgreifens zielt auf die Untersuchung ab, ob feministische Ideen im Ganzen, teilweise, in abgeänderter Form oder mit veränderter Bedeutung in Internationale Organisationen eingebracht werden.<sup>19</sup> Für Analysen dieser Art bieten sich poststrukturalistische und diskursanalytische Theorien an, da diese die konstitutive Rolle von Wissen betonen.<sup>20</sup>

In dieser Arbeit nehme ich eine poststrukturalistisch-feministische Perspektive ein. Poststrukturalistisch-feministische Analysen der Vereinten Nationen haben aufgezeigt, wie Geschlecht konzipiert ist und auf welche Art und Weise „gendered dichotomies“ zwischen Männern und Frauen (re-)produziert werden.<sup>21</sup> Petra Debusscher (2011) dekonstruiert beispielsweise das Verständnis von Geschlecht in Policy-Dokumenten und analysiert den Geschlechterdiskurs, in den die Dokumente eingebettet sind.<sup>22</sup> Poststrukturalistisch-feministische Analysen zu den Vereinten Nationen<sup>23</sup> zeigen auf, wie in den entsprechenden Diskursen Frauen eine aktive Rolle abgesprochen wird, indem sie sie als friedlich, als Opfer und als Teil des privaten

---

15 Vgl. ebd., S. 675.

16 Vgl. ebd., S. 683.

17 Vgl. ebd., S. 684.

18 Vgl. Caglar: *Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke.*, S. 17f.

19 Vgl. ebd., S. 18.

20 Vgl. ebd., S. 18.

21 Muehlenhoff, Hanna L.: „Victims, Soldiers, Peacemakers and Caretakers: The Neoliberal Constitution of Women in the EU's Security Policy“, *International Feminist Journal of Politics* 19(2), S. 153–67, 2017, S. 153.

22 Vgl. ebd., S. 154.

23 S. z.B. Cohn, Carol: „Mainstreaming Gender in UN Security Policy: A Path to Political Transformation?“, *Boston Consortium on Gender, Security, and Human Rights*, Working Paper No. 204, 2004; Shepherd, Laura J.: „Power and Authority in the Production of United Nations Security Council Resolution 1325“, *International Studies Quarterly* 52(2), S. 383–404, 2008.

anstelle des öffentlichen Lebens konstituiert werden.<sup>24</sup> Eine poststrukturalistisch-feministische Analyseperspektive auf Policy-Dokumente hat zum Vorteil, dass Diskurs- und Machtstrukturen sowie Konzeptionen von Geschlecht untersucht werden können.<sup>25</sup> Poststrukturalistisch-feministische Policy-Analyse macht außerdem auf die Dominanz des Eurozentrismus im Diskurs über den Globalen Süden und auf die diskursiven Praktiken aufmerksam, die eine Realität konstituieren, die durch Machtunterschiede und verschiedene Formen von Unterdrückung geprägt ist.<sup>26</sup>

Ziel ist es, die soziale Herstellung und Bedeutung von Geschlecht zu analysieren sowie die Art und Weise zu untersuchen, in der auf institutionalisierte Wissensbestände von Geschlecht zurückgegriffen wird.<sup>27</sup> Geschlecht wird als „*situationsspezifische Konstruktionspraxis*“<sup>28</sup> verstanden, was durch den interaktiven Begriff *doing gender* veranschaulicht wird.<sup>29</sup> Folglich werden „[...] *Zuschreibungs-, Wahrnehmungs- und Darstellungsroutinen, in denen sich der sinnhafte Aufbau der Wirklichkeit von Geschlechtszugehörigkeit bzw. -identität und Geschlechterbeziehungen vollzieht* [...]“<sup>30</sup> untersucht sowie die Hierarchisierung von Geschlechterbeziehungen und die Vergeschlechtlichung sozialer Kontexte.<sup>31</sup>

#### **4. Die „Frauen, Frieden und Sicherheit“ Agenda der Vereinten Nationen**

Arbeiten zur WPS Agenda beziehen sich hauptsächlich auf folgende Themenbereiche: 1) Gender Mainstreaming, 2) Normen(-Diffusion), 3) Implementierung/Nationale Aktionspläne, 4) Peacekeeping-Missionen, 5) die Rolle von Aktivist\*innen und 6) die Konzeption von Geschlecht und die Darstellung von Frauen. Die Aussage- und Wirkungskraft der Agenda wird von Wissenschaftler\*innen unterschiedlich eingeschätzt. Auf der einen Seite erkennen einige Wissenschaftler\*innen<sup>32</sup> einen positiven Wandel hin zu inklusiveren Sicherheitskonzepten bei

---

24 Vgl. Muehlenhoff: „Victims, Soldiers, Peacemakers and Caretakers: The Neoliberal Constitution of Women in the EU's Security Policy“, S. 154.

25 Vgl. Shepherd: „Sex, Security and Superhero(in)Es: From 1325 to 1820 and Beyond“, S. 514.

26 Vgl. ebd., S. 513f.

27 Vgl. Becker-Schmidt, Regina / Knapp, Gudrun-Axeli: *Feministische Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius-Verlag, 2018, S. 76.

28 Ebd., S. 76.

29 Vgl. ebd., S. 77.

30 Ebd., S. 77.

31 Vgl. ebd., S. 78.

32 S. bspw. Guerrina, Roberta / Wright, Katharine A. M.: „Gendering Normative Power Europe: Lessons of the Women, Peace and Security Agenda“, *International Affairs* 92(2), S. 293–312, 2016; True, Jacqui: „Explaining the Global Diffusion of the Women, Peace and Security Agenda“, *International Political Science Review* 37(3), S. 307–23, 2016; Tryggstad, Torunn L.: „Trick or Treat? The UN and Implementation of Security Council Resolution 1325 on Women, Peace, and Security“, *Global Governance: A Review of Multilateralism and International*

den Vereinten Nationen und betonen Chancen von internationaler Normdiffusion.<sup>33</sup> Diese Perspektive geht davon aus, dass internationale Gendernormen mit Hilfe von Nationalen Aktionsplänen (NAP) in spezifische Kontexte übersetzt und lokalisiert werden. Demnach wird die steigende Anzahl der NAP als Erfolg für die Gendernormdiffusion angesehen und als Beginn einer progressiv-feministischen internationalen Sicherheitspolitik gewertet.<sup>34</sup> Kritische feministische Wissenschaftler\*innen mahnen an, dass dadurch in Ländern des Globalen Südens der internationale, interventionistische Diskurs reproduziert werde.<sup>35</sup>

Es sind vor allem liberal-feministische Ansätze, die von einer „*norm diffusion through gender language*“<sup>36</sup> ausgehen, während kritische feministische Wissenschaftler\*innen, die z.B. ein radikales oder poststrukturalistisches Feminismusverständnis haben, kritisieren, dass genau diese Sprache Machtgefälle perpetuiere.<sup>37</sup> Kritisch-feministische Forscher\*innen<sup>38</sup> weisen darauf hin, dass der normative Rahmen der WPS Agenda Geschlechter-Machtverhältnisse unverändert ließe.<sup>39</sup> Einige führen dies auf ein Implementierungsproblem zurück, dass also trotz progressiver Resolutionen, die Leben der Frauen in Konfliktsituationen unverändert bleiben und Frauen auch weiterhin nur eine nebensächliche Rolle in Friedensverhandlungen spielen.<sup>40</sup> Poststrukturalistische und radikale Feminist\*innen gehen mit ihrer Kritik jedoch weiter, indem sie

---

*Organizations* 15(4), S. 539–57, 2009; Tryggestad, Torunn L.: „The UN Peacebuilding Commission and Gender: A Case of Norm Reinforcement“, *International Peacekeeping* 17(2), S. 159–71, 2010.

33 Vgl. Hudson: „The Power of Mixed Messages: Women, Peace, and Security Language in National Action Plans from Africa“, S. 4.

34 Vgl. ebd., S. 9.

35 Vgl. ebd., S. 4f.

36 Ebd., S. 8.

37 Vgl. ebd., S. 8.

38 S. bspw. Aroussi, Sahla: „‘Women, Peace and Security’: Addressing Accountability for Wartime Sexual Violence“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 576–93, 2011; Binder / Schweiger: „Empty Words or Real Achievement? The Impact of Security Council Resolution 1325 on Women in Armed Conflicts“, *Radical History Review* 2008(101), S. 22–41, 2008; Cohn: „Mainstreaming Gender in UN Security Policy: A Path to Political Transformation?“; Gibbins, Sheri Lynn: „No Angry Women at the United Nations: Political Dreams and the Cultural Politics of United Nations Security Council Resolution 1325“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 522–38, 2011; Pratt, Nicola / Richter-Devroe, Sophie: „Critically Examining UNSCR 1325 on Women, Peace and Security“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 489–503, 2011; Shepherd, Laura J.: „Power and Authority in the Production of United Nations Security Council Resolution 1325“; Shepherd: „Sex, Security and Superhero(in)Es: From 1325 to 1820 and Beyond“.

39 Vgl. Hudson: „The Power of Mixed Messages: Women, Peace, and Security Language in National Action Plans from Africa“, S. 4.

40 Vgl. ebd., S. 4; s. auch Arat: „Feminisms, Women’s Rights, and the UN: Would Achieving Gender Equality Empower Women?“.

den Resolutionen der Agenda vorwerfen, im Status quo zu verweilen und lediglich eine Integration in bestehende, patriarchale Strukturen zu fordern. Cohn bezeichnet die Sprache in den Sicherheitsratsresolutionen beispielsweise als militaristisch und maskulinistisch geprägt.<sup>41</sup>

Es gibt nur wenige Arbeiten, die die WPS Agenda diskursanalytisch untersuchen. Hervorzuheben sind die Artikel von Björkdahl/Mannergren Selimovic (2015), Hudson (2017), Puechguirbal (2010), Reilly (2018) und Shepherd (2008, 2011), wobei die Artikel von Shepherd und Puechguirbal für meine Arbeit besonders relevant sind. Aus dem Forschungsstand geht hervor, dass trotz des Bestehens der WPS Agenda, die Vereinten Nationen das männliche Machtmonopol weitgehend unangetastet lassen und Gender Mainstreaming unpolitisch vollziehen.<sup>42</sup> In patriarchalen Gesellschaften führt die Assoziierung von Männern mit Krieg und von Frauen mit Frieden zu einer dichotomen Hierarchisierung und einer Abwertung von Frauen und Frieden insgesamt.<sup>43</sup> Darüber hinaus führt dieses Verständnis zu einer Passivierung von Frauen, wie Puechguirbal zusammenfasst:

„Thus, when women are not defined as helpless victims in need of protection, they are depicted as being more peaceful than men and their contribution to peace-making is hailed as essential and, as such, encouraged. These are basically two sides of the same coin: (a) peaceful women who are (b) victims of war, made vulnerable because of their sex. Victims are not accorded agency. Their survival lies in the protection that is afforded to them against recurrent wars and, as such, they are more prone to peace than violence.”<sup>44</sup>

Damit scheint die WPS Agenda undurchlässig für transformativ auf Strukturen ausgerichtete und kritisch-feministische Ansätze zu sein, weshalb vor allem die Partizipationskomponente der Sicherheitsratsresolutionen rein rhetorisch sei.<sup>45</sup> Aus diesem Grund wird die Existenz eines neoliberalen Unterbaus von *Women, Peace and Security* kritisiert und der Agenda vorgeworfen, sich als feministisch auszugeben, um Entwicklungs- und Sicherheitsinteressen des Globalen

---

41 Vgl. Cohn: „Mainstreaming Gender in UN Security Policy: A Path to Political Transformation?“.

42 Vgl. Puechguirbal, Nadine: „Discourses on Gender, Patriarchy and Resolution 1325: A Textual Analysis of UN Documents“, *International Peacekeeping* 17(2), S. 172–187, 2010, S. 172.

43 Vgl. Tickner, Ann: *Gendering World Politics. Issues and Approaches in the Post-Cold War Era*. New York: Columbia University Press, 2001, S. 59f.

44 Puechguirbal: „Discourses on Gender, Patriarchy and Resolution 1325: A Textual Analysis of UN Documents“, S. 181.

45 Vgl. Reilly, Niamh: „How Ending Impunity for Conflict-Related Sexual Violence Overwhelmed the UN Women, Peace, and Security Agenda: A Discursive Genealogy“, *Violence Against Women* 24(6), S. 631–49, 2018, S. 645.



Nordens zu legitimieren und umzusetzen.<sup>46</sup> Shepherds Analyse zeigt auf, dass der UN-Sicherheitsrat in den Resolutionen 1325 bis 1889 in den Jahren 2000-2009 die Bedürfnisse und Lebensrealitäten lokaler Frauen nicht ausreichend erkannt und berücksichtigt hat. Dies zeugt von einem liberalen Feminismusverständnis beim UN-Sicherheitsrat, der von privilegierten Frauen auszugehen scheint und außerdem eine Teilgruppe von Frauen als repräsentativ für die Konstitution aller Frauen ansieht.<sup>47</sup> Binäre, essentialistische, stereotype und teilweise neoliberal geprägte Geschlechterkonzeptionen machen zusätzlich deutlich, dass trotz liberal-feministischer Einflüsse einige Konzeptionen nicht-feministisch geprägt sind.<sup>48</sup> Im Ergebnis werden Ursachen von Unsicherheit, Konflikt und Krieg vom Sicherheitsrat nicht (ausreichend) hinterfragt und überwiegend Frauen thematisiert anstatt Gender.<sup>49</sup> Bezüglich des Fehlens einer echten Genderperspektive kritisiert El-Bushra: *“Rather than seeing war as the violation of women by men, we should recognize that men and women are each differently violated by war.”*<sup>50</sup>

## 5. Methodologie

### 5.1. Geschlechterwissen

Shepherd argumentiert, dass Ideale und Ideen zu Geschlecht, Gewalt und Sicherheit in der WPS Agenda zurückgeführt werden können auf die Ideen und Ideale der Institutionen, die an der Produktion der Dokumente beteiligt sind.<sup>51</sup> Was sie das diskursive Terrain der Institutionen nennt, sei bestimmt von zeit- und ortsspezifischen Rechtssystemen, kulturellen und soziopolitischen Traditionen, der geopolitischen Lage, Geschichte, etc.<sup>52</sup> Daraus leitet sie ab, dass Ideen, die häufig unbewusst und unreflektiert blieben, in Policy-Dokumente gelangen und dadurch Subjekte konstituieren würden.<sup>53</sup> Ich schließe mich dieser Perspektive an und lege daher nachfolgend meinen methodologischen Fokus auf Geschlechterwissen und Diskurse.

---

46 Vgl. Hudson: „The Power of Mixed Messages: Women, Peace, and Security Language in National Action Plans from Africa“, S. 10.

47 Vgl. Arat: „Feminisms, Women’s Rights, and the UN: Would Achieving Gender Equality Empower Women?“, S. 675.

48 Vgl. Muehlenhoff: „Victims, Soldiers, Peacemakers and Caretakers: The Neoliberal Constitution of Women in the EU’s Security Policy“, S. 155; s. auch Shepherd: „Power and Authority in the Production of United Nations Security Council Resolution 1325“.

49 Vgl. Muehlenhoff: „Victims, Soldiers, Peacemakers and Caretakers: The Neoliberal Constitution of Women in the EU’s Security Policy“, S. 155.

50 El-Bushra, Judy: „Feminism, Gender, and Women’s Peace Activism“, *Development and Change* 38(1), S. 131–47, 2007, S. 131.

51 Vgl. Shepherd: „Sex, Security and Superhero(in)Es: From 1325 to 1820 and Beyond“, S. 506; s. auch Shepherd: „Power and Authority in the Production of United Nations Security Council Resolution 1325“.

52 Vgl. Shepherd: „Sex, Security and Superhero(in)Es: From 1325 to 1820 and Beyond“, S. 506.

53 Vgl. ebd., S. 506.

Angelehnt an Gülay Caglar verstehe ich Geschlechterwissen als das Wissen von Sprecher\*innen über geschlechterspezifische Probleme, Lagen und Bedürfnisse in (bewaffneten) Konflikten. Es ist also das Wissen darüber, wie sicherheitspolitische Maßnahmen aus einer Genderperspektive zu betrachten sind, was das geschlechterpolitische Ziel ist und wie dieses am wirkungsvollsten zu erreichen ist.<sup>54</sup> Von Caglars Überlegungen leite ich außerdem folgende Annahme ab: Ob und wie feministische Ideen in den Diskurs der WPS Agenda innerhalb der Vereinten Nationen eingebracht werden und in welcher Art und Weise diese aufgegriffen werden, hängt von den theoretischen und normativen Wissensgrundlagen der verschiedenen Akteur\*innen in der Wissensarena – den UN-Sprecher\*innen – ab, da Wissen für die Konzeption von Geschlecht konstitutiv ist.<sup>55</sup> Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass die Sprecher\*innen sich ihres eigenen Geschlechterwissens bewusst sind. Dennoch können die von den Sprecher\*innen produzierten Konzeptionen von Geschlecht untersucht und ihr Geschlechterwissen davon abgeleitet werden. Geschlechterwissen kann von feministischen Theorien geprägt sein, kann jedoch auch nicht- oder anti-feministisch sein. Meine Analysekonzeption soll Raum für die Erfassung jeglichen Geschlechterwissens lassen. Ich untersuche, auf welchen Konzeptionen von Geschlecht der UN-interne Diskurs zur WPS Agenda aufbaut und welche Schlüsse sich daraus auf das Geschlechterwissen der Vereinten Nationen ziehen lassen. Außerdem gehe ich davon aus, dass Geschlechterwissen variiert und in unterschiedlichen (sicherheits-)politischen Kontexten zu verschiedenen Maßnahmen führt.<sup>56</sup>

## 5.2. Wissenssoziologische Diskursanalyse

Zur Untersuchung des Geschlechterwissens in der WPS Agenda nutze ich die Wissenssoziologische Diskursanalyse<sup>57</sup>, wie sie von Reiner Keller formuliert wird. Ich übernehme Kellers Ver-

---

54 Vgl. Caglar: *Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke*, S. 70.

55 Vgl. ebd., S. 19.

56 Vgl. ebd., S. 18.

57 Diskursbegriff: „Als Prozessbegriff für eine der sozialwissenschaftlichen Analyse zugängliche Gestalt der Wissenspolitiken verweist er auf die Ereignisse, Aussagen, Akteure und Praktiken, in denen Wissen aktualisiert, verbreitet, angegriffen, bestritten, verändert und verworfen wird.“ (Keller, Reiner: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, S. 17; Hervorhebung im Original) „Diskurse existieren als tatsächlicher Sprachgebrauch in historisch-institutionell situierten Aussageereignissen und in der materialen Gestalt von Dispositiven.“ (Ebd.: 266).

verständnis von Diskursen als „institutionell-organisatorisch regulierte Praktiken des Zeichengebrauchs“,<sup>58</sup> in und mittels derer durch den Gebrauch von Sprache und Symbolen durch Akteur\*innen Bedeutung von Realität konstituiert wird.<sup>59</sup> Die wissenssoziologische Diskursanalyse geht folglich davon aus, dass Sprache eine soziale Praxis ist, durch die Wissensordnungen produziert, reproduziert und transformiert werden.<sup>60</sup> Für meine Analyse relevant ist die Annahme, dass Diskurse Deutungszusammenhänge produzieren, durch die Wirklichkeit konstituiert wird.<sup>61</sup> Das bedeutet, dass z.B. eine Idee zur sozialen Wirklichkeit wird, indem sie Gegenstand des Wissens wird und dass aufgrund unterschiedlicher regelgeleiteter Diskurspraktiken dieser Idee variierende Bedeutung zugewiesen wird.<sup>62</sup> Für meine Arbeit bedeutet das, dass in der WPS Agenda Geschlecht konstruiert wird und dieses unterschiedlich konzipiert sein kann – sogar innerhalb des gleichen Diskurses oder in verschiedenen (Sub-)Diskursen.<sup>63</sup> Deshalb untersuche ich, welche Konzeptionen auftreten, um in einem zweiten Schritt davon das dominierende Geschlechterwissen abzuleiten.

## 6. Methode und Kategoriensystem

Ich verbinde Reiner Kellers Wissenspolitologische Diskursanalyse mit den dargestellten Überlegungen zu Geschlechterwissen nach Gülay Caglar und der Qualitativen Inhaltsanalyse (QI) von Philipp Mayring (2015), um Geschlechterkonzeptionen zu analysieren und davon Geschlechterwissen ableiten zu können. Diese Kombination scheint für meine poststrukturalistisch-feministische Analyse geeignet, weil sie ein kategoriengeleitetes, strukturiertes Vorgehen ermöglicht. Mit ihr lassen sich die Wissensgrundlagen der Sprecher\*innen sowie die Einbettung der Dokumente in Diskurse und Hierarchien erfassen.

Die QI eignet sich für meine Analyse, da mit ihr fixierte Kommunikation systematisch, regelgeleitet und theoriegeleitet analysiert werden kann.<sup>64</sup> Im Zentrum der QI steht die Entwicklung eines Kategoriensystems,<sup>65</sup> zu dessen Erstellung ich folgendermaßen vorgegangen bin: Zuerst habe ich aus dem Forschungsstand drei Hauptkategorien abgeleitet, die ich Leitbilder

---

58 Ebd., S. 12.

59 Vgl. ebd., S. 12.

60 Vgl. ebd., S. 12.

61 Vgl. ebd., S. 265.

62 Vgl. Caglar: *Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke*, S.62.

63 Vgl. Keller: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, S. 264.

64 Vgl. Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim / Basel: Beltz, 2015, S. 13.

65 Vgl. ebd., S. 61.

nenne. Im Forschungsstand lassen sich essentialistische, stereotype und patriarchale Konzeptionen sowie liberal-feministische und radikal-feministische Konzeptionen von Geschlecht in der WPS Agenda erkennen. Die essentialistischen, stereotypen und patriarchalen Konzeptionen fasse ich zum ersten Leitbild zusammen, die liberal-feministischen Konzeptionen bilden das zweite und die radikal-feministischen Konzeptionen ordne ich dem sogenannten progressiven Leitbild zu. Zum dritten Leitbild gehören unterschiedliche progressive, feministische Geschlechterkonzeptionen, die entsprechende Unterkategorien bilden, die im Fazit erläutert werden. Zweitens habe ich aus dem Forschungsstand deduktiv<sup>66</sup> Kodes abgeleitet und diese den drei Leitbildern zugeordnet.

Mithilfe der zusammenfassenden Inhaltsanalyse sind außerdem induktive<sup>67</sup> Kodes hinzugekommen. Diese habe ich aus den Berichten des Generalsekretärs abgeleitet und anschließend ebenfalls den Leitbildern zugeordnet. Daraus ergibt sich eine inhaltliche Erweiterung der ersten beiden Leitbilder sowie eine Ausdifferenzierung des progressiven Leitbildes.

## **7. Zusammenfassung der Analyseergebnisse**

Bei dem Material handelt es sich um zehn Berichte des UN-Generalsekretärs aus den Jahren 2002-2018<sup>68</sup> zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Der erste erfolgte zwei Jahre nach Veröffentlichung der ersten Resolution 1325, der nächste im Jahr 2010 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der WPS Agenda. Daraufhin bat der Präsident des Sicherheitsrates den Generalsekretär, jährlich einen Bericht zur Umsetzung der WPS Agenda zu verfassen,<sup>69</sup> der nun jedes Jahr im Monat September oder Oktober erscheint. Die Untersuchungsfrage lautet: Welche Konzeptionen von Geschlecht lassen sich in den Berichten des UN-Generalsekretärs finden und welches Geschlechterwissen lässt sich davon ableiten?

Mit Blick auf die Häufigkeit, mit der die Kodes vergeben wurden, lässt sich folgende „Top 10“ erstellen:

1. „women’s participation“ (380)

---

66 „Eine deduktive Kategoriendefinition bestimmt das Auswertungsinstrument durch theoretische Überlegungen. Aus Voruntersuchungen, aus dem bisherigen Forschungsstand, aus neu entwickelten Theorien oder Theoriekonzepten werden die Kategorien in einem Operationalisierungsprozess auf das Material hin entwickelt.“ (Ebd., S. 85).

67 „Eine induktive Kategoriendefinition hingegen leitet die Kategorien direkt aus dem Material in einem Verallgemeinerungsprozess ab, ohne sich auf vorab formulierte Theorienkonzepte zu beziehen.“ (Ebd., S. 85).

68 S/2002/1154, S/2010/498, S/2011/598, S/2012/732, S/2013/525, S/2014/693, S/2015/716, S/2016/822, S/2017/861, S/2018/900.

69 Nations Security Council: *Statement by the President of the Security Council*. S/PRST/2010/22, 2010.

2. Sexualisierte Gewalt (256)
3. „women and girls“ (248)
4. „gender equality“ (200)
5. (S)GBV (165)
6. Konsultation von Aktivist\*innen (139)
7. „women’s leadership“ (135)
8. „human rights“ (122)
9. (Unter-)Repräsentation von Frauen (109)
10. Reine Integration von Frauen in bestehende Strukturen, ohne diese in Frage zu stellen (100)

In über 1.000 zitierten Textstellen auf insgesamt 332 Seiten in zehn Dokumenten wurden diese Codes zwischen 380 und 100 Mal vergeben. Eine quantitative Auswertung dieser Art ist in ihrer Aussagekraft stark eingeschränkt, weil der Kontext der Textstellen keine Berücksichtigung findet. Dennoch erlaubt diese Auflistung einen Einstieg in die Analyse. Sie verschafft einen ersten Überblick und spiegelt die inhaltliche Gewichtung wider. Aus den zehn meistvergebenen Codes leite ich fünf thematische Cluster ab: (1) Partizipation, Repräsentation, Aktivismus und Leadership von Frauen, (2) Darstellungen von Frauen, (3) Sexualisierte, geschlechtsbasierte Gewalt gegen Frauen, (4) Menschenrechte und Geschlechtergleichheit und (5) (Nicht-)Thematisierung struktureller Faktoren. Im Folgenden werde ich auf die beiden Themen sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt gegen Frauen und (Nicht-)Thematisierung struktureller Faktoren näher eingehen.

## **7.1. Themenfelder und Entwicklungslinien**

### **7.1.1. Sexualisierte, geschlechtsbasierte Gewalt an Frauen**

Korrelierend mit der dominierenden Konzeption von Frauen als Opfern ist ein thematischer Schwerpunkt zu sexualisierter und/oder geschlechtsbasierter Gewalt an Frauen zu finden. Im Bericht von 2013 wird der Blick auf Gewalt an Frauen etwas geöffnet, in dem auch nicht-sexualisierte Gewalt thematisiert wird.<sup>70</sup> Im Vergleich zu direkter, sexualisierter Gewalt fallen die

---

<sup>70</sup> United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2013/525, 2013, S. 7.

Darstellungen anderer Gewaltformen jedoch deutlich geringer aus. 2013 wird ebenfalls erstmals sexualisierte Gewalt gegen Männer und Jungen thematisiert,<sup>71</sup> was den auf Frauen verengten Blick auf sexualisierte Gewalt öffnet und einer tatsächlichen Genderperspektive näherkommt.

Im Bericht von 2014 werden erstmals Sanktionen aufgrund von sexualisierter Gewalt an Frauen nicht nur gegen individuelle Täter\*innen, sondern auch gegen Regimes gefordert,<sup>72</sup> was dem Thema vermehrte Relevanz verleiht. Außerdem werden Reparationen für Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, öfter erwähnt, was ihnen nachträglich eine Form von *agency* verleiht.<sup>73</sup> Es lässt sich ein Verständnis für die strukturelle Komponente von Gewalt gegen Frauen erkennen, da Genderstereotype und Zyklen von Diskriminierung und Gewalt genannt werden. Die *agency* von Frauen betreffend ist für den Bericht von 2015 hervorzuheben, dass Reparationen an Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, als „*key element of rebuilding post-conflict societies*“<sup>74</sup> bezeichnet werden, wodurch dem viel Bedeutung zugeschrieben wird. In diesem Zusammenhang wird auch das transformative Potential von Reparationszahlen an Frauen betont.<sup>75</sup> Diese Maßnahmen können als Versuch gewertet werden, Frauen, die sexualisierte und/oder geschlechtsbasierte Gewalt erlebt haben, nachträglich Rechtsansprüche zukommen zu lassen, was sie als autonome Individuen konstituiert. Dieser Aspekt fand in der WPS-Forschung bisher keine Erwähnung, obwohl sich der dazugehörige Kode auch für die Sicherheitsratsresolutionen der Jahre 2008, 2009, 2013, 2015 und 2019 anwenden lässt.

Im Bericht von 2018 wird außerdem eine Beziehung zwischen politischer Gewalt und „*intimate partner violence*“ (IPV) hergestellt, die mit Blick auf strukturelle Gründe für Gewalt gegen Frauen relevant ist.<sup>76</sup> Außerdem auffallend ist die Kritik an gewaltvollen Männlichkeiten, weil dadurch der Verengung der Gender-Perspektive auf Frauen entgegengewirkt wird und eine Auswirkung patriarchaler Geschlechtervorstellungen benannt wird. Mit Blick auf das Thema der WPS Agenda wäre eine stärkere Problematisierung gewaltvoller Männlichkeiten und Militarismen zu erwarten, die jedoch ausbleibt. Die genannte Textstelle ist die einzige ihrer Art in

---

71 Vgl. ebd., S. 4.

72 Vgl. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2014/693, 2014, S. 4.

73 Vgl. ebd., S. 25.

74 United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2015/716, 2015, S. 20.

75 Vgl. ebd., S. 20.

76 United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2018/900, 2018, S. 17.

den Berichten – in den Resolutionen wurde der Kode „*masculinity*“ kein einziges Mal vergeben. Darüber hinaus machen die Kodes „*domestic violence*“ und „*IPV*“ deutlich, dass in den Berichten des Generalsekretärs auch die Gewalt an Frauen in privaten Räumen in den Blick genommen wird. Der Kode „*domestic violence*“ wurde induktiv erstellt, da in der Literatur zur WPS-Agenda sowie in den neun Sicherheitsratsresolutionen häusliche Gewalt bisher keine Erwähnung findet. In den Berichten des Generalsekretärs habe ich den Kode jedoch acht Mal vergeben – sechs Mal davon im allerersten Bericht von 2002 und zwei Mal für den zweiten Bericht von 2010. Im Bericht aus dem Jahr 2018 wird außerdem ein Zusammenhang von (S)GBV und dem Besitz von Waffen hergestellt<sup>77</sup> – eine weitere strukturelle Komponente.

Der starke Fokus auf sexualisierte Gewalt an Frauen (insgesamt 256 Mal für die Berichte kodiert) zeugt von einer maskulinisierten und limitierten Perspektive auf Gewalt und Sicherheit von Frauen, da direkte nicht-sexualisierte sowie indirekte Formen von Gewalt an Frauen deutlich weniger Erwähnung finden. Die Begriffe „*conflict-related sexual violence*“<sup>78</sup> und „*conflict-related rape*“<sup>79</sup> sind zusätzlich problematisch, weil Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt nicht durch Konflikte, sondern durch Täter\*innen entstehen. Begriffe wie diese erwecken jedoch den Eindruck, als gehörten diese Gewaltformen zu Konflikten dazu; strukturelle Diskriminierung, Männlichkeitsbilder und patriarchale Normen werden ausgeblendet und der Eindruck vermittelt, als sei es nicht möglich, dagegen vorzugehen, was Frauen zu passiven Opfern maskulinisierter Gewalt(-vorstellungen) in Konflikten stilisiert. Trotz des Bestehenbleibens dieser dominierenden Konzeption von Frauen in den Berichten sowie in den Resolutionen, finden sich für die Berichte über die Jahre auch progressive Themen und Begriffe. Das führt zu einer Gleichzeitigkeit progressiver und stereotyper Konzeptionen von Frauen im Themenfeld der sexualisierten und/oder geschlechterbasierten Gewalt.

### **7.1.2. (Nicht-)Benennung struktureller Faktoren**

Von der Verknüpfung oder Nichtverknüpfung beispielsweise von Gewalt an Frauen mit struktureller Diskriminierung kann abgeleitet werden, welches Wissen über Geschlechterhierarchien

---

<sup>77</sup> Vgl. ebd., S. 15ff.

<sup>78</sup> S. bspw. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2015/716, 2015, S. 6.

<sup>79</sup> S. bspw. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2014/693, 2014, S. 27.

besteht. Im Bericht von 2012 wird erkannt, dass der erschwerte Zugang von Frauen zu offizieller Partizipation strukturell bedingt sein kann<sup>80</sup> – andere Formen oder Bereiche struktureller Benachteiligung von Frauen finden sich jedoch nicht. 2013 wird eine Verbindung hergestellt zwischen der Anfälligkeit für sexualisierte Gewalt und schlechten strukturellen Bedingungen für Frauen im Flucht- und Migrationskontext.<sup>81</sup> 2013 wird außerdem erstmals die reproduktive Gesundheit von Frauen betont.<sup>82</sup> Insgesamt habe ich den Kode „*reproduktive Rechte*“ 22 Mal in den Berichten und drei Mal für die Sicherheitsratsresolutionen vergeben – weitaus mehr als angenommen, da er im Forschungsstand bisher keine Erwähnung fand. Auch „*contraception / + safe abortion*“ wurde sieben Mal für die Berichte kodiert, nicht jedoch für die Resolutionen. Diese beiden Kodes rücken reale Bedürfnisse lokaler Frauen in den Vordergrund und sind daher als progressiv zu bewerten. Dennoch fällt auf, dass Schwangerschaftsabbrüche überwiegend im Kontext von vorheriger Vergewaltigung stehen und nicht davon losgelöst als reproduktives Recht dargestellt wird.

2015 werden strukturelle Hindernisse für die Beteiligung von Frauen, wie z.B. logistische Barrieren benannt<sup>83</sup> und selbstkritisch angemerkt, dass es nicht ausreicht, sich nur auf Verbesserungen in der Anzahl der beteiligten Frauen zu stützen, weil dies nichts über die Qualität des Einflusses von Frauen aussagen könne.<sup>84</sup> Im Kontext der Konfliktprävention findet sich in diesem Bericht sogar ein ganzes Unterkapitel zu „*addressing root causes*“.<sup>85</sup> Außerdem wird erneut Militarismus kritisiert: „*A militarized view of conflict prevention sells resolution 1325 (2000) short of its transformative vision of a more equal, just and peaceful world.*“<sup>86</sup> Ein weiterer Schritt in Richtung Progressivität ist, dass in diesem Bericht zum ersten Mal intersektionale Diskriminierung direkt angesprochen wird: „*Greater political and financial support is needed, including for grass-roots organizations and those representing women victims of intersectional discrimination.*“<sup>87</sup> Die Benennung von intersektionaler Diskriminierung ist als Schritt in Richtung eines progressiveren Verständnisses von Diskriminierung und Gewalt (an Frauen)

---

80 Vgl. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2012/732, 2012, S. 11.

81 Vgl. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2013/525, 2013, S. 17.

82 Vgl. ebd., S. 6.

83 Vgl. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2015/716, 2015, S. 6.

84 Vgl. ebd., S. 7.

85 Vgl. ebd., S. 24f.

86 Ebd., S. 22.

87 Ebd., S. 41.



zu bewerten. Allerdings steht das Konzept hier in Verbindung mit der Arbeit von lokalen Frauenorganisationen; nicht mit der Arbeit der Vereinten Nationen selbst. Das kann so gedeutet werden, dass Intersektionalität in das Geschlechterwissen des Generalsekretärs eingedrungen ist, aber die Konstitution von Frauen durch die UN selbst (noch) nicht beeinflusst. Insgesamt werden im Bericht von 2015 deutlich mehr als in den Jahren zuvor die strukturelle Diskriminierung von Frauen sowie strukturelle (Hinter-)Gründe von Gewalt an Frauen benannt.

Der Bericht aus dem Jahr 2017 ist der bis jetzt einzige, der das Patriarchat direkt thematisiert, was eine Reflektion von Geschlechterhierarchien erwarten lässt, die jedoch ausbleibt.<sup>88</sup> Die Textstelle *“Research on “masculinities” is also contributing transformative recommendations towards more gender-equal and peaceful societies.”*<sup>89</sup> lässt eine umfassendere Gender-Perspektive erhoffen, die aber ebenfalls ausbleibt. Darüber hinaus findet sich in diesem Bericht die bis zu diesem Zeitpunkt umfassendste Aufzählung struktureller Gründe für Diskriminierung, die (S)GBV begünstigen: *„To address the root causes of gender-based violence and inequality, we must end impunity and guarantee the full range of human rights, including economic, social and cultural rights, for all women, regardless of age, disability, marital status, sexual orientation, gender identity, race, ethnicity, religion and political affiliation.”*<sup>90</sup> Dennoch wird auch in diesem Bericht Geschlechtergerechtigkeit lediglich als Mittel zur Erreichung von Sicherheitszielen bezeichnet.<sup>91</sup>

Im Bericht von 2018 wird erkannt, dass es essenziell ist, strukturelle Zusammenhänge mehr und umfassender zu erfassen.<sup>92</sup> Diese erweiterte Perspektive führt dazu, dass praktische Probleme mit Blick auf Rechte und „Empowerment“ von Frauen spezifischer benannt werden: *„[...] political marginalization as a root cause, risks of homelessness for women whose husbands have left them or were killed during conflict, rejection of claims by widows with regard to the inheritance of land, growing numbers of female-headed households and the importance of women’s organizations as mediation actors at the community level.”*<sup>93</sup> Auch bestehende Barrieren für die Teilhabe von Frauen werden identifiziert: *“[...] institutionalized gender bias and discrimination, continued and high prevalence of sexual and gender-based violence, lack of*

---

88 Vgl. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2017/861, 2017, S. 12.

89 Ebd., S. 14.

90 Ebd., S. 29.

91 Vgl. ebd., S. 29.

92 Vgl. United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2018/900, 2018, S. 5.

93 Ebd., S. 6.

*economic, social and cultural rights for women, low levels of political participation of women prior to conflict, and the continuing levels of poverty, food insecurity, disparity and deprivation experienced by women and girls.*”<sup>94</sup> Dies lässt vermuten, dass den Realitäten lokaler Frauen mehr Beachtung geschenkt wird und Frauen diverser konzipiert werden. In diese Richtung lässt sich auch interpretieren, dass in diesem Bericht Schwangerschaftsabbruch nicht mehr nur im Zusammenhang mit vorheriger Vergewaltigung genannt wird.<sup>95</sup>

Bezüglich der Benennung struktureller Probleme in den Berichten fällt insgesamt auf: Obwohl eine Steigerung in der Progressivität erkennbar ist, ist diese thematisch selektiv und inhaltlich begrenzt. Strukturelle Kritik oder die Forderung nach struktureller Veränderung richtet sich hauptsächlich auf die lokale Gesellschaft vor Ort, wo der Konflikt herrscht. Das heißt, dass in der Gesellschaft, in der sich eine UN-Mission befindet, häufig strukturelle Probleme und eine Notwendigkeit zur strukturellen Veränderung festgestellt werden. Die Strukturen des UN-Systems werden jedoch nicht hinterfragt. Wenn der Generalsekretär Kritik an den Vereinten Nationen übt – beispielsweise an den zahlreichen Vorfällen sexualisierter Ausbeutung und Gewalt durch Peacekeeper\*innen in Missionen –, fällt diese nicht strukturell aus. Es wird das Problem zwar benannt aber nicht hinterfragt, durch welche Strukturen das Problem begünstigt ist. Dadurch erscheint die Selbstkritik unreflektiert und es lässt sich argumentieren, Tendenzen von *Othering* und imperialistischen Vorstellungen identifizieren zu können: Die „andere“ Gesellschaft, in der Konflikt herrscht und die meist im Globalen Süden lokalisiert ist, hat strukturelle Probleme, die nach westlichen Vorstellungen behoben werden sollen. Zusätzlich fällt auf, dass wenn ein strukturelles Problem identifiziert wurde, in den meisten Textstellen nicht hinterfragt wird, wieso dieses strukturelle Problem besteht. Verweise auf patriarchale Strukturen, Militarismen, gewaltvolle Männlichkeitsbilder, stereotype Geschlechtervorstellungen etc. finden insgesamt auffallend wenig Erwähnung. Das lässt vermuten, dass das von Arat bereits konstatierte Problem der bedeutungslosen Rhetorik für die Berichte des Generalsekretärs ebenfalls feststellbar ist. Wenn angegeben wird, dass Gewalt an Frauen strukturell bedingt ist, aber nicht hinterfragt wird, was diese Strukturen ausmacht und was daran problematisch ist, verlieren progressive Aussagen an Progressivität und an Bedeutung insgesamt und werden zur reinen Rhetorik.<sup>96</sup>

Dass die Forderung nach strukturellem Wandel nur auf die Gesellschaften bezogen wird, in denen Konflikt herrscht und nicht auf die Vereinten Nationen, hat auch Auswirkungen auf die

---

94 Ebd., S. 9.

95 Vgl. ebd., S. 16.

96 S. Arat: „Feminisms, Women’s Rights, and the UN: Would Achieving Gender Equality Empower Women?“.

*agency* von Frauen. Im UN-Kontext sollen Frauen schlicht integriert werden, ohne dass strukturelle Gründe für ihre Unterrepräsentierung reflektiert werden. Dadurch bleiben ihre Handlungsmöglichkeiten beschränkt. In lokalen Kontexten hingegen sollen strukturelle Veränderungen zu mehr *agency* von lokalen Frauen und Aktivist\*innen führen. Ebenfalls fällt auf, dass obwohl die Berichte mit Blick auf Gender geschrieben wurden und strukturelle Probleme benannt werden, kein Zusammenhang zwischen Geschlechterkonzeptionen, Geschlechterhierarchien und den Ursachen der strukturellen Barrieren hergestellt wird. Strukturelle Probleme werden folglich als Ursache z.B. für Gewalt gegen Frauen nicht wirklich in den Strukturen verortet und daher nicht mit Patriarchat, Maskulinitäten und Militarismen in Verbindung gebracht.

## **8. Fazit: Geschlechterwissen des UN-Generalsekretärs**

Es lassen sich folgende Analyseergebnisse zusammenfassen: Die drei Leitbilder, die deduktiv aus Theorie und Forschungsstand entwickelt wurden, finden bei Anwendung auf das Material für die Berichte des Generalsekretärs Bestätigung. Auch in den Berichten existieren (1) essentialistische/stereotype/patriarchale, (2) liberal-feministische und (3) progressivere (z.B. radikal-feministische) Konzeptionen von Geschlecht. Besonders interessant sind die induktiv entwickelten Codes, da diese die Leitbilder in Ausrichtung und Ausprägung verändern. Die meisten Neuerungen ergeben sich hinsichtlich des dritten Leitbildes. Bei diesem überwiegen die induktiv gebildeten Codes numerisch und zahlreiche Konzeptionen sind auf diese Weise zum Leitbild hinzugekommen, die im Forschungsstand zur WPS Agenda nicht zu finden waren. Bisher wurde von Hudson (2017) lediglich ein radikal-feministischer Einfluss für einige afrikanische Nationale Aktionspläne bestimmt. Durch die Erwähnung von beispielsweise LGBTQI+, Intersektionalität, indigenen Frauen und von Frauen als Täterinnen wird die essentialistische Konzeption von Frauen teilweise durchbrochen und der „Frauen“-Begriff in manchen Textstellen differenziert. Einige dieser Codes zeugen von postkolonial-feministischen Tendenzen sowie von einer intersektionalen Perspektive. Daher lässt sich das dritte Leitbild in die Unterkategorien a) radikal-feministische Einflüsse, b) postkolonial-feministische Einflüsse und c) intersektionale Perspektive unterteilen.

Durch die Erwähnung von alters- und geschlechterbezogener Datenerhebung, reproduktiver Rechte sowie der Nennung von „*root cause(s)*“, des Zusammenhangs von Waffenbesitz und (S)GBV und der Forderung von strukturellem Wandel wird ein größerer Fokus auf strukturelle Dimensionen gelegt, wie es z.B. in radikal-feministischen Ansätzen üblich ist. Ebenfalls neu hinzu kommt die Benennung von Gewalt an Frauen im privaten Bereich (z.B. IPV), wie es

ebenfalls in radikal-feministischen Theorien der Fall ist. Obwohl deduktive Kodes im Zusammenhang mit Männern erstellt wurden (z.B. Männer als Retter/Beschützer) fanden diese in den Berichten des Generalsekretärs keine Anwendung. Es fällt folglich auf, dass in den Berichten essentialistische Geschlechterkonzeptionen auf Frauen beschränkt sind. Insgesamt werden Männer nur marginal thematisiert und überwiegend in folgender Weise: Männer und Jungen sollen in Maßnahmen mit einbezogen werden und Männer und Jungen können auch Opfer von sexualisierter Gewalt sein.

Aus der Analyse geht eine Diskrepanz deutlich hervor: Obwohl in den Berichten von „Gender“ geschrieben wird, sind Frauen gemeint. Das ist problematisch, denn wenn Frauen aufgrund ihres biologischen Geschlechts als Analysevariable konzipiert werden, impliziert dies, dass Frauen zu einer eigenen Kategorie gehören, die nicht der (männlichen) Norm entspricht und daher untergeordnet ist und gesondert betrachtet werden muss.<sup>97</sup> In den Berichten findet folglich keine Geschlechter- oder Genderperspektive Anwendung, sondern lediglich ein thematischer Fokus auf Frauen – Männer werden kaum, andere Geschlechter gar nicht thematisiert. Eine Konsequenz ist, dass die Rolle von Männern sowie der Einfluss von Männlichkeiten, Militarismen und patriarchalen Strukturen in den Berichten kaum direkt erwähnt wird und stark unterreflektiert ist. Daran schließt die Beobachtung an, dass die vermeintlich angewandte Genderperspektive lediglich ein Mittel zum Zweck ist und der „Frauen“-Begriff unspezifisch und verallgemeinernd ist.

Abschließend ist festzustellen, dass viele neoliberale Themen und Formulierungen über den untersuchten Zeitraum von 16 Jahren weiterlaufen und von Bericht zu Bericht übernommen werden. Gleichzeitig kommen progressivere Themen und Formulierungen hinzu, die den Eindruck vermitteln, dass es einen Anstieg in der Progressivität der Berichte insgesamt gibt. Das scheint jedoch zu weiten Teilen auf die Rhetorik beschränkt zu bleiben. Es entwickelt sich eine Gleichzeitigkeit von liberal-feministischen Konzeptionen, stereotypen Konzeptionen und einer progressiver werdenden Genderperspektive, die z.B. auch intersektionale Diskriminierungsformen, reproduktive Rechte und Geschlechterstereotype benennt. Diese verschiedenen Leitbilder koexistieren in den Berichten, was dazu führt, dass Geschlechterkonzeptionen, die sich theoretisch ausschließen, nebeneinander in einer Textstelle stehen. Das Geschlechterwissen der UN-Institution Generalsekretär\*in scheint also additiv erweitert zu werden, anstatt sich fundamental

---

97 Vgl. Puechguirbal: „Discourses on Gender, Patriarchy and Resolution 1325: A Textual Analysis of UN Documents“, S. 175.

zu verändern und weiterzuentwickeln. Frauen werden folglich auf sehr unterschiedliche, mit Blick auf feministische Theorien teilweise widersprüchliche Weise konzipiert, wovon sich ein gemischtes Geschlechterwissen ableiten lässt. Während es in feministischen Theorien zu Trennungslinien und unterschiedlichen ideologischen Ausgangspunkten kommt, scheint die praktische Geschlechterkonzeption durch den UN-Generalsekretär davon losgelöst zu sein.

Mit Blick auf den dargestellten Forschungsstand ist abschließend zu sagen, dass viele Aussagen, die für den Sicherheitsrat getroffen wurden, auch für die Berichte des Generalsekretärs zutreffen. Insgesamt wird der Forschungsstand der WPS Agenda jedoch durch die Ergebnisse dieser Arbeit umfassend ergänzt. Da das progressive Leitbild deutlich stärker und differenzierter ausgeprägt ist, ist das Geschlechterwissen des Generalsekretärs anders gewichtet als das des Sicherheitsrats. Das führt unter anderem dazu, dass obwohl Frauen weiterhin überwiegend als passive Opfer konstituiert werden, sie auch vermehrt als aktive Akteurinnen konzipiert werden – ihnen wird deutlich mehr *agency* zugesprochen, als von Shepherd für die Resolutionen dargestellt wird. Das Geschlechterwissen des Generalsekretärs im Kontext von „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ist also ein gemischtes. Es finden sich essentialistische, stereotype, patriarchale, liberal-feministische, radikal-feministische, postkolonial-feministische und intersektionale Geschlechterkonzeptionen. Im Vergleich zum UN-Sicherheitsrat ist das Geschlechterwissen des Generalsekretärs progressiver und kritischer. Es lässt sich auch eine Steigerung in der Progressivität über die Jahre hinweg feststellen.

## Literatur

- Arat, Zehra F. Kabasakal: „Feminisms, Women’s Rights, and the UN: Would Achieving Gender Equality Empower Women?“, *American Political Science Review* 109(04), S. 674–89, 2015.
- Aroussi, Sahla: „‘Women, Peace and Security’: Addressing Accountability for Wartime Sexual Violence“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 576–93, 2011.
- Becker-Schmidt, Regina / Knapp, Gudrun-Axeli: *Feministische Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius-Verlag, 2018.
- Binder, C., K. Lukas, und R. Schweiger: „Empty Words or Real Achievement? The Impact of Security Council Resolution 1325 on Women in Armed Conflicts“, *Radical History Review* 2008(101), S. 22–41, 2008.
- Björkdahl, Annika / Selimovic, Johanna Mannergren: „Translating UNSCR 1325 from the Global to the National: Protection, Representation and Participation in the National Action Plans of Bosnia-Herzegovina and Rwanda“, *Conflict, Security & Development* 15(4), S. 311–35, 2015.
- Caglar, Gülay: *Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Cohn, Carol: „Mainstreaming Gender in UN Security Policy: A Path to Political Transformation?“, *Boston Consortium on Gender, Security, and Human Rights*, Working Paper No. 204, 2004.
- Debusscher, P.: „Mainstreaming Gender in European Commission Development Policy: Conservative Europeanness?“, *Women’s Studies International Forum* 34(1), S. 39–49, 2011.
- El-Bushra, Judy: „Feminism, Gender, and Women’s Peace Activism“, *Development and Change* 38(1), S. 131–47, 2007.
- Enloe, Cynthia: *Bananas, Beaches and Bases. Making Feminist Sense of International Politics*. Berkeley / Los Angeles: University of California Press, 2014.
- Gibbins, Sheri Lynn: „No Angry Women at the United Nations: Political Dreams and the Cultural Politics of United Nations Security Council Resolution 1325“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 522–38, 2011.
- Guerrina, Roberta / Wright, Katharine A. M.: „Gendering Normative Power Europe: Lessons of the Women, Peace and Security Agenda“, *International Affairs* 92(2), S. 293–312, 2016.
- Hudson, Heidi: „The Power of Mixed Messages: Women, Peace, and Security Language in National Action Plans from Africa“, *Africa Spectrum* 52(3), S. 3–29, 2017.

- Keller, Reiner: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- Mann, Susan Archer: „*Doing Feminist Theory*“. *From Modernity to Postmodernity*. New York: Oxford University Press, 2012.
- Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim / Basel: Beltz, 2015.
- Muehlenhoff, Hanna L: „Victims, Soldiers, Peacemakers and Caretakers: The Neoliberal Constitution of Women in the EU’s Security Policy“, *International Feminist Journal of Politics* 19(2), S. 153–67, 2017.
- Pratt, Nicola / Richter-Devroe, Sophie: „Critically Examining UNSCR 1325 on Women, Peace and Security“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 489–503, 2011.
- Puechguirbal, Nadine: „Discourses on Gender, Patriarchy and Resolution 1325: A Textual Analysis of UN Documents“, *International Peacekeeping* 17(2), S. 172–87, 2010.
- Reilly, Niamh: „How Ending Impunity for Conflict-Related Sexual Violence Overwhelmed the UN Women, Peace, and Security Agenda: A Discursive Genealogy“, *Violence Against Women* 24(6), S. 631–49, 2018.
- Shepherd, Laura J.: „Power and Authority in the Production of United Nations Security Council Resolution 1325“, *International Studies Quarterly* 52(2), S. 383–404, 2008.
- Shepherd, Laura J.: „Sex, Security and Superhero(in)Es: From 1325 to 1820 and Beyond“, *International Feminist Journal of Politics* 13(4), S. 504–21, 2011.
- Tickner, Ann: *Gendering World Politics. Issues and Approaches in the Post-Cold War Era*. New York: Columbia University Press, 2001.
- Tong, Rosemarie: *Feminist Thought. A More Comprehensive Introduction*. Boulder: Westview Press, 2009.
- True, Jacqui: „Explaining the Global Diffusion of the Women, Peace and Security Agenda“, *International Political Science Review* 37(3), S. 307–23, 2016.
- 1, Torunn L.: „Trick or Treat? The UN and Implementation of Security Council Resolution 1325 on Women, Peace, and Security“, *Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations* 15(4), S. 539–57, 2009.
- Tryggestad, Torunn L.: „The UN Peacebuilding Commission and Gender: A Case of Norm Reinforcement“, *International Peacekeeping* 17(2), S. 159–71, 2010.
- United Nations Security Council: *Resolution 1325*. S/RES/1325, 2000.
- United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women, peace and security*. S/2002/1154, 2002.

United Nations Security Council: *Resolution 1820*. S/RES/1820, 2008.

United Nations Security Council: *Resolution 1888*. S/RES/1888, 2009.

United Nations Security Council: *Resolution 1889*. S/RES/1889, 2009.

United Nations Security Council: *Statement by the President of the Security Council*. S/PRST/2010/22, 2010.

United Nations Security Council: *Resolution 1960*. S/RES/1960, 2010.

United Nations Security Council: *Women and peace and security. Report of the Secretary-General*. S/2010/498, 2010.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2011/598, 2011.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2012/732, 2012.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2013/525, 2013.

United Nations Security Council: *Resolution 2106*. S/RES/2106, 2013.

United Nations Security Council: *Resolution 2122*. S/RES/2122, 2013.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2014/693, 2014.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2015/716, 2015.

United Nations Security Council: *Resolution 2242*. S/RES/2242, 2015.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2016/822, 2016.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2017/861, 2017.

United Nations Security Council: *Report of the Secretary-General on women and peace and security*. S/2018/900, 2018.

United Nations Security Council: *Resolution 2467*. S/RES/2467, 2019.



## „Was ist Diskriminierung für Frauen?“ (1970)

### Transnationale Ansätze in Iijima Aikos feministischer Theorie

Caroline Ruhl

#### 1. Warum Iijima Aiko<sup>1</sup>?

During the course of her life, [Iijima] shifted from Marxism to feminism to environmentalism without rejecting any of the questions raised by each movement as she moved on. Rather, she strove to connect the issues of labour, ethnicity, gender and ecology in ways that would show the mutual interdependency of systems of power.<sup>2</sup>

Bereits vor über 50 Jahren beschäftigte sich eine Gruppe linker Aktivist\*innen in Japan mit der weiterhin aktuellen Frage, wie eine geschlechtergerechte solidarische Gesellschaft aussehen kann. Im Jahr 1970 initiierten die feministische Theoretikerin Iijima Aiko (1932–2005) und die linke Aktivistin Matsuoka Yōko (1916–1979) in Tokyo die „Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung“ (*Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi*; hier-nach: Konferenz Asiatischer Frauen). Durch die Konferenz sowie die gleichnamige Organisation wurden erstmals Diskurse über die Zusammenhänge von geschlechtlicher Diskriminierung in Japan und der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen in anderen Ländern Asiens in der Öffentlichkeit angestoßen und zentrale theoretische Prämissen diskutiert, die erst in späteren Jahren ihre Wirkmacht entfalten konnten. Aufbauend auf Iijimas kritischen Überlegungen zu Kapitalismus, Imperialismus und geschlechtlicher Diskriminierung erhob die Konferenz Asiatischer Frauen daher eine grenzübergreifende Solidarität zu einem ihrer grundlegenden Prinzipien.<sup>3</sup>

Die Aktivistin, Theoretikerin und Mitbegründerin der Konferenz Asiatischer Frauen Iijima Aiko wurde 1932 in Tokyo geboren. Sie begann ihr politisches Engagement bereits in ihrer

---

1 Japanische Namen werden in der für Japan gängigen Reihenfolge mit dem vorangestellten Familiennamen wiedergegeben. Autor\*innen, die in englischer Sprache veröffentlichen und sich der westlichen Namensfolge bedienen, werden entsprechend der eigens gewählten Reihenfolge benannt. Alle Übersetzungen aus dem Japanischen oder Englischen sind von mir selbst angefertigt und durch die Anfügung meiner Initialen (CR) als eigene Übersetzung kenntlich gemacht.

2 Aus der Einleitung zu Iijima, „From Personal Experience to Political Activism in the 1970s: My View of Feminism“ [Übersetzt, kommentiert und mit einer Einleitung von Andrea Germer], 291.

3 Vgl. Iijima, „Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi“ ni sankashiyō“ [Lasst uns teilnehmen an der Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung], 4-5.

Jugend, als sie mit siebzehn Jahren der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) beitrug. Zwei Jahre zuvor lernte Iijima den Trotzkiisten und ihren späteren Ehemann, Ōta Ryū, kennen. Iijima ging mehreren Tätigkeiten nach, um Ōta, der sich als professioneller Revolutionär verstand und kein festes Einkommen bezog, finanziell zu unterstützen.<sup>4</sup> Sie stärkte ihrem Ehemann dabei auch in politisch-ideologischer Hinsicht den Rücken, indem sie sich mithilfe marxistisch-leninistischer Theorie für eine bevorstehende proletarische Revolution wappnete. Ōtas trotzkistische Gruppierung plante indessen eine Unterwanderung der Sozialistischen Partei Japans (SPJ), sodass auch Iijima der Partei – wenn auch zunächst nur „pro forma“ – beitrug. 1960 beteiligte sie sich an den bis dato größten Massenprotesten des Landes gegen die Erneuerung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages. Wie viele andere Demonstrant\*innen zeigte sie sich dabei erschüttert über die brachiale Vorgehensweise, mit der die japanische Regierung die Erneuerung des Vertrags durch das Parlament brachte. Iijima begann hiernach die Bedeutung der japanischen Demokratie, die Wirksamkeit linker Revolutionsstrategien und schließlich auch die Beziehung zu ihrem Ehemann in Zweifel zu ziehen.<sup>5</sup>

1964 beendete Iijima schließlich die Ehe mit Ōta Ryū, ihr Engagement in der SPJ setzte sie dagegen weiterhin fort. Sie war insbesondere in der Versammlung Japanischer Frauen (*Nihon fujin kaigi*) aktiv, die 1962 als Tochterverband der SPJ gegründet wurde. Als Mitglied der Versammlung Japanischer Frauen nahm sie an den Austauschtreffen für Arbeiter\*innen und regionalen Versammlungen der Mütterkongresse (*Hahaoya taikai*) teil. Zudem half sie bei der Errichtung neuer Kinderkrippen und unterstützte die Frühjahrsoffensive der japanischen Gewerkschaften sowie die Picknick-Demonstrationen gegen die Errichtung US-amerikanischer Basislager in Japan.<sup>6</sup> Ende der 1960er Jahre zeichnete sich jedoch ein Bruch zwischen Iijima und den etablierten linken Frauenbewegungsorganisationen ab, nachdem Iijima öffentlich zu einer kritischen Hinterfragung des Nachkriegsideals einer friedliebenden Mütterlichkeit und einer Neuausrichtung der sogenannten Frauenbefreiungsbewegung (*josei kaihō undō*) in Japan aufrief.<sup>7</sup>

Iijimas kritische Positionierung mündete in einer gemeinsam mit Tanaka Mitsu<sup>8</sup> initiierten Debatte über den Zustand der Frauenbefreiung (*josei kaihō*) in Japan, die knapp drei Monate

---

4 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 12.

5 Vgl. Iijima, „From Personal Experience to Political Activism in the 1970s: My View of Feminism“, 295.

6 Vgl. Iijima, „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ‚Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?], 183.

7 Vgl. Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women’s Policy‘“, 79; Iijima, „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ‚Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?], 184 ff.

8 Tanaka gilt als Ikone der radikalen Frauenbefreiungsbewegung (*Ūman ribu*), die mit „The Liberation of Eros“ und „Liberation from the Toilet“ die beiden grundlegenden Manifeste der Bewegung verfasste. Eine eingehende

nach der konstituierenden Versammlung am 04. November 1970 im Rahmen der Konferenz Asiatischer Frauen stattfand. Iijima schrieb viele Jahre später, dass die Erfahrungen der Geringschätzung und geschlechtlichen Unterdrückung in der Ehe mit Ōta Ryū, aber ebenso die durch ihren Ehemann angestoßene eingehende Auseinandersetzung mit dem marxistisch-leninistischen Ideal einer Sozialrevolution den Nährboden für die Ausbildung ihrer feministischen Theorie bildeten. Sie suchte nach Antworten auf die empfundene und beobachtete Geringschätzung des weiblichen Geschlechts in der japanischen Gesellschaft ebenso wie nach alternativen Ansätzen der Frauenbefreiung und legte die Ergebnisse ihrer Überlegungen schließlich in ihrem Diskussionsbeitrag „Was ist Diskriminierung für Frauen?“ (*Onna ni totte sabetsu to wa nani ka*) dar.<sup>9</sup>

In ihrer Positionsschrift nimmt Iijima die bestehenden Macht- und Geschlechterverhältnisse in Japan in den Blick und formuliert eine beispiellose Kritik an einer männerzentrierten Gesellschaftsordnung sowie vorherrschenden Idealen, die die Frauenbewegungen der Nachkriegszeit bestimmten. Im Folgenden werde ich Iijimas Kritik am japanischen Frauenbefreiungsdiskurs (*josei kaihō ron*) zu Beginn der 1970er Jahre sowie die von ihr entwickelten gesellschaftstheoretischen Ideen in strukturierter Weise darstellen. Ziel dieser Arbeit wird es sein, Iijimas Positionsschrift hinsichtlich neuer Ansätze für eine Frauenbefreiungstheorie kritisch zu untersuchen. In der Analyse der Positionsschrift werde ich mich dabei an den folgenden beiden Fragen orientieren: (1) Welche theoretische(n) Auffassung(en) einer Frauenbefreiung lehnt Iijima ab und weshalb? (2) Welche Vorstellung entwickelt Iijima von künftigen Frauenbefreiungsbewegungen?

Ein Verständnis von Iijimas Theorie der Frauenbefreiung und eine Einschätzung ihrer Bedeutsamkeit für den damaligen japanischen Frauenbefreiungsdiskurs erfordert eine historische Kontextualisierung dieser Positionsschrift mit einem besonderen Fokus auf die von Iijima kritisierten damaligen Geschlechterverhältnisse in Japan. Vera Mackie schreibt über die Methodologie in ihrer Abhandlung der Geschichte des Feminismus im modernen Japan gleichermaßen:

---

Auseinandersetzung mit Tanakas Person und Theorie findet sich bei Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 103-135.

<sup>9</sup> Iijima, „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ‚Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?], 182 f.; Iijima, „From Personal Experience to Political Activism in the 1970s: My View of Feminism“, 295.

To write the history of feminism, then, necessitates writing a history of the changing relationships between men and women in a given society, the ideologies of sexuality and gender which shape that society, the embodied practices of men and women, the ways in which feminist activists have theorised these ideologies, practices and institutions, and the ways in which they have attempted to transform them.<sup>10</sup>

Um ihre programmatische Frage nach den Erscheinungsformen und den Ursachen der Diskriminierung von Frauen auf den Grund zu gehen, nimmt Iijima in ihrer Positionsschrift Bezug zu alternativen Geschlechterverhältnissen in der japanischen Geschichte. Auf diese Weise ist sie in der Lage, auf die potenzielle Wandelbarkeit und die Vielfältigkeit denkbarer Geschlechterverhältnisse hinzuweisen, die ihre grundlegende Kritik der bestehenden (geschlechtlichen) Machtverhältnisse in Japan und der Region Asien ermöglichen.

Die Vorstellung von Geschlecht als ein primäres Ordnungsprinzip einer bestimmten Gesellschaft und die geschichtliche Bedingtheit dieser Ordnung entspricht Joan W. Scotts Verständnis von Geschlecht (*gender*) als Kategorie der historischen Analyse. Scott etabliert Geschlecht als ein wesentliches Merkmal sozialer Beziehungen, welches auf angenommenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern beruht. Die kulturell und historisch spezifische Auffassung von Geschlecht ergibt sich aus kulturellen Symbolen und normativen Konzepten von Weiblichkeit und Männlichkeit und ist das Produkt des Einflusses, den gesellschaftliche Institutionen und Organisationen auf die subjektive Geschlechtsidentität sowie auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ausüben. Geschlecht als historische Analysekategorie propagiert dabei keine biologistischen Erklärungsansätze einer fixierten Opposition zwischen Mann und Frau, sondern ermöglicht die Wahrnehmung von Spielarten geschlechtlicher Verhältnisse im Verlauf der Geschichte und zeigt letztlich die potenzielle Wandelbarkeit einer vermeintlich natürlichen Ordnung zwischen den Geschlechtern auf. Scott versteht Geschlecht in diesem Zusammenhang ebenso als grundlegenden Indikator für bestehende Machtverhältnisse: Geschlecht trägt dazu bei, Macht zu konstituieren und zu legitimieren. Somit wirkt sich Geschlecht als strukturierendes Konzept auf alle sozialen Beziehungen aus.<sup>11</sup>

Unter Bezugnahme der Analysekategorie „Geschlecht“ wird zunächst der historische Kontext der Positionsschrift dargestellt, um die gesellschaftsbestimmenden Strukturen, Ideologien

---

10 Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 12.

11 Scott, *Gender and the Politics of History*, 42 ff.

und Normen aufzuzeigen, auf die sich Iijima bezieht. Vor diesem Hintergrund werden Iijimas gesellschaftstheoretische Ideen entlang der beiden formulierten Fragestellungen diskutiert.

## 2. Historischer und gesellschaftlicher Kontext zu Iijimas Ideen

Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die darauffolgende Besatzungszeit durch die US-Amerikaner (1945 bis 1952) stießen einschneidende Veränderungen auf politischer, legislativer und gesellschaftlicher Ebene in Japan an; eine gesellschaftliche Gruppe, die diese Veränderungen in vielerlei Hinsicht deutlich zu spüren bekam, war die der Frauen. Im Zuge der damaligen Entwicklungen waren Frauen jedoch keineswegs nur passive Empfängerinnen des politischen Neuerungsprozesses, sondern wirkten aktiv beispielsweise an der Neugestaltung der japanischen Verfassung mit oder setzten sich verstärkt für soziale und politische Belange ein.

Aktivismus von Frauen in Japan nach 1945 lässt sich allerdings nicht einfach unter dem Sammelbegriff „Frauenbewegung“ bündeln. Setsu Shigematsu weist zu Beginn ihrer Analyse der radikalen Frauenbefreiungsbewegung (*Ūman ribu*) in Japan auf die Vielfältigkeit der Frauenbewegungen und -organisationen in der Nachkriegszeit hin, die das politische Spektrum von rechts nach links bedienen. Shigematsu zeigt auf, wie diese Vielfalt an Frauenbewegungen jedoch häufig übersehen wird und die verschiedenen Bewegungen stattdessen als eine homogene Gruppierung mit einheitlicher Zielsetzung auf- und zusammengefasst werden:

Throughout the postwar period, there were substantive political differences among women's organizations in the same way that there were substantive differences among other political groups. However, these differences are often left unmarked because of an assumed homogeneity among women that facilely renders "women's movements" equivalent or commensurate, when in fact their political trajectories may be not only divergent but antithetical.<sup>12</sup>

Shigematsu erläutert die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung von Frauenbewegungen und -organisationen in der Nachkriegszeit, um so die politische Positionierung der *Ūman ribu* zu Beginn der 1970er Jahre herausarbeiten zu können, die vor allem in der Auseinander-

---

<sup>12</sup> Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 7.

setzung mit sowie der Kritik an vorangegangenen Frauenwahlrechts- und Arbeiterinnenbewegungen ebenso wie der liberalen Frauenbewegung entstanden ist.<sup>13</sup> Als Wegbereiterin für die Formulierung einer solchen Kritik und die Entstehung der *Ūman ribu* zu Beginn der 1970er Jahre stellt Shigematsu die linke Aktivistin Iijima Aiko vor.<sup>14</sup>

## Demokratie und Gleichheit

Die US-Amerikaner leiteten nach ihrer Landung am 30. August 1945 unter der Führung des *Supreme Commander of the Allied Powers* (SCAP), General Douglas MacArthur, unverzügliche Maßnahmen zur Entmilitarisierung und Demokratisierung des Landes ein, zu denen die Verabschiedung einer neuen Verfassung sowie entsprechende Reformen des japanischen Zivil- und Strafgesetzbuches gehörten.<sup>15</sup> Eine der ersten Maßnahmen der US-amerikanischen Besatzungsmacht zielte auf „die Befreiung der japanischen Frauen durch das Wahlrecht“<sup>16</sup> ab und wurde im Oktober 1945 durch eine entsprechende Weisung des SCAP durchgesetzt.<sup>17</sup>

Zur gleichen Zeit entstanden in teils enger Zusammenarbeit mit dem Alliierten Hauptquartier eine Reihe neuer Frauenorganisationen, die sich unter den Schlüsselwörtern „Frieden“ und „Demokratie“ der neu errichteten, liberalen Demokratie in Japan verpflichtet sahen. Zu den beiden bekanntesten demokratischen Frauenorganisationen der Nachkriegszeit zählten der 1945 gegründete Frauenbund Neues Japan (*Shin Nihon fujin dōmei*) sowie der ein Jahr später entstandene Demokratische Frauenclub (*Fujin minshu kurabu*).

Der liberal orientierte Frauenbund Neues Japan war bemüht, japanische Frauen über die Bedeutung der Demokratie und deren Verantwortung als Bürgerinnen aufzuklären.<sup>18</sup> Der pazifistische Demokratische Frauenclub betrachtete Frauen als Opfer des japanischen Kriegswesens und verfolgte das Ziel, Frauen vor den Folgen eines erneuten Kriegseintritts zu schützen. Miya-

---

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 11-18.

15 Vgl. Germer, *Historische Frauenforschung in Japan*, 118 f.; Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 121.

16 Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women‘ s Policy“, 68; CR.

17 Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Narrativ der Befreiung der japanischen Frauen durch die westlichen Besatzungsmächte unternimmt Koikari Mire in ihrem Aufsatz „Feminism and the Cold War in the U.S. Occupation in Japan, 1945-1952“ (2011). Koikari beleuchtet verschiedene akademische Ansätze in der Aufarbeitung der Besatzungszeit in Japan und argumentiert für die Interpretation der US-amerikanischen Besatzung als ein Fall von „Cold War imperial feminism“ (Koikari, „Feminism and the Cold War in the U.S. Occupation of Japan, 1945–1952“, 4).

18 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 8; Der Bund wurde nach der Einführung des Frauenwahlrechts und der ersten Unterhauswahl mit weiblicher Beteiligung im Jahr 1946 in „Bund wahlberechtigter Frauen Japans“ (*Nihon fujin yūkensha dōmei*) umbenannt (vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 122; Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 199).

moto Yuriko, eine Mitbegründerin des Clubs, wendete sich mit ihren Forderungen an alle *japanischen* Frauen, eine vermeintlich homogene Gruppe, deren Gemeinsamkeiten in ihrer Geschlechtlichkeit sowie den geteilten Erfahrungen und Ängsten während des Krieges zu finden seien.<sup>19</sup> Damit reiht sie sich in eine gängige Praxis dieser Zeit ein, denn nicht nur der Demokratische Frauenclub, sondern auch der Frauenbund Neues Japan richtete sich an *japanische* Frauen: „Despite the political orientations of the two groups [...] both claimed to speak for a unified group of ‘Japanese women’“.<sup>20</sup> Die Mitglieder beider Gruppierungen betrachteten es als ihre Aufgabe als *japanische* Bürgerinnen, die neu errichtete Demokratie durch die Wahrung des Friedens zu schützen.

## Familie und Staat

Kennzeichnend für die Geschlechterpolitik der Nachkriegszeit in Japan war insbesondere die Etablierung eines neuen modernen Familiensystems.<sup>21</sup> Auf rechtlicher Ebene wurde die Ehe als ein Bündnis zweier gleichberechtigter (heterosexueller) Partner festgeschrieben; gleichzeitig erfuhr das seit 1872 bestehende Familienregister-System (*koseki seido*) jedoch nur geringfügige Reformen und blieb weitestgehend intakt.<sup>22</sup>

Auf ideologischer Ebene wurde das moderne Familiensystem durch die Norm der geschlechtlichen Arbeitsteilung begründet. Staat, Unternehmen und Frauenbewegungsorganisationen arbeiteten gemeinsam an einem modernisierten Modell des Konzeptes der „guten Ehefrau und klugen Mutter“ (*ryōsai kenbo*). Im Zuge dieser Anstrengungen etablierte sich das Ideal der Vollzeithausfrau (*senjyō shufu*) als die archetypische Rolle der Frau und bildete eine Weiblichkeit ab, die ihre Erfüllung im häuslichen und familiären Bereich fand.<sup>23</sup> In Anbetracht der nach 1945 vorgenommenen, umfassenden Gleichstellungsreformen erscheint es allerdings widersprüchlich, dass in der Nachkriegszeit großangelegte Anstrengungen unternommen wurden, Frauen als Hausfrauen und Mütter zu mobilisieren:

Indeed [...] it is one of the paradoxes of that period that the forces of political economy and familial ideology increasingly pushed women into an identification with

---

19 Vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 122.

20 Ebd.

21 Vgl. Himeoka, „Changes in Family Structure“, 236.

22 Das Familienregister gruppiert Individuen in Haushalte (*ie*), die einem – zumeist männlichen – Familienvorstand unterstehen, und verzeichnet deren persönliche Daten in Bezug auf Geburten, Heirat, Scheidung und Todesfälle (vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 30; Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 6, 198).

23 Vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 122 f.; Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 6 f.

the domestic sphere as housewives, while the legal changes of that time removed official obstacles to their activities as citizens in the public, political sphere.<sup>24</sup>

Die demokratischen Neuerungen in Japan sind allerdings nicht losgelöst von der desolaten wirtschaftlichen Lage des Landes nach Kriegsende zu betrachten, die sich mitverantwortlich zeigte für eine fortbestehende Ungleichheit innerhalb der japanischen Gesellschaft in Bezug auf Geschlecht, Klasse und Ethnizität. Der schlechte Zustand der japanischen Wirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit war ein Grund für die Massenentlassungen von Frauen, die ihre Arbeitsplätze für aus dem Krieg heimkehrende Männer räumen mussten. Erst im Zeitraum von 1955 bis 1970 verdoppelte sich die Anzahl der erwerbstätigen Frauen von fünf auf zehn Millionen. Dennoch war die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin geprägt durch ungleiche Behandlung, niedrige Löhne und geringe Beförderungschancen.<sup>25</sup>

### **Frieden und Mütterlichkeit**

Der Ausbruch des Koreakriegs 1950 stimulierte die japanische Wirtschaft im Zuge umfassender Lieferungen an das auf dem japanischen Festland sowie auf Okinawa stationierte US-amerikanische Militär. Der wirtschaftliche Aufschwung Japans „[...] verlangte aber auch nach einer eindeutigen politischen und wirtschaftlichen Positionierung im Kalten Krieg“.<sup>26</sup> 1951 unterzeichnete Japan den Friedensvertrag von San Francisco (*kōwa jōyaku*) und erlangte unter der fortgesetzten US-amerikanischen Besatzung in Okinawa ihre Souveränität wieder. Gleichzeitig war die japanische Regierung darauf bedacht, ihr Verhältnis zu den USA zu festigen und unterzeichnete einen gemeinsamen Sicherheitsvertrag (*Nichibeï anzen hoshō jōyaku* oder kurz: *Anpo*).<sup>27</sup>

Im März und April 1954 führten die USA Wasserstoffbombentests im Bikini-Atoll durch und kontaminierten dabei die Besatzung des japanischen Fischerbootes *Fukuryu-maru*. Als Reaktion auf diesen Vorfall entwickelte sich in Japan eine großangelegte Anti-Atomwaffen- und Friedensbewegung, aus der später die landesweiten Mütterkongresse (*Hahaoya taikai*) hervorgingen.<sup>28</sup> Der erste Mütterkongress fand im Juni 1955 statt und zog beinahe 2000 Frauen an. In

---

24 Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 122 f.

25 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 9.

26 Germer, *Historische Frauenforschung in Japan*, 120.

27 Vgl. Germer, *Historische Frauenforschung in Japan*, 120 f.; Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 132.

28 Vgl. Germer, *Historische Frauenforschung in Japan*, 121; Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women’s Policy‘“, 70.



den ersten Jahren ihres Bestehens nahmen die Mütterkongresse eine regierungskritische Haltung ein „und entwickelte[n] sich erst mit zunehmender Institutionalisierung zu einer stärker in das existierende politische System eingebundenen und auf soziale Einzelaspekte beschränkten Organisation“.<sup>29</sup> Der Einfluss linker Regierungsparteien, insbesondere der Kommunistischen Partei Japans, auf die Mütterkongresse nahm in den Anfangsjahren stetig zu.<sup>30</sup>

Die Mütterkongresse waren nicht die einzige Organisation der Nachkriegszeit, die sich die Rolle und das Konzept der Mutter (*haha*) zu eigen machte, um es mit ihrem Engagement für Frieden und Demokratie zu verknüpfen. Die Mütterkongresse waren jedoch eine der wenigen Bewegungen, die es schaffte, diverse Frauenorganisationen unter einer gemeinsamen Zielsetzung zu versammeln, namentlich dem Schutz von Kindern, Frauen, Frauenrechten sowie der Wahrung des Friedens.<sup>31</sup> In Anbetracht der unterstützenden Rolle Japans im geopolitischen Machtkampf der USA innerhalb Asiens und der fortgeführten Besetzung Okinawas durch das US-amerikanische Militär begann Iijima in den späten 1960er Jahren die Friedenspolitik von Frauenbewegungen wie den Mütterkongressen kritisch zu hinterfragen:

The basic idea underlying the mothers' convention is a victim's consciousness – mothers claim, 'We refuse to be involved in any war again'. For them 'peace' means a state in which there is no war, and they, mothers, the ones who can protect the peace, they love peace because they are mothers. For them there is a sense neither of 'class' difference nor of 'sexual' difference. Their basic position is symbolically shown in the sole, 'eternal' slogan of the mothers' convention: 'Mothers, who create human life, wish to nourish and protect it.'<sup>32</sup>

Iijima zeigte auf, wie sich das Konzept der *ryōsai kenbo* in der Nachkriegszeit in die idealisierte Vorstellung einer friedliebenden Mutter wandelte. Sie stellte die Bedeutung des Friedens, für den die Mütterkongresse eintraten, in Frage, wenn dieser Frieden, ebenso wie der heimische

---

29 Germer, *Historische Frauenforschung in Japan*, 122; Vgl. Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women's Policy““, 70 f.

30 Vgl. Germer, *Historische Frauenforschung in Japan*, 122; Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women's Policy““, 71; Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 135.

31 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 12.

32 Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women's Policy““, 71.

Wohlstand, auf militärischer und ökonomischer Unterdrückung der Einwohner\*innen Okinawas und anderer asiatischer Länder beruht.<sup>33</sup>

### **Frauen in der Neuen Linken**

Das rasante Wirtschaftswachstum Japans während der 1960er Jahre war in erheblichem Maße auf den Einfluss und die Zusammenarbeit mit den USA zurückzuführen. Neben der wachsenden Stahl- und Fertigungsindustrie stellte Japan Militärbasen für das US-amerikanische Militär und dessen Einsätze in Korea und Vietnam zur Verfügung, die die japanische Wirtschaft zusätzlich stimulierten.<sup>34</sup>

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die Gruppierungen der Neuen Linken, die gemeinsam ein Netzwerk diverser studentischer Organisationen sowie Antikriegs- und Arbeitergruppierungen bildeten. Ab Mitte der 1960er Jahre schlossen sich die Aktivist\*innen der Neuen Linken den internationalen Protesten gegen den Vietnamkrieg an und setzten sich kritisch mit der Rolle Japans in der Region Asien auseinander.<sup>35</sup>

Die Formen Neuer-Linker-Kritik nahmen dabei immer radikalere Züge an und erreichten ihren Höhepunkt in den studentischen Unruhen von 1968 bis 1969.<sup>36</sup> Das Bild männlicher, behelmter und mit Schlagstöcken bewaffneter Aktivisten des *Zenkyōtō*<sup>37</sup> inmitten gewaltsamer Auseinandersetzungen mit der Polizei ist das prägnante Bild, das bis heute die Erinnerung an die gewaltsamen Eskalationen bestimmt.<sup>38</sup> Frauen innerhalb der Neuen Linken fanden sich während dieser gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant\*innen und der Polizei zumeist in marginalisierten, unterstützenden Tätigkeiten und selten als politische Akteurinnen wieder.<sup>39</sup> Linke Aktivistinnen zeigten sich jedoch zunehmend unzufrieden mit ihren randständigen Tätigkeiten und „the malestream left’s lack of awareness of gender issues“.<sup>40</sup>

---

33 Vgl. Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women’s Policy‘“, 73; Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 13.

34 Vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 146 f.

35 Vgl. Ando, *Japan’s New Left Movements*, 50-79; Eine Genealogie der Neuen Linken in Japan findet sich bei Derichs, *Japans Neue Linke*, 60-66.

36 Vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 147.

37 Campusweiter Ausschuss für den gemeinsamen Kampf (*Zengaku kyōtō kaigi*; bekannt unter der Abkürzung *Zenkyōtō*).

38 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 50 f.

39 Vgl. Mackie, *Feminism in Modern Japan*, 147.

40 Ebd.

Entgegen aller Widerstände gilt Tokoro Mitsuko zweifelsfrei als eine weibliche Ikone innerhalb der Neuen Linken, deren Tod 1968 gemeinhin als Beginn der *Zenkyōtō*-Bewegung aufgefasst wird.<sup>41</sup> Tokoros Gedanken trugen maßgeblich dazu bei, die antihierarchischen Organisationsstrukturen und das theoretische Gerüst des *Zenkyōtō* herauszubilden. Wegweisend war vor allem ihr Aufsatz „Zur Organisation der Zukunft“ (*Yokan sareru soshiki ni yosete*), der erstmals 1966 in der Zeitschrift „Wissenschaft des Denkens“ (*Shisō no kagaku*) erschienen ist. In dem Aufsatz formuliert Tokoro ihre Gedanken über Subjektivität und sozialen Wandel, sie kritisiert die Wissenschaft und den ökonomischen Rationalismus und betont die Bedeutung einer prozess- und subjektorientierten, nicht-hierarchischen Organisationsstruktur. Tokoro strebte eine Diversifizierung revolutionärer Organisationen und Praktiken an und führte die umgekehrte Tendenz der Homogenisierung auf die Dominanz einer „männlichen Logik“ zurück.<sup>42</sup> Die Fragmentierung des Subjekts erfolge durch die geltende „Logik der Produktivität“ (*seisansei no ronri*).<sup>43</sup>

Iijima, die sich eingehend mit Tokoros Theorie auseinandergesetzt hat, begriff Tokoros Kritik an der „Logik der Produktivität“ als wegweisend für ihre Begründung der „Logik der Frauen“ (*onna no ronri*). Diese sei vor allem durch theoretische Leerstellen in Tokoros Aufsatz entstanden, deren Schließung sich die Konferenz Asiatischer Frauen in der Folge annahm. Wie Iijima diese theoretischen Lücken zu füllen suchte, ist Gegenstand der Analyse des folgenden Kapitels. Vorerst soll festgehalten werden, dass Aktivistinnen Ende der 1960er Jahre zunehmend unzufrieden damit waren, dass geschlechtliche Diskriminierung als gesamtgesellschaftliches Problem in der Neuen Linken zwar erkannt, aber anderen Diskriminierungsformen untergeordnet wurde.<sup>44</sup> So bleibt die Neue Linke vornehmlich durch radikale, männlich bestimmte Protestaktionen in Erinnerung, die den Einfluss und die Bedeutung weiblicher Mitglieder überschatteten oder gar unterdrückten.<sup>45</sup>

---

41 Vgl. Iijima, „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ‚Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?], 189.

42 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 42 f.; Tokoro, „Yokan sareru soshiki ni yosete“ [Zur Organisation der Zukunft], 141-159; Yasko, *The Japanese Student Movement 1968-70*, 18-38.

43 Vgl. Iijima, „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ‚Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?], 189; Tokoro, „Yokan sareru soshiki ni yosete“ [Zur Organisation der Zukunft], 151-159.

44 Vgl. Iijima, „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ‚Women’s Policy‘“, 80.

45 Vgl. Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 43.

### 3 „Was ist Diskriminierung für Frauen?“

Die nachfolgende Textanalyse bezieht sich auf zwei Quellen: Zum einen auf die Veröffentlichung der Positionsschrift in dem 1992 erschienenen ersten Band der von Mizoguchi Akiyo, Saeki Yōko und Miki Sōko herausgegebenen Anthologie „Dokumente der Geschichte der radikalen Frauenbefreiungsbewegung in Japan“ (*Shiryō nihon ūman ribu shi*); zum anderen auf Iijimas posthum erschienene Biografie „Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin“ (*Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei*; 2006a). Ein Abgleich der beiden Texte zeigt, dass Iijima für ihre Biografie editorische Veränderungen an der Positionsschrift vorgenommen hat: Sie änderte etwa die Reihenfolge einiger Absätze oder wandelte sie in Fußnoten um. Zudem nahm sie an wenigen Stellen inhaltliche Veränderungen vor, indem sie Wörter, Neben- oder ganze Sätze umschrieb oder entfernte. Interessant ist besonders, dass die Positionsschrift, so wie sie in Iijimas Biografie erschienen ist, mit einem zuvor nicht vorhandenen, neuen Schlusswort versehen wurde. Die meisten der Veränderungen dienen aber wohl dazu, einen verständlicheren Zugang zum Text zu ermöglichen. Die eingefügten Fußnoten etwa erleichtern den Leser\*innen ein klares Verständnis über die Bezüge zwischen den einzelnen Textstellen. Dementsprechend habe ich mich in der deutschen Übersetzung der Textpassagen am Aufbau der in Iijimas Biografie erschienenen Version der Schrift orientiert. Inhaltliche Veränderungen des Textes in der zuvor beschriebenen Art werden, sofern sie relevant sind, gekennzeichnet und in die Analyse integriert.

#### Grenzen der marxistischen Gesellschaftstheorie

Die Beantwortung der Frage „Was ist Diskriminierung für Frauen?“ führt Iijima zunächst zu einem Bruch mit vorangegangenen marxistisch-leninistischen Idealen der Frauenbefreiung und der Dekonstruktion der Idee, dass das gesellschaftsbestimmende Prinzip aus dem Verhältnis des Menschen zu den Produktionsmitteln hervorgeht. Ihre Suche nach Antworten beginnt Iijima in der Auseinandersetzung mit einem dominanten Frauenbefreiungsideal: „Die Regulierung von Frauen (insbesondere als billige Arbeitskräfte) sei eine, von Klassenherrschaft und Diskriminierungssystemen geformte, soziohistorische Bedingung und die wahre Befreiung der Frau ohne deren Umsturz unmöglich“<sup>46</sup>.

---

46 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 201 f.; Hervorhebungen im Original; CR.

Iijima betrachtet zwar ebenfalls die prekäre Situation der Arbeiterklasse in Japan, zweifelt jedoch an der Vorstellung, dass die Sozialrevolution die Beseitigung der Ausbeutung und mit ihr jedweder Form von Unterdrückung herbeiführen werde. Iijima kritisiert unter Bezugnahme auf die französische Philosophin Simone Weil (1909-1943) die Vorstellung einer von Klasse – und somit letztlich Unterdrückung – befreiten Gesellschaft als ein Wunschbild. Weil formulierte in ihrer Abhandlung „Über die Ursachen von Freiheit und gesellschaftlicher Unterdrückung“ (1934) eine Marxismus-Kritik, die auf der Ablehnung des marxistischen Ideals der Befreiung von Arbeit und Notwendigkeit beruht. Laut Weil sei das revolutionäre Streben der Arbeiterbewegung nach der Befreiung von jeglicher Notwendigkeit, insbesondere der zur Arbeit, eine Utopie, die in gleicher Weise wie die von Marx kritisierte Religion zum Opium des Volkes wurde.<sup>47</sup> Eine Utopie, die Iijima zufolge viele linke Aktivist\*innen der 1960er Jahre in Japan davon abhielt, sich eingehend mit den Strukturen weiterer Diskriminierungsformen auseinanderzusetzen. „Das Problem ist, dass man hier in eine Sackgasse der abstrakten Verallgemeinerung gerät“.<sup>48</sup> Diese „abstrakte Verallgemeinerung“ liege darin begründet, dass die Diskriminierung von Frauen innerhalb einer marxistischen Betrachtungsweise nicht als ein eigenständiges Phänomen, sondern Frauen und ihre Erfahrungen immer im Kontext ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse verstanden werden. Etwaige Erfahrungen der Unterdrückung oder Ausbeutung am Arbeitsplatz, aber auch ihre gesellschaftliche Verpflichtung zur häuslichen und erzieherischen Arbeit werden als Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur betrachtet.<sup>49</sup> Iijimas Überlegungen setzen daher genau bei der erfahrenen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts an, die ebenso in den linken Gruppierungen existierte, die Freiheit von jedweder Unterdrückung versprachen:

Was ist die *Welt der Frauen*? Was ist die *Logik der Frauen*? Nach meinem Gefühl sind die Welt und die Logik Dinge der *Männer*. Das staatliche Establishment gehört ganz ohne Zweifel der Welt der Männer an, aber auch das sogenannte *Reformlager*, die *Arbeiterklasse* und die *Arbeitergewerkschaften*.<sup>50</sup>

---

47 Vgl. Hellman, *Simone Weil. An Introduction to Her Thought*, 29; Urban, „Einleitung. Simone Weil“, 113; Weil, *Oppression and Liberty*, 52.

48 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 202; CR.

49 Vgl. Harsch, „Communism and Women“, 489 f.

50 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 201; Hervorhebungen im Original; CR.

Iijima stellt nun im ersten Abschnitt ihrer Positionsschrift unter dem Titel „Die Unfruchtbarkeit der Frauendebatte“<sup>51</sup> nicht nur den bisherigen Bezugsrahmen der marxistischen Frauenbefreiung grundlegend in Frage, sondern weist deren allgemeine Ziele eindeutig zurück. Die spezifischen Probleme, mit denen Frauen alltäglich zu kämpfen haben, in öffentlichen ebenso wie in privaten Bereichen, als Arbeiterinnen oder in ihren Familien, lassen sich nicht pauschal unter einem gesellschaftlichen Klassenkampf subsumieren. In Anlehnung an Simone Weil argumentiert Iijima dafür, die Frauendebatte von der marxistischen Idee einer Sozialrevolution zu lösen, da eine solche Herangehensweise keine Klarheit bringen, sondern – ganz im Gegenteil! – das eigentliche Bestreben, nämlich die Frauenbefreiung, im Wirrwarr der revolutionären Aktivitäten gegen die japanische Regierung, den Japanisch-Amerikanischen Imperialismus und im allgemeinen Klassenkampf untergehen werde. Stattdessen wirft Iijima ein Schlaglicht auf die Diskriminierung von Frauen; das heißt, um zu enthüllen, was Diskriminierung für Frauen bedeutet, muss diese überhaupt erst sichtbar gemacht werden.

Durch ihre kritische Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen wie historischen Gesellschaftsstrukturen kommt Iijima zu dem Schluss, dass – anstelle des Verhältnisses zwischen Mensch und Produktionsmitteln – das Verhältnis zwischen den Geschlechtern als das gesellschaftsbestimmende Prinzip anzusehen ist. Das Geschlechterverhältnis in Japan sei dabei geprägt durch ein binäres Geschlechterverständnis, welches Iijima in ihrer Positionsschrift durch die Verwendung der Bezeichnungen Frau (*onna*) und Mann (*otoko*) verdeutlicht. Die Begünstigung einer männlichen Erbfolge, ein sogenanntes patrilineares System, beeinflusst dabei maßgeblich das Geschlechterverhältnis und spiegelt sich in allen gesellschaftlich relevanten Strukturen, von der Ebene der Familie bis hin zum japanischen Nationalstaat, wider. Iijima zeichnet die Patrilinearität für die Diskriminierung von Frauen verantwortlich, weil in diesem System der Männlichkeit eine höhere Wertigkeit beigemessen wird als der Weiblichkeit. Die „moderne Diskriminierung“ zeichne sich dadurch aus, dass Personengruppen auf der Grundlage ihres Wertes für den Arbeitsmarkt betrachtet werden. Auffällig sei dabei, dass Frauen und andere marginalisierte Gruppen eine unterdurchschnittliche Wertschätzung erfahren.<sup>52</sup>

---

51 Ebd.; CR.

52 Vgl. Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 203.

## Assimilation und Diskriminierung

Das patrilineare System war in der japanischen Geschichte jedoch nicht immer und notwendigerweise vorherrschend. In ihrer Theorie nimmt Iijima Bezug zu alternativen Geschlechterverhältnissen in Japan und begründet so ihre Kritik an den bestehenden (geschlechtlichen) Machtverhältnissen in Japan, indem sie diese als veränderbar herausstellt. Iijima ist schließlich darum bemüht, die Hierarchisierung der Geschlechter zu durchbrechen, sodass die beiden grundlegenden menschlichen Handlungen „Gebären“ (*umu koto*; reproduktive Handlungen) und „Leben“ (*ikiru koto*; produktive Handlungen) die gleiche Wertigkeit erfahren.<sup>53</sup> In der Folge betrachtet Iijima die wachsende Beteiligungsrate von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur kritisch, sie sieht in ihr sogar eine „Angleichung an den Mann als eine erweiterte Reproduktion von Diskriminierung“ (*otoko e no dōka wa sabetsu no kakudai saiseisan*)<sup>54</sup>. Iijima, die die gesellschaftliche Ordnung als eine der männlichen Logik gehorchende Ordnung identifiziert, begreift eine unreflektierte (weibliche) Beteiligung an dieser Ordnung als eine „Assimilation an die Welt der Männer“ (*otoko no seikai e no dōka*), die diese Gesellschaftsordnung reproduziert und unterstützt.<sup>55</sup> Die Sozialisierung der Erziehungsarbeit in Form von Kinderkrippen etwa führe zwar zu einer gesteigerten Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, jedoch zumeist in prekären Beschäftigungsverhältnissen, das heißt als Teilzeitarbeiterinnen (*pātotaimā*). Dies entspricht dem von Iijima zu Beginn ihrer Positionsschrift attestierten weiblichen „Dasein als Arbeitsreservearmee“<sup>56</sup> (*rōdōyobigunteki sonzai*), welches sich ausschließlich an den Bedürfnissen des Kapitals orientiert: „Die gesellschaftlichen Maßstäbe, die eine Logik des Kapitals und der Produktivität fabrizieren und gleichzeitig einen Wertestandard in der Form einer Logik des Mannes = Nichtgebärende Person pflegen, üben Druck auf Frauen aus“<sup>57</sup>. So wird schließlich deutlich, dass Iijima mit ihrem Bestreben nach einer „weiblichen Welt“ (*onna no sekai*) und einer „weiblichen Logik“ (*onna no ronri*) nicht die Umkehrung des bestehenden Machtverhältnisses zwischen den Geschlechtern, sondern dessen Überwindung anstrebt. Aus diesem Grund lehnt sie eine Assimilation an eine männliche Welt und Logik ab,

---

53 Vgl. Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 204 f.

54 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 208; CR.

55 Vgl. ebd.

56 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 203.

57 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 208 f.; CR.

weil eine solche Angleichung lediglich das bestehende Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern zugunsten einer überlegenen Männlichkeit bestärkt.

Als einen nächsten Schritt projiziert Iijima das problematische Geschlechterverhältnis der japanischen Gesellschaft auf die Beziehung Japans mit anderen asiatischen Ländern. Iijimas transnationale Perspektive signalisiert Solidarität mit asiatischen Frauen und eine kritische Positionierung gegenüber der Außenpolitik der japanischen Regierung. Iijima integriert die Situation anderer asiatischer Frauen in den Frauenbefreiungsdiskurs in Japan und ist dadurch in der Lage, das „Opferbewusstsein“ (*higaisha ishiki*) vormaliger Frauenbewegungen in Frage zu stellen. Sie leitet aus der Vormachtstellung Japans in Asien, die auch die Komplizenschaft japanischer Frauen bedeute, deren Mitverantwortung sowohl an der Expansionspolitik des japanischen Kaiserreichs als auch der unterstützenden Funktion der demokratischen Regierung in den Kriegen in Korea und Vietnam ab. Dem Bild der wehrlosen japanischen Frau als Opfer eines kriegstreibenden Systems wird somit konsequent widersprochen. Anders als vorige demokratische und pazifistische Frauenbewegungen spricht Iijima japanischen Frauen eine aktive Verantwortung innerhalb des Diskriminierungssystems zu. Sie stellt sich gegen das damals dominante Narrativ, das japanische Frauen als hilflose Zuschauerinnen während des Zweiten Weltkrieges darstellt, die erst mit der Ankunft der US-amerikanischen Besatzungsmächte und in einem vermeintlich klaren Moment der Frauenbefreiung ihre autonome Handlungsfähigkeit erlangten.<sup>58</sup> Iijima zufolge entwickelten sich die großen Frauengruppen der Nachkriegszeit durch die unkritische Übernahme dieses Narratives zu einer Bewegung für die Gleichstellung von Männern und Frauen (*danjo byōdō undō*). Iijima lehnt eine solche Bewegungsidee ab, da mit der Gleichstellung von Frauen, das heißt durch die Assimilation einzelner Individuen in das bestehende System, die strukturelle und institutionelle Verankerung der geschlechtlichen Diskriminierung in der japanischen Gesellschaft verschleiert werde.<sup>59</sup>

Stattdessen argumentiert Iijima für die Gleichstellung von Diskriminierungsformen. Die Diskriminierung, die Frauen erfahren, müsse mit anderen Diskriminierungsformen, wie beispielsweise der von Burakumin, in Japan ansässigen Asiat\*innen oder der Einwohner\*innen Okinawas, gleichgesetzt werden. Dies impliziert wiederum, dass Iijima Frauen aufgrund ihrer

---

58 Vgl. Koikari, „Feminism and the Cold War in the U.S. Occupation of Japan, 1945–1952“.

59 Vgl. Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 208 f.; „From Personal Experience to Political Activism in the 1970s: My View of Feminism“, 298.



geteilten geschlechtlichen Merkmale eine gemeinsame Diskriminierungserfahrung zuschreibt. Shigematsu kritisiert eine solche verallgemeinernde Vorgehensweise,

[...] because it did not attend to differences of class, sexuality, racial, and ethnic differences and was analogous with the ways in which feminists elsewhere have represented “women” in a universalizing manner, disregarding other significant differences among women.<sup>60</sup>

Auch wenn Iijima auf die Existenz weiterer Diskriminierungsformen hinweist, wird in ihrer Positionsschrift nicht ersichtlich, inwiefern die von Shigematsu genannten Kategorien Klasse, Sexualität, Ethnizität und in diesem Zusammenhang auch Ableismus sowie Religiosität zu unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und Diskriminierungserfahrungen von Frauen führen können. An dieser Stelle lässt sich also eine konzeptionelle Ungenauigkeit durch die angedeutete Homogenisierung der Kategorie Frau in Iijimas Frauenbefreiungstheorie ausmachen.

Iijima entwirft in ihrer Positionsschrift kein Konzept von Intersektionalität. Dennoch argumentiert sie für die Verknüpfung unterschiedlicher Perspektiven. Die angestrebte Gleichstellung verschiedener Diskriminierungsformen bildet so bereits die Basis für eine „asiatische Perspektive“ der Konferenz Asiatischer Frauen. Rückblickend schreibt Iijima:

Die Gesamtheit der Nachkriegsreformen legte den Grundstein für den Schutz der Japaner selbst, und so gründeten sich langfristig Friedens- und Demokratiebewegungen, die kein Bewusstsein besaßen für die eigene Schuldigkeit an vergangenen Invasionskriegen ebenso wenig wie an den Strukturen des Kalten Krieges [...], in denen durch Frontbasen und Versorgungsstützpunkte für die Kriege in Korea und Vietnam das hohe Wirtschaftswachstum zustande kam. [...] Wir zogen eine Grenze zu den bisherigen Bewegungen und nahmen eine asiatische Perspektive gegen Invasion=Diskriminierung ein.<sup>61</sup>

---

60 Shigematsu, *Scream from the Shadows*, 15.

61 Iijima, „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ‚Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?], 186 ff.; CR.

Angesichts der japanischen Immigrations- und Außenpolitik erscheint eine Frauenbefreiung auf der Grundlage eines geteilten „Opferbewusstseins“ nicht stimmig mit den Erfahrungen nicht-japanischer Frauen zu sein, für die die japanischen Frauen ebenfalls auf der Seite des Aggressors stehen. Die auf nationaler Ebene wirkenden Diskriminierungsstrukturen werden Iijima zufolge zum Katalysator für die (inter)nationale Aggressionspolitik Japans. So erkennt Iijima durch eine „asiatische Perspektive“, dass eben doch nicht alle Frauen die gleiche Diskriminierung erleben und dass Individuen beispielsweise aufgrund ihrer Herkunft unterschiedliche Diskriminierung erfahren. Die angedeuteten trans- und internationalen Verstrickungen der kritisierten Machtstrukturen werden jedoch nicht weiter ausgeführt.

Iijimas Interesse an der Einbindung weiterer Diskriminierungsformen führt sie zu einer Auseinandersetzung mit internationalen Befreiungsbewegungen. Die Ablehnung weiblicher Assimilation an männliche Machtstrukturen lässt einen klaren Bezug zu Forderungen des Bürgerrechtsaktivisten Stokely Carmichael im Zusammenhang mit der *Black-Power*-Bewegung in den USA erkennen.<sup>62</sup> Carmichael benennt zwei Faktoren, die die Lebenswirklichkeit von Schwarzen in Amerika prägen: ihr Schwarzsein und ihre Machtlosigkeit angesichts einer weißen Gemeinschaft, die alle wichtigen Institutionen der amerikanischen Gesellschaft bestimmt und kontrolliert.<sup>63</sup>

Eine Tatsache kann gar nicht oft genug betont werden: die rassistischen Vorstellungen von weißer Überlegenheit sind so tief in der Struktur der Gesellschaft verwurzelt, daß sie ihr ganzes Funktionieren in allen Teilen bestimmen und ein fester Bestandteil des nationalen Unbewußten geworden sind, für selbstverständlich gehalten und häufig nicht einmal mehr gesehen werden.<sup>64</sup>

Carmichael kritisiert dabei auch das Narrativ der „Liberalen“: Schwarze Personen müssen in die Institutionen der Gesellschaft integriert werden, von denen sie bislang ausgeschlossen wur-

---

62 Iijima führt in ihrer Positionsschrift zwar keine direkten Zitate oder explizite Verweise auf Carmichaels Schriften an, aber sie nennt sein gemeinsam mit Charles V. Hamilton herausgegebenes Buch „Black Power: The Politics of Liberation“ (1967) in der Liste des Referenzmaterials (vgl. Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 217). Eine derartige Referenzliste ist in der Textversion von 1992 nicht vorhanden.

63 Vgl. Carmichael, „Der schwarzen Befreiung entgegen“, 38.

64 Ebd.

den. Die ständige Betonung der Integration der Einzelperson impliziere dabei eine Wertlosigkeit der schwarzen Gemeinde, sodass die Eingliederung einiger „akzeptabler“ Schwarzer in weiße Machtstrukturen nicht das Ziel der *Black-Power*-Bewegung sein könne.<sup>65</sup>

Man kann Gruppen integrieren, Individuen jedoch werden assimiliert. [...] Der rassistische und kulturelle Charakter der schwarzen Community muß erhalten bleiben; sie muß ihre Freiheit erlangen, ohne ihre kulturelle Integrität zu verlieren. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen der gegenwärtig praktizierten Integration und dem Konzept von Black Power.<sup>66</sup>

*Black Power* ist demnach eine Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe, die nicht auf Kosten der eigenen Integrität und Selbstbestimmung erlangt werden muss. Eine solche Forderung lässt sich ebenso in Iijimas Theorie wiederfinden, in der sie sich gegen eine Fragmentierung des weiblichen Subjekts stellt. Assimilation in sexistischen und rassistischen Gesellschaften bedeutet demnach die Übernahme eines Wertesystems, das integrale Bestandteile der eigenen Identität entwertet und aus diesem Grund abgelehnt werden muss.

Welche Folgen eine solche Assimilation haben kann, schildert der amerikanische Bürgerrechtsaktivist Malcolm X 1965 in seiner Rede „After the Bombing“:

So they very skilfully [sic!] make you and me hate our African identity, our African characteristics. You know yourself that we have been a people who hated our African characteristics. We hated our heads, we hated the shape of our nose, we wanted some of those long dog-like noses, you know; [...] Our color became to us a chain [...]; our color became to us like a prison which we felt was keeping us confined, not letting us go this way or that way. [...] What made us feel helpless was our hatred for ourselves. And our hatred for ourselves stemmed from our hatred for things African....<sup>67</sup>

---

65 Vgl. Carmichael, „Der schwarzen Befreiung entgegen“, 40 f.

66 Carmichael, „Der schwarzen Befreiung entgegen“, 43 f.

67 X, „After the Bombing“, 169; eine japanische Übersetzung dieses Zitats findet sich in Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 209.

Malcolm X<sup>68</sup> spricht in seiner Rede über weiße Machtstrukturen auf nationaler Ebene in den USA ebenso wie auf internationaler Ebene in Form von Kolonialismus und Imperialismus, „as the slave system of the West is called“<sup>69</sup>. Macht ist hierbei gleichbedeutend mit Weiß-Sein – „when he says he’s white, he means he’s boss“<sup>70</sup>. Weiße Machtstrukturen implizieren nicht-weißen Menschen eine inhärente Minderwertigkeit und legitimieren gleichzeitig ihre Ausbeutung und Unterdrückung. Eine solche Hierarchisierung äußert sich nicht nur in Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus, sondern sickert ebenso in das Bewusstsein nicht-weißer Personen ein. „In hating Africa and in hating the Africans, we ended up hating ourselves, without even realizing it. [...] You can’t hate your origin and not end up hating yourself. You can’t hate Africa and not hate yourself“<sup>71</sup>.

*You can’t hate birthing and not hate yourself* – hätte Iijimas Formulierung der Entfremdung und Fragmentierung des weiblichen Subjekts lauten können. „Assimilation=Diskriminierung“ bedeutet für Iijima also nichts anderes als die Angleichung an eine Welt der Männer, die ihre Macht über eine Logik der Produktivität etabliert; eine Machtstruktur, die so tief verwurzelt ist, dass sie, wenn nicht gänzlich übersehen, als natürlich erachtet wird. Ist die vorherrschende Machtstruktur einmal erkannt und benannt, dann sind neue Formen der Frauenbefreiung möglich.

### **„Logik der Frauen“**

Iijima führt ihre theoretischen Ausführungen über die Frauenbefreiung schließlich in ihrem letzten Kapitel „Die Logik der Frauen“ (*onna no ronri*) zusammen. Bisher machte sie deutlich, dass sie (1) das marxistisch-leninistische Ideal vom Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsform als Voraussetzung der Frauenbefreiung ablehnt, weil dieses Ideal (2) eine Assimilation an männliche Methoden und Verhaltensweisen beinhaltet, die die bestehenden, diskriminierenden Gesellschaftsstrukturen stärken. Sie grenzt sich von vorangegangenen Frauenbewegungen der Nachkriegszeit und einer marxistisch-leninistischen Frauenbefreiungstheorie ab, indem sie (3)

---

68 Die *Nation of Islam* betrachtete die Familiennamen von Afroamerikaner\*innen als ein Zeugnis ihrer Sklavenvergangenheit. Viele weitere Mitglieder der *Nation of Islam* ersetzten daher ihren Familiennamen durch ein „X“, welches die Lossagung von ihrem Sklavennamen und gleichzeitig den Verlust des eigenen, ursprünglichen Familiennamens symbolisiert (vgl. Felber, „Malcolm X (1925-1965)“, 475; Jeffries, „Nation of Islam“, 561).

69 X, „After the Bombing“, 160.

70 X, „After the Bombing“, 163.

71 X, „After the Bombing“, 168.

sexuelle Diskriminierung mit Perspektiven ethnischer Diskriminierung und Rassismus in Verbindung setzt. Damit plädiert sie gegen eine Verunglimpfung der jeweiligen Problematiken und dafür, diese ebenfalls als Ergebnisse von Kapitalismus und Imperialismus zu betrachten.

Iijima öffnet den Frauenbefreiungsdiskurs zudem auf einer sprachlichen Ebene, indem sie im japanischen Original ihrer Positionsschrift nach den Ursachen der Diskriminierung für *onna* (Frau[en]) fragt. Im Japanischen sind neben *onna* auch die Begriffe *fujin* und *josei* geläufig, die im Deutschen sämtlich mit „Frau(en)“ übersetzt werden, gleichwohl sie im Japanischen semantische Unterschiede aufweisen. Die Sprachwissenschaftlerin Orié Endo, die Aspekte von Sexismus in der japanischen Sprache untersucht, weist darauf hin, dass *onna* eine starke und häufig negative sexuelle Konnotation beinhaltet: „*Onna* can be substituted for many sexually related terms, such as mistress or prostitute“<sup>72</sup>. Im Gegensatz zum subversiven Potenzial von *onna* beschwört *fujin* das Bild einer verheirateten Frau mittleren Alters in einem familiären Kontext herauf, während *josei* die allgemeine, generische Bezeichnung für Frau(en) im Japanischen darstellt.<sup>73</sup>

In Iijimas Positionsschrift bedeutet die Verwendung des Begriffs *onna* vor allem eine Öffnung hin zur Anerkennung unterschiedlicher weiblicher Lebenswirklichkeiten. Da *onna* in den 1960er Jahren gemeinhin mit Sex und Unterklasse assoziiert wurde, grenzt Iijima sich durch die Verwendung des Begriffs erneut von den pazifistischen und demokratischen Frauenbewegungen (*fujin undō*) ab, in denen friedliebende Mütter (*haha*) und gut situierte Hausfrauen (*shufu*) normative Geschlechterrollen reproduzierten. Statt einer starren Fokussierung auf die Lebenswirklichkeit von Müttern und Hausfrauen, thematisiert Iijima die Befreiung der *onna* und erweitert auf diese Weise den Kreis der Adressatinnen ihrer Frauenbefreiungsidee: Denn Iijima bezeichnet mit *onna* nicht allein gutbürgerliche, *japanische* Frauen, sondern bezieht diesen Begriff auf alle asiatischen Frauen, die mit den diskriminierenden Machtstrukturen des japanischen Nationalstaates in Berührung kommen. Die Bezeichnung *onna* verweigert sich daher einer eindimensionalen Betrachtungsweise von Frauen und bezieht sich ebenso auf diejenigen, die vormals auf der Grundlage von Ethnie, Nationalität oder Klasse aus dem Diskurs der Frauenbefreiung ausgeschlossen wurden.

Für die Auflösung der (trans)national operierenden Diskriminierungsstrukturen fordert Iijima schließlich die Anwendung einer „Logik der Frauen“ (*onna no ronri*). Iijima definiert

---

72 Endo, „Aspects of Sexism in Language“, 30; Hervorhebung im Original.

73 Endo, „Aspects of Sexism in Language“, 36.

die „Logik der Frauen“ vornehmlich über das, was sie nicht repräsentieren soll, nämlich die Welt und die Logik der Männer. Die „Logik der Frauen“ stellt somit ein Gegenkonzept zu einer Gesellschaftsordnung dar, die auf Effektivität, Produktivität und Rationalismus aufbaut. Die von Tokoro Mitsuko herausgearbeitete „Logik der Produktivität“ wird bei Iijima zu einem Kernelement der männlich organisierten Welt und so resümierte sie selbst 2004 in ihrer programmatischen Rede auf einer internationalen Konferenz zum Verhältnis von Gender und Nation in Japan: „We exposed the logic of productivity to be the logic of men, and advanced an oppositional logic of women“<sup>74</sup>. Diese „Logik der Frauen“ bildet schließlich die Grundlage ihres Verständnisses einer zukunftsweisenden Frauenbefreiung:

Ich möchte die weibliche Existenz als Verneinung der Logik von Pragmatismus, Nützlichkeit und Produktivität positionieren. [...] In diesem Sinne sollte unsere Frauenbewegung als Pragmatismus- und Zivilisationskritikerin entwickelt werden. Die weibliche Front ist eine unter vielen Fronten, aber am grundlegendsten soll sie, als scharfer Anstoß eines Wertewandels, ein Ort sein, an dem sich ein radikaler Kampf entwickeln wird.<sup>75</sup>

Künftige Frauenbewegungen sollen sich diese „Logik der Frauen“ zunutze machen, um sich von der bestehenden Gesellschafts- und Machtordnung abzugrenzen und letztlich einen gesamtgesellschaftlichen Wertewandel anzustoßen. Einen konkreten Inhalt oder bestimmte Prinzipien der „Logik der Frauen“ formuliert Iijima in ihrer Positionsschrift allerdings nicht und so bildete die konkrete Ausarbeitung der Vorstellung einer neuen Frauenbefreiungsbewegung den Ausgangspunkt künftiger Diskussionen auf der Konferenz Asiatischer Frauen.

### **Ausblick: Transnationale Verbindungslinien**

„Was ist Diskriminierung für Frauen?“ In der Beantwortung der programmatischen Frage ihrer Positionsschrift interessierte sich Iijima vor allem für die von ihr beobachtete, allgegenwärtige Geringschätzung des weiblichen Geschlechts. In der Folge begab Iijima sich auf Spurensuche und stellte die Geschlechterverhältnisse schließlich als ein konstitutives Gesellschafts-

---

74 Iijima, „From Personal Experience to Political Activism in the 1970s: My View of Feminism“, 298.

75 Iijima, *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin], 214 f.; CR.

prinzip heraus: Ein Prinzip, das in der damaligen japanischen Gesellschaft auf der Hierarchisierung der Geschlechter aufbaut, indem alles Männliche über- und alles Weibliche geringgeschätzt wird.<sup>76</sup> Diese Geringschätzung lasse sich auf allen gesellschaftlichen und institutionellen Ebenen wiederfinden und schlage sich auch in internationalen Machtdynamiken nieder.

Die kritische Verknüpfung von geschlechtlicher Diskriminierung mit den Konzepten Imperialismus und Kapitalismus ermöglichte Iijima, die transnationalen Verbindungslinien der damaligen sozialen und staatlichen Machtstrukturen aufzuzeigen: Die Auswirkungen von Kapitalismus und Imperialismus lasse sich nicht allein an den zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region Asien erkennen und kritisieren. Die Tragweite dieser Auswirkungen werde ebenso innerhalb Japans sichtbar, wenn neben Klasse weitere Marker sozialer Differenz wie Geschlecht, Ethnizität und Herkunft mitgedacht werden. Zudem argumentiert Iijima – zumindest gegen eine bestimmte – Essentialisierung der Kategorie „Frau“ als friedliebende Mutter und gutbürgerliche Hausfrau, weil Kapitalismus und Imperialismus sich unterschiedlich auf Frauen in Japan und Asien auswirken. Damit lassen sich in Iijimas Positionsschrift bereits Ansätze eines transnationalen Feminismus erkennen. Transnationaler Feminismus bezeichnet ein feministisches Paradigma, welches sich mit den globalen Auswirkungen von Kapitalismus, Imperialismus und einer kolonialen Moderne auseinandersetzt. Die in Iijimas Positionsschrift angestoßene Debatte über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer grenzübergreifenden feministischen Solidarität wird auch weiterhin in Theorien über transnationalen Feminismus ausgelotet. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen dabei verschiedene, aber zusammenhängende Fragestellungen: Wie ist Solidarität über nationale und kulturelle Grenzen hinweg möglich? Wer darf für wen sprechen? Wer kann sich am Diskurs beteiligen? Wie konstituieren Klassismus, Rassismus, Heteronormativität, Ableismus und internationale Machtdynamiken feministische Theorien und Praktiken? Transnationaler Feminismus ist eine kritische Verhandlung dieser Fragen und beruht auf der Arbeit zahlreicher Autor\*innen des postkolonialen Feminismus.<sup>77</sup> Mit der

---

<sup>76</sup> Anzumerken ist, dass Iijimas Ideen auf einer zweigeschlechtlichen Ordnung aufbauen, die ihr Verständnis über das Geschlechterverhältnis in Japan prägen. Ein solches binäres Verständnis der Geschlechterordnung selbst wird nicht in Frage gestellt (vgl. Butler, *Das Unbehagen der Geschlechter*).

<sup>77</sup> Vgl. Amos, Parmer, „Challenging Imperial Feminism“, 3-19; Grewal, Kaplan, „Introduction: Transnational Feminist Practices and Questions of Postmodernity“, 1-33; Mohanty, „Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses“, 333-358; Spivak, *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*.

in ihrer Positionsschrift angestoßenen Debatte über die Exklusivität der Frauenbefreiungsbewegung in Japan und der Frage nach mehr Inklusion reiht Iijima sich also ein in die Genealogie und in weiterhin aktuelle Debatten eines transnationalen Feminismus.

Iijima entwickelte aus der Hinterfragung institutioneller und internationaler Machtdynamiken einen Raum für die Artikulation und den Einbezug unterschiedlicher weiblicher Lebenswirklichkeiten in den Frauenbefreiungsdiskurs in Japan. Iijima grenzte sich mit ihrer feministischen Theorie von den nach Gleichstellung strebenden demokratischen und pazifistischen Frauenbewegungen der Nachkriegszeit und einem marxistisch-leninistischen Ideal der linken Frauenbefreiungsbewegungen ab und ebnete so den Weg für einen system- und regierungskritischen Feminismus, der etwa die radikale Frauenbefreiungsbewegung (*Ūman ribu*) in Japan hervorbrachte.

Schließlich verbleiben aber auch einige Punkte in Iijimas Theorie vage und bilden so den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen. Iijima stellt zwar einen Zusammenhang zwischen den in Japan operierenden Diskriminierungsstrukturen und einem japanischen (Neo-)Imperialismus in Asien her, doch verbleiben die Konsequenzen, die sie daraus ableitet, zunächst auf der Ebene eines asiatischen Bewusstseins und einer geforderten Solidarität mit allen asiatischen Frauen. So bleibt es zu prüfen, inwiefern Iijimas transnationaler Ansatz eine differenzierte, intersektionale Betrachtung von Diskriminierungserfahrungen im Kontext der Konferenz Asiatischer Frauen angestoßen hat. Eine eingehende Auseinandersetzung mit der weiteren Entwicklung der Konferenz Asiatischer Frauen könnte also wichtige Hinweise für einen kritischen transnationalen Feminismus liefern und zudem einen bedeutenden Teil feministischer Geschichte in Japan beleuchten.



## Literatur

- Amos, Valerie, Pratibha Parmar. „Challenging Imperial Feminism“. *Feminist Review*, Nr. 17 (Herbst 1984): 3-19.
- Ando, Takemasa. *Japan's New Left Movements. Legacies for Civil Society*. London und New York: Routledge, 2014.
- Butler, Judith. *Das Unbehagen Der Geschlechter*. Dt. Erstausgabe., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991.
- Carmichael, Stokely, und Charles V. Hamilton. *Black Power: Die Politik Der Befreiung in Amerika*. 1. Aufl. Stuttgart: Günther, 1968.
- Carmichael, Stokely. „Der schwarzen Befreiung entgegen.“ In *Black Power. Dokumente und Analysen*, herausgegeben von Gerhard Amendt, 34-48. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1970.
- Derichs, Claudia. *Japans Neue Linke. Soziale Bewegung und außerparlamentarische Opposition, 1957-1994*. Hamburg: Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, 1995.
- Endo, Ori. „Aspects of Sexism in Language.“ Übersetzt von Kumiko Fujimura-Fanselow. In *Japanese Women. New Feminist Perspectives on the Past, Present, and Future*, herausgegeben von Kumiko Fujimura-Fanselow und Atsuko Kameda, 29-42. New York: The Feminist Press at the City University of New York, 1995.
- Felber, Garret. „Malcolm X (1925-1965).“ In *Black Power Encyclopedia. From "Black is Beautiful" to Urban Uprisings. Volume 2: J-Z*, herausgegeben von Akinyele Umoja, Karin L. Stanford und Jasmin A. Young, 473-485. Santa Barbara, Kalifornien: Greenwood, 2018.
- Germer, Andrea. *Historische Frauenforschung in Japan: Die Rekonstruktion der Vergangenheit in Takamure Itsues „Geschichte der Frau“ (Josei no rekishi)*. München: Iudicium, 2003.
- Grewal, Inderpal, Caren Kaplan. „Introduction: Transnational Feminist Practices and Questions of Postmodernity.“ In *Scattered Hegemonies. Postmodernity and Transnational Feminist Practices*, herausgegeben von Inderpal Grewal und Caren Kaplan, 1-33. 5. Auflage. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1994.
- Harsch, Donna. „Communism and Women.“ In *The Oxford Handbook of the History of Communism*, herausgegeben von Steven Anthony Smith, 488-504. Oxford: Oxford University Press, 2014.
- Hellman, John. *Simone Weil. An Introduction to Her Thought*. Waterloo, Ontario: Wilfrid Laurier University Press, 1982.

- Himeoka, Toshiko. „Changes in Family Structure.” In *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, herausgegeben von Florian Coulmas, Florian et al., 235-253. Leiden: Brill, 2008.
- Iijima, Aiko. „Where Are We Headed? A Critical Analysis of Thirty Years of ,Women’s Policy‘ :“ In *Japanese Women Speak Out*, herausgegeben von ‘White Paper on Sexism – Japan’ Task Force, 68-81. Tokyo: Task Force, 1975.
- Iijima, Aiko. „Onna ni totte sabetsu to wa nani ka?“ [Was ist Diskriminierung für Frauen?]. In *Shiryō Nihon ūman ribu shi* [Dokumente zur Geschichte der radikalen Frauenbewegung in Japan], herausgegeben von Akiyo Mizoguchi, Yōko Saeki, Sōko Miki, 47- 53. Band 1. Kyoto: Shōkadō shoten, 1992 (1970).
- Iijima, Aiko. „Naze 'Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi' datta no ka“ [Warum war es die ,Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung‘?]. In *Zenkyōtō kara ribu e* [Vom Campusweiten Ausschuss für den gemeinsamen Kampf zur radikalen Frauenbewegung], herausgegeben von Onnatachi no ima o tou kai, 182-193. Tokyo: Inpakuto shuppankai, 1996.
- Iijima, Aiko. *Shinryaku=sabetsu no kanata e: aru feminisuto no hansei* [Über Invasion=Diskriminierung hinaus: Die halbe Lebenszeit einer Feministin]. Tokyo: Inpakuto shuppankai, 2006a.
- Iijima, Aiko. „‘Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi’ ni sankashiyō“ [Lasst uns teilnehmen an der Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung]. In *Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi shiryō shūsei* [Materialsammlung zu der Konferenz Asiatischer Frauen im Kampf gegen Invasion=Diskriminierung], herausgegeben von Shinryaku=sabetsu to tatakau Ajia fujin kaigi shiryōshō kankōkai, 4-5. Tokyo: Inpakuto shuppankai, 2006b (1970).
- Iijima, Aiko. „From Personal Experience to Political Activism in the 1970s: My View of Feminism“ [Übersetzt, kommentiert und mit einer Einleitung von Andrea Germer]. In *Gender, Nation and State in Modern Japan*, herausgegeben von Andrea Germer, Vera Mackie und Ulrike Wöhr, 290-306. London und New York: Routledge, 2014 (2004).
- Jeffries, Bayyinah S. „Nation of Islam”. In *Black Power Encyclopedia. From “Black is Beautiful” to Urban Uprisings. Volume 2: J-Z*, herausgegeben von Akinyele Umoja, Karin L. Stanford und Jasmin A. Young, 560-565. Santa Barbara, Kalifornien: Greenwood, 2018.
- Koikari, Mire. „Feminism and the Cold War in the U.S. Occupation of Japan, 1945–1952.” *The Asia-Pacific Journal* 9, Ausgabe 7, Nr.1 (2011): 253-262.
- Mackie, Vera. *Feminism in Modern Japan: Citizenship, Embodiment and Sexuality*. Cambridge: Cambridge University Press, 2003.
- Mohanty, Chandra Talpade. „Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses.” In *Boundary 2* 12/13 (1984): 333-358.

- Spivak, Gayatri Chakravorty. *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant, 2008 (1988).
- Urban, Urs. „Einleitung. Simone Weil.“ In *Texte zur Theorie der Arbeit*, herausgegeben von Jens Grimstein, Timo Skrandies und Urs Urban, 112-116. Stuttgart: Reclams Universal-Bibliothek, 2015.
- Scott, Joan Wallach. *Gender and the Politics of History*. New York: Columbia University Press, 1988.
- Shigematsu, Setsu. *Scream from the Shadows. The Women's Liberation Movement in Japan*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 2012.
- Tokoro, Mitsuko. „Yokan sareru soshiki ni yosete“ [Zur Organisation der Zukunft]. In *Waga ai to hangyaku* [Meine Liebe und Rebellion], 141-160. Tokyo: Zen'eisha, 1969.
- Weil, Simone. *Oppression and Liberty* [Orig. *Oppression et liberté*]. Übersetzt von Arthur Wills und John Petrie. London und New York: Routledge, Taylor & Francis e-Library, 2004 (1955).
- Yasko, Guy Thomas. „The Japanese Student Movement 1968-70: The Zenkyōtō Uprising.“ Dissertation, Cornell Universität. Michigan: UMI Dissertation Information Service, 1998.
- X, Malcolm. „After the Bombing“ [Mit einer Einleitung von George Breitman]. In *Malcolm X Speaks: Selected Speeches and Statements*, herausgegeben von George Breitman und Malcolm X, 157-177. London: Secker & Warburg, 1966 (1965).

### Teil III: Diskurse

## **Einleitung: *Words matter!* Diskursanalytische Ansätze in den Internationalen Beziehungen**

*Julia Gurol*

### **1. Einleitung: Words matter**

Diskurse gewinnen in der neueren außen- und sicherheitspolitischen Forschung sowie der internationalen politischen Realität zunehmend an Bedeutung. Narrative und Emotionen sind längst keine vernachlässigten Randkonzepte mehr, sondern zentrale Analyse Kriterien. Diskurse haben nicht nur die Macht, friedensfördernde sowie konfliktschürende Wirkungen zu entfalten, sie sind zudem in der Lage, (globale) Ungleichheiten zu kontestieren, aber auch zu reproduzieren, soziale Gruppen oder Individuen zu inkludieren sowie auszugrenzen und spielen damit in der breiteren IB-Forschung eine immer zentralere Rolle. Diskursforschung in den IB ist dabei ein dynamisches und heterogenes Feld, das sich über verschiedene Themen erstreckt. Interessant ist diese Verschiebung hin zu einer stärkeren Betrachtung von Diskursen und Narrativen in der IB-Forschung insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik – ein Forschungsfeld, das lange von rationalistischen, auf die Interessen von Akteuren abhebenden Erklärungen geprägt war (Nonhoff und Stengel 2014: 37).

Ziel dieses Beitrages ist es, einen Überblick über das Forschungsfeld zu geben sowie die diskursanalytischen Beiträge dieses Sammelbandes in dieses Forschungsfeld einzuordnen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf poststrukturalistisch inspirierten Diskursverständnissen, die eine kritische Betrachtung internationaler Politik ermöglichen und damit eine interessante, alternative analytische Perspektive zu dominanten erklärenden Ansätzen bieten.

Beginnen wir mit einer zentralen Frage: Was ist ein Diskurs? Die Definitionen diesbezüglich sind sehr heterogen. Die meisten Diskursanalytiker:innen jedoch stützen sich auf das grundlegende Diskursverständnis von Michel Foucault. Dieser versteht Diskurse als sprachliche und kommunikative Erscheinungen kollektiver, handlungsleitender und in die soziale Realität einzuordnende Formen von Wissen (Foucault 1991)<sup>1</sup>. Sprache wird demnach als Abbildung von oder konstitutiv für soziale und politische Realität angesehen. Entscheidend ist hierbei die Verknüpfung von Diskursen als alltägliche und kommunikative „Form sozialer Praxis“ (Wodak et

---

<sup>1</sup> Foucault prägte den Diskursbegriff bereits am 2. Dezember 1970 in seiner Antrittsvorlesung zum Thema „Ordnung des Diskurses“.

al. 1998: 42) mit der gesellschaftlichen Realität. Diskurse gelten demnach als Auslöser gesellschaftlicher Veränderungen. Gut zusammengefasst wurde diese Wechselwirkung von Zambrano (2015: 13): „Diskurse sind sozial determiniert und Diskurse konstituieren die Welt, so wie wir sie wahrnehmen.“ Dabei können Diskurse sowohl eine produktive als auch eine repressive Wirkung entfalten. Sie sind produktiv, wenn sie Subjekte, Objekte oder Praktiken sowie die Beziehungen zwischen ihnen definieren und damit die soziale Realität beeinflussen. Repressiv wirken Diskurse immer dann, wenn sie die soziale Realität maßgeblich konstruieren und damit alternative Sichtweisen verdrängen (Herschinger und Renner 2014: 10).

## **2. Kritische Diskursanalyse in den IB**

Innerhalb der Disziplin der IB verortet sich die Diskurstheorie vor allem im Kontext poststrukturalistischer Ansätze. Diesen Ansätzen ist es gemein, dass sie die Existenz einer fixierten Wahrheit ablehnen und stattdessen betonen, dass Wahrheit immer durch Diskurse bedingt wird: „conditioned by a discursive truth regime which specifies the criteria for judging something to be true or false (Torgin 2005: 14). Worte und Narrative sind also als Bedeutungskonstruktionen stets instabil und umkämpft. Somit untersucht ein poststrukturalistisch informierter diskursanalytischer Ansatz, wie die Bedeutung von Ideen und Handlungsweisen in machtdurchdrungenen Beziehungen konstruiert und immer wieder neu definiert wird (Derrida 1976; 1978). Hier zeigt sich, wie diskursanalytische Ansätze über eine quasi-positivistische Analyse der Rolle von Worten und Narrativen als „unabhängige Variablen“ hinausgehen. Während letztere Diskurse als erklärende Faktoren und somit als vorgängig und stabil betrachten, erkennen Diskursanalytiker:innen, die sich im Poststrukturalismus verorten an, dass Diskurse dauerhaft (re-)produziert, kontestiert und verändert werden.

In der kritischen Diskursanalyse wird versucht, Machtgefüge, die durch Diskurse entstehen, offenzulegen (Jäger & Jäger 207). Diskursanalysen ermöglichen somit eine kritische Betrachtung zentraler Themen internationaler Politik, wie Macht und Einfluss. Zum anderen stellen sie den politischen Charakter sozialer Realität heraus und bieten damit eine alternative analytische Perspektive zu dominanten erklärenden oder positivistischen Ansätzen.

Diskursanalytische Ansätze finden sich in der ganzen Bandbreite der IB-Forschung und ergänzen theoretisch-konzeptionelle Debatten in nahezu allen Forschungsfeldern der internationalen Politik (siehe beispielsweise Deitelhoff 2010). Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur stärkeren Verankerung interpretativer Ansätze in einer traditionell eher positivistisch-rationalistisch geprägten Disziplin (Herschinger und Renner 2014).

### 3. Diskursanalytische Beiträge in diesem Sammelband

Die diskursanalytischen Beiträge in diesem Sammelband wählen sehr unterschiedliche theoretische wie methodische Zugänge und bilden damit die Heterogenität diskursiver Ansätze in den IB ab.

*Anna Grimminger* diskutiert in ihrem Kapitel „Um Umgang mit der schwierigen Vergangenheit – ein Vergleich geschichtspolitischer Debatten zu Genozid in Deutschland und Indonesien“ anhand von politischen Reden und Interviews mit deutschen und indonesischen Staats- und Regierungschefs den Umgang beider Länder mit ihren genozidalen autoritären Vorgängerregimen.

*Laura Ehrlich* widmet sich in ihrem Beitrag dem deutschen Entwicklungsdispositiv unter der Agenda 2030. Sie zeigt auf wie der deutsche Entwicklungsdiskurs - basierend auf einem hierarchischen Dualismus zwischen Entwicklungs- und entwickelten Ländern - durch Institutionen und Praktiken materialisiert wird, die Entwicklungsländer einer sich von entwickelten Ländern unterscheidenden interventionistischen Außenpolitik unterziehen.

In ihrem Kapitel „Emotions in Transnational Reconciliation Processes: The Case of the Ovaherero and Nama and Germany“ befasst sich *Clara Stecklum* mit der affektiven Dimension von Versöhnungsprozessen und analysiert, wie die emotionale Erfahrung kolonialer Gewalt die Erwartungen und Bereitschaft von Opfergruppen zur Versöhnung beeinflusst. Mit dem Fokus auf Emotionen stellt sie damit ein Element ins Zentrum ihrer Analyse, das selten Betrachtung findet. Ihre Analyse zeigt auf, dass das affektive Fundament von Vergangenheitsbewältigung das Potenzial der zwischenstaatlichen Verhandlungen einschränkt und verknüpft damit makroanalytische Ansätze mit einer individuenzentrierten Perspektive.

Abschließend diskutiert *Lea Augenstein* in ihrem Beitrag „The Western Argument Wins: A Postcolonial Critique of Conceptions of Global Justice as Mutual Recognition“, Fragen nach dem Umgang mit Differenz in sozialen und politischen Kontexten. Sie argumentiert, dass eine Kultur des Widerstands und das Akzeptieren von Dissens die einzigen Möglichkeiten sind, um die Sichtweisen der Subalternen der Welt anzuerkennen und schlägt vor diesem Hintergrund vor, das Potential liberaler Theorien für gegenseitige Anerkennung und einen gerechten Umgang mit dem Anderen stärker auszuschöpfen.

#### **4. Zusammenfassung**

Zweifelsohne haben Diskurse in der IB-Forschung an Bedeutung gewonnen. Dabei steht im Zentrum weniger ein explanatorischer Ansatz, der zum Ziel hat, bestimmte Phänomene anhand von Ideen, Narrativen und/oder Diskursen zu erklären. Stattdessen verfolgen diskursanalytische Beiträge meist im Sinne des Poststrukturalismus einen interpretativen Ansatz, der zum Ziel hat, Machtstrukturen zu analysieren und zu dekonstruieren, die durch Diskurse (re)produziert werden. Die vorliegenden Beiträge zeigen sehr schön die Relevanz aber auch den Mehrwert der expliziten Analyse von Diskursen im Bereich außen- und sicherheitspolitischer Forschung und bringen die jeweiligen Diskurse in einen gesellschaftspolitischen und -historischen Kontext. Damit ermöglichen sie eine kritische Betrachtung internationaler Politik und bieten eine interessante, alternative analytische Perspektive zu dominanten erklärenden Ansätzen in den IB.



## Literatur

- Deitelhoff, Nicole (2010): „*Parallele Universen oder Verschmelzung der Horizonte*“? Zeitschrift für Internationale Beziehungen 17, S. 279–292.
- Derrida, Jacques (1976): *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques (1978): *Structure, Sign and Play in the Discourse of the Human Sciences. Writing and Difference*. Routledge Classics.
- Foucault, Michel (1991): *Die Ordnung des Diskurses*, 1. Ausgabe, Fischer Taschenbuch.
- Herschinger, Eva und Judith Renner (2014): *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos.
- Jäger, Siegfried (2015): *Kritische Diskursanalyse: eine Einführung*, 7. Auflage. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Nonhoff, Martin und Stengel, Frank A. (2014): „Poststrukturalistische Diskurstheorie und Außenpolitikanalyse. Wie lässt sich Deutschlands wankelmütige Außenpolitik zwischen Afghanistan und Irak verstehen?“, in: *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*, Herschinger, Eva and Renner, Judith (Hrsg.), Baden-Baden: Nomos, S. 37-74.
- Wodak, Ruth et al. (1998): *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt a.M.
- Zambrano, Romana Castro (2015): *Diskursanalyse und mentale Prozesse. Sprachliche Strategien zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität bei Hugo Chavez und Evo Morales*. Frankfurt a.M.

# Vom Umgang mit der schwierigen Vergangenheit – Ein Vergleich geschichtspolitischer Debatten zu Genozid in Deutschland und Indonesien

Anna Grimminger

„Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit.“

Marcel Proust<sup>1</sup>

## 1. Einleitung

„Deutungen der Vergangenheit sind immer auch ein Politikum.“<sup>2</sup> Sowohl Deutschland als auch Indonesien mussten und müssen sich als junge Demokratien zur Genozidvergangenheit des Vorgängerregimes verhalten. Die Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) gilt als eine Erfolgsgeschichte.<sup>3</sup> In Indonesien gibt es hingegen bis heute keine offizielle Entschuldigung im Namen der Republik Indonesiens (RI) für den Genozid 1965/66. Gesellschaftlich und politisch gelten die Verbrechen dort als Tabuthema.

Ziel dieser Arbeit ist die Rekonstruktion der zugrunde liegenden Muster staatlicher Geschichtspolitik der beiden Staaten anhand von relevanten Reden und Aussagen der Staatsoberhäupter innerhalb der ersten 20 Jahre nach dem Regimewechsel. Dabei sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede trotz verschiedener Kontexte herausgearbeitet werden. Deshalb wurde ein „most different system design“ gewählt.

Zunächst werden kurz die Begriffe Genozid und Geschichtspolitik diskutiert. Dann werden die Genozide und die Kontexte der Nachfolgeregime betrachtet. Darauf folgt die Erläuterung der Fallauswahl und der Methodik. Daraufhin folgt die detaillierte Betrachtung der Positionierung der Staats- und Regierungschef\*innen anhand von ausgewählten Kategorien, die sich aus der Literatur und den Quellen ergeben.

---

1 Zitiert nach Francois und Schulze 2001, 14.

2 Steinbach 2008.

3 Vgl. Schwelling 2009, 37.

## 2. Theoretische Einführung

### 2.1. Geschichtspolitik und Erinnerung

In Demokratien geschieht geschichtspolitisches Handeln in einem ständigen Wettstreit um die Deutung,<sup>4</sup> geleitet von „spezifische[m] Interesse“,<sup>5</sup> da Geschichtsbilder eine Legitimationsgrundlage von Politik sind.<sup>6</sup>

„Die Regierung fungiert [...] [in demokratischen Systemen] als Akteur geschichtspolitischer Auseinandersetzungen. Sie kann Gedenkveranstaltungen prägen, Gedenkstätten einrichten, Museen ausstatten, durch Reden Akzente setzen.“<sup>7</sup>

Robel nennt Geschichtspolitik performativ.<sup>8</sup>

### 2.2. Genozid, Geschichtspolitik und die junge Demokratie

Im Folgenden wird die Genozid-Definition von Fein zugrunde gelegt:

„Genocide is sustained purposeful action by a perpetrator to physically destroy a collectivity directly or indirectly, or through interdiction of the biological and social reproduction of group members, sustained regardless of the surrender or lack of threat offered by the victim.“<sup>9</sup>

Robel umschreibt die Herausforderung der diskursiven Verhandlung von Völkermord:

„Der Opfer eines Genozids zu gedenken, heißt, über spezifische Formen und Ausmaße von Gewalt zu sprechen. Dabei geht es zunächst um die Frage, inwieweit ein Ereignis von Massengewalt als solches Wahrgenommen wird, aber auch, wann und in welchem Kontext eigentlich was erinnert wird.“<sup>10</sup>

---

4 Vgl. Wolfrum 1999, 20.

5 Vgl. Wolfrum 1999, 25.

6 Vgl. Rensing 1994, 273.

7 Steinbach 2008.

8 Vgl. Robel 2013, 34f.

9 Fein 1993, 24.

10 Robel 2013, 25.

### 2.2.1. Die Rolle des Umbruchs

Regimewechsel eröffnen Räume für geschichtspolitische Auseinandersetzungen:<sup>11</sup> Laut Axer besteht erst durch das „Ende des Unrechtsstaates und/oder mit zunehmender zeitlicher Distanz [...] die ernsthafte Möglichkeit, staatliches Unrecht als solches zu benennen [...]“<sup>12</sup> Sie erklärt zudem, dass ein Umsturz eines Regimes und demokratische Transformation nicht ausreichen, um eine „dauerhafte stabile demokratische Ordnung zu begründen“. Vielmehr müssten die „politische Kultur der Diktatur und die durch sie geschaffenen Denk- und Handlungsmuster überwunden werden.“<sup>13</sup>

Wenn Gesellschaften an einem Scheideweg stehen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich die Repräsentationen der Vergangenheit wandeln, neu erschaffen werden oder verschwinden. Diese „entscheidende[n] Momente des Umbruchs“ intensivieren den Wettkampf um geschichtspolitische Deutungen.<sup>14</sup> Genozid wird laut Robel „als juristische, politische und geschichtspolitische Kategorie und Klassifikation [...] fortwährend [verhandelt].“<sup>15</sup> Deutschland und Indonesien nach den Regimewechseln 1945/1998 sind solche Übergangsgesellschaften. Beide Länder müssen sich mit ihrem Erbe von Gewalt und Autoritarismus auseinandersetzen.

### 2.2.2. Die Rolle von Staatsoberhäuptern und ihren Reden

Im Kontext von Umbruchssituationen sind Staats- und Regierungschef\*innen wichtige Handelnde der Geschichtspolitik. Ihre Reden als Repräsentant\*innen eines demokratischen Systems geben laut Kiel „– indirekt – auch Aufschluss über die Bevölkerung, die diese Repräsentanten gewählt und geduldet hat [...]“<sup>16</sup> und sind ein Mittel der Geschichtspolitik, welche

„brauchbare Indizien für die jeweilige allgemeine Befindlichkeit, für politische Zielvorstellungen, für die offizielle Gemütslage, für den Mainstream des öffentlichen Bewusstseins – auch oder gerade dort, wo bestimmte [...] Ereignisse nicht oder nur in unverfänglicher Umschreibung benannt werden.“<sup>17</sup>

---

11 Vgl. Zurbuchen 2005, 3.

12 Axer 2011, 42.

13 Axer 2011, 49.

14 Vgl. Zurbuchen 2005, 8.

15 Vgl. Zurbuchen 2005, 9; Robel 2013, 12.

16 Kiehl 2001, 11; Schmalzer 2013, 129.

17 Kiehl 2001, 12; siehe auch Rensing 1994, 275.

Dabei ist nicht nur direkte Kommunikation relevant, auch die Anwesenheit bei bestimmten Anlässen kann als eine politische Geste verstanden werden;<sup>18</sup> so kann auch die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen Ausdruck des Geschichtsverständnis einer Regierung sein.<sup>19</sup>

### **2.2.3. Paradigmen der Transitionsforschung**

In der politikwissenschaftlichen Transitionsforschung gibt es zwei konträre Paradigmen in Bezug auf den Umgang mit autoritärer und gewaltsamer Vergangenheit durch die Nachfolgeregime. Eine Seite argumentiert für die zwingende Notwendigkeit des Befassens mit der negativen Vergangenheit, um die Entstehung einer Staatsbürgerkultur als Bedingung der Konsolidierung einer jungen Demokratie zu fördern. Die andere Seite führt aus, dass die Stabilität junger Demokratien durch eine umfassende und radikale Aufarbeitung gefährdet sei. Politiker\*innen junger Demokratien stehen also vor einem „grundsätzlichen Dilemma der Vergangenheitsaufarbeitung“, dem „Spannungsverhältnis zwischen Aufarbeitung und Systemstabilität“.<sup>20</sup> Hinzu kommt, dass sowohl die Auseinandersetzung mit der negativen Vergangenheit als auch die Unterdrückung dieser destabilisierend auf ein demokratisches System wirken können.<sup>21</sup>

## **3. Die Genozide und Kontexte**

### **3.1. Deutschland**

Der Nationalsozialismus unter Adolf Hitler zeichnete sich durch die geplante und industriell betriebene Ermordung der jüdischen Bevölkerung, Minderheiten und Systemkritiker\*innen aus.<sup>22</sup> Wenige Wochen nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler 1933 wurden erste Konzentrationslager (KZ) eröffnet.<sup>23</sup> Hitler baute währenddessen den deutschen Staat zu einer Diktatur um.<sup>24</sup>

Die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“ und die Eroberung neuen „Lebensraums“, waren zentrale Ziele des Nationalsozialismus.<sup>25</sup> Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde

---

18 Vgl. Jessen 2006.

19 Vgl. Mihr 2018, 183.

20 Vgl. Schmidt, G. Pickel und S. Pickel 2009, 9f.

21 Vgl. Schmidt, G. Pickel und S. Pickel 2009, 19; Solomon 2004, xiii.

22 Nicht nur die jüdische Bevölkerung sowie religiöse und ethnische Minderheiten wurden verfolgt. Auch politisch Andersdenkende, Menschen mit Behinderung, Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangene, homosexuelle Menschen und Mitglieder der Katholischen Kirche gehörten zu den Opfern des Nationalsozialismus (Vgl. Yad Vashem o.J.).

23 Vgl. Jones 2017, 325ff.

24 Vgl. Jones 2017, 321.

25 Vgl. o.A. 2010.

das System der KZs umfassend ausgebaut, um dieser Aufgabe nachzukommen. Die Zahl der darin inhaftierten Personen wird auf ca. sieben Millionen Menschen geschätzt, von denen nur ca. eine halbe Million überlebten.<sup>26</sup> Auch außerhalb der Lager wurden Menschen von sog. Einsatzgruppen systematisch liquidiert.<sup>27</sup>

Im Mai 1945 endete die Herrschaft des Nationalsozialismus mit der Kapitulation und Niederlage. Die Demokratisierung und Entnazifizierung begannen. 1949 bildeten sich die BRD und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) als zwei deutsche Staaten.<sup>28</sup> Die offizielle deutsche Geschichtspolitik durch eine deutsche Regierung setzte 1949 mit der Gründung der BRD ein.

### 3.2. Indonesien

Der Völkermord<sup>29</sup> am linken politischen Spektrum in Indonesien wurde am 30. September 1965 ausgelöst, als sechs Generäle und ein Leutnant der indonesischen Armee entführt und ermordet wurden. Die Täter\*innen waren ebenfalls Armeeangehörige. Kurz darauf folgte die Niederschlagung des vermeintlichen Putschversuchs unter dem General und späteren Präsidenten Suharto. Die Umstände dieses versuchten Staatsstreiches konnten bis heute nicht abschließend geklärt werden.<sup>30</sup>

Vor dem Putschversuch konkurrierten Sukarno-Anhänger\*innen, das Militär und die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI, Partai Komunis Indonesia) um die Macht. Sukarno war Mitbegründer der blockfreien Bewegung und verabschiedete unter seiner Politik der geführten Demokratie (Demokrasi Terpimpin) umfassende Landreformen, welche von der PKI offensiv umgesetzt wurde und durch die einflussreiche landbesitzende Personen mit Enteignungen zu rechnen hatten.<sup>31</sup>

In Folge des Gegenputschs unter Suharto verlor Sukarno seine Macht und eine allgemeine Abneigung gegen das linke Spektrum schlug in Gewalt um. Insbesondere richtete sich das da-

---

26 Vgl. o.A. 2005.

27 Vgl. Yad Vashem o.J.

28 Vgl. o.A. o.J..

29 In Indonesien wurden in der Vergangenheit, neben dem hier skizzierte Massenmord an vermeintlich linken Personen, weitere Genozide verübt: Der Genozid an der chinesisch-stämmigen Bevölkerungsminderheit, an der Bevölkerung von Osttimor und an der Bevölkerung in Papua (Vgl. Vltchek 2017).

30 Vgl. Zurbuchen 2002, 565ff; Cribb 1990, 3; Robinson 2018, 66.

31 Vgl. Kuddus 2017, 52ff; Leksana 2019, 71.

rauffolgende Morden gegen die Anhängerschaft der PKI und mit ihr assoziierter Organisationen, welche für den Mord an den Generälen am 30. September verantwortlich gemacht wurden.<sup>32</sup>

Zur Tätergruppe gehörten sowohl Militärs als auch Teile der Zivilbevölkerung.<sup>33</sup> Melvin argumentiert 2017 anhand von Akten aus Militärarchiven, dass die Morde im Rahmen einer bewussten Kampagne des indonesischen Militärs eingeleitet und umgesetzt wurden.<sup>34</sup>

Die Schätzungen der Opferzahlen divergieren stark. Mindestens eine halbe Million und bis zu drei Millionen Menschen sollen zwischen 1965 und 66 ermordet worden sein.<sup>35</sup> Zudem wurden Hunderttausende festgenommen, gefoltert und ohne Gerichtsurteil inhaftiert.<sup>36</sup> Das Morden wurde begleitet von einer Stigmatisierung des gesamten linken Spektrums und allen, die mit ihm in Verbindung gebracht wurden.<sup>37</sup> Im Zuge des Genozids wurde die politische Linke ausgelöscht.<sup>38</sup>

Der Genozid markiert den Beginn der Herrschaft des autoritären Suharto-Regimes.<sup>39</sup> Während seiner Regierungszeit, der sog. Neuen Ordnung (Orde Baru), konnte Suharto als Präsident die staatliche Geschichtspolitik nach seinen Vorstellungen beeinflussen. 1998 gab er die Macht freiwillig im Zug der Asienkrise und eines beginnenden Demokratisierungsprozesses (Reformasi) ab.<sup>40</sup> Die erste demokratische Wahl in Indonesien nach dem Regimewechsel fand 1999 statt, dies markiert den Beginn des Untersuchungszeitraums, da, wie bereits ausgeführt, demokratische Legitimierung ein Präsidialamt prägt.

---

32 Vgl. Zurbuchen 2002, 565; Kuddus 2017, 54.

33 Vgl. Hearman 2015, 95; Kuddus 2017, 55.

34 Vgl. Melvin 2017.

35 Meist werden in der Literatur Opferzahlen von 500.000 bis 1 Mio. genannt (Vgl. Hearman 2015, 95; Zurbuchen 2005, 14; Cribb 1990).

36 Vgl. Schiel 2015, 102.

37 Zu den Opfern gehörten nicht jedoch nicht nur vermeintliche Anhänger\*innen und Unterstützer\*innen der politischen Linken die auch als Atheist\*innen diffamiert wurden, sondern auch Angehörige der chinesischstämmigen Minderheit (Vgl. Melvin 2017, 489ff; Leksana 2019, 72).

38 Vgl. Kuddus 2017, 45.

39 Vgl. Hearman 2015, 94.

40 Während Suharto bis zu seinem Tod ein unbehelligtes Leben als wohlhabende und respektierte Persönlichkeit in Indonesien führte (Vgl. Kuddus 2017, 72).

### 3.3. Ähnliche Erfahrung – unterschiedliche Kontexte

Die jüdische Shoa ist der paradigmatische Genozid der Menschheitsgeschichte.<sup>41</sup> Auch die Geschehnisse in Indonesien 1965/66 werden als Genozid qualifizieren.<sup>42</sup> Beide gelten als zwei der schlimmsten und weitreichendsten Massenmorde des 20. Jahrhunderts.<sup>43</sup> Der Vergleichspunkt der beiden Fälle für diese Arbeit ist ihre jeweilige genozidale Vergangenheit und die folgende Phase der demokratischen Konsolidierung nach dem Regimewechsel. Die jeweiligen Kontexte sind hingegen sehr unterschiedlich:

Deutschland als Staat in Westeuropa und das indonesische Archipel in Südostasien sind räumlich rund 10.000 km voneinander entfernt. Darüber hinaus weisen die beiden Länder geschichtlich sehr unterschiedliche Biografien auf: Deutschland als ehemalige Kolonialmacht und Indonesien als ehemalige Kolonie. In Deutschland folgte der Regimewechsel 1945 unmittelbar auf den Genozid, wohingegen das Suharto-Regime in Indonesien mit dem Genozid seinen Anfang nahm und erst Jahrzehnte später endete. Während das Hitlerregime durch die Niederlage im 2. Weltkrieg gezwungen wurde die Macht abzugeben, tat Suharto dies freiwillig. Durch die Kriegsniederlage und die Besetzung wurde die deutsche Bevölkerung genötigt sich mit den Gräueltaten der Naziregimes auseinanderzusetzen. Dementgegen gab es in Indonesien keinen verlorenen Krieg, keine Teilung des Landes und keine Besetzung durch fremde Truppen.<sup>44</sup> Folglich gab es auf dem Archipel kaum internationales Interesse am Genozid und so auch keinen Druck der internationalen Gemeinschaft sich mit dem Thema beschäftigen, wohingegen das internationale Interesse an der Shoa enorm war und ist. Auch in der Wissenschaft sind die beiden Genozide unterschiedlich stark präsent.

Nach dem Umbruch gab es in beiden Ländern „Räume für ein neues politisches Klima“.<sup>45</sup> Zudem ähnelt die Anfangsphase der BRD ohne staatliche Souveränität bis 1955 der Demokratiefindung in Indonesien nach 1998, da sich beide Staaten in einer Transformationsphase befanden. In beiden Ländern mussten mehrheitsfähige Regierung damit umgehen, dass ein Großteil ihrer Wähler\*innen in Deutschland Hitler demokratisch gewählt und vom Naziregime profitiert haben bzw. in Indonesien am Genozid beteiligt waren oder davon profitierten. „Eine Vergangenheitspolitik die majoritätsfähig sein wollte, durfte dieses Faktum nicht ignorieren, mußte

---

41 Vgl. Jones 2017, 318–37.

42 Vgl. Melvin 2017, 487.

43 Vgl. Zurbuchen 2005, 14; Melvin 2017, 505.

44 Vgl. Habibie 2009, 12.

45 Vgl. Keller 2015, 9.



[sic!] es aber wie ein Geheimnis behandeln.“<sup>46</sup> Der dritte Präsident der RI Bacharuddin Jusuf Habibie äußerte sich dazu:

„[I]n zwei Punkten ähnelten sich die Herausforderungen [Deutschlands und Indonesiens] doch. In beiden Fällen galt es, sowohl die Erbschaft eines autoritär und diktatorisch geführten sowie zentralistisch organisierten Staates so rasch wie möglich zu überwinden und den Staat mit allen Konsequenzen in eine dezentralisierte, funktionierende Demokratie umzuwandeln, als auch die Grundlagen für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der zusammengebrochenen Wirtschaft zu legen.“<sup>47</sup>

#### 4. Methodik

Ziel dieser Arbeit ist die Rekonstruktion der zugrundeliegenden Muster staatlichen Geschichtspolitik zweier Staaten. Dabei sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede trotz verschiedenster Kontexte herausgearbeitet werden. Deshalb wurde mit Deutschland und Indonesien geographisch, zeitlich und geopolitisch sehr unterschiedliche Fälle als „most different system design“ gewählt<sup>48</sup> Dadurch soll eine neue Perspektive zu Genozidforschung eingenommen werden, um übergreifende Muster im Umgang junger Demokratien mit ihrer autoritären Vergangenheit zu identifizieren und so Bewältigungsprozesse besser zu verstehen. Die Fallauswahl ist zudem ein Versuch, die anhaltende Ethnozentriertheit in der vergleichenden Politikwissenschaft zu überwinden.<sup>49</sup> Das Analyseverfahren entspricht der qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring.

Zum Ausgangsmaterial zählen alle Reden, Aussagen und symbolische Handlungen der Staats- und Regierungschef\*innen Deutschlands und Indonesiens im jeweiligen Untersuchungszeiträumen (Deutschland 1949-1969, Indonesien 1999-2019) mit implizitem oder explizitem Bezug auf die genozidale Vergangenheit der Länder. Die Analyse beschränkt sich für

---

46 Frei 1996, 405.

47 Habibie 2009, 12.

48 Vgl. Aarebrot und Bakka Pal 2003, 68.

49 Vgl. Berg-Schlosser und Müller-Rommel 2003, 13.

Deutschland auf die BRD.<sup>50</sup> Die Auswahl der Texte wurde auf Basis der Rezeption der Aussagen in der Literatur und einer systematischen online Schlagwortsuche getroffen.<sup>51</sup>

## 5. Vergleich

Die Reden von Staats- und Regierungschef\*innen bilden den Wandel im Verständnis der eigenen Geschichte eines Landes ab, sie entsprechen der offiziellen Geschichtsschreibung eines Staates.<sup>52</sup> Im Folgenden wird herausgearbeitet, wie und ob die Staats- und Regierungschef\*innen von BRD und RI die Verbrechen der Vergangenheit und der eigenen Bevölkerung benennen und bewerten; und wie sie sich – und damit ihrer Bevölkerung – gegenüber der genozidalen Vergangenheit positionieren. Die Leitfrage ist, ob sich ähnliche Strategien zwischen deutschen und indonesischen Staatsfrauen und -männern identifizieren lassen.

Name	Amtszeit
<b>Deutschland (BRD) – Bundeskanzler</b>	
Konrad Adenauer	1949-1963
Ludwig Erhard	1963-1966
Kurt Georg Kiesinger	1966-1969
<b>Deutschland (BRD) – Bundespräsidenten</b>	
Theodor Heuss	1949-1959
Heinrich Lübke	1959-1969
<b>Indonesien – Präsident*innen</b>	
Abdurrahman Wahid (Gus Dur)	1999-2001
Megawati Sukarnoputri	2001-2004
Susilo Bambang Yudhoyono (SBY)	2004-2014
Joko Widodo (Jokowi)	2014-2024 (voraussichtlich)

Tabelle 1: Übersicht der deutschen und indonesischen Staats- und Regierungschef\*innen deren Reden für den Vergleich herangezogen wurden.

50 Entsprechend bezieht sich Deutschland im Folgenden ausschließlich auf die BRD und nicht auf die DDR. Eine Betrachtung der Geschichtspolitik Deutschlands ohne die DDR ist lückenhaft. Dies ist eine Limitierung dieser Arbeit. In der BRD und der DDR kam es zu einer „geteilten Vergangenheit“ und zu einem geschichtspolitischen Deutungskampf (Vgl. Wolfrum 2010, 24f).

51 Insbesondere für die BRD liegt exzessive Sekundärliteratur vor (Vgl. Jones 2017, 45f). Im Falle der indonesischen Präsident\*innen ist die Menge an Primär- und Sekundärliteratur gering (Vgl. Eickhoff et al. 2017, 534), weshalb zusätzlich für beide Fälle eine systematische online Schlagwortsuche durchgeführt wurde.

52 Vgl. Schmalzer 2013, 5–7.

## **5.1. Unterschiede: Quantität und Qualität**

### **5.1.1. Der quantitative Unterschied**

Die Recherche zur Auswahl der Primärquellen hat ergeben, dass es deutlich weniger Aussagen von indonesischen Präsident\*innen gibt als von deutschen Bundeskanzlern und -präsidenten. Die öffentliche Thematisierung des Genozids durch Staatsoberhäupter ist also in Indonesien quantitativ deutlich geringer als in der Bundesrepublik. Entsprechend können im Folgenden weniger Aussagen der indonesischen Regierungsführung den deutschen gegenübergestellt werden. Insgesamt ist der Anteil von Reden, die sich ausdrücklich mit der genozidalen Vergangenheit beschäftigen, in der BRD gering<sup>53</sup> und in Indonesien kaum vorhanden.

### **5.1.2. Entschuldigungen und Anerkennung der Genozide**

In der BRD wurde von allen Bundeskanzlern und -präsidenten zwischen 1949 und 1969 der Genozid anerkannt, etwa durch Konrad Adenauer 1949:

„Das deutsche Volk ist gewillt, das Unrecht, das in seinem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, soweit wiedergutzumachen, wie dies nur möglich ist, nachdem Millionen Leben unwiederbringlich vernichtet sind.“<sup>54</sup>

Theodor Heuss erkannte als Bundespräsident ebenfalls mehrmals und deutlich den Genozid an der jüdischen Bevölkerung an, so auch 1952 bei einer Rede in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen:

„Wer hier als Deutscher spricht, muß [sic!] sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen.“<sup>55</sup>

Bundeskanzler Ludwig Erhard äußerte sich 1963 ähnlich:

---

53 Vgl. Rensing 1996, 36.

54 Heuss 1949.

55 Heuss 1952.

„Wir haben die Schuld, die während jener tragischen zwölf Jahre der Gewaltherrschaft im Namen Deutschlands allen Deutschen aufgebürdet wurde, schonungslos offenbart.“<sup>56</sup>

Auch Kurt Georg Kiesinger hat 1966 als Kanzler über die Shoa gesprochen:

"Unter Mißbrauch [sic!] des Namens unseres Volkes sind gegen jüdische Menschen grauenhafte Verbrechen begangen worden."<sup>57</sup>

In Indonesien gab es zwischen 1999 und 2019 nur eine öffentliche Entschuldigung und damit Anerkennung des Genozids eines Staatsoberhauptes im Amt; nämlich von Gus Dur (alias Abdurrahman Wahid) 2000:

„Ich entschuldige mich für die Morde an Menschen, die beschuldigt werden, Kommunisten zu sein. Viele dieser Menschen waren nicht schuldig [...]“<sup>58</sup>

Seine Nachfolger\*innen Megawati Sukarnoputri und Susilo Bambang Yudhoyono äußerten sich während ihrer Amtszeit nicht direkt dazu. Der amtierende Präsident Joko Widodo (Jokowi) erklärte 2015, dass es für ihn bisher keinen Grund für eine Entschuldigung hinsichtlich der Morde von 1965/66 gäbe.<sup>59</sup>

Dies zeigt, dass es große Abweichungen bezüglich Quantität der Auseinandersetzung mit der genozidalen Vergangenheit zwischen der BRD und RI gibt. Zudem unterscheidet sich auch die Qualität der Beschäftigung mit der Vergangenheit, da in der BRD von allen Staats- und Regierungschefs im Untersuchungszeitraum der Genozid anerkannt wurde, während in Indonesien dies nur von einem der vier Präsident\*innen – und auch nur einmalig – getan wurde.

## **5.2. Gemeinsamkeiten: Ein Schritt nach vorne und einer zurück**

### **5.2.1. Bemühungen zur ernsthaften Auseinandersetzung durch die ersten Amtsträger**

Sowohl in der BRD als auch in der RI haben sich die beiden jeweils ersten demokratisch gewählten Amtsträger nach dem Ende des autoritären Regimes besonders um die Aufarbeitung

---

56 Erhard 1963, 4208.

57 Kiesinger 1967, 8.

58 Wahid, 2000a.

59 Widodo 2015.

der genozidalen Vergangenheit bemüht. Heuss und Wahid haben zur Erinnerung und Versöhnung gemahnt; und die genozidale Vergangenheit immer wieder erwähnt.

Gus Dur äußerte sich bei der bereits erwähnten Entschuldigung: „Ich habe mich schon oft entschuldigt [...]“.“<sup>60</sup> Gus Dur war auch um Aufarbeitung und Wiedergutmachung bemüht. Er schlug vor das Verbot marxistisch-leninistischer und kommunistischer Ideen aufzuheben, womit er jedoch scheiterte.<sup>61</sup> Zudem lud er politisch Exilierte ein, wieder nach Indonesien zurückzukehren.<sup>62</sup> Darüber hinaus thematisierte er immer wieder den Völkermord, wenn auch sehr vorsichtig und indirekt; so etwa bei seiner Rede zur Lage der Nation 2000, wo er zu Versöhnung und Dialog mahnt:

„[E]s ist traurig zu erfahren, dass es uns nach mehr als fünfzig Jahren Unabhängigkeit immer noch nicht gelungen ist, die Beziehungen unter und zwischen verschiedenen Gruppen, Ethnien, Rassen und religiösen Anhängern zu gestalten. Es ist zu bedauern, dass Blutvergießen, Rache und Hass in den Herzen [...] noch immer groß sind [...]. Unsere Aufgabe ist es daher, die gruppeninternen Beziehungen in einem kreativeren und humaneren Format neu zu gestalten. Wir müssen eine nationale Agenda formulieren, die als Forum für Versöhnungen, Dialoge und Kommunikation genutzt werden soll, um die Beziehungen unter und zwischen Teilen der Gesellschaft in verschiedenen Regionen wiederherzustellen. Wir müssen auch die Erzeugung einer kulturellen Antwort auf den Zusammenbruch der politischen Kommunikation in unserer Gesellschaft [...] fördern.“<sup>63</sup>

Der erste deutsche Präsident Heuss hat sich ebenfalls bemüht, die NS-Zeit zu thematisieren. Dabei ging er, ähnlich wie Wahid, mit einer gewissen Zurückhaltung vor.<sup>64</sup> Die Rede in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen stellt dabei eine der wenigen dar, in der er sich ausdrücklich mit der Shoa beschäftigte:

---

60 Wahid 2000a.

61 Vgl. Kuddus 2017, 68f.

62 Vgl. Zurbuchen 2002, 571.

63 Wahid 2000b.

64 Vgl. Rensing 1996, 36.

„die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah. [...] Und dies ist unsere Scham [...]. Diese Scham nimmt uns niemand, niemand ab.“<sup>65</sup>

In Bergen-Belsen stellt Heuss einmalig den Zusammenhang her, dass die Verantwortung beim deutschen Volk liege.<sup>66</sup>

Keine indonesische Präsident\*in nach Wahid hat den Genozid von 1965/66 so direkt und deutlich hinterfragt. Verglichen mit Heuss Aussagen zum Holocaust sind Wahids Aussagen weniger eindringlich und beschäftigen sich nur implizit mit der Thematik. Zur Einordnung ihrer Aussagen ist der internationale Kontext ihres Handelns relevant.<sup>67</sup> Während in Deutschland internationale Aufmerksamkeit und Druck durch die Besatzungsmächte ausgeübt wurde,<sup>68</sup> gab es in Indonesien keinen äußerlichen Zwang, sich mit dem Genozid öffentlich zu beschäftigen.<sup>69</sup>

## **5.2.2. Rückschritte der Aufarbeitung**

### **5.2.2.1. Gewollte Amnesie**

Gus Durs Nachfolgerin Megawati hat während keines öffentlichen Auftritts den Genozid von 1965/66 explizit während ihrer Präsidentschaft erwähnt. Sie sprach mehrmals abstrakt die Notwendigkeit der Beschäftigung mit der Menschenrechtssituation an, ohne darauf einzugehen, auf welche Geschehnisse sie sich bezieht.<sup>70</sup>

„Unsere turbulente nationale Geschichte hat zu vielen bitteren Erinnerungen geführt, die individuell geklärt werden müssen. Um Probleme mit Menschenrechtsverletzungen zu lösen, welche ein Erbe dieser Vergangenheit sind [...].“<sup>71</sup>

---

65 Heuss 1952.

66 Vgl. Rensing 1996, 39f.

67 Den Einfluss von internationalem Druck oder die Abwesenheit dessen auf die Aufarbeitung genozidaler Verbrechen betonen Eickhoff, van Klinken und Robinson (2017, 454).

68 Vgl. Romeike 2016, 16; Wolfrum 2009, 366.

69 Vgl. Skretteberg 2015.

70 Vgl. Sukarnoputri 2001; 2002; 2003b.

71 Sukarnoputri 2003a, 9.

Auch ihr Nachfolger im Präsidentialamt, Susilo Bambang Yudhoyono (SBY), hat die Verbrechen nie direkt erwähnt. SBY hat sich ebenfalls abstrakt auf Menschenrechtsverletzungen bezogen, ohne auf spezifische Ereignisse einzugehen und dies auch nur einmalig in Form einer Regierungserklärung 2005:

„Wir beseitigen den Missbrauch von Macht und Autorität, Verletzungen der Menschenrechte, Korruption, Absprachen und Vetternwirtschaft. Reform bedeutet nicht, dass wir die gesamte bestehende Ordnung aufheben. Die Essenz der Reform ist Kontinuität und Wandel. Reform bedeutet, die staatliche Lebensordnung in eine bessere Richtung zu lenken. [...] Die Regierung trägt in der Tat die Last ungelöster Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben.“<sup>72</sup>

In den übrigen jährlichen Regierungserklärungen seiner Amtszeit wurde die Thematik nicht einmal abstrakt erwähnt.

SBYs Nachfolger Joko Widodo hat sich während des Präsidentschaftswahlkampfes 2014 als Verfechter von Menschenrechten inszeniert. In seiner Wahlkampfdoktrin der Neun Träume (Nawa Cita)<sup>73</sup> hat er implizit universelle Menschenrechte, Vielfalt und den Pluralismus Indonesiens bekräftigt. Das neunte Prinzip der Doktrin fordert Toleranz, Diversitätserziehung und die Schaffung eines Raums für Dialog zwischen den Bürgern.<sup>74</sup> Nach seiner Wahl hat Jokowi sich jedoch kaum dazu geäußert. Relevant ist seine Rede zum 73. Jubiläum des Bestehens der indonesischen Streitkräfte 2018:

„Als Oberbefehlshaber der Armee, der Marine und der Luftwaffe bin ich bei Ihnen, um die Einheitsrepublik Indonesien, die Pancasila [Staatsideologie], die Verfassung von 1945 und das Prinzip der Einheit in Vielfalt zu schützen. Gemeinsam Brüder und Schwerstern werden wir gegen andere Ideologien als die der Pancasila, dem Kommunismus und dem Erbe der PKI kämpfen, damit diese für immer aus Indonesien verschwinden.“<sup>75</sup>

---

72 Yudhoyono 2005, 2, 5.

73 Siehe Widodo 2014.

74 Vgl. Harsono 2016.

75 Widodo 2018.

Widodo bestärkt mit dieser Aussage die Täter\*innen des Genozids am linken politischen Spektrum und legitimiert Gewalt an und anhaltende Angst vor der Linken. Zusammen mit seiner 2015 Verweigerung der Anerkennung der Notwendigkeit einer Entschuldigung stellt dies einen extremen Rückschritt der indonesischen Aufarbeitung des Völkermords dar. Während Gus Dur sich um eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit bemühte und seine direkte Nachfolgerin Megawati und deren Nachfolger SBY die Thematik öffentlich ignorierten, legitimiert Jokowi den Genozid durch seine Aussagen. Robinson beschreibt dieses Verhalten mit einem Schritt nach vorne von Gus Dur und einem Schritt zurück von Jokowi.<sup>76</sup>

Der Umgang mit der Shoa durch die deutschen Kanzler und Präsidenten ist ebenfalls von Fort- und Rückschritten geprägt. So äußerte Ludwig Erhard 1965:

„Alle Generationen unseres Volkes tragen zwar an den Folgen einer im deutschen Namen von 1933 bis 1945 geübten Politik. Die Bezugspunkte in der Arbeit des 5. Deutschen Bundestages und der Politik der Bundesregierung dürfen dennoch nicht mehr der Krieg und die Nachkriegszeit sein. [...] Die Nachkriegszeit ist zu Ende!“<sup>77</sup>

Damit versucht Erhard einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.<sup>78</sup>

Auch Bundespräsident Heinrich Lübke argumentierte in diese Richtung, als er 1965 vor dem KZ-Mahnmal in Bergen-Belsen erklärte

„wir könnten heute unser Schulbuch schließen [...],“ und „unsere Bereitschaft zur Selbstreinigung“ und Verbrechen, die „in unserem Namen geschah“ sollen „ständiger Antrieb zum Guten“ sein.<sup>79</sup>

Auch dies kann als eindeutiger Rückschritt im Vergleich zu seinem Vorgänger Heuss verstanden werden.<sup>80</sup>

---

76 Vgl. Ahsan 2018.

77 Erhard 1965, 17.

78 Vgl. Borowsky 2002.

79 Lübke 1965, 569.

80 Vgl. Schmalzer 2013, 49.



Es zeigt sich also, dass sowohl in Indonesien als auch in Deutschland auf eine Phase der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der genozidalen Vergangenheit eine Phase des versuchten Vergessens folgte. Bei Regierungen haben sich also um eine (Teil-) Amnesie der genozidalen Vergangenheit bemüht, dabei werden jedoch qualitative Unterschiede deutlich.

#### **5.2.2.2. Betonung der anderen Opfer**

Der erste deutsche Kanzler Adenauer betonte bereits in seiner Antrittsrede 1949, die Rolle, die deutsche Kriegsgefangene und Vertriebene für seine Politik spielen:

„Deutschland wird nunmehr durch seine staatliche Neugestaltung in die Lage versetzt, sich der Frage der deutschen Kriegsgefangenen und Verschleppten mit größerer Stärke anzunehmen als bisher. In Rußland [sic!] werden noch Millionen von Kriegsgefangenen zurückgehalten. [...] Das Geschick dieser Millionen Deutscher, die jetzt schon seit Jahren das bittere Los der Gefangenschaft getragen haben, ist so schwer, das Leid ihrer Angehörigen in Deutschland so groß, daß [sic!] alle Völker mithelfen müssen, diese Gefangenen und Verschleppten endlich ihrer Heimat und ihrer Familie zurückzugeben.“<sup>81</sup>

Auch sein Nachfolger Erhard sprach in einer Regierungserklärung 1963 ausführlich über die „Kriegsopferversorgung“ und nennt dabei die Wiedereingliederung von Vertriebenen, Flüchtlingen, Kriegsgeschädigten, ehemaliger Kriegsgefangenen und politischer Häftlinge als wichtige Ziele. Er betonte dabei das „Gebot der Stabilität“ zu beachten.<sup>82</sup> Kanzler Kurt Georg Kiesinger lobt 1969 die Leistung der Deutschen im 2. Weltkrieg:

„Ich habe darauf hingewiesen, daß [sic!] unsere Soldaten in zwei Weltkriegen Ungeheuerliches zugemutet worden ist, daß [sic!] sie in zwei Weltkriegen Ungeheures an Opfermut und Einsatz geleistet haben und dieser ihrer Leistung eine jammervolle und elende Politik gegenüberstand, die sie in einen vergeblichen Tod getrieben hat [...].“<sup>83</sup>

---

81 Adenauer 1949.

82 Vgl. Erhard 1963, 4203.

83 Kiesinger 1979, 285.

Auch Bundespräsident Lübke legte den Fokus auf die Deutschen als Opfer des Nationalsozialismus und spricht etwa 1965 nicht von den begangenen Gräueltaten:

„Die Zahl der deutschen Opfer, die hingerichtet oder inhaftiert wurden, übersteigt die Zahl der Henker um ein Vielfaches.“<sup>84</sup>

Der indonesische Präsident und ehemalige Militär Yudhoyono hat, im Gegensatz zu seinen Vorgänger\*innen Wahid und Megawati,<sup>85</sup> die Zeremonie zum „Tag der Heiligen Staatsideologie Pancasila“ (Hari Kesaktian Pancasila) während seiner Amtszeit als Präsident jährlich geleitet.<sup>86</sup> Der Gedenktag wird jeweils am 1. Oktober zur Erinnerung an die Rettung des Pancasila und des indonesischen Staates vor dem Kommunismus durch den vermeintlichen Putschversuch 1965 gefeiert (und ist damit eine dezidiert antikommunistische Gedenkveranstaltung ist.<sup>87</sup> 2014 hat sich SBY im Rahmen der Zeremonie geäußert:

„eine große Nation würdigt die Dienste der früheren Helden [...]“<sup>88</sup>

Die Held\*innen sind dabei die Personen, die im vermeintlichen Kampf gegen die PKI in Indonesien gestorben sind. Durch den Besuch dieser Veranstaltung wird der Fokus auf die anderen Opfer (die sieben Generäle) gelegt und die mindestens 500.000 im Zuge des Genozids ermordeten verschwiegen. Auch SBYs Nachfolger Widodo hat die Veranstaltung am 1. Oktober als Präsident regelmäßig geleitet.<sup>89</sup> 2015 äußerte er sich dazu und stellte sich gegen die Opfer:

„Ich bin überzeugt, dass solche Vorfälle sich nicht wiederholen werden. Wir hoffen, dass das G30S/PKI-Ereignis in unserem Vaterland nicht wieder stattfinden wird [...]“<sup>90</sup>

Ähnliche geschichtspolitische Relevanz hat in Indonesien der Film „Verrat der Bewegung des 30. Septembers“ (Penghiansatan G30S/PKI), der von der Suharto Regierung produziert und

---

84 Lübke 1965, 503ff.

85 Vgl. Ufen 2014, 7.

86 Vgl. van Heeren 2012, 98, 124.

87 Vgl. van Klinken 2005, 238; Sinn 2014, 140.

88 Yudhoyono zitiert nach o.A. 2014.

89 Vgl. Rimadi 2014; o.A. 2015, 2018; Prabowo 2017. Die Teilnahme und Leitung der Feier drücken entsprechend Respekt gegenüber Täter\*innen, die den Völkermord am linken Spektrum begangen haben, aus, da dieser Tag den beim vermeintlich kommunistischen Putschversuch ermordeten Nationalhelden und dem darauffolgenden Genozid als Schutz der Verfassung gedenkt.

90 o.A. 2015.

1984 veröffentlicht wurde. Dieser Film rekonstruiert die Ereignisse um den 30.09.1965 und zeichnet dabei ein Bild der Rettung Indonesiens vor dem brutalen Kommunismus<sup>91</sup> und gibt das offizielle Narrativ Suhartos wieder.<sup>92</sup> Die Wahid-Regierung beendete die jährliche Vorführung des Propagandafilms,<sup>93</sup> wohingegen Jokowi 2017 eine öffentliche Vorführung wieder bewohnte.<sup>94</sup>

Die Äußerungen von Erhard, Kiesinger und Lübke zeigen den Fokus der deutschen Geschichtspolitik auf die deutschen Opfer und nicht die Opfer des Genozids. Ebenso ist der Besuch der Feierlichkeiten zum Hari Kesaktian Pancasila durch die Präsidenten Yudhoyono und Widodo einzuordnen. Auch hier wird der qualitative Unterschied relevant: Die indonesische Seite ignoriert die Bedürfnisse der Opfer des Genozids, während die deutschen Vertreter diese zwar anerkennen, aber gleichzeitig versuchen, die Wünsche der eigenen Bevölkerung in den Vordergrund zu rücken.

Der hier herausgearbeitete Fokus auf die „anderen Opfer“ findet sich für Deutschland in der Literatur wieder. Frei spricht von einer „Selbstverständlichkeit und Pauschalität, mit der sich Politik und Öffentlichkeit [...] für die [...] Täter einsetzen [...],“<sup>95</sup> der er „halbherzige Bemühungen um die Opfer dieser Täter“<sup>96</sup> gegenüberstellt. Als Erklärung für dieses Verhalten erklärt er die

„Befriedigung kollektiver psychischer Bedürfnisse einer Gesellschaft [...] und nicht nur [...] [die] strukturell[e], politisch[e] wie auch kommunikativ zu spürenden Asymmetrie zwischen der Mehrheit der Mitläufer und der Minderheit der Opfer [...] [waren] Gründe für das weitgehende Schweigen, ja die Zustimmung, mit der [...] [der] Kurs der inneren Befriedigung begleite[t] [wurde].“<sup>97</sup>

Das Verhältnis von den Opfern als Minderheit in den Nachfolgeregimen und den Täter\*innen als Mehrheit findet sich in beiden Staaten. Im anhaltenden Demokratisierungsprozess war es wichtig die Täter\*innen in die junge Demokratie zu integrieren. Eine schonungslose Aufarbeitung und Betonung des Leids der Opfer der Genozide hätte die Beziehung der jungen Staaten

---

91 Vgl. Lentz und Lowe 2018.

92 Vgl. Heryanto 2006; o.A. 2012.

93 Vgl. Kuddus 2017, 68f.

94 Vgl. o.A. 2017.

95 Frei 1996, 16.

96 Frei 1996, 21.

97 Frei 1996, 401.

zu ihrer eigenen Bevölkerung gefährdet.<sup>98</sup> Eine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung wäre in einer Demokratie nicht möglich.<sup>99</sup>

### **5.3. Rückbezug zu den Paradigmen der Transitionsforschung**

Laut Literatur wird in Europa nur selten eine konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit durch politische Verantwortliche betrieben. Schmid, Pickel und Pickel nennen dies gewollte Amnesie, da der Wunsch nach der Vermeidung von neuen Konflikten überwiegt.<sup>100</sup>

Die Präsidenten und Kanzler der BRD äußerten sich im Untersuchungszeitraum deutlich häufiger und erkannten den Genozid dabei auch formal an, im Gegensatz zu den indonesischen Staatsoberhäuptern. Es konnten auch Gemeinsamkeiten zwischen der RI und der BRD herausgearbeitet werden. Sowohl Heuss als auch Wahid haben sich stark um die Aufarbeitung bemüht und die Thematik wiederholt in den öffentlichen Diskurs eingebracht. Dies lässt sich in das Lager der Forderung nach umfassender Aufarbeitung einordnen. Im Gegensatz dazu haben sich ihre Nachfolger\*innen, um eine „erträgliche Deutung der Vergangenheit“ bemüht<sup>101</sup> und durch eine gewollte (Teil-) Amnesie und die Betonung der Leidenserfahrung und des Heldentums auf der Seite der Genozidprofitierenden eine sehr selektive und gemäßigte Geschichtspolitik betrieben, um Frieden und Sicherheit in den jungen Demokratien zu gewährleisten. Die Staats- und Regierungschef\*innen als Repräsentant\*innen der gesellschaftlichen Diskurse haben gezeigt, dass die Genozide dort nur einen marginalen Platz einnehmen. Dies gründet sich auch darin, dass die Bürger\*innen – welche die Staats- und Regierungschef\*innen in ihre Ämter wählten – oft kein Interesse an der Beschäftigung mit der negativen Vergangenheit hatten.<sup>102</sup> Exemplarisch untermauert wird die These durch Ludwig Erhards, der einmal sagte, dass das „Gebot der Stabilität“ nicht gefährdet werden dürfe.<sup>103</sup>

## **6. Fazit**

In dieser Arbeit wurde der Umgang junger Demokratien mit ihrer genozidalen Vergangenheit anhand der Fallbeispiele Deutschland (BRD) und Indonesien als „most different system design“ untersucht. Für Deutschland wurde der Zeitraum 1949 bis 1969 und für Indonesien 1999 bis

---

98 Vgl. Schmidt, G. Pickel und S. Pickel 2009, 20.

99 Vgl. Lübke 1983, 586.

100 Vgl. Schmidt, G. Pickel und S. Pickel 2009, 15f.

101 Vgl. Frei 1996, 78.

102 Vgl. Francois und Schulze 2001, 18.

103 Erhard 1963, 4203.

2019 untersucht. Ziel dieser Arbeit war es, übergreifende Muster im Umgang junger Demokratien mit ihrer autoritären Vergangenheit zu identifizieren. Dazu wurden Reden und Interviews, sowie implizite geschichtspolitische Handlungen, von Staats- und Regierungschef\*innen im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse verglichen.

Die Analyse hat gezeigt, dass es zunächst zwei große Unterschiede im geschichtspolitischen Umgang der BRD und der RI in den Untersuchungszeiträumen gibt. Die Quantität der öffentlichen Beschäftigung durch die Staatsfrauen und -männer ist in Indonesien deutlich geringer als in Deutschland. Darüber hinaus hat sich bisher nur ein indonesischer Präsident öffentlich für den Genozid entschuldigt und ihn damit anerkannt, während alle deutschen Kanzler und Präsidenten die Verbrechen des Hitlerregimes anerkannten.

Anschließend konnten aber auch Gemeinsamkeiten der Geschichtspolitiken der beiden Staaten herausgearbeitet werden. Sowohl in der BRD als auch in der RI haben sich die beiden jeweils ersten demokratisch gewählten Amtsträger nach dem Ende des autoritären Regimes (Wahid und Heuss), besonders um die Aufarbeitung der genozidalen Vergangenheit bemüht. Dabei sind Wahids Aussagen weniger eindringlich, was mit der Abwesenheit internationalen Drucks auf die indonesische Regierung erklärt werden kann. Heuss und Wahids geschichtspolitische Handlungen können als Abgrenzung zum autoritären Vorgängerregime verstanden werden.

Gemein haben die Geschichtspolitiken der beiden Staaten auch, dass sich die nachfolgenden Staats- und Regierungschef\*innen öffentlich nicht oder nicht mehr so stark mit der genozidalen Vergangenheit beschäftigt haben. Es folgte eine Phase der (Teil-) Amnesie. So haben sich die indonesische Präsidentin Sukarnoputri und ihr Nachfolger SBY während ihrer Amtszeiten nie explizit zum Genozid geäußert. Der 2019 amtierende Präsident Widodo hat durch seine Äußerungen und Handlungen sogar den Genozid legitimiert. In Deutschland äußerten die Amtsträger den Wunsch nach dem Ende der Aufarbeitung. Sowohl in der BRD als auch in der RI, wurden zudem die Leidenserfahrung und das Heldentum der Profitierenden der Genozide durch die Amtsträger\*innen betont.

*„Die letzte Phase des Völkermords ist das Vergessen“*

Mihran Dabag<sup>104</sup>

---

104 Dabag 2002.

## Primärquellen

- Adenauer, Konrad. 1949. „Erklärung der Bundesregierung.“ 20. September. Zugriff am 3. September 2019. [HTTPS://WWW.KAS.DE/EINZELTITEL/-/CONTENT/ERSTE-REGIERUNGS-ERKLAERUNG-VON-BUNDESKANZLER-ADENAUER](https://www.kas.de/einzeltitel/-/content/erste-regierungs-erklaerung-von-bundeskanzler-adenauer).
- Ahsan, Ivan A. 2018. „Buku ,65 yang Terbit pada 2018: Solusi Tragedi 1965: Langkah Maju Gus Dur, Langkah Mundur Jokowi.“ Zugriff am 13. Juli 2019. [HTTPS://TIRTO.ID/SOLUSI-TRAGEDI-1965-LANGKAH-MAJU-GUS-DUR-LANGKAH-MUNDUR-JOKOWI-DCZ1](https://tirto.id/solusi-tragedi-1965-langkah-maju-gus-dur-langkah-mundur-jokowi-dcz1).
- Erhard, Ludwig. 1963. „Erklärung der Bundesregierung.“ 18. Oktober. Zugriff am 24. September 2019. [HTTP://DIPBT.BUNDESTAG.DE/DOC/BTP/04/04090.PDF](http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04090.pdf).
- . 1965. „Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung.“ 10. November. Zugriff am 12. Juli 2019. [HTTP://DIP21.BUNDESTAG.DE/DIP21/BTP/05/05004.PDF](http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/05/05004.pdf).
- Heuss, Theodor. 1949. „Das deutsche Volk ist gewillt, das Unrecht an den Juden wiedergutzumachen...: Interview mit dem Chefredakteur und Herausgeber der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Karl Marx.“ *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 25. November. Zugriff am 24. September 2019. [HTTPS://WWW.KAS.DE/C/DOCUMENT\\_LIBRARY/GET\\_FILE?UUID=35003603-E65F-B63A-B864-0E6B8F86F583&GROUPID=252038#%5B%7B%22NUM%22%3A39%2C%22GEN%22%3A0%7D%2C%7B%22NAME%22%3A%22FitH%22%7D%2C845%5D](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=35003603-e65f-b63a-b864-0e6b8f86f583&groupId=252038#%5B%7B%22num%22%3A39%2C%22gen%22%3A0%7D%2C%7B%22name%22%3A%22FitH%22%7D%2C845%5D).
- . 1952. „Schuld oder Scham? Gedenkrede in Bergen-Belsen.“ 30. November. Zugriff am 20. August 2019. [HTTPS://WWW.ZEIT.DE/REDEN/DIE\\_HISTORISCHE\\_REDE/HEUSS\\_HOLOCAUST\\_200201/KOMPLETTANSICHT](https://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/heuss_holocaust_200201/komplettansicht).
- Kiesinger, Kurt G. 1967. „Erklärung der Bundesregierung 13.12.1966.“ In *Deutschland. Friede in Europa. Reden und Interviews*, hg. v. Kurt G. Kiesinger, 3–8. Bonn.
- . 1979. „Eine Schule der Nation: Rede im Bundestag 27.06.1969.“ In *Die Große Koalition 1966-1969: Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers*, hg. v. Dieter Oberndörfer, 185–291. Bonn.
- Lübke, Heinrich. 1965. „Staatsakt vor dem Mahnmal in Bergen-Belsen.“ *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 75, 25. April.
- o.A. 2014. „Presiden SBY Pimpin Upacara Hari Kesaktian Pancasila, 01.10.2014.“ Zugriff am 7. August 2019. [HTTP://POSKOTANEWS.COM/2014/10/01/PRESIDEN-SBY-PIMPIN-UPACARA-HARI-KESAKTIAN-PANCASILA/](http://poskotanews.com/2014/10/01/presiden-sby-pimpin-upacara-hari-kesaktian-pancasila/).
- . 2015. „Presiden Jokowi Tegaskan Tidak Ada Niat Minta Maaf Kepada Keluarga Eks PKI.“ Zugriff am 10. August 2019. [HTTPS://SETKAB.GO.ID/PRESIDEN-JOKOWI-TEGASKAN-TIDAK-ADA-NIATAN-MINTA-MAAF-KEPADA-KELUARGA-EKS-PKI/](https://setkab.go.id/presiden-jokowi-tegaskan-tidak-ada-niatan-minta-mAAF-kepada-keluarga-eks-pki/).
- . 2017. „Presiden Joko Widodo Nobar Film G30S/PKI, 30.09.2017.“ Zugriff am 17. August 2019. [HTTP://WWW.KORAN-JAKARTA.COM/PRESIDEN-JOKO-WIDODO-NOBAR-FILM-G30S-PKI/](http://www.koran-jakarta.com/presiden-joko-widodo-nobar-film-g30s-pki/).
- . 2018. „Presiden Jokowi Pimpin Upacara Peringatan Hari Kesaktian Pancasila 2018.“ Zugriff am 5. August 2019. [HTTP://KSP.GO.ID/PRESIDEN-JOKOWI-PIMPIN-UPACARA-PERINGATAN-HARI-KESAKTIAN-PANCASILA-2018/](http://ksp.go.id/presiden-jokowi-pimpin-upacara-peringatan-hari-kesaktian-pancasila-2018/).

- Prabowo, Dani. 2017. „Jokowi Pimpin Upacara Peringatan Hari Kesaktian Pancasila.“ Zugriff am 5. August 2019. [HTTPS://NASIONAL.KOMPAS.COM/READ/2016/10/01/08310251/JOKOWI.PIMPIN.UPACARA.PERINGATAN.HARI.KESAKTIAN.PANCASILA](https://nasional.kompas.com/read/2016/10/01/08310251/jokowi.pimpin.upacara.peringatan.hari.kesaktian.pancasila).
- Rimadi, Luqman. 2014. „Jokowi: Jangan Sampai G30S/PKI Terulang lagi.“ Zugriff am 4. August 2019. [HTTPS://WWW.LIPUTAN6.COM/NEWS/READ/2112711/JOKOWI-JANGAN-SAMPAI-G30SPKI-TERULANG-LAGI](https://www.liputan6.com/news/read/2112711/jokowi-jangan-sampai-g30spki-terulang-lagi).
- Sukarnoputri, Megawati. 2001. „Pidato Kenegaraan Presiden Republik Indonesia.“ 16. August. Zugriff am 25. August 2019. [HTTPS://WWW.BAPPENAS.GO.ID/INDEX.PHP/DOWNLOAD\\_FILE/VIEW/8952/1743/](https://www.bappenas.go.id/index.php/download_file/view/8952/1743/).
- . 2002. „Pidato Kenegaraan Presiden Republik Indonesia Dan Keterangan Pemerintah Atas Rancangan Undang-Undang Tentang Anggaran Pendapatan Dan Belanja Negara Tahun Anggaran 2003 Serta Nota Keuangannya.“ 16. August. Zugriff am 25.08.20 19. [HTTPS://KEPUSTAKAAN-PRESIDEN.PERPUSNAS.GO.ID/UPLOADED\\_FILES/PDF/SPEECH/NORMAL/MEGAWATI22.PDF](https://kepuustakaan-presiden.perpusnas.go.id/uploaded_files/pdf/speech/normal/megawati22.pdf).
- . 2003a. „Pidato Presiden Republik Indonesia Pada Sidang Tahunan Majelis Permusyawaratan Rakyat Republik Indonesia.“ 1. August. Zugriff am 25. August 2019. [HTTPS://KEPUSTAKAAN-PRESIDEN.PERPUSNAS.GO.ID/UPLOADED\\_FILES/PDF/SPEECH/NORMAL/MEGAWATI17.PDF](https://kepuustakaan-presiden.perpusnas.go.id/uploaded_files/pdf/speech/normal/megawati17.pdf).
- . 2003b. „Pidato Kenegaraan Presiden Republik Indonesia Dan Keterangan Pemerintah Atas Ruu Tentang RAPBN 2004 Serta Nota Keuangannya di Depan Sidang DPR Republik Indonesia.“ 15. August. Zugriff am 25.08.20 19. [HTTPS://KEPUSTAKAAN-PRESIDEN.PERPUSNAS.GO.ID/UPLOADED\\_FILES/PDF/SPEECH/NORMAL/MEGAWATI11.PDF](https://kepuustakaan-presiden.perpusnas.go.id/uploaded_files/pdf/speech/normal/megawati11.pdf).
- Wahid, Abdurrahman. 2000a. „Terhadap Korban G30S/PKI Gus Dur Sejak Dulu Sudah Minta Maaf: President’s Plan To Revoke Ban On Communism Triggers Wide Protests.“ 15. März. Zugriff am 27. August 2019. [HTTPS://WWW.UCANEWS.COM/STORY-ARCHIVE/?POST\\_NAME=/2000/04/13/PRESIDENTS-PLAN-TO-REVOKE-BAN-ON-COMMUNISM-TRIGGERS-WIDE-PROTESTS&POST\\_ID=15829](https://www.ucanews.com/story-archive/?post_name=/2000/04/13/presidents-plan-to-revoke-ban-on-communism-triggers-wide-protests&post_id=15829).
- . 2000b. „Pidato Kenegaraan Presiden Republik Indonesia K.H. Abdurrahman Wahid di Depan Sidang Dewan Perwakilan Rakyat.“ 16. August. Zugriff am 20. August 2019. [HTTPS://KEPUSTAKAAN-PRESIDEN.PERPUSNAS.GO.ID/UPLOADED\\_FILES/PDF/SPEECH/NORMAL/GUSDUR1.PDF](https://kepuustakaan-presiden.perpusnas.go.id/uploaded_files/pdf/speech/normal/gusdur1.pdf).
- Widodo, Joko. 2014. „Nawa Cita.“ Zugriff am 10. September 2019. [HTTPS://NASIONAL.KOMPAS.COM/READ/2014/05/21/0754454/.NAWA.CITA.9.AGENDA.PRIORITAS.JOKOWI-JK](https://nasional.kompas.com/read/2014/05/21/0754454/.nawa.cita.9.agenda.prioritas.jokowi-jk).
- . 2015. „Presiden Jokowi Tegaskan Tidak Ada Niat Minta Maaf Kepada Keluarga Eks PKI.“ 1. Oktober. Zugriff am 5. September 2019. [HTTPS://SETKAB.GO.ID/PRESIDEN-JOKOWI-TEGASKAN-TIDAK-ADA-NIATAN-MINTA-MAAF-KEPADA-KELUARGA-EKS-PKI/](https://setkab.go.id/presiden-jokowi-tegaskan-tidak-ada-niatan-minta-mAAF-kepada-keluarga-eks-pki/).
- . 2018. „Amanat Presiden Joko Widodo pada Upacara Peringatan ke-73 Hari TNI Tahun 2018.“ 5. Oktober. Zugriff am 10. August 2019. [HTTPS://SETKAB.GO.ID/AMANAT-PRESIDEN-JOKO-WIDODO-PADA-UPACARA-PERINGATAN-KE-73-HARI-TNI-TAHUN-2018-5-OKTOBER-2018-DI-PLAZA-MABES-TNI-CILANGKAP-JAKARTA-TIMUR/](https://setkab.go.id/amanat-presiden-joko-widodo-pada-upacara-peringatan-ke-73-hari-tni-tahun-2018-5-oktober-2018-di-plaza-mabes-tni-cilangkap-jakarta-timur/).

Yudhoyono, Susilo B. 2005. „Pidato Kenegaraan Presiden Republik Indonesia Serta Keterangan Pemerintah Tentang Rancangan Undang-Undang Tentang Anggaran Pendapatan Dan Belanja Negara Tahun 2006 Beserta Nota Keuangannya Di Depan Rapat Paripurna Dewan Perwakilan Rakyat Republik Indonesia.“ 16. August. Zugriff am 15. August 2019. [HTTPS://KEPUSTAKAAN-PRESIDEN.PERPUSNAS.GO.ID/UP-LOADED\\_FILES/PDF/SPEECH/NORMAL/SU SILO13.PDF](https://kepuustakaan-presiden.perpusnas.go.id/up-loaded_files/pdf/speech/normal/su_silo13.pdf).

## Sekundärliteratur

- Aarebrot, Frank und Bakka Pal. 2003. „Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft.“ In *Vergleichende Politikwissenschaft: Ein einführendes Studienhandbuch*, hg. v. Dirk Berg-Schlosser und Müller-Rommel Ferdinand. 4. Aufl., 57–76. Opladen.
- Axer, Christine. 2011. *Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: Deutschland und Österreich im Vergleich um im Spiegel der französischen Öffentlichkeit*. Köln, Wien und Weimar.
- Berg-Schlosser, Dirk und Ferdinand Müller-Rommel. 2003. „Entwicklung und Stellenwert der vergleichenden Politikwissenschaft.“ In Berg-Schlosser und Müller-Rommel Ferdinand, *Vergleichende Politikwissenschaft*, 13–28.
- Borowsky, Peter. 2002. „Das Ende der „Ära Adenauer“.“ Zugriff am 15. September 2019. [HTTPS://WWW.BPB.DE/IZPB/10093/DAS-ENDE-DER-AERA-ADENAUER?P=ALL](https://www.bpb.de/izpb/10093/das-ende-der-aera-adenauer?p=all).
- Cribb, Robert. 1990. „Introduction: Problems in the Historiography of the Killings in Indonesia.“ In *The Indonesian Killings 1965–1966: Studies from Java and Bali*, hg. v. Robert Cribb, 1–43. Clayton and Victoria.
- Dabag, Mihran. 2002. „Die letzte Phase des Völkermords ist das Vergessen.“ *Süddeutsche Zeitung*, 24. April.
- Eickhoff, Martijn, Donny Danardono, Tjahjono Rahardjo und Hotmauli Sidabalok. 2017. „The Memory Landscapes of “1965” in Semarang“ *Journal of Genocide Research* 19 (4): 530–50.
- Eickhoff, Martijn, Gerry van Klinken und Geoffrey Robinson. 2017. „1965 Today: Living with the Indonesian Massacres.“ *Journal of Genocide Research* 19 (4): 449–64.
- Fein, Helen. 1993. *Genocide: A Sociological Perspective*. London.
- Francois, Etienne und Hagen Schulze. 2001. „Einleitung.“ In *Deutsche Erinnerungsorte*, hg. v. Etienne Francois und Hagen Schulze, 9-26. München.
- Frei, Norbert. 1996. *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München.
- Habibie, Bacharuddin J. 2009. *517 Tage. Indonesien: Geburt einer Demokratie*. München.
- Harsono, Andreas. 2016. „Indonesia’s President Jokowi Silent on Human Rights: State of the Nation Address Omits Rights Commitments.“ Zugriff am 2. September 2019. [HTTPS://WWW.HRW.ORG/NEWS/2016/08/16/INDONESIAS-PRESIDENT-JOKOWI-SILENT-HUMAN-RIGHTS-0](https://www.hrw.org/news/2016/08/16/indonesias-president-jokowi-silent-human-rights-0).
- Hearman, Vanessa. 2015. „Der Putschversuch von 1965 und die Gewalt danach.“ In *Handbuch Indonesien*, hg. v. Gunnar Stange, Rolf Jordan und Kristina Großmann, 91–96. Berlin.



- Heryanto, Ariel. 2006. *State Terrorism and Political Identity in Indonesia: Fatally belonging, Remembering signs, dismembered bodies*. Oxon.
- Jessen, Jens. 2006. „Symbolische Politik – Essay.“ Zugriff am 23. August 2019. [HTTPS://WWW.BPB.DE/APUZ/29745/SYMBOLISCHE-POLITIK-ESSAY?P=ALL](https://www.bpb.de/apuz/29745/symbolische-politik-essay?p=all).
- Jones, Adams. 2017. *Genocide: A Comprehensive Introduction*. 3. Aufl. Abingdon und New York.
- Keller, Anett. 2015. „Vorwort der Herausgeberin.“ In *Indonesien 1965ff. Die Gegenwart eines Massenmordes: Ein politisches Lesebuch*, hg. v. Anett Keller, 7–16. Berlin.
- Kiehl, Reinhard. 2001. *Alle Jahre wieder: Geschichte in Aspik*.
- Kuddus, Rohana. 2017. „The Ghosts of 1965: Politics and Memory in Indonesia.“ *New Left Review* (104): 45–92.
- Leksana, Grace. 2019. „Remembering the Indonesian Genocide, 53 Years Later.“ *Bijdragen tot de Taal-, Land- en Volkenkunde* (175): 67–79.
- Lentz, Carola und David Lowe. 2018. *Remembering Independence: Martyrs, victims and anti-heroes: revisiting the national gallery*. New York und Oxon.
- Lübbe, Hermann. 1983. „Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein.“ *Historische Zeitschrift* (236): 579–99.
- Melvin, Jess. 2017. „Mechanics of Mass Murder: A Case for Understanding the Indonesian Killings as Genocide.“ *Journal of Genocide Research* 19 (4): 487–511.
- Mihr, Anja. 2018. „Regimewandel und Demokratie durch Transitional Justice.“ In *Handbuch Transitional Justice: Aufarbeitung von Unrecht - hin zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie*, hg. v. Anja Mihr, Gert Pickel und Susanne Pickel, 173–200. Wiesbaden.
- o.A. o.J. „Nachkriegsjahre.“ Zugriff am 21. Juli 2019. [HTTPS://WWW.HDG.DE/LEMO/KAPITEL.HTML](https://www.hdg.de/lemo/kapitel.html).
- . 2005. „Shoa und Antisemitismus.“ Zugriff am 3. Juni 2019. [HTTPS://WWW.BPB.DE/GESCHICHTE/NATIONALSOZIALISMUS/DOSSIER-NATIONALSOZIALISMUS/39556/SHOAH-UND-ANTISEMITISMUS?P=ALL](https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39556/shoah-und-antisemitismus?p=all).
- . 2010. „Nationalsozialismus 1933-1945.“ Zugriff am 13. Juli 2019. [HTTPS://BLOG.ZEIT.DE/SCHUELER/2010/07/11/THEMA-DER-NATIONALSOZIALISMUS/](https://blog.zeit.de/schueler/2010/07/11/thema-der-nationalsozialismus/).
- . 2012. „Film Pengkhianatan G30S/PKI, Propaganda Berhasilkah?“. Zugriff am 12. August 2019. [HTTPS://NASIONAL.TEMPO.CO/READ/432667/FILM-PENGKHIANATAN-G30SPKI-PROPAGANDA-BERHASILKAH/FULL&VIEW=OK](https://nasional.tempo.co/read/432667/film-pengkhianatan-g30spki-propaganda-berhasilkah/full&view=ok).
- Rensing, Matthias. 1994. „Nationalsozialismus in den Reden der Bundespräsidenten Heuss bis Carstens.“ In *Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie: Festschrift für Manfred Botzenhart zum 60. Geburtstag*, hg. v. Michael Epkenhans, Martin Kottkamp und Lothar Snyders, 272–99. Göttingen.
- . 1996. *Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949-1984*. Münster und New York.
- Robel, Yvonne. 2013. *Verhandlungssache Genozid: Zur Dynamik geschichtspolitischer Deutungskämpfe*. Bremen.
- Robinson, Geoffrey B. 2018. *The Killing Season: A history of the Indonesian Massacres, 1965-66*. Princeton and Oxford.

- Romeike, Sanya. 2016. „Transitional Justice in Deutschland nach 1945 und nach 1990.“ Zugriff am 25. September 2019. [HTTPS://WWW.NUREMBERGACADEMY.ORG/FILEADMIN/MEDIA/PDF/NEWS/TRANSITIONAL\\_JUSTICE\\_IN\\_GERMANY.PDF](https://www.nurembergacademy.org/fileadmin/media/pdf/news/transitional_justice_in_germany.pdf).
- Schiel, Tilman. 2015. „Reformasi.“ In Stange, Jordan und Großmann, *Handbuch Indonesien*, 97–107.
- Schmalzer, Dirk. 2013. *Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit – zwischen Aufklärung und Verdrängung*. Frankfurt a.M.
- Schmidt, Siegmund, Gert Pickel und Susanne Pickel. 2009. „Einführung: Einige Thesen zur Signifikanz des Umgangs mit der Vergangenheit.“ In *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen*, hg. v. Siegmund Schmidt, Gert Pickel und Susanne Pickel, 7–22. Wiesbaden.
- Schwelling, Birgit. 2009. „Demokratisierung durch Aufarbeitung? Die Bundesrepublik und die nationalsozialistische Vergangenheit.“ In Schmidt, Pickel und Pickel, *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung?* 37–52.
- Sinn, Simon. 2014. *Religiöser Pluralismus im Werden: Religionspolitische Kontroversen und theologische Perspektiven von Christen und Muslimen in Indonesien*. Tübingen.
- Skretteberg, Richard. 2015. „The Massacre the World Forgot.“ Zugriff am 25. September 2019. [HTTPS://WWW.NRC.NO/PERSPECTIVES/2015/NR-4/THE-MASSACRE-THE-WORLD-FORGOT/](https://www.nrc.no/perspectives/2015/nr-4/the-massacre-the-world-forgot/).
- Solomon, Richard. 2004. „Preface.“ In *Transitional Justice: How emerging democracies reckon with former regimes, Volume I: General considerations*, hg. v. Neil J. Kritz. 2. Aufl., xii–xiv. Washington DC.
- Steinbach, Peter. 2008. „Politik mit Geschichte – Geschichtspolitik?“. Zugriff am 15. April 2021. [HTTPS://WWW.BPB.DE/GESCHICHTE/ZEITGESCHICHTE/GESCHICHTE-UND-ERINNERUNG/39789/GESCHICHTE-UND-POLITIK?P=ALL](https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39789/geschichte-und-politik?p=all).
- Ufen, Andreas. 2014. „Vergangenheitspolitik in Indonesien: Die Massaker von 1965-1966.“ Focus Asia 3/2014. Unveröffentlichtes Manuskript, zuletzt geprüft am 3. Juli 2019. [HTTPS://WWW.GIGA-HAMBURG.DE/EN/PUBLICATION/VERGANGENHEITSPOLITIK-IN-INDONESIEN-DIE-MASSAKER-VON-1965-1966](https://www.giga-hamburg.de/en/publication/vergangenheitspolitik-in-indonesien-die-massaker-von-1965-1966).
- van Heeren, Katinka. 2012. *Contemporary Indonesian film: Spirits of reform and ghosts from the past*. Leiden. Zugriff am 18. August 2019. [HTTPS://WWW.OAPEN.ORG/DOWNLOAD?TYPE=DOCUMENT&DOCID=420331](https://www.oapen.org/download?type=document&docid=420331).
- van Klinken, Gerry. 2005. „The Battle for History after Suharto.“ In *Beginning to Remember: The Past in the Indonesian Present*, hg. v. Mary S. Zurbuchen, 233–58. Singapore and Seattle.
- Vltchek, Andre. 2017. „52 Years After Fascist Genocide, Indonesians Scared of “Communist Ghosts”“. Zugriff am 23. August 2019. [HTTPS://WWW.GLOBALRESEARCH.CA/52-YEARS-AFTER-FASCIST-GENOCIDE-INDONESIANS-SCARED-OF-COMMUNIST-GHOSTS/5612709](https://www.globalresearch.ca/52-years-after-fascist-genocide-indonesians-scared-of-communist-ghosts/5612709).
- Wolfrum, Edgar. 1999. *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*. Darmstadt.
- . 2009. „Die Anfänge der Bundesrepublik, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Fernwirkungen für heute.“ In *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20.*

- Jahrhundert: Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik*, hg. v. Ursula Bitzgeio, Anja Kruke und Meik Woyke, 363–70. Bonn.
- . 2010. „Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder: Konzepte - Methoden - Themen.“ In *Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland*, hg. v. Jan Scheunemann, 13–47. Leipzig.
- Yad Vashem. o.J. „Nichtjüdische Opfer der Verfolgung durch das Nazi-Regime.“ Zugriff am 1. August 2019. [HTTPS://WWW.YADVASHEM.ORG/DE/HOLOCAUST/ABOUT/NAZI-GERMANY-1933-39/NON-JEWISH-VICTIMS.HTML#NARRATIVE\\_INFO](https://www.yadvashem.org/de/holocaust/about/nazi-germany-1933-39/non-jewish-victims.html#narrative_info).
- Zurbuchen, Mary S. 2002. „History, Memory and the “1965 Incident in Indonesia.“ *Asian Survey* 42 (4): 564–81.
- . 2005. „Historical Memory in Contemporary Indonesia.“ In Zurbuchen, *Beginning to Remember*, 3–32.

# **A Joint Understanding on the Past? Challenges and Prospects of Reconciliation between Germany and the Ovaherero and Nama from an Emotions Perspective**

*Clara Stecklum*

## **1. Introduction: It Cannot Be About Us Without Us**

“It cannot be about us without us!”: this slogan has become emblematic of the struggle of the Ovaherero<sup>1</sup> and Nama demanding an official recognition, apology and reparations from the German government for the genocide committed by German protective forces in the colony of South West Africa, now Namibia, between 1904 and 1908. Bilateral talks between the governments of Germany and Namibia with the aim of developing a joint understanding on the past were led between 2015 and 2021 and resulted in the proposal of a fund for reconstruction and development.<sup>2</sup> This study was conducted during the negotiations against the background that many descendants of the victims were opposing the talks, criticising that they took place in secret and without authentic representatives of the victim communities.<sup>3</sup> Not surprisingly, as a result, the agreement reached in 2021 has met critical responses as well.<sup>4</sup> This contribution aims to establish the lessons learned on the conditions and obstacles for successful reconciliation from this debate.

The implications of the genocide and the modalities of the bilateral talks have been researched at length in terms of international law and strategic politics. These accounts, however, omit an important perspective; I argue that affect and emotion are as much essential to understanding the goals of the Ovaherero and Nama demanding justice for the genocide as are legal and political questions. Paying attention to the social and political character of affect and emotions may offer meaningful insights into descendants’ beliefs, relationships and action strategies and may thus engender a better comprehension of their standpoint. Particularly, I argue that using this lens can further our understanding of the relevance of redress for successive generations today. Transitional justice and reconciliation studies have already made valuable contributions on the emotional underpinnings of processing injustice. However, emotion-focused approaches to transitional justice often adopt either an individualist-psychological view or focus

---

1 Plural form of *Herero*.

2 Federal Foreign Office of the Republic of Germany, “Foreign Minister Maas on the Conclusion of Negotiations with Namibia,” May 25, 2021, <https://tinyurl.com/3wde4yry>.

3 NGO Alliance No Amnesty on Genocide!, “Joint Resolution of the Delegates to the I. Transnational Congress on the Ovaherero and Nama Genocides, Berlin, October 14–16, 2016,” October 16, 2016, <https://tinyurl.com/zej4v9em>.

4 European Center for Constitutional and Human Rights, “Das „Versöhnungsabkommen“ – Eine vertane Chance,” June 2, 2021, <https://tinyurl.com/tvd465xs>: 1-2.

on group-level emotion.<sup>5</sup> In contrast, I propose that conceptualising emotions as social, equally individual and collective phenomena may shed new light on justice and reconciliation processes.

Specifically, I will analyse how the emotional experience of the Ovaherero and Nama opposing the bilateral talks affects their expectations and disposition for reconciliation with Germany. With this approach, I aim to make an empirical contribution both to the principles of reconciliation in an affective sense and to the practice of international relations (IR). My analysis focusses on those Ovaherero and Nama who reject the bilateral talks as this allows for a conceptualisation of justice and reconciliation alternative to dominant practice. Moreover, I believe that bringing the communities' views to the forefront is crucial given the colonial amnesia that has long dominated German memory politics.

In the following section, I will revisit the rationalist paradigm in IR and subsequently present my own concept of emotions in the social sciences. To introduce the context of my study to the reader, I will then outline the history of the genocide and its political aftermath. Lastly, I will present my study design based on five problem-centred interviews and introduce three phases of emotionally living through injustice: experiencing, negotiating and overcoming. As my analysis will show, emotions significantly shaped descendants' understanding of themselves as personally affected, their angle on the bilateral talks as a parallelism to past injustices and their visions for overcoming the injustices experienced.

## **2. Emotion and Affect in International Politics**

### **2.1. Towards a Social Science Understanding of Emotion**

Western philosophy has long adhered to a rationalist paradigm supported by several skewed ontological and epistemological assumptions about emotions and affect, understanding emotions to be reactive, fleeting and biological and as a result unamenable to systematic analysis.<sup>6</sup> Not least, the paradigm reifies sharp dichotomies of mind and body, thinking and feeling, rational and irrational et cetera<sup>7</sup>, whereby emotion is associated with irrationality.<sup>8</sup> This understanding of emotions as psychobiological and as based within the individual has long blocked the view towards their social embeddedness.<sup>9</sup> However, the psychologising take on emotion

---

5 Jonas Bens, private email to author, November 16, 2018.

6 Neta C. Crawford, "Institutionalizing Passion in World Politics: Fear and Empathy," *International Theory* 6, no. 3 (2016): 536.

7 *ibid.*

8 Catherine A. Lutz, *Unnatural Emotions. Everyday Sentiments on a Micronesian Atoll & Their Challenge to Western Theory* (London: The University of Chicago Press, 1988), 59.

9 *ibid.*, 4.

has been challenged by the *affective turn*, pointing to the cultural, social and historic influences on emotional experience.<sup>10</sup> In IR as well, research has increasingly come to understand emotion as an intrinsic part of world politics:<sup>11</sup> many scholars now view IR as a hybrid of emotions, values, norms and power structuring the international sphere.<sup>12</sup> Focal points of this engagement include emotions' link to values, norms and organisation, their mark on dominant international cultures or their role in individual and collective identity.<sup>13</sup> Interventions in IR also point to the linkages of emotions to power and mechanisms of control, as actions or discourse invoked by powerful actors may elicit or suppress emotional phenomena.<sup>14</sup> At the same time, emotions may shape political action and eventually form part of governance structures or practices.<sup>15</sup>

Nevertheless, beyond the *emotions matter* transformation, much is still to be discussed with regards to *how* specifically emotion fits into IR research and practice.<sup>16</sup> In order to address this question, it is necessary to take a closer look at what exactly emotion is. Understood as an umbrella term, emotion encompasses phenomena such as sentiments, passions, feelings, moods, and affect, differentiated by intensity and durability. For this study, by contrast, I will adopt a broad conceptualisation of emotion as a multidimensional capability.<sup>17</sup> In essence, I follow an understanding of emotion as an “evaluative relation to the world directed at concrete events which can be, for the most part, captured reflexively, denominated, and communicated accordingly (and thus also portrayed performatively) by the individual.”<sup>18</sup> It is apparent from this definition that emotions have multiple dimensions: they are evaluative in the form of appraisals,

---

10 cf. Lutz, *Unnatural Emotions*, and others.

11 Emma Hutchison and Roland Bleiker, “Theorizing Emotions in World Politics,” *International Theory* 6, no. 3 (2014): 492.

12 Jean-Marc Coicaud, “Exploring the Nexus Emotions/Passions, Values and Rights in International Politics,” in *Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations*, eds. Yohan Affrin, Jean-Marc Coicaud, and Vesselin Popovski (Cambridge: Cambridge University Press, 2016), 137.

13 Jean-Marc Coicaud, “Conclusion: A Few Suggestions for a Future Research Program on Emotions and Passions in International Politics,” in *Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations*, eds. Yohan Affrin, Jean-Marc Coicaud, and Vesselin Popovski (Cambridge: Cambridge University Press, 2016), 399-403.

14 Maéva Clément and Eric Sangar, “Introduction: Methodological Challenges and Opportunities for the Study of Emotions,” in *Researching Emotions in International Relations. Methodological Perspectives on the Emotional Turn*, eds. Maéva Clément and Eric Sangar (Cham: Palgrave Macmillan, 2018), 16.

15 Yohan Ariffin, “Introduction: How Emotions Can Explain Outcomes in International Relations,” in *Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations*, eds. Yohan Affrin, Jean-Marc Coicaud and Vesselin Popovski (Cambridge: Cambridge University Press, 2016), 7.

16 Simon Koschut, “Introduction to Forum: Discourse and Emotions in International Relations,” in *International Studies Review* 19, no. 3 (2017): 482.

17 cf. Andrew A. G. Ross, *Mixed Emotions. Beyond Fear and Hatred in International Conflict* (London: The University of Chicago Press, 2014), *Mixed Emotions*, 20.

18 Collaborative Research Center 1171, *Affective Societies. Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten*, own translation (Freie Universität Berlin: DFG Finanzierungsantrag, 2015), 17.

judgements or attitudes<sup>19</sup>, they are sensory, experienced as bodily change<sup>20</sup>, they are relational in that they relate to something or someone<sup>21</sup>, they are social, that is, socio-culturally modelled<sup>22</sup>, and they are volitional, meaning that as something that “stirs, inhibits, intensifies, modulates, impedes, incites”, they stimulate behaviour.<sup>23</sup>

I will shortly revisit some of the theoretical distinctions made in the literature in order to trace how emotions may manifest in reconciliation processes. Firstly, research commonly differentiates between emotion and affect. Contrary to clearly identifiable emotions, affect designates the non-cognitive, non-conscious and non-linguistic aspects of emotionality and is comprised of “unnamed, but nevertheless registered, experiences of bodily energy and intensity that arise in response to stimuli impinging on the body.”<sup>24</sup> In addition, the concept of affective relationality stresses that affect is based on dynamic processes between actors.<sup>25</sup> Thusly understood, affect materialises as interactions *between* affecting and affected bodies. Its movement between different bodies is described as a circulation which sticks to individual bodies<sup>26</sup> and may eventually materialise into affective attachments.<sup>27</sup>

A second distinction concerns the conceptualisation of emotion in terms of cognition or bodily change.<sup>28</sup> The cognitivist perspective holds that emotions are evaluative orientations people assign to beliefs, norms and identities associated with actors, symbols and institutions.<sup>29</sup> Moral emotions, in particular, may arise in response to breaches of such norms.<sup>30</sup> I will use the term moral emotions to describe the affective responses to events that (mis)match beliefs or ideas of desirable behaviour. In addition, I will adopt the concept of sentiments, understood as affective and emotional dynamics “which govern, structure and regulate how people make sense of the world.”<sup>31</sup> Sentiments are characterised by an element of durability as they evolve into stable

---

19 Sara Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2014), 5.

20 *ibid.*, 5-6.

21 *ibid.*, 7-8.

22 Lutz, *Unnatural Emotions*, 209.

23 Deborah Bejosa Gould, *Moving Politics. Emotion and ACT UP's Fight Against AIDS* (London: The University of Chicago Press, 2009), 439.

24 *ibid.*, 19.

25 Jan Slaby and Christian van Scheve, “Introduction. Affective Societies – Key Concepts,” in *Affective Societies – Key Concepts*, eds. Jan Slaby and Christian van Scheve (London: Routledge, 2019), 14.

26 Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*, 4.

27 Slaby and van Scheve, “Introduction. Affective Societies – Key Concepts,” 14.

28 Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*, 5.

29 Ross, *Mixed Emotions*, 33.

30 Jonas Bens and Olaf Zenker, *Gerechtigkeitsgefühle: Zur affektiven und emotionalen Legitimität von Normen* (Bielefeld: transcript Verlag, 2017), 21-22.

31 Jonas Bens and Olaf Zenker, “Sentiment,” in *Affective Societies – Key Concepts*, eds. Jan Slaby and Christian van Scheve (London: Routledge, 2019), 97.

regimes and transport meaning-making structures through time and space, inscribing themselves in the lives of individuals and institutional arrangements.<sup>32</sup>

Thirdly, emotions are often described as either individual or collective. In fact, much of IR's debate has evolved around how to reconcile an emotions' approach with its focus on collective actors – the question of “whether one can (and whether people do) feel like a state.”<sup>33</sup> I will adopt a different strategy by focusing on the emotional experience of those communities affected by international politics, in line with Ross<sup>34</sup>, Ahmed<sup>35</sup>, Hutchison<sup>36</sup> and others calling for moving away from states onto communities in IR. Mercer lists four ways of how individual emotion may transform into group emotion: firstly, via the cultural regulation of emotion<sup>37</sup>, also referred to as “emotion repertoires”, meaning “rules of expression linked to concepts of distinct emotions [...] as well as modi of emotional experience structured by rules, practices and medial forms.”<sup>38</sup> Secondly, as people in a group are likely to interact most with each other, they influence each other.<sup>39</sup> Thirdly emotion is contagious<sup>40</sup>, or rather circulates between individuals.<sup>41</sup> Lastly, group-level events may elicit shared group-level reactions evoked by the common experience.<sup>42</sup> By linking individuals to groups, emotion also shapes identifications and collective identities.<sup>43</sup> Belonging exemplifies one such sentiment based on attachment to a social formation.<sup>44</sup>

The nexus between individual and collective emotions shows that rather than distinct, both are highly mutually dependent. I will therefore adopt a model of the sociality of emotion which characterises emotion by a concurrence of individuality and sociality.<sup>45</sup> In sum, rather than focussing on individual *or* social emotions, their cognitive *or* affective facet, I will understand emotions as multidimensional phenomena varying in durability, intensity and sharedness which shape how individuals relate to themselves, others and the world around them. I translated these considerations into my analysis by asking how emotions impact judgements and beliefs, how

---

32 *ibid.*

33 Jonathan Mercer, “Feeling Like a State: Social Emotion and Identity,” *International Theory* 6, no. 3 (2014): 517.

34 Ross, *Mixed Emotions*.

35 Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*.

36 Emma Hutchison, *Affective Communities in World Politics. Collective Emotions after Trauma* (Cambridge: Cambridge University Press, 2016).

37 Mercer, “Feeling Like a State: Social Emotion and Identity,” 523.

38 Collaborative Research Center 1171, *Affective Societies*, 21.

39 Mercer, “Feeling Like a State: Social Emotion and Identity,” 523-524.

40 *ibid.* 524.

41 cf. Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*, 4.

42 Mercer, “Feeling Like a State: Social Emotion and Identity,” 524-525.

43 Slaby and van Scheve, “Introduction. Affective Societies – Key Concepts,” 2–3.

44 *ibid.*, 21.

45 cf. Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*, and Collaborative Research Center 1171, *Affective Societies*.



they shape people's relations to others, how they are shared and what they make people do. Not least, adopting such a broad approach towards emotion facilitated the explorative openness of my study.

## 2.2 Emotions in Justice and Reconciliation Processes

After having outlined the relevance of emotions to social and political life in general, I will now proceed onto their role in justice and reconciliation processes specifically. Justice is typically understood as a settling of accounts where those culpable are punished and victims are repaired in order to balance the moral books.<sup>46</sup> Restorative justice, in particular, focusses on meeting victims' needs for repairing the harm caused, including material, moral and emotional needs, rather than on punishment.<sup>47</sup> Reconciliation, on the other hand, entails measures to "repair ruptured and damaged social and political relationships in order to return to or establish some normatively ideal model of social unity."<sup>48</sup> There are different layers to reconciliation: structural reconciliation, addressing the institutions, practices and material conditions causal of injustice; interactional reconciliation, the settling of accounts between agents; and existential reconciliation, the dis-alienation of agents affected by injustice.<sup>49</sup>

Transitional justice studies show that conflicts do not only evolve around competing interests, but also intense emotions.<sup>50</sup> The "emotional psychology approach" in particular examines individuals' emotional responses to transitional justice processes and events.<sup>51</sup> It centres on survivors and victors and typically holds that an emotional catharsis within the victims and an acceptance of blame within perpetrators constitute prerequisites for reconciliation.<sup>52</sup> The approach argues that negative emotions prevailing in transitional societies, such as anger, grief or fear, must be transformed into more desirable emotions, such as respect and shared trust.<sup>53</sup> It maintains that as a result, transitional justice mechanisms need to find ways to meaningfully incorporate emotional responses to injustice.<sup>54</sup> As a seeming model example, the South African

---

46 Catherine Lu, *Justice and Reconciliation in World Politics* (Cambridge: Cambridge University Press, 2017), 16.

47 Jeffrey M. Blustein, *Forgiveness and Remembrance. Remembering Wrongdoing in Personal and Public Life* (Oxford: Oxford University Press, 2014), 157.

48 Lu, *Justice and Reconciliation in World Politics*, 16 .

49 Lu, *Justice and Reconciliation in World Politics*, 19–20.

50 Ross, *Mixed Emotions*, 123-124.

51 Leslie Vinjamuri and Jack Snyder, "Advocacy and Scholarship in the Study of International War Crime Tribunals and Transitional Justice," *Annual Review of Political Science* 7 (2004): 357.

52 *ibid.*

53 Michael Ure, "Post-Traumatic Societies: On Reconciliation, Justice and the Emotions," *European Journal of Social Theory* 11, no. 3 (2008): 284–285.

54 *ibid.*, 285.

Truth and Reconciliation Commission (TRC) has been credited with “therapeutic and psychosocial healing processes” through which the crimes of Apartheid could be represented.<sup>55</sup> However, the TRC also illustrates the weaknesses of an approach of national reconciliation, as it allowed for only a limited spectrum of emotional responses, thus partly clashing with the needs of victims.<sup>56</sup> This underlines the complex interplay of the micro and macro levels of reconciliation and shows that political reconstruction might differ significantly from interpersonal forgiveness and reconciliation.<sup>57</sup>

Emotion approaches to transitional justice also address how emotions are negotiated collectively, including through practices of public apologies and commemoration. Public apologies may establish relations of respect and trust among perpetrators and victims.<sup>58</sup> A condition frequently specified for an apology is that it needs to be truthful and read by the receiver *as* an apology.<sup>59</sup> Similarly, reparations may signal respect and substantiate an acknowledgement of wrongdoing.<sup>60</sup> Denial or whitewashing of crimes, by contrast, may signal contempt for the victims.<sup>61</sup> All in all, the sentiments of remorse and forgiveness are pivotal in the literature and point to the emotional change necessary for reconciliation. Blustein argues that whether forgiveness works as a practice of justice depends on the relative power of victims and perpetrators, the reasons for which the perpetrators are forgiven and the participation of the communities involved in formulating the terms.<sup>62</sup> This also gives rise to the question of whether “public officials [...] have the standing or authority to forgive”<sup>63</sup>, or, who may legitimately reconcile with whom.

It is useful to think about those public practices in terms of affective circulation. Bens describes transitional justice atmospheres as impressions produced by the co-presence of bodies in a transitional justice setting. As they stick to individual bodies, the “spatial and affective micro-politics of transitional justice” have a significant effect on people's sense of justice.<sup>64</sup> The concept of trauma points to further ways in which emotional experiences of injustice may become shared within communities. Hutchison argues that trauma, as “events or historic periods

---

55 Hutchison, *Affective Communities in World Politics*, 213.

56 Ross, *Mixed Emotions*, 128–135.

57 cf. Blustein, *Forgiveness and Remembrance*, 153–154.

58 Blustein, *Forgiveness and Remembrance*, 160–161.

59 Ahmed, *The Cultural Politics of Emotion*, 115.

60 Jennifer Lind, *Sorry States* (London: Cornell University Press, 2018), 13.

61 *ibid.*

62 Blustein, *Forgiveness and Remembrance*, 172.

63 *ibid.*, 154.

64 Jonas Bens, “Transitional Justice Atmospheres. The Role of Space and Affect in the International Criminal Court’s Outreach Efforts in Northern Uganda,” in *Normative Spaces and Legal Dynamics in Africa*, eds. Katrin Seidel and Hatem Elliesie (London: Routledge, 2020), 52–53.

so extreme that they shatter identities and debase a wider sense of public meaning or cohesion”<sup>65</sup>, is inherently emotional and that those emotions create shared understandings in post-trauma communities.<sup>66</sup> When shared amongst a community, feelings of discomfort, shock, incomprehension and pain become woven into the social fabric<sup>67</sup> and engender collective forms of meaning that create a distinct affective community.<sup>68</sup> Emotional legacies develop long-term inter-generational effects as they are passed on by a re-enactment of the collective suffering.<sup>69</sup> All in all, the concept of affective communities demonstrates the need to look beyond the individualistic emotional psychology approach.

As this short overview has shown, emotion may point to how a sense of injustice arises, moves across time and space, and how it can be addressed. All in all, emotional change both within and between actors transpired to be an important underpinning of reconciliation. Accordingly, in my analysis, I will ask how injustice is emotionally experienced, how a sense of injustice is transmitted and which practices of justice may cause it to change.

### **3. Mapping the Conflict: The Genocide in German-Namibian Relations**

South West Africa was the first protectorate acquired by the German Empire in 1884 and constituted the empire’s main settler colony. The genocide of the Ovaherero and Nama, aimed initially at repressing Ovaherero resistance, is probably the most significant event of German colonial history. The uprising of the Ovaherero in 1904 was triggered, amongst others, by a loss of power of traditional leaders, sexualised violence suffered by women, loss of land to German settlers and a cattle plague causing the loss of livelihoods.<sup>70</sup> While first Herero attacks were successful, German protective troops ended up encircling the Ovaherero and forced them to retreat into the arid Omaheke region.<sup>71</sup> The Nama later joined the struggle, reacting to German threats of extending their persecution.<sup>72</sup> The commander of the German protective forces interpreted this conflict as a “race war”.<sup>73</sup> As a result, German warfare aimed not only at military

---

65 Hutchison, *Affective Communities in World Politics*, 3.

66 *ibid.*, 12.

67 *ibid.*, 10.

68 *ibid.*, 3.

69 *ibid.*, 221.

70 Jürgen Zimmerer, “Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika. Der erste deutsche Genozid,” in *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, eds. Jürgen Zimmerer and Joachim Zeller (Berlin: Ch. Links, 2004), 46.

71 Horst Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien* (Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2018), 130.

72 *ibid.*, 131.

73 Zimmerer, “Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika,” 60.

victory, but at a complete erasure of the enemy.<sup>74</sup> Today, it is generally accepted that this warfare as well as the extermination order given by commander von Trotha is consistent with the UN definition of genocide.<sup>75</sup> As a result of water deficiency, a scorched earth policy<sup>76</sup> and internment camps characterised by forced labour and disease<sup>77</sup> up to 80 % of the 60 – 80,000 Ovaherero and around half of the circa 20,000 Nama perished.<sup>78</sup>

The aggressive post-war order and the profound ruptures caused within the communities, including their displacement to neighbouring colonies, significantly shaped Namibian history. In addition to the loss of political structures, it helped establish a system of forced labour and strict racial segregation.<sup>79</sup> Some of the long-term consequences still remain to be tackled today, such as land reform and a re-settlement of Ovaherero and Nama in the diaspora.<sup>80</sup> In the aftermath of the genocide, land distribution and deprivation vis-à-vis German settlers became important markers of identity for the communities.<sup>81</sup>

After the end of the German colonial empire in 1918, Namibia came under South African rule.<sup>82</sup> A window of opportunity for the Ovaherero and Nama to articulate their grievances towards Germany opened only after Namibian independence in 1990.<sup>83</sup> Since then, the two communities have been demanding justice for the genocide. The genocide has been on the agenda of German politics not least since its centenary in 2004.<sup>84</sup> In addition, the restitution of human remains in 2011 unified the Namibian position over discontent with the treatment of their delegation and led to further polarisation between the two states.<sup>85</sup> Intergovernmental consultations with the aim of “developing future bilateral relations on the basis of a joint understanding on the past” between Germany and Namibia were finally taken up in 2015.<sup>86</sup> In Namibia, they evoked controversy around the modalities of including victims’ groups who partook only in advisory committees to the government.<sup>87</sup> A further point of criticism was that the positions of

---

74 *ibid.*, 45.

75 Reinhart Kößler, *Namibia and Germany. Negotiating the Past* (Windhoek: University of Namibia Press, 2015), 117–119.

76 Zimmerer, “Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika,” 50–52.

77 *ibid.*, 55–57.

78 Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien*, 131.

79 Zimmerer, “Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika,” 60.

80 Kößler, *Namibia and Germany*, 117–118

81 *ibid.*, 118.

82 *ibid.*, 19–22.

83 *ibid.*, 234.

84 *ibid.*, 243.

85 *ibid.*, 291–298.

86 Federal Foreign Office of the Republic of Germany, “Addressing Germany and Namibia’s Past and Looking to the Future,” July 1, 2019, <https://tinyurl.com/4u44k84m>.

87 Reinhart Kößler and Henning Melber, *Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung* (Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2017), 74.

both governments and the state of the negotiations were confidential.<sup>88</sup> Out of discontent, Ovaherero and Nama representatives submitted several complaints to the UN.

The German position towards recognition of the genocide had changed substantially up to this point. Following Namibian independence, a notion of a “special responsibility for Namibia and its citizens” expressed itself in focalised development cooperation.<sup>89</sup> However, this notion was substantiated by the German speaking minority in Namibia and not the colonial crimes.<sup>90</sup> This begun to shake with the centenary of the genocide in 2004, when German Minister Wiczorek-Zeul apologised for the crimes and conceded that they implied an ethical responsibility carried by Germany.<sup>91</sup> Her statement, however, did not reflect official policy at the time, which continued to be marked by a “tabooisation” of the term genocide.<sup>92</sup> This was closely linked to the aim of avoiding reparation claims<sup>93</sup> and largely justified by the view that the UN convention on genocide cannot be applied retrospectively<sup>94</sup> as well as by the singularity of the Holocaust and according reconciliation efforts.<sup>95</sup> The German government has been using the term genocide since 2015, however in a historic rather than a legal sense.<sup>96</sup> While Germany is now willing to ask for forgiveness based on the brokered text, its language, continuing to avoid the term reparations, still reflects this viewpoint.<sup>97</sup> Kößler characterises Germany’s engagement with their counterparts as “less than forthcoming”<sup>98</sup> which not seldom caused confrontations. In dealing with Ovaherero and Nama and Namibian representatives, German officials often have adopted bureaucratic language manufactured to deflect any demands as well as a cool distance.<sup>99</sup>

In Namibia, the conflict over ownership in the negotiations with Germany is also linked to conflicts between government and opposition.<sup>100</sup> SWAPO, the party dominant since independence, maintains that all groups suffered under colonialism and therefore rejects reparations to

---

88 Daniel Pelz, “Genozid an den Herero und Nama: Heiße Debatte in Namibia, kein Thema in Deutschland,” *Deutsche Welle*, May 8, 2018, <https://tinyurl.com/4dcjefm>.

89 Deutscher Bundestag, “Drucksache 11/3934. Die besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Namibia und alle seine Bürger,” January 30, 1989, <https://tinyurl.com/88r4de4v>, 1–2.

90 Kößler and Melber, *Völkermord – und was dann?*, 46–48.

91 Kößler, *Namibia and Germany*, 251–257.

92 Kößler and Melber, *Völkermord – und was dann?*, 58.

93 *ibid.*, 60–62.

94 Federal Foreign Office of the Republic of Germany, “Addressing Germany and Namibia’s Past and Looking to the Future.”

95 Kößler and Melber, *Völkermord – und was dann?*, 41–43.

96 Federal Foreign Office of the Republic of Germany, “Addressing Germany and Namibia’s Past and Looking to the Future.”

97 European Center for Constitutional and Human Rights, “Das „Versöhnungsabkommen“,” 2.

98 Kößler, *Namibia and Germany*, 292 and 327.

99 Kößler and Melber, *Völkermord – und was dann?*, 65.

100 Jürgen Zimmerer, cited in Benjamin Breitegger, “Völkermord an den Herero: Mit wem sprechen, ein Jahrhundert nach dem Genozid,” *Zeit Online*, November 19, 2016, <https://tinyurl.com/476sck8u>.

specific groups with a view to national peace.<sup>101</sup> Inversely, it has been criticised for monopolising the memory of the colonial crimes in a way that does not accommodate memory cultures of individual communities.<sup>102</sup> While the Namibian government installed advisory committees to consult with traditional leaders, those did not participate in the talks themselves.<sup>103</sup> Still, its position is largely coincident with the demands made by victims' groups, namely “a) That Germany acknowledges that what happened in Namibia during 1904-08 is genocide [...]; renders unconditional apology for the genocide; and [...] pays reparations to the Namibian people for the genocide committed.”<sup>104</sup> The disagreement on the bilateral talks within the affected communities further reflects internal disputes. The Namibian state recognises six royal Herero houses as traditional administrations and integrated their chiefs into the negotiation process.<sup>105</sup> On the other hand, Paramount Chief Vekuii Rukoro, appointed by the Ovaherero Traditional Authority, also claims to represent a majority of Ovaherero.<sup>106</sup> This group is affiliated with the opposition and against a consultation status in the negotiations. Notably, apart from Rukoro, even out of those traditional authorities integrated into the negotiations, three have declared that they do not endorse the agreement reached.<sup>107</sup>

Members of the affected communities close to Rukoro are organised in a number of non-governmental organisations: Ovaherero/Ovambanderu Genocide Foundation (Namibia), Nama Genocide Technical Committee (Namibia, associated with the Nama Traditional Leaders Association), OvaHerero/Mbänderu and Nama Genocides Institute (USA) and Association of the Ovaherero/Ovambänderu Genocide in the USA. In Germany, they are supported by the alliance of post-colonial NGOs “No Amnesty for Genocide!”.<sup>108</sup> These organisations act closely together and regularly engage in joint political activities, for example in a class action complaint filed against Germany with a New York court during the negotiations as an expression of discontent. I maintain that they represent important actors in the reconciliation process as they

---

101 Stefan Engert, “Germany – Namibia: The Belated Apology to the Herero,” in *Apology and Reconciliation in International Relations. The Importance of Being Sorry*, eds. Christopher Daase et al. (Abingdon: Routledge, 2016), 137–138.

102 Joachim Zeller, “Kolonialkrieg und Denkmal. 100 Jahre Politik mit der Erinnerung,” in *Namibia-Deutschland. Eine geteilte Geschichte: Widerstand, Gewalt, Erinnerung*, eds. Larissa Förster, Dag Henrichsen and Michael Bollig (Köln: Ed. Minerva, 2004), 137.

103 Federal Foreign Office of the Republic of Germany, “Addressing Germany and Namibia’s Past and Looking to the Future.”

104 Saara Kuugongelwa-Amadhil, “National Assembly Statement by Right Honourable Dr. Saara Kuugongelwa-Amadhila, Prime Minister of the Republic of Namibia,” June 22, 2017, <http://www.opm.gov.na/>.

105 Breitegger, “Völkermord an den Herero”.

106 *ibid.*

107 Kuzeeko Tjitemisa, “Chiefs Reject Genocide Reparations Deal,” *New Era*, May 27, 2021, <https://tinyurl.com/wa7wsy5j>.

108 NGO Alliance No Amnesty on Genocide, “NGO Alliance | Bündnis,” accessed June 30, 2021, <https://tinyurl.com/5ppncn4>.

continuously network with politicians and traditional leaders and receive significant coverage by German and Namibian media. Their members constitute an interesting focus of research, not least as they have over time developed shared identities, positions and interpretations of political events.

#### 4. Methodology

It is a widespread belief in IR that emotions as a research object are tricky, since they are hard to define, operationalise and measure.<sup>109</sup> Researchers may identify emotions in utterances, bodily expressions or images.<sup>110</sup> As they are sensed within the body, however, determining somebody else's emotions poses a challenge.<sup>111</sup> My research is based on the opinion that the best source of information on people's emotions is their own accounts.<sup>112</sup> Furthermore, studying such a sensitive phenomenon requires safeguarding interviewees' ownership of the research process. My study thus applies an open, interpretative research approach in that it aims to reconstruct the structures of meaning in social actions through interpretation and allows for concepts to emerge from the data.<sup>113</sup>

Based on these considerations, I collected my data in the form of five problem-centred interviews, a method aimed at translating the subjective experience of social reality into theoretical statements about human action.<sup>114</sup> I gained field access to the base population, the OvaHerero and Nama in opposition to the bilateral talks, on the "2nd Transnational OvaHerero and Nama Congress – Colonial Amnesia: Quo vadis, Hamburg?" from 6 to 8 April 2018 in Hamburg.<sup>115</sup> It was attended by German post-colonial activists and a delegation of 30 OvaHerero and Nama, featuring panel discussions on memory culture and restorative justice, a demonstration along Hamburg's post-colonial sites as well as meetings with the city's Senator for Culture and Media, who apologised for Hamburg's role in the genocide on this occasion and with the Dean of the Medical Faculty, which holds a Namibian skull in its collection. Another interview

---

109 cf. Clément and Sangar, "Introduction: Methodological Challenges and Opportunities for the Study of Emotions," 7.

110 Helena Flam, "Introduction: Methods of Exploring Emotions," in *Methods of Exploring Emotions*, eds. Helena Flam and Jochen Kleres (Abingdon: Routledge, 2015), 4.

111 *ibid.*

112 cf. Barbara Czarniawska, "The Rhetoric of Emotions," in *Methods of Exploring Emotions*, eds. Helena Flam and Jochen Kleres (Abingdon: Routledge, 2015), 67-68.

113 cf. Aglaja Przyborski and Monika Wohlrab-Sahr, *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch* (Muenchen: Oldenburg Verlag, 2014), 12–21.

114 cf. Andreas Witzel, "The Problem-Centered Interview," *Forum: Qualitative Social Research* 1, no. 1 (2000), article no. 22.

115 NGO Alliance No Amnesty on Genocide, "06.04.-08.04.2018, Hamburg | 2. Transnationaler Herero & Nama Kongress," accessed June 30, 2021, <https://tinyurl.com/w38j4psu>.

was conducted in the context of a repatriation of human remains from Berlin to Namibia. For my sampling, I assumed that the attendants shared similar ideas and strategies, as proposed by the principle of minimising differences.<sup>116</sup> At the same time, conforming to the principle of maximising differences<sup>117</sup>, I spoke to members of the different civil society organisations introduced in chapter three.<sup>118</sup> Using quota and snowball sampling, I achieved a variation in gender, age, ethnic identity and place of residence within my sample.<sup>119</sup> In addition, I included data from the panels as well as pre-existing sources like media reports and public statements into my theory development in order to assess its theoretical saturation.<sup>120</sup>

Name	Date	Language	Duration	Age	Gender	First language	Residence
Amuzembi	07/04/2018	English	49 mins	52	Female	Otjiherero	USA
Karijeja	07/04/2018	English	52 mins.	54	Male	Otjiherero	USA
Hilde	08/04/2018	English	54 mins.	57	Female	Otjiherero	Namibia
Johannes	09/04/2018	English	45 mins.	29	Male	Nama	Namibia
Samuel	07/09/2018	German	56 mins.	71	Male	Otjiherero	Germany

I combined narrative-generating questions with semi-structured questions to account for the fact that asking directly about emotions might throw participants off their guard, while asking about episodes evoking an emotion might more easily trigger a response.<sup>121</sup> Questions covered respondents' reasons for participating in the event and their engagement, their view of the two governments, their concept of the central demands and the significance of specific emotions as identified through index cards. The interviews were further shaped by the framework of the congress, for instance in the episodes recounted and its dynamics between German and Ovahe-ro/Nama activists: on occasion, I was addressed in the interviews specifically as a member of

---

116 Barney Glaser and Anselm Strauss, *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research* (London: Aldine Transaction, 1967), 55-57.

117 *ibid.*

118 In order to guarantee anonymity, interview partners were assigned pseudonyms and will not be linked to individual organisations in the analysis.

119 cf. Przyborski and Wohlrab-Sahr, *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, 183-184.

120 cf. Jörg Strübing, *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008), 33.

121 Åsa Wettergren, "How Do We Know What They Feel?," in *Methods of Exploring Emotions*, eds. Helena Flam and Jochen Kleres (Abingdon: Routledge, 2015), 116.



the perpetrating collective. A second interesting observation is that speakers' positions fluctuated throughout all interviews between individual and collective. This points to a complex interplay of identifications as an affected individual, community member and NGO member, embedded in collectively negotiated goals, strategies and discourses. It is also indicative of the communities' sense of shared experience.

In my analysis, based on a transcription of the interviews into text, I approached the data by studying emotions as speech acts<sup>122</sup>, using insights from linguistics to identify emotion markers in spoken language.<sup>123</sup> Mostly, I could rely on emotions directly denominated by my interview partners or verify my interpretation via the index cards laid out in the final part of the interview. I used the techniques of grounded theory to process my data, an interpretative approach based on "procedures [...] designed to develop a well integrated set of concepts that provide a thorough theoretical explanation of social phenomena under study."<sup>124</sup> The goal of grounded theory is to develop theoretical statements about a "substantive, or empirical, area of sociological inquiry"<sup>125</sup> through theory-oriented coding of empirical material. In a first open coding<sup>126</sup> directed by my guiding questions and using MAXQDA, I identified emotions connecting different actors, goals and contentious issues in my data. A further axial coding<sup>127</sup> allowed me to order my data around the causal trigger of my phenomenon, its context, intervening conditions, action and interaction strategies, and consequences.<sup>128</sup> Hereby, I identified a (collective) struggle for recognition and self-determination as a core phenomenon. Lastly, I focussed on emotional processes as an axis category in order to identify the main mechanisms on the level of emotional experience around this as explanatory factors. As a result, I identified three fundamental stages of the transitional justice process: experience, negotiation and overcoming, laying out the main mechanisms on the level of emotion for each of the stages. The first part of my analysis presents how descendants of the victims emotionally experienced the genocide and its aftermath. Secondly, I specify their emotional experience of the current political setting. Finally, I focus on how the injuries of the genocide may be overcome.

---

122 Koschut, "Introduction to Forum: Discourse and Emotions in International Relations," 485–486.

123 Monika Schwarz-Friesel, *Sprache und Emotion* (Tübingen: Franke, 2013).

124 Juliet M. Corbin and Anselm Strauss, "Grounded Theory Research: Procedures, Canons, and Evaluative Criteria," *Qualitative Sociology* 13, no. 1 (1990): 5.

125 Glaser and Strauss, *The Discovery of Grounded Theory*, 32–33.

126 cf. Przyborski and Wohlrab-Sahr, *Qualitative Sozialforschung*, 210.

127 *ibid.*, 210–211.

128 Strübing, *Grounded Theory*, 26–28.

## 5. Case Study

### 5.1. Experiencing the Aftermath of Genocide: “Because It’s in My Being”

Amuzembi explains: “People think that, it’s a 114 years ago, is so far away, but they forget that the trauma didn’t stop when the war ended in 1908.” This implies that the genocide still impacts people’s lives today. Accordingly, the first part of my analysis describes how descendants came to view the genocide as something personally relevant to them. I argue that this was conveyed by two core mechanisms on the level of emotion, namely *affection* (becoming affected) and a *transgenerational transmission* of emotions.

Notably, the genocide did not always play a central role in descendants’ lives but was actively explored in a confrontation with personal and communal history. Descendants attribute this to structural factors restricting options for action in previous generations. Hilde further lays out that Namibia lived a long period of imperialism marked by German colonialism and South African rule, making the liberation struggle a more pressing issue. In addition, previous generations adopted silence as a survival strategy. Descendants interpret the fact that the genocide had not been present in Namibian public memory through a frame of marginalisation. However, they generally had a diffuse notion of the genocide as being important. Narration by family members and community oral history informed several of the descendants. Amuzembi, for instance, learned about the war from a relative she observed grieving and started to wonder about the event’s significance. For Karijeja, this meant having an implicit knowledge of a horrible event as a child which grew more concrete as he became older. As a result, descendants adopted strategies of autonomous knowledge acquisition which often marked an eye-opening moment and generated an immersion into the realities of the genocide. Through an engagement with historical literature, they began to position themselves vis-à-vis the crimes. Via narrations, books and images, emotions were conveyed onto the descendants and left a lasting imprint. Strong emotions such as anger, horror, sorrow and pain were elicited by these readings, leading descendants to re-live the pain of their ancestors. By personalising the victims and establishing a relationship to them, the genocide became tangible and personal.

From this affection, descendants developed an urge to become active, which they experience not as a choice, but as an imperative, giving rise to their political activism. Karijeja explains this as an existential matter: “Once happen that to you, you are in it, for life.” The affection also evoked a strong sense of responsibility. Karijeja describes this on several social layers: to the ancestors who were unable to bring about justice for themselves, to future generations who

should be free from the burden of seeking justice, and lastly towards humanity as a whole. Other emotions triggered by the discoveries are feelings of incomprehension and disbelief about these horrors. Those are often underpinned by moral norms, marking the crimes as inhumane. In addition, the discoveries elicited frustration over being unable to receive answers from the victims or perpetrators of the crimes.

The engagement with the history of the genocide further engendered a confrontation with descendants' own sense of identity and made being a direct descendant of the victims of the genocide an important point of identification. Family fate is one of the factors leading descendants to understand themselves as directly affected by the genocide, mediated by strong emotional responses. This concerns experiences of displacement and expropriation as well as sexualised violence committed in the context of the genocide. Amuzembi, for instance, explored her grandmother's descent and realised that her grandmother might very well have been born as a result of rape. This causes her strong emotional distress in the form of anger, humiliation and incomprehension. In addition to the painful knowledge of the ancestors' suffering, the disruptive effect on families is very clear. Amuzembi describes the relevance of lineage in Herero culture and the sense of fracture inflicted on her identity by not having this knowledge. Moreover, the sense of being personally affected is constructed around kinship: firstly, a link to Germany is constructed around German ancestors in the lineage. Secondly, it is based on belonging to the Herero and Nama communities. Emotional distress is therefore also rooted in experiences made by the community as a whole. For Hilde in particular, growing up in the racist Apartheid regime made the ideological impact of the genocide very tangible.

The term intergenerational trauma was adopted by my interview partners themselves and may be helpful to understand the processes through which emotions were transmitted over time. For Amuzembi, the trauma concerns her disrupted family history transmitted through the experience of growing up without a father and with a brother in the diaspora. Karijeja, on the other hand, explains how immersing himself in the realities of the genocide and re-living them leads to him being traumatised, mediated by pain, angst and denial. Similarly, Johannes argues that the long-term effects of the genocide on today's generation, such as the socio-economic marginalisation caused by the genocide and its effect on land distribution, constitute a form of trauma. These often trigger strong emotional and bodily reactions such as crying. One of the emotions most commonly associated with intergenerational trauma is pain. Johannes phrases this as follows:

“The pain is still here. We still feel the pain, after so many years, there's still pain.

When you read some of the stories, you ask yourself, but why did the German Reich all this what they did to our ancestors.”

Similarly, Amuzembi describes that she inherited “the deep sorrow of my ancestors”:

“Why is it important? How did it affect you? Because even in Namibia today, some people from Ovamboland, they said, but it was 100 and something years ago, why do you still feel pain? But they have no idea. Because, it's really transgenerational. It's the social foundation of who we are ... the guilt. The pain. The suffering.”

These experiences deeply entrenched in descendants’ lives and identities make the genocide still tangible today.

Overall, it has become apparent that the descendants understand themselves to be victims in their own right. I have outlined two main mechanisms presupposing this: *affection* describes the process through which descendants unravelled the genocide and became impacted by it. By a *transgenerational transmission of emotions*, the trauma-related emotions of the genocide were passed onto the descendants so that they persist until today. Both mechanisms were conveyed by re-living their ancestors’ suffering, alongside the emotions caused by long-term consequences of the genocide. They were significantly shaped by affective bonds with attachment figures and the community which foster empathy with the pain of past generations. Consequently, questions of identity and belonging were very present in the stories told and point to the intertwined operation of emotions on the individual, family and community levels.

## **5.2 Negotiating Genocide: “They are Enabling this Genocide to Continue”**

In the following segment of my analysis, I will shift the view to the present political context, taking up the notions of continuity and personal relevance in order to grasp descendants’ emotional experience of the negotiations. Descendants interpret this socio-political setting as parallel to the lived realities during colonialism and Apartheid characterised by limited agency and a marginalised position vis-à-vis state actors. This systematically elicits feelings of humiliation, frustration, anger and betrayal, amongst others. I argue that these can be subsumed into the core sentiment of a *continued sense of degradation and heteronomy*. I further propose that those emotions are ultimately *institutionalised* in the political context and practices of negotiating the genocide.

In general, descendants view the negotiations very negatively, expressed through strongly connoted descriptions, and affirm their rejection of the negotiations since they are not at the table. Samuel, for instance, calls them non-sense negotiations, secretive, superficial and a mere

“circus”. Johannes argues that Namibia is working as a “puppet government” to protect the interests of the German minority in Namibia. This interpretation of government action as continued imperialist practice, to the point of being read as a continuation of the genocide, is central to my analysis. Karijeja explains that “the Namibian government is enabling this genocide to continue”, allowing Germany to get away with it. By not being heard, the communities feel victimised again: Hilde argues that the two governments are “genociding” their communities right now, by denying their right to self-determination and respect as human beings.

Consequently, descendants share the perception that the governments are working together against the interests of their communities. The Namibian government in particular is described as corrupt and paternalistic in that it speaks over victims’ heads and takes illegitimate charge. The communities, on the other hand, have limited resources and access to power. Their experience of marginalisation within Namibia is personified in the recurring trope of the German landowner. As a result, descendants’ feelings towards the Namibian government include disregard, disappointment, disrespect and mistrust. By the Namibian government, conversely, they feel marginalised, disregarded, diminished and betrayed. The descendants’ relationship with the German government is similarly characterised by negative terms. Its politics are described as imperialistic, racist, immoral and arrogant. The most prominent description of Germany’s attitude towards the communities, however, is a sense of superiority. Descendants concur that Germany, or at least its older generation, still feels superior to the African population: Samuel, for instance, argues that Germany is behaving like a colonial power, with a mentality of Africans as “Untermenschen” (sic). This interpretation of an imperialist mindset is strongly intertwined with descendants’ view of the current politics as racist and linked to a comparison with other victims’ groups. Johannes explains:

“If this were White people, [...] Germany would have been quick into buy into the demands. They have done with the Jewish people. They have admitted and they have paid reparations, they have give apology and they have did it, but because this are Black natives from Africa, they just feel, ach scheiße, this are just Eingeboren [sic].”

Similarly, Samuel interprets the German insistence on paying development aid rather than reparations as an infantilisation of Africans. He also emphasises the unequal treatment of the Ovaherero and Nama and the solidarity he receives from the Jewish community. As a result, descendants characterise the German government’s attitude as disrespectful, indifferent and prideful, while lacking appreciation and empathy. Descendants, on the other hand, describe

emotions of frustration, humiliation, disappointment, pain, anger and rejection.

This rejection is supported by moral emotions against which descendants measure the legitimacy of their struggle as well as the politics pursued by both governments. As intervening conditions, those norms provide an interpretative framework and have significantly altered the action context of generations today from that of previous generations. Government action is marked as immoral as it infringes on the communities' chartered rights, ignoring the rule of law, the duty of states to protect their citizens, non-discrimination, human dignity, self-determination and respect for traditional practices. Such infringements cause responses of anger and outrage. They are also linked to socially bound feeling rules, for instance feeling remorse after having caused someone pain. From action tendencies shown by the government officials, descendants deduct that those do not feel remorse. These emotions are, while embedded into the political set-up, also tied to, and re-elicited through, instances of disrespect lived by descendants during their political engagement. Significant episodes include the court case in New York as well as encounters with representatives. Johannes, for instance, recounts a meeting with the German ambassador he perceived was disregarding Black lives, causing him strong bodily responses to the point of wanting to enter into a physical confrontation with the ambassador.

In sum, affected communities see themselves positioned in a number of hierarchies vis-à-vis the actors they are addressing, such as inter-state, social and racial hierarchies. This leads to a *continued sense of degradation and heteronomy* resonating with the experiences made by others under colonialism and Apartheid. All in all, there is a strong discrepancy between the expectations of descendants towards reconciliation and the framework established by the bilateral talks. As a result, rather than dispersing the negative emotions transmitted over the generations, the negotiations appear to reinforce and perpetuate these sentiments. Consequently, I understand this sentiment and its underlying emotions to be *institutionalised* in the socio-political set-up.

### **5.3. Overcoming Genocide: “You Repair Something in Me”**

In the last part of my analysis, I will trace the role that the practices envisioned by descendants have for emotional change. As descendants not only formulate their demands in political, but also in affective terms, I will outline descendants' understanding of reconciliation as a process of *emotional healing* and point to the role of affective relationality in producing the *dis-alienation* requisite for reconciliation.

Resulting from the discontent with the political solutions offered, descendants have developed strategies directed both at coping with the emotions triggered by this framework and at

transforming it, such as lobbying, legal action and dialogue with German civil society. Karijeja, for instance, describes writing letters, giving presentations and organising demonstrations as a strategy of channelling his emotions, including his frustration over German politics. These represent collective practices of self-empowerment aimed at overcoming the shared sense of marginalisation and heteronomy and point to the affective meaning of being able to negotiate for oneself in terms of feeling respected and recognised. A further aspect of bringing about justice is truth-telling in the form of awareness-raising and educational work: Samuel stresses the importance of memorialisation, documenting the history of the genocide for future generations. Achieving such power of definition constitutes a form of overcoming in itself. Similarly, other demands such as reparations also transcend monetary concerns and encompass a deeper meaning: in Johannes' concept of justice, restoring descendants' dignity and economic status are closely connected, as they undo the marginalisation resulting from the genocide. This exemplifies the link between the material and affective dimensions of descendants' goals.

Importantly, for descendants feeling recognised encompasses explicitly being recognised in their emotional experience as well. Karijeja puts this in a nutshell when he states that "genocide is personal." Since the issue directly affects him, he explains, it needs to be addressed in a personal way, otherwise his feelings of injustice will persist: "You could have a political resolution, but human or humane real justice, you have to talk to the people, you have to speak to their pain." Similarly, Hilde wants others to empathise with the communities and understand how they feel. She wishes to be respected in her capacity as a human being with feelings and with what she calls natural human reactions to the injustice suffered.

Ultimately, what descendants hope to accomplish is finding closure. While most episodes portrayed so far were dominated by negative emotions, descendants also experience determination, hope and joy. Hilde, for instance, recounts the strength and pride derived from being part of the Namibian delegation in the repatriation of human remains in 2011. The apology offered by the senator of Hamburg, too, has given Johannes and Amuzembi hope and "a positive thought". In addition, the support, empathy and solidarity extended to descendants by German NGOs induce positive responses and stand in strong contrast to the emotions evoked by government actors. These examples demonstrate that receiving recognition highly influences the emotional outlook of victims and thus bears significant potential for reconciliation. Descendants envision that finding justice in its various forms would allow them to free themselves from their emotional distress. In alignment with the language of trauma, they describe this as "healing", initiated through acknowledgment as expressed in an apology. Receiving recognition would also relieve descendants from the burden of continuously fighting for justice, something

that according to Karijeja constitutes a trauma in itself. Johannes explains:

“The frustration is that, when will we have an end? When will we close this chapter, this dark chapter. We don't want to spend the whole of our lives talking about this chapter. That is the frustration that we have. We want this chapter to be closed.”

Similarly, Hilde states what closure could achieve for the communities:

“We can now take hands, and go through, and have a peace of mind. We must also have a closure of what happened, also, it will be so that we can focus on other things also. And we'll live in harmony with one another. It will be really a very good thing, we are not going to scream and jump over the board and say we have defeated or what that is, is just a metaphor, justice has taken its course. And now we're going to a new chapter in our live.”

It is clear that the circulation of affect is significant for transforming the emotions related to the genocide. Such a transmission is exemplified by the encounters of descendants with officials in Hamburg. Amuzembi describes that when meeting with the senator of Hamburg, “you could feel his emotions”, and that it could be instinctively felt that his apology was sincere. Similarly, Karijeja calls his encounter with the Dean of the Medical Faculty “one of the most profound moments”; it is clear that this encounter left an affective imprint on him. When encountering the skull held by the University of Hamburg, many members of the delegation experienced bodily change. In addition, Samuel mentions the affective impact that visiting the Namibian concentration camps have on a person. These instances highlight the significance of affective transmission in producing the changes in individuals conducive to reconciliation.

Ultimately, the circulation of affect may establish bonds between actors. This assessment is very much in line with descendants' vision on building bridges. Hilde addresses the significance of building relationships with Germans as the society of perpetrators: “Love, oh yes, that is what we want, we love you, as I say, let's sit together as brothers and sisters.” For her, the affective dynamics of acknowledging and forgiving engender healing not only for the victims, but in fact *between* the two collectives. Amuzembi states:

“And trust, without trust, nothing can be done. Apology without trust, meaningless. So trust will be the foundation, before we get to apology. How do we develop trust? By having those dialogues. Looking each other in the eye and sitting and talking to each other so we could develop the trust to go to the next level.”

This substantiates the importance of affective relationality in reconciliation and demonstrates



that seeking direct exchange with the German government has a meaning beyond voicing one's demands.

By focussing on descendants' framework of reconciliation, I have re-conceptualised recognition as a sentiment of being valued in one's personhood and outlined its link to emotional change. Notably, this makes recognising descendants' emotional experience *as such* a prerequisite for reconciliation. Reconciliation itself encompasses, on the one hand, *emotional healing*, meaning a transformation of the trauma-related emotions into more desirable ones and freeing oneself from emotional distress. On the other hand, *dis-alienation* forms part of affective reconciliation in building bonds between actors. Rather than a political agreement, reconciliation then becomes a comprehensive intersocietal task, based on building connecting emotions like empathy and trust.

## **6. Conclusion: Genocide is Personal**

This contribution has shown that many of the contentious issues between the Ovaherero and Nama and Germany, and indeed many of the core concepts in reconciliation and justice research, are better understood if analysed from an emotions perspective. In particular, it has outlined how the emotions and affect associated with experiencing injustice are interlinked with communities and identities. I have demonstrated that through processes of affection and transgenerational transmission, the genocide against the Ovaherero and Nama came to be lived as an existential issue, even for today's generation. To use Karijeja's words, "genocide is personal" and as such must be addressed on a personal level. This finding underlines that understanding injustice, and the crime of genocide specifically, solely in a legal sense does not sufficiently account for the trauma it engenders. Rather, injustice is experienced as a highly disruptive event and as such inscribes itself into victims' lives. Finding justice, then, constitutes a multifaceted process of addressing this emotional distress as well as undoing the structural factors perpetuating it. In addition, it has become clear that an emotions perspective contributes significantly to a more complex understanding of the communities' key demands, in particular their affective content in the sense of being respected, heard and valued in one's personhood. Importantly, such recognition has to entail the recognition of these emotions as a legitimate response to the injustice experienced as well. Practices such as truth-telling, apologies and reparations may evoke a sense of recognition and help restore victims' dignity. Therefore, they represent a counterproject to the continued sense of degradation and heteronomy lived by descendants through-

out their engagement and its underlying negative emotions institutionalised into political practices and sociocultural structures. Reconciliation, then, comes to signify emotional healing and dis-alienation in the form of processing the emotional distress transmitted onto individuals and of allowing victims and perpetrators to establish affective bonds supported by empathy and trust. All in all, and very much in line with the notions of existential reconciliation and restorative justice, emotion constitutes a key element of both living through and overcoming injustice which instruments of reconciliation need to address adequately.

Over and above, my study has yielded valuable intervention points for research in IR in general. Strong interlinkages between emotions and power relations became apparent in descendants' narratives of their experiences of racism, socio-political and economic marginalisation and foreign rule. These structures have been determinative of people's lives from the colonial era over Apartheid until the present, where they continue to elicit sentiments such as degradation, frustration and others. In addition, they impacted the emotional responses and action strategies available to different generations, leaving affected communities with limited options of successfully overcoming their emotional distress and producing new frustrations. For IR researchers as well as practitioners, this calls for a heightened sensitivity to the weight of post-colonial hierarchies in transnational reconciliation processes. This is especially so in post-colonial settings where political representation is not necessarily aligned with prevalent modes of political organisation. My study underlines the need for new approaches beyond IR's classical categories in order to account for such forms of feeling that escape and extend national borders. In short, IR could gain much from addressing the question as to how far states are able to act as a broker for the emotions of individuals and communities.

Finally, this suggests that the limitations of a national approach to reconciliation, as laid out in part two, persist within Namibia. Regardless of the contentious nature of the agreement, the governments' joint declaration states that "the Namibian Government and people accept Germany's apology and believe that it paves the way to a lasting mutual understanding and the consolidation of a special relationship between the two nations."<sup>129</sup> I would like to approach this statement by recapitulating the question of who may apologise or forgive on behalf of whom. This question points to both the importance of actual emotional change for reconciliation and the limits of political representation in affective reconciliation. In its current form, effectively, the national approach to reconciliation represents a way of someone feeling on be-

---

<sup>129</sup> Reinhart Kößler and Henning Melber, "Namibian Genocide: Why Germany's Bid to Make Amends Isn't Enough," *The Conversation*, June 1, 2021, <https://tinyurl.com/yrctb42r>.

half of somebody else, as there is little space in the mechanisms in place for descendants' emotional expressions. As a result, their rejection of the bilateral talks and their insistence on speaking for themselves can be understood as a claim to *feel* for themselves as well.

With a view towards reconciliation with Germany, I argue that, accordingly, the political solutions offered at present are not apt to dissolve the emotional distress associated with the genocide experienced by descendants in the form of anger, frustration or humiliation and transform them into aspired emotions such as trust, respect and empathy. Rather, they are working to reproduce and reinforce them. There is a clear mismatch between what descendants live through and what they envision, expressed not least in the divergent notions of genocide: as personal experience on the one hand, as a historical category on the other. By contrast, reconciliation with Germany presupposes change on three levels: the structural level, meaning the emotions institutionalised into political structures; the group level, that is, a change in the relationality of actors with one another; and the individual level, that is, the emotional change within actors. As a result, it seems unlikely that reconciliation in an affective sense will be realised through the agreement produced by the German and Namibian governments and in fact, victims' groups' discontent has not been dispersed by the outcomes of the bilateral talks. If reconciliation is to be achieved, future procedures need to take a different path and find ways to meaningfully engage both collectives, allowing for expressions of injury and respecting descendants' needs.

## Literature

- Ahmed, Sara. *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 2014.
- Ariffin, Yohan. "Introduction: How Emotions Can Explain Outcomes in International Relations." In *Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations*, edited by Yohan Ariffin, Jean-Marc Coicaud, and Vesselin Popovski, 1–22. Cambridge: Cambridge University Press, 2016.
- Bens, Jonas. "Transitional Justice Atmospheres. The Role of Space and Affect in the International Criminal Court's Outreach Efforts in Northern Uganda." In *Normative Spaces and Legal Dynamics in Africa*, edited by Katrin Seidel and Hatem Elliesie, 41–60. London: Routledge, 2020.
- Bens, Jonas, and Olaf Zenker. *Gerechtigkeitsgefühle: Zur affektiven und emotionalen Legitimität von Normen*. Bielefeld: transcript Verlag, 2017.
- Bens, Jonas, and Olaf Zenker. "Sentiment." In *Affective Societies: Key Concepts*, edited by Slaby and Christian von Scheve, 96–106. London: Routledge, 2019.
- Blustein, Jeffrey M. *Forgiveness and Remembrance. Remembering Wrongdoing in Personal and Public Life*. Oxford: Oxford University Press, 2014.
- Breitegger, Benjamin. "Völkermord an den Herero: Mit wem sprechen, ein Jahrhundert nach dem Genozid." *Zeit Online*, November 19, 2016. [HTTPS://TINYURL.COM/476SCK8U](https://tinyurl.com/476sck8u).
- Clément, Maéva, and Eric Sangar. "Introduction: Methodological Challenges and Opportunities for the Study of Emotions." In *Researching Emotions in International Relations. Methodological Perspectives on the Emotional Turn*, edited by Maéva Clément and Eric Sangar, 1–29. Cham: Palgrave Macmillan, 2018.
- Coicaud, Jean-Marc. "Exploring the Nexus Emotions/Passions, Values and Rights in International Politics." In *Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations*, edited by Yohan Ariffin, Jean-Marc Coicaud, and Vesselin Popovski, 137–167. Cambridge: Cambridge University Press, 2016.
- Coicaud, Jean-Marc. "Conclusion: A Few Suggestions for a Future Research Program on Emotions and Passions in International Politics." In *Emotions in International Politics*, edited by Yohan Ariffin et al., 398–406. Cambridge: Cambridge University Press, 2016.
- Collaborative Research Center 1171 Affective Societies. *Affective Societies. Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten*. Freie Universität Berlin: DFG Finanzierungsantrag, 2015.
- Corbin, Juliet M., and Anselm Strauss. "Grounded Theory Research: Procedures, Canons, and Evaluative Criteria." *Qualitative Sociology* 13, no 1 (1990): 3–21.

- Crawford, Neta C. "Institutionalizing Passion in World Politics: Fear and Empathy." *International Theory* 6, no. 3 (2014): 535–557.
- Czarniawska, Barbara. "The Rhetoric of Emotions." In *Methods of Exploring Emotions*, edited by Helena Flam and Jochen Kleres, 67–78. Abingdon: Routledge, 2015.
- Deutscher Bundestag. "Drucksache 11/3934. Die besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Namibia und alle seine Bürger." January 30, 1989. [HTTPS://TINYURL.COM/88R4DE4V](https://tinyurl.com/88R4DE4V).
- Engert, Stefan. "Germany – Namibia: The Belated Apology to the Herero." In *Apology and Reconciliation in International Relations. The Importance of Being Sorry*, edited by Christopher Daase et al., 127–145. Abingdon: Routledge, 2016.
- European Center for Constitutional and Human Rights. "Das „Versöhnungsabkommen“ – Eine vertane Chance," June 2, 2021. [HTTPS://TINYURL.COM/TVD465XS](https://tinyurl.com/TVD465XS).
- Federal Foreign Office of the Federal Republic of Germany. "Addressing Germany and Namibia's Past and Looking to the Future," July 1, 2019. [HTTPS://TINYURL.COM/4U44K84M](https://tinyurl.com/4U44K84M).
- Federal Foreign Office of the Federal Republic of Germany. "Foreign Minister Maas on the Conclusion of Negotiations with Namibia," May 25, 2021. [HTTPS://TINYURL.COM/3WDC4YRY](https://tinyurl.com/3WDC4YRY).
- Flam, Helena. "Introduction: Methods of Exploring Emotions." In *Methods of Exploring Emotions*, edited by Helena Flam and Jochen Kleres, 1–21. Abingdon: Routledge, 2015.
- Glaser, Barney, and Anselm Strauss. *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. London: Aldine Transaction, 1967.
- Gould, Deborah Bejosa. *Moving Politics. Emotion and ACT UP's Fight Against AIDS*. London: The University of Chicago Press, 2009.
- Gründer, Horst. *Geschichte der deutschen Kolonien*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2018.
- Hutchison, Emma, and Roland Bleiker. "Theorizing Emotions in World Politics." *International Theory* 6, no. 3 (2014): 490–591.
- Hutchison, Emma. *Affective Communities in World Politics. Collective Emotions after Trauma*. Cambridge: Cambridge University Press, 2016.
- Koschut, Simon. "Introduction to Forum: Discourse and Emotions in International Relations." *International Studies Review* 19, no. 3 (2017): 481–508.
- Kößler, Reinhart. *Namibia and Germany. Negotiating the Past*. Windhoek: University of Namibia Press, 2015.

- Kößler, Reinhart, and Henning Melber. *Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung*. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2017.
- Kößler, Reinhart, and Henning Melber. “Namibian Genocide: Why Germany’s Bid to Make Amends Isn’t Enough.” *The Conversation*. June 1, 2021. [HTTPS://TINYURL.COM/YRCTB42R](https://tinyurl.com/YRCTB42R).
- Kuugongelwa-Amadhil, Saara. “National Assembly Statement by Right Honourable Dr. Saara Kuugongelwa-Amadhila, Prime Minister of the Republic of Namibia.” June 22, 2017. [HTTP://WWW.OPM.GOV.NA/](http://www.opm.gov.na/).
- Lind, Jennifer. *Sorry States. Apologies in International Politics*. London: Cornell University Press, 2008.
- Lu, Catherine. *Justice and Reconciliation in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 2017.
- Lutz, Catherine A. *Unnatural Emotions. Everyday Sentiments on a Micronesian Atoll & Their Challenge to Western Theory*. London: The University of Chicago, 1988.
- Mercer, Jonathan. “Feeling Like a State: Social Emotion and Identity.” *International Theory* 6, no. 3 (2014): 515–535.
- No Amnesty on Genocide!. “Joint Resolution of the Delegates to the I. Transnational Congress on the Ovaherero and Nama Genocides, Berlin, October 14–16, 2016,” October 16, 2016. <https://tinyurl.com/zej4v9em>.
- No Amnesty on Genocide!. “06.04.-08.04.2018, Hamburg | 2. Transnationaler Herero & Nama Kongress.” Accessed June 30, 2021. [HTTPS://TINYURL.COM/W38J4PSU](https://tinyurl.com/w38j4psu).
- No Amnesty on Genocide!. “NGO Alliance | Bündnis.” Accessed June 30, 2021. [HTTPS://TINYURL.COM/5PPNCN4](https://tinyurl.com/5ppncn4).
- Pelz, Daniel. “Genozid an den Herero und Nama: Heiße Debatte in Namibia, kein Thema in Deutschland.” *Deutsche Welle*. May 8, 2018. [HTTPS://TINYURL.COM/4DCJEFTM](https://tinyurl.com/4dcjeftm).
- Przyborski, Aglaja, and Monika Wohlrab-Sahr. *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. Muenchen: Oldenburg Verlag, 2014
- Ross, Andrew A. G. *Mixed Emotions. Beyond Fear and Hatred in International Conflict*. London: The University of Chicago Press, 2014.
- Schwarz-Friesel, Monika. *Sprache und Emotion*. Tübingen: Franke, 2013.
- Slaby, Jan, and Christian van Scheve. “Introduction. Affective Societies – Key Concepts.” In *Affective Societies – Key Concepts*, edited by Jan Slaby and Christian van Scheve, 1–24. London: Routledge, 2019.

- Strübing, Jörg. *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.
- Tjitemisa, Kuzeeko. "Chiefs Reject Genocide Reparations Deal." *New Era*. May 27, 2021. <https://tinyurl.com/wa7wsy5j>.
- Ure, Michael. "Post-Traumatic Societies: On Reconciliation, Justice and the Emotions." *European Journal of Social Theory* 11, no. 3 (2008): 283–297.
- Vinjamuri, Leslie, and Jack Snyder. "Advocacy and Scholarship in the Study of International War Crime Tribunals and Transitional Justice." *Annual Review of Political Science* 7 (2004): 345–362.
- Wettergren, Åsa. "How Do We Know What They Feel?." In *Methods of Exploring Emotions*, edited by Helena Flam and Jochen Kleres, 115–124. Abingdon: Routledge, 2015.
- Witzel, Andreas. "The Problem-Centered Interview." *Forum: Qualitative Social Research* 1, no. 1 (2000): article no. 22.
- Zeller, Joachim. "Kolonialkrieg und Denkmal. 100 Jahre Politik mit der Erinnerung." In *Namibia-Deutschland. Eine geteilte Geschichte: Widerstand, Gewalt, Erinnerung*, edited by Larissa Förster, Dag Henrichsen, and Michael Bollig, 124–143. Köln: Ed. Minerva, 2004.
- Zimmerer, Jürgen. "Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika. Der erste deutsche Genozid." In *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, edited by Jürgen Zimmerer and Joachim Zeller, 45–63. Berlin: Ch. Links, 2004.

# Deutschland als Entwicklungsland? Eine Analyse des deutschen Entwicklungsdispositivs unter der Agenda 2030

Laura Mai Ehrich

## Abkürzungsverzeichnis

BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
CDA	Critical Discourse Analysis
DeVal	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MDGs	Millennium Development Goals
SDGs	Sustainable Development Goal
USA	United States of America

## Hinweis zur Schreibweise

Zur einfacheren Lesbarkeit wird in diesem Beitrag für allgemeine Personenbezeichnungen, sowie für Personenbezeichnungen im Plural – außer in Fällen, in denen es sich ausschließlich um bestimmte, benannte Männer oder feststehende Institutions-bezeichnungen handelt – das generische Femininum benutzt. Männer sind in diesem Fall mitgemeint.

## 1. Einleitung

*„In terms of sustainable development, all countries are now developing countries.”<sup>1</sup>*

Ein wichtiges und potentiell transformatives Umsetzungsprinzip der *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* der Vereinten Nationen ist das Universalitätsprinzip. Hierzu heißt es in der *Agenda 2030*:

---

<sup>1</sup> Christian Kroll, *Sustainable Development Goals: Are the rich countries ready?* (Güsterloh: Bertelsmann-Stiftung, 2015), 5.



„This is an agenda of unprecedented scope and significance. It is accepted by all countries and is applicable to all. [...] These are universal goals and targets which involve the entire world, developed and developing countries alike.“<sup>2</sup>

Diese Formulierung und Zielstellung ist tatsächlich ohne Präzedenzfall. Entwicklungsziele, die auch für „entwickelte Länder“ gelten – das gab es im seit 70 Jahren bestehenden Entwicklungsdispositiv nicht.

Das Entwicklungsdispositiv ist ein poststrukturalistisches Konzept, welches das Ensemble an strategischen Diskursen, Praktiken und Institutionen in der Entwicklungspolitik, also der auf die als *unterentwickelt* verstandenen sogenannten *Entwicklungsländer* gerichteten Interventionspolitik, umfasst. Es basiert auf dem aus der französischen Sozialwissenschaft stammenden und von Michel Foucault popularisierten Dispositivkonzept, in dem auf Wissensdomänen basierende Machtstrukturen eine Unterscheidung zwischen wahr und falsch vornehmen.<sup>3</sup> Da die Grundformationsregel der Gegenstände im Entwicklungsdispositiv auf der Schaffung eines Dualismus zwischen *entwickelten* und *unterentwickelten* Ländern basiert, scheint der im obenstehenden Zitat implizierte Universalitätsanspruch hiermit unvereinbar zu sein. Die Agenda 2030 beansprucht also eine grundlegende Veränderung in der Formation der Gegenstände des Entwicklungsdispositivs: Industrieländer werden theoretisch nun erstmals auch zu Objekten, in denen Interventionen im Namen der *Nachhaltigen Entwicklung* stattfinden können. Da dies die Struktur des Entwicklungsdispositivs von Grund auf erschüttern würde, gilt es zu untersuchen, ob sich die rhetorische Ankündigung aus der Agenda 2030 einige Jahre nach ihrer Verabschiedung auch tatsächlich im Dispositiv aus Diskursen, Praktiken und Institutionen niedergeschlagen hat. Hierzu wird Deutschland als ein exemplarisches Mitgliedsland der Vereinten Nationen untersucht, in dem das Entwicklungsdispositiv in der Vergangenheit bereits beschrieben und analysiert wurde.<sup>4</sup>

Die leitende Fragestellung dieser Untersuchung lautet folglich: *Hat der Universalitätsanspruch der Agenda 2030 zum Bruch mit dem Dualismus des Entwicklungsdispositivs in Deutschland geführt?* Zur Beantwortung dieser Frage wird in diesem Beitrag eine hypothesengeleitete Dispositivanalyse der deutschen Entwicklungspolitik zwischen 2015 und 2019 vorgenommen. Dispositivanalysen stellen eine systematische Erweiterung von Diskursanalysen dar.

---

2 United Nations General Assembly, “Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development” A/RES/70/1 (New York: United Nations General Assembly, 25.09. 2015), 3.

3 Andrea Bührmann & Werner Schneider. „Mehr als nur diskursive Praxis? Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse.“ *Historical Social Research* 33, Nr. 1 (2008): 112.

4 Siehe Aram Ziai, *Globale Strukturpolitik?* (Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007).

Sie untersuchen zusätzlich zu Diskursen auch die Materialisierungen von diskursiven Praktiken.<sup>5</sup>

Die Dispositivanalyse wird anhand der drei konstituierenden Elemente Diskurs (Abschnitt 2), Praktiken (Abschnitt 3) und Institutionen (Abschnitt 4) durchgeführt, nachdem im Rest dieser Einführung das Dispositivkonzept im Allgemeinen (1.1) und das Entwicklungsdispositiv im Speziellen (1.2) sowie die sich aus der Agenda 2030 ergebene Hypothese für die Dispositivanalyse (1.3) vorgestellt werden.

### 1.1 Dispositivkonzept

Das Dispositivkonzept stellt eine Erweiterung des foucaultschen, poststrukturellen Diskursbegriffs dar. Letzterer bezeichnet das Bündel aus Regeln, die zu einem historischen Zeitpunkt in einem Wissensbereich die Sprachpraxis regulieren und das daraus hervorgehende Bedeutungssystem, in dem bestimmte Beziehungen zwischen Bezeichnendem und Bezeichnetem fixiert sind.<sup>6</sup> Dabei liegen einem Diskurs vier Formationsregeln zu Grunde: Die Formationsregel der Gegenstände, der Äußerungsmodalitäten, der Begriffe und der strategischen Wahl. Für die vorliegende Forschungsfrage ist vornehmlich die erste Formationsregel relevant – die Formation der Gegenstände, von denen die Diskurse sprechen. Es ist dann von einer einheitlichen Formationsregel zu sprechen, wenn im Diskurs auch sich einander ausschließende Gegenstände hervorgebracht werden können, ohne dass der Diskurs dabei an sich zerbricht. Die Gegenstände an sich bleiben also im Diskurs über die Zeit hinweg nicht konstant, sondern lediglich die Formationsregel, nach der sie hervorgebracht und in Beziehung gesetzt werden.<sup>7</sup>

Foucault stellte sich seit Mitte der 1970er-Jahre nicht mehr damit zufrieden, Machtbeziehungen nur über diskursive Praktiken zu analysieren und führte das Konzept des Dispositivs ein.<sup>8</sup> *Dispositif* bezeichnet in der französischen Alltagssprache die „(materiellen) Vorkehrungen, die eine strategische Operation durchzuführen erlauben“.<sup>9</sup> Foucault definierte sein poststrukturelles Dispositivkonzept als

*„ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze,*

---

5 Rainer Diaz-Bone & Ronald Hartz (Hg.), *Dispositive und Ökonomie* (Wiesbaden: Springer, 2017), 7.

6 Rainer Diaz-Bone & Gertraude Krell (Hg.), *Diskurs und Ökonomie* (Wiesbaden: Springer, 2015), 25.

7 Michel Foucault, *Archäologie des Wissens* (Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1973), 61-74.

8 Siegfried Jäger, „Discourse and knowledge,” in *Methods of critical discourse analysis*, Hg. Ruth Wodak (London: Sage, 2001), 40.

9 Anmerkung des Übersetzers in Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen* (Frankfurt: Suhrkamp, 1983), 35.

*kurz: Gesagtes ebensowohl wie Ungesagtes umfaßt. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.*<sup>10</sup>

Diese große Anzahl an heterogenen Elementen scheint jedoch für eine Analyse des Dispositivs zunächst unpraktikabel. Deshalb wird in der hier durchgeführten Dispositivanalyse auf den Dreisatz von Siegfried Jäger zurückgegriffen. Für Jäger ist die analytische Grundfigur des Dispositivs „ein Dreieck oder [ein] rotierende[r] und historisch prozessierende[r] Kreis mit drei zentralen Durchlauf-Punkten“.<sup>11</sup> Diese drei Punkte sind (1) diskursive Praktiken, (2) nicht-diskursive Praktiken und (3) Vergegenständlichungen<sup>12</sup>.

Neben den heterogenen Elementen ist ein zweites Definitionsmerkmal des Dispositivs eine strategische Genese und Funktion. Das Dispositiv hat „zu einem historisch gegebenen Zeitpunkt vor allem die Funktion [...], einer dringenden Anforderung nachzukommen. Das Dispositiv hat also eine dominante strategische Funktion“.<sup>13</sup> Zusammenfassend ist das Dispositiv also ein Kopplungs-Kombinat aus einem spezifischen, nach einer Strategie zusammengefassten, komplexen, interdiskursiven Ensemble verschiedener Elemente.<sup>14</sup> Es kann als vermittelnde Instanz zwischen Diskurs und Praxis gelesen werden, denn es bildet den „institutionellen Unterbau“ für die Diskursproduktion und ist zugleich Mittel der Machtwirkung des Diskurses.<sup>15</sup> Somit reiht sie die Rezeption des Dispositivbegriffes ein in den mittlerweile proklamierten *material turn*, der als Reaktion auf den *linguistic turn* auch die materiellen Begleitungen von sprachlichen Strukturen untersucht.<sup>16</sup>

---

10 Foucault, Michel. *Dispositive der Macht* (Berlin: Merve, 1978), 119f.

11 Siegfried Jäger, „Dispositiv“, in Michel Foucault, Hg. Marcus Kleiner (Frankfurt: Campus, 2001), 83.

12 In diesem Beitrag werden Vergegenständlichungen im Rahmen des Entwicklungsdispositivs als *Institutionen* betrachtet – siehe Abschnitt 4.

13 Michel Foucault, „Das Spiel des Michel Foucault“, in *Schriften.*, Bd. 3 (Frankfurt: Suhrkamp, 2003), 393.

14 Jürgen Link, „kultuRRevolution“, *DISS-Journal*, 14 (2005): S. 17–18; Isabell Lorey, „Macht und Diskurs bei Foucault“, in *Das Wuchern der Diskurse*, Hg. Hannelore Bublitz et al. (Frankfurt: Campus, 1999), 94.

15 Reiner Keller, „Diskurse und Dispositive analysieren“, *Historische Sozialforschung* 33, Nr. 123 (2008): 101.

16 Siehe Tony Bennett & Patrick Joyce, *Material Powers* (Hoboken: Taylor and Francis, 2013).

## 1.2 Entwicklungsdispositiv

Der Entwicklungsbegriff durchlief vor Ende des Zweiten Weltkriegs ein Spektrum grundlegend verschiedener, teilweise historisch überlappender aber geographisch divergierender, Konzeptionen.<sup>17</sup> Historisch tauchten seit der Antike Theorien von Entwicklung als gesellschaftlich-historischem Prozess auf – zunächst multi- bzw. monozyklisch, ab der Aufklärung auch linear. Zu Beginn des 20. Jahrhundert kam die zusätzliche konzeptionelle Ebene einer normativen politischen Praxis hinzu, also Entwicklung als Aktivität, v.a. als Regierungsaktivität. Im Kontext des Kolonialismus vermehrten sich komparative Modelle koexistierender Völker, die in logisch-räumlicher Weise arrangiert und mit der Möglichkeit zur Entwicklung auf zeitlicher Ebene versehen waren. Diese unterschiedlichen Konzeptionen des Entwicklungsbegriffs – von Evolutionstheorie über Sozialtechnologie bis hin zu Komparativdeskriptionen – lassen auf keinen auf einheitlichen Formationsregeln basierenden Entwicklungsdiskurs oder –dispositiv vor Ende des Zweiten Weltkriegs hindeuten.

Als jedoch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs anti-koloniale Befreiungskämpfe, Souveränitäts- und Gleichheitsgedanken und die sozialistische Systemalternative eine Neuformulierung der Nord-Süd-Beziehungen verlangten, formierte sich ein strategisches Entwicklungsdispositiv.<sup>18</sup> Als Urknall und epochenbildendes Moment hierfür gilt weithin die Inaugurationsrede des US-amerikanischen Präsidenten Harry Truman am 20. Januar 1949. In dieser Rede schlug Truman ein politisches Programm vor, in dem die weiter industrialisierten Staaten den „unterentwickelten“ Ländern durch Bereitstellung von wissenschaftlichem und technischem Wissen zur Entwicklung verhelfen sollten. Das Entwicklungsdispositiv ist dabei nicht bloß eine neue Sichtweise auf „Entwicklung“ – es ist ein hegemonialer Apparat zur sozialen Produktion von Unterschieden zwischen *entwickelten* und *Entwicklungsländern*.<sup>19</sup> Seit dem strukturiert das Entwicklungsdispositiv die Denkens- und Handlungsdomäne, in denen Entwicklungsländer erfasst, spezifiziert und in ihnen interveniert wird. Es schafft also soziale Realitäten um das soziale Konstrukt „Unterentwicklung“.<sup>20</sup> Theoretisch postuliert wurde das Entwicklungsdispositiv

---

17 Für die Geschichte des vordispositiven Entwicklungsbegriffs, siehe u.a. Michael Cowen & Robert Shenton, *Doctrines of development* (London: Routledge, 2004); Günther Mühle, „Entwicklung,“ in *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 2, Hg. Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1972), 550–560; Robert Nisbet, *Social change and history* (Oxford: OUP, 1969); Gilbert Rist, *The history of development* (London: Zed Books, 2008); Wolfgang Wieland, „Entwicklung, Evolution,“ in *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2, Hg. Reinhart Koselleck, Werner Conze und Otto Brunner (Stuttgart: Klett-Cotta, 1975), 199–228.

18 Ziai, *Globale Strukturpolitik?*, 33.

19 Arturo Escobar, *Encountering development* (Princeton: PUP, 2012), 9.

20 Ebd., 52.

zuerst von Arturo Escobar. Ohne den Begriff selbst zu verwenden analysierte er das Zusammenwirken der drei Elemente eines Dispositivs, nämlich: (1) eine Domäne des Denkens über soziales und wirtschaftliches Leben in den Entwicklungsländern (2) die Verankerung dieser Denkensdomäne in ökonomischen Praktiken des Westens und (3) die Institutionalisierungen, die diese Denkensdomäne materialisieren.<sup>21</sup> Im deutschsprachigen Raum ist das Konzept des Entwicklungsdispositivs vor allem geprägt von Aram Ziai der dieses auch für Deutschland bereits eingehend analysierte.

### 1.3 Agenda 2030

Im September 2015 verabschiedeten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf einem historischen Gipfel die universelle *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Sie wird als „konzeptionelle Neuorientierung“ der Entwicklungspolitik verstanden.<sup>22</sup> Thematisch führt sie die Umwelt- und Entwicklungsagenda zusammen<sup>23</sup> und bedient auch weitere „blinde Flecken“, die in vorherigen internationalen Entwicklungsagenden, wie etwa den Millennium Development Goals (MDGs) identifiziert worden waren.<sup>24</sup>

Neben der thematischen Ausweitung – und von zentralem Interesse für die Forschungsfrage – beansprucht die Agenda 2030 auch eine grundlegende Veränderung in der Formation der Gegenstände des Entwicklungsdiskurses: Auch Industrieländer werden nun (theoretisch) zu Objekten des Entwicklungsdispositivs, in denen Interventionen im Namen der nachhaltigen Entwicklung stattfinden kann.<sup>25</sup> Die MDGs hatten noch klar auf dem klassisch dualistischen Entwicklungsverständnis eines asymmetrisch angelegten Transferverhältnisses beruht.<sup>26</sup> Christian Kroll vergleicht rückblickend die MDGs mit einem Teleskop, durch das die OECD-Länder auf die *Entwicklungsländer* schauen, während die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 wie ein Spiegel seien, in dem sie ihre eigene Politik reflektiert betrachten können.<sup>27</sup> Deshalb hätten die SDGs die Macht, die Lebens-, Wirtschafts-, Produktions- und Konsumweisen der westlichen Welt in Frage zu stellen. Im vorliegenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob Deutschland sich diesen Spiegel auch tatsächlich vorhält, die eigene

---

21 Arturo Escobar, „Power and visibility“ *Cultural Anthropology*, 3, Nr. 4 (1988): 428.

22 Tobias Debiel, „Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs,“ in *Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs* (Duisburg: IEF, 2018), 5.

23 Tanja Brühl, „Die Zusammenführung von Entwicklungs- und Umweltagenda.“ in *Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs*, Hg. Tobias Debiel (Duisburg: DEF, 2018), 17.

24 United Nations, *Report of the United Nations High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda*. (New York: United Nations, 2013), 1.

25 Aram Ziai, *Development discourse and global history* (London/New York: Routledge, 2016), 197f.

26 Debiel, „Entwicklungspolitik“, 5.

27 Kroll, *Sustainable Development Goals*, 4.

Politik reflektiert und die Agenda 2030 mit ihrem Universalitätsanspruch als Entwicklungsherausforderung versteht – zusammengefasst also, ob sich Deutschland als *Entwicklungsland* versteht.

Diese hierbei zu untersuchende Hypothese „Deutschland als Entwicklungsland“ basiert auf Äußerungen von Entwicklungsminister Gerd Müller, die er in einem Zeitungsinterview unmittelbar vor Verabschiedung der Agenda 2030 tätigte<sup>28</sup> sowie auch seitdem in ähnlicher Form mehrmals wiederholte.<sup>29</sup> Kernelement dieser Aussagen: Auch Deutschland sei nun vor dem Hintergrund der Agenda 2030 als Entwicklungsland zu verstehen. Die Grundidee „Deutschland als Entwicklungsland“ trat schon vereinzelt nach der Einführung der Agenda 21 in den 1990ern auf,<sup>30</sup> hat jedoch durch den Universalitätsanspruch der Agenda 2030 neuen Fahrtwind bekommen. Zu untersuchen gilt, ob es hier bei einzelnen Aussagen des Ministers geblieben ist, oder sich die Idee „Deutschland als Entwicklungsland“ auf die Formationsregeln des Entwicklungsdiskurses ausgewirkt und zu einem Bruch in diesen geführt hat. Der Entwicklungsdiskurs müsste dann auch die Formation des *unterentwickelten Selbst* zulassen. Deutschland müsste nach dieser Hypothese selbst zum Gegenstand des Entwicklungsdispositivs werden, also auch die Diskurse, Praktiken und Institutionen des Entwicklungsdispositivs auf deutsche Innenpolitik angewandt werden.

## 2. Analyse des Entwicklungsdiskurses

Das erste Analyseelement der Dispositivanalyse stellt das Wissen in sprachlich performierten Diskursen dar. Die fundamentale Diskursstruktur des Entwicklungsdiskurses ist der Dualismus zwischen Entwicklungs- und entwickelten Ländern. Als *Gegenstand* im Entwicklungsdiskurs kann nur gelten, was als *unterentwickeltes Anderes* beschrieben wird oder diesem zugeschrieben werden kann. Interessant ist, dass hierbei nicht nur das *unterentwickelte Andere* homogenisiert wird, sondern auch das als folglich *entwickelt* geltende *Selbst*. Dabei wurden auch etwaige „Entwicklungsrückstände“ in industrialisierten Staaten nach 1945 nicht mehr sag- oder denkbar im Rahmen des Entwicklungsdiskurses.<sup>31</sup> Es gilt zu untersuchen, ob der Dualismus zwischen diesen zwei Gegenständen des Diskurses durch die Agenda 2030 aufgebrochen wird.

---

28 Gerd Müller, „Auch Deutschland ist ein Entwicklungsland.“ Interview mit Alexandra Endres & Christiane Grefe. *ZEIT-ONLINE*, 23.09.2015.

29 Gerd Müller, „Deutschland ist ein Entwicklungsland,“ Interview von Stefan Tomik, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.07.2017; Paul Kreiner, „Deutschland, das Entwicklungsland,“ *Sächsische Zeitung*, 10.07.2018; Martin Polansky, „Da sind wir Entwicklungsland. Müllers Pannenreise,“ *Tagesschau*, 10.01.2019.

30 Siehe Germanwatch & GTZ. „Entwicklungspolitik für Deutschland,“ in *Die Zukunft der Entwicklungspolitik* Hg. Uwe Holtz & Eckhard Deutscher (Bonn: DSE, 1995), 245-248.

31 Vgl. Gustavo Esteva, Salvatore Babones & Philipp Babcicky, *The future of global development* (Bristol: Policy Press, 2013), 5f.

## 2.1 Vorgehen

Eine rein foucaultsche diskursanalytische Methode wurde verschiedentlich als nicht existent oder gar nicht möglich beschrieben,<sup>32</sup> da Foucault keine klare Anleitung zur seinem Vorgehen hinterließ. Stattdessen bezeichnete Foucault selbst sein methodisches Vermächtnis mehrfach als offenen Werkzeugkasten, an dem sich nach Belieben bedient werden könne.<sup>33</sup>

Besonders präsent unter den sich auf Foucault beziehenden Ansätzen ist der seit Mitte der 1980er-Jahre wachsende breite Fächer an Zugängen unter der Überschrift *Critical Discourse Analysis* (CDA), die vereint, dass sie eine theoriegeleitete Beziehung zwischen Sprache und Gesellschaft herstellen zu suchen.<sup>34</sup> Als wichtigster und prominentester eigenständiger Ansatz gilt hierbei im deutschsprachigen Raum der Duisburger Ansatz der „Kritischen Diskursanalyse“, als deren Hauptvertreter Siegfried Jäger gilt.<sup>35</sup> Er wird methodischer Ausgangspunkt für die Diskursanalyse in diesem Beitrag sein.

Dafür wird auf folgendes analytisches Vokabular von Jäger zurückgegriffen:<sup>36</sup> Ein *Diskursfragment* bezeichnet einen einzelnen Text; *Korpus* die Gesamtheit aller Diskursfragmente; *Dossier* den begründet reduzierten Textkorpus, der für die Analyse betrachtet wird. *Diskursive Ereignisse* stellen historisch-gesellschaftliche Gegebenheiten dar, die eine für die Struktur des Diskurses prägende Wirkung haben. Um die Struktur des Diskurses weiterhin zu beschreiben, bietet sich auch der Begriff *Nodal-* bzw. *Knotenpunkt* an, ein privilegierter diskursiver Punkt, um den herum sich die Bedeutung anderer Zeichen formiert.<sup>37</sup>

Für die Auswahl des Dossiers wurden Diskursfragmente der staatlichen Exekutive in Deutschland betrachtet, da diese in einer Machtposition stehen, sich durch Praktiken und Institutionen als Dispositiv zu manifestieren. Dafür wurden öffentlich zugängliche Diskursfragmente des Entwicklungsdiskurses der Bundesregierung zwischen 2015 - 2019 unter den Schlagworten „Agenda 2030“ und „(Zukunft der) Entwicklungspolitik“ zusammengetragen. Die Auswahl der Materialbasis war also zunächst vor allem institutionenbasiert.<sup>38</sup> Das Dossier umfasst

---

32 Vgl. Rainer Diaz-Bone, „Die französische Epistemologie und ihre Revisionen,“ *Historical Social Research*, 33, Nr. 1 (2008): S. 32.

33 Vgl. Michel Foucault, *Mikrophysik der Macht*. (Berlin: Merve, 1976), 53.

34 Michael Meyer, „Between theory, method, and politics,“ in *Methods of critical discourse analysis*, Hg. Ruth Wodak, (London: Sage, 2001), 15.

35 Reiner Keller, *Wissenssoziologische Diskursanalyse* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005), 152.

36 Siehe Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse* (Münster: Unrast, 2015).

37 Marianne Jørgensen & Louise Phillips, *Discourse analysis as theory and method* (London: Sage, 2002), 26; Ernesto Laclau & Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie* (Wien: Passagen Verlag, 2006).

38 eine mögliche Vorgehensweise nach Rainer Diaz-Bone, „Probleme und Strategien der Operationalisierung des Diskursmodells im Anschluß an Michel Foucault,“ in *Das Wuchern der Diskurse*, Hg. Hannelore Bublitz et al. (Frankfurt: Campus, 1999), 130ff.

neben dem Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie die relevanten Publikationen des BMZ, Reden von Bundesminister Müller und Antworten der Bundesregierung auf kleine Anfragen im Bundestag. Da der Diskurskorpus aufgrund des kleinen Zeitraums insgesamt nicht sehr groß ist, deckt das hier verwendete Dossier einen Großteil des intendierten Korpus ab.

Die Kritische Diskursanalyse wurde dann durch eine qualitative Strukturanalyse des Dossiers, sowie einer Feinanalyse von einzelnen Diskursfragmenten vorgenommen. Leitende Untersuchungspunkte bei solchen Feinanalysen waren, nach Vorschlag Jägers:<sup>39</sup> Anlass, Ziel und Botschaft des Textes; Standpunkt der Autorin; Rekurrerung auf diskursive Ereignisse; Benennung von Akteurinnen; rhetorische Wirkungsmittel wie Implikate, Relativierung, Verleugnung, Sprünge und quasi-mathematische Beweisführung. Neben diskurstragenden Kategorien, insbesondere den Gegenständen des Entwicklungsdiskurses – das *unterentwickelte Andere* und das *entwickelte Selbst* – wurde auch auf Leerstellen des Diskurses geachtet und somit auf das Unsagbare geschlossen.<sup>40</sup>

## 2.2 Ergebnisse

In einer kleinen Anfrage im Bundestag sah sich die Bundesregierung 2019 mit der expliziten Frage „Betrachtet die Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland selbst, im Kontext des ‚Wandels‘, der ‚Transformation‘, der Agenda 2030 [...] als zu entwickelnden Staat?“<sup>41</sup> konfrontiert, woraufhin sie antwortete:

*„Die Agenda 2030 ist universell gültig und erkennt die Verantwortung aller Staaten zur Erreichung ihrer Ziele an. In einigen Bereichen, bspw. im Bereich des Klimaschutzes oder des Erhalts der Biodiversität wird auch Deutschland seine Anstrengungen deshalb noch verstärken müssen, um die jeweiligen Ziele und Unterziele der Agenda 2030 zu erreichen.“<sup>42</sup>*

Die Bundesregierung verwendet hier auf Deutschland bezogen keinen der Begriffe des Entwicklungsdiskurses. Die angedeuteten Defizite Deutschlands werden alle in dem Bereich Umweltschutz verortet und damit dem Nachhaltigkeitsdiskurs nahegestellt. Auch im Rest des un-

---

39 Siegfried Jäger, „Einen Königsweg gibt es nicht,“ in *Das Wuchern der Diskurse*, Hg. Hannelore Bublitz et al. (Frankfurt: Campus, 1999), 140; Jäger, *Kritische Diskursanalyse*, 110.

40 Diaz-Bone, *Probleme und Strategien*, 132.

41 Deutscher Bundestag, „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Transformation durch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Global Compact for Migration‘,“ *Drucksache 19/6967* (Berlin, 14.01.2019), 18.

42 Ebd.



tersuchten Dossiers werden für Deutschland statt Begriffen des Entwicklungsdiskurses positiver konnotierte Begriffe aus den Wortfeldern *Stärkung*, *systematisch ausbauen* und *Ziele verfolgen* verwendet. Der Begriff „Entwicklung“ wird – auf Deutschland bezogen – lediglich im Kontext ländlicher Räume verwendet.<sup>43</sup>

Auf die Frage, ob die Agenda 2030 einen qualitativen Unterschied in den politischen Maßnahmen der Bundesregierung hervorgerufen hätte, verweist die Bundesregierung auf ihre lange Vorreiterinnenschaft: „Die Bundesrepublik Deutschland begreift sich bereits seit Langem als Vorreiterin im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.“<sup>44</sup> Armutsbekämpfung etwa würde „ständig und nicht erst seit der Einführung der Agenda 2030 verfolgt“.<sup>45</sup> Die Agenda 2030 scheint also kein diskursives Ereignis darzustellen, auf das regelmäßig rekurriert wird und an dem ein Bruch der deutschen Politik festgemacht wird. Stattdessen sieht sich Deutschland in einer langen, kontinuierlichen Tradition der nachhaltigen Entwicklung, die bereits vor der Agenda 2030 praktiziert wurde. Deshalb sieht sich die Bundesregierung Deutschland bereits sehr früh nach Verabschiedung der Agenda 2030 als einer der „aktivsten Umsetzer“ der Agenda und somit in einer Vorbildrolle<sup>46</sup> - „Deutschland geht voran [...] Wir übernehmen Verantwortung in der Welt“.<sup>47</sup>

Auch die Selbstbezeichnung als *Industrieland* für Deutschland hat noch Platz im Diskurs, sogar kombiniert mit Adjektiven als „reiches“<sup>48</sup> und „sehr erfolgreiches“<sup>49</sup> Industrieland. Der Bundesregierung lägen auch keine Erkenntnisse vor, dass etwa extreme Armut in Deutschland existiere.<sup>50</sup> Die Bevölkerung dürfe sich im Vergleich zu anderen Ländern nicht beklagen, wie schlecht es doch gehe.<sup>51</sup> Deutschland wird nach wie vor als Land beschrieben, dem andere Länder nacheifern, aus dessen Erfolgen und Fehlern andere Länder lernen müssten.<sup>52</sup> Deutschland als Industrienation trage etwa Verantwortung dafür, dass „Afrikas Kinder und Jugendliche eine

---

43 BMEL, *Mit Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung* (Berlin: BMEL, 2019), 19.

44 Deutscher Bundestag, *Drucksache 19/6967*, 17.

45 Deutscher Bundestag, „Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage ‚Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele in, durch und mit Deutschland‘“, *Drucksache 19/13352*, (Berlin, 19.09.2019), 3.

46 BMZ, *Der Zukunftsvertrag für die Welt*. (Bonn/Berlin: BMZ, 2017), 2; Deutscher Bundestag, „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Umsetzung des Sustainable Development Goal 12 – Nachhaltiger Konsum, Unternehmensverantwortung in der Lieferkette und Verbraucheraspekte‘“, *Drucksache 18/9367* (Berlin, 09.08.2016), 2f.

47 Gerd Müller. „Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller bei der Aussprache zur Regierungserklärung zum Thema Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.“ (Deutscher Bundestag, 21.03.2018).

48 Müller, Aussprache zur Regierungserklärung.

49 Peter Altmaier in BMZ, *Zukunftskongress* (Bonn/Berlin BMZ, 2016), 17.

50 Deutscher Bundestag, *Drucksache 19/13352*, 4.

51 Müller, Aussprache zur Regierungserklärung.

52 Gerd Müller, „Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller beim ersten Nationalen High-Level Political Forum (HLPF)“ (Berlin, 19.06.2019).

Chance auf ein Leben und eine Zukunft in Würde“ hätten,<sup>53</sup> deshalb reiche Deutschland diesen Ländern durch Entwicklungshilfe die Hand.<sup>54</sup>

Neben dieser deskriptiven Verantwortungs- und Vorbildzuschreibung finden sich im Diskurs auch normative Verantwortungsaussagen: Deutschland müsse noch mehr tun und brauche einen Wandel. Oft werden im Dossier Begriffe aus den Wortfeldern *Umdenken*, *Wertewandel* und *Paradigmenwechsel* bemüht. Diese normativen Handlungsaussagen bleiben jedoch vor allem in den ersten Jahren nach Einführung der Agenda 2030 noch recht vage. Zwar wird zum Beispiel mehrfach geäußert, das westliche Wachstumsmodell könne kein Zukunftsmodell und Exportprodukt mehr sein und müsse sich grundlegend wandeln,<sup>55</sup> jedoch werden kaum weitere Details oder konkrete Handlungsanleitungen aufgeführt. Damit wirken diese anfänglichen normativen Aussagen wie ein Feigenblatt der Bescheidenheit vor den anderweitigen Aussagen zur deutschen Vorbild- und Vorreiterinnenrolle. Erst ab dem Jahr 2018 sind verstärkt konkretere Aussagen über den noch ausstehenden Handlungsdruck Deutschlands bemerkbar. Der Erdüberlastungstag etwa komme für Deutschland immer früher, Deutschland selbst sei durch den Klimawandel bedroht.<sup>56</sup> Mit fortschreitender Zeit und zunehmendem zivilgesellschaftlichen Druck weichen der Optimismus und die Selbstsicherheit Deutschlands einer zunehmenden Selbstkritik und lassen die Aussage zu: „Die Weltgemeinschaft und auch Deutschland hinken der Umsetzung der Agenda 2030 hinterher.“<sup>57</sup> Dies deutet eine Revision des anfangs stark präsenten Vorreiterinnenselbstbildes an.

Bei der Überprüfung der Hypothese *Deutschland als Entwicklungsland* stellt sich heraus, dass Bundesminister Müller – auf dessen bekannt gewordenen Aussagen in Zeitungsinterviews diese Hypothese basierte – der einzige Akteur innerhalb der Bundesregierung ist, der Aussagen dieser Art generiert: „Natürlich sind auch wir Entwicklungsland, ganz klar.“<sup>58</sup> Das BMZ bzw. die Bundesregierung als Institution tätigen keine Aussagen, die Deutschland als *unterentwickeltes Selbst* darstellen. Doch auch bei den Aussagen Müllers ist in Frage zu stellen, ob Deutschland wirklich als neues Objekt im Entwicklungsdiskurs hervorgebracht wird, oder das Motiv *Deutschland als Entwicklungsland* eher die Funktion einer Wortmarke hat, die nicht mit Leben gefüllt wird. Müller stellt in einer Rede die Frage „Wo sind wir Entwicklungsland?“ und

---

53 Gerd Müller, „Schluss mit unserem Kolonialismus!“ *Wirtschaftswoche*, Januar 2018.

54 Vgl. Gerd Müller, „Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik,“ (Deutscher Bundestag, 26.04.2017).

55 BMZ. *Unsere Welt 2030*. (Bonn/Berlin: BMZ, 2017), 11; Gerd Müller, „Rede von Bundesminister Dr. Gerd Müller auf der BMUB-Konferenz ‚Wohin steuern wir die Erde? – Neue Ziele für eine nachhaltigere Entwicklung weltweit‘,“ (Berlin, 05.05.2015).

56 Müller, *Rede beim HLPF*.

57 BMZ, *Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik* (Bonn/Berlin: BMZ, 2018), 2.

58 Gerd Müller, *Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und global nachhaltige Entwicklung* (Berlin, Mai 2016).

antwortet selbst: „Dazu könnte ich alleine einen eigenen Vortrag halten.“<sup>59</sup> Interessant ist, dass er einen solchen Vortrag nie nachgeliefert zu haben scheint. Im Rest der besagten Rede lässt sich lediglich eine knappe Aufzählung der Handlungsfelder Klimaschutz, Wirtschafts- Agrar-, Handels-, und Steuerpolitik finden, zusammen mit der Aufforderung: „Das Handeln fängt zu Hause an“, ohne jedoch weitere Details zu nennen. Aussagen zum konkreten Ausmaß deutscher Entwicklungsdefizite und der zu ihrer Behebung notwendiger Interventionsnotwendigkeiten scheinen im Diskurs noch keinen Raum zu haben. Sofern im Diskurs Aussagen zum Auftrag der Agenda 2030 an die deutsche Innenpolitik getätigt werden, beziehen diese sich auf entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung im Inland<sup>60</sup> – also auf die Aufklärung über die Entwicklungsdefizite der *Entwicklungsländer*, nicht über etwaige Entwicklungsdefizite in Deutschland selbst.

Aussagen über *Deutschland als Entwicklungsland* sind also in der Regel substanzlos und werden zudem meist direkt gefolgt von einer kontrastierenden „aber“-Aussage; in der entweder thematisiert wird, dass Deutschland auch immer noch Vorreiterin sei, oder dass der wahre Handlungsdruck immer noch beim *unterentwickelten Anderen* liegt: „Wir sind Entwicklungsland. Aber wir sind auch Exzellenzregion“<sup>61</sup> „Wir müssen die Energiewende vorantreiben [...] Aber wir dürfen die Diskussion nicht auf Deutschland verengen! Denn entscheiden wird sich die Zukunft in den Entwicklungs- und Schwellenländern.“<sup>62</sup> Die Handlungsverantwortung von *Deutschland als Entwicklungsland* wirkt dabei wie ein vorangestelltes feststehendes Motiv, das diskursiv nicht weiter ausgeführt wird und fast als Grundlage der Forderung nach Handlung in den *Entwicklungs- und Schwellenländern* dienen soll. Der transformative Charakter der Agenda 2030 zeigt sich also zumindest nicht in dem Punkt, dass sich Deutschland nun als *Entwicklungsland* verstehen würde.

### 2.2.1 Nachhaltigkeitsdiskurs

Die Diskursanalyse hat ergeben, dass sich eine unerwartet hohe Anzahl an Aussagen findet, die die Agenda 2030 nicht etwa in das Politikfeld Entwicklung, sondern in das Politikfeld Nachhaltigkeit einordnen. Dies zeigt sich bereits im Titel des Werkes, dass die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland maßgeblich leiten soll: die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Die

---

59 Ebd.

60 BMZ, *Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik* (Bonn/Berlin: BMZ 2017), 35; BMZ, *Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik* (Bonn/Berlin: BMZ, 2018), 28.

61 Müller, *Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und global nachhaltige Entwicklung*.

62 Müller, *Rede beim HLPF*.

Umsetzungsstrategien anderer Länder zur Agenda 2030 sind anders titulierte – nicht als Nachhaltigkeitsstrategie, sondern als Entwicklungsstrategie, wie etwa der *National Development Plan* der südafrikanischen Regierung.<sup>63</sup> Mit Nachhaltigkeit im Namen scheint auch der Schwerpunkt der diskursiven Behandlung der Agenda 2030 in Deutschland eher in einem Nachhaltigkeitsdiskurs zu liegen.

Den Nachhaltigkeitsdiskurs im foucaultschen Sinne wurde als Diskurs des „Sustainable Development“ beschrieben,<sup>64</sup> das dazugehörige Dispositiv als „Dispositiv der zukunftsfähigen Entwicklung“<sup>65</sup>. Das Dispositiv formierte sich laut Siegfried Timpf Anfang der 1960er-Jahre als Antwort auf den Notstand der „Grenzen des Wachstums“. Wichtige diskursive Ereignisse waren Rachel Carsons populärwissenschaftliches Buch „Silent Spring“ 1962, die erste internationale Umweltkonferenz 1972 in Stockholm, und der Brundtland-Bericht über nachhaltige Entwicklung 1987. Zentrale Idee im Diskurs der zukunftsfähigen Entwicklung sei die Erkenntnis, dass die Zukunft als solche bedroht sei und deshalb eine Selbstbegrenzung der menschlichen Aktivitäten notwendig werde.<sup>66</sup>

Im folgenden Zitat der Bundesregierung wird auf den Diskurs der zukunftsfähigen Entwicklung referiert: „Mit der erfolgreichen Umsetzung der Agenda 2030 wird dem Gemeinwohlauftrag von Politik entsprochen, dass auch zukünftige Generationen ein lebenswertes Leben auf der Erde und in Deutschland führen können“<sup>67</sup>. Die Bundesregierung legt hier den Schwerpunkt der Agenda 2030 also nicht auf intragenerationale Gerechtigkeit, sondern intergenerationale Gerechtigkeit – auf die Bedrohung der Zukunft (Nachhaltigkeitsdiskurs) statt auf die Überwindung von Unterentwicklung (Entwicklungsdiskurs).

In diesem Sinne werden im Dossier mehrfach und wiederholt Aussagen hervorgebracht, die die übergeordnete Relevanz der Nachhaltigkeit für alle Ressorts im Kontext der Agenda 2030 betonen: „Politik hat ja einen Wunsch: Nachhaltigkeit.“<sup>68</sup> „Deshalb muss alle Politik auf Nachhaltigkeit zielen.“<sup>69</sup> Nachhaltigkeit wird als grundlegendes Prinzip aller politischen Ressorts und Ebenen beschrieben.<sup>70</sup> In den untersuchten Diskursfragmenten nimmt Nachhaltigkeit also die unerwartete Position als Nodal- bzw. Knotenpunkt ein. Es finden sich im Dossier sowohl

---

63 Deutscher Bundestag, *Drucksache 19/6967*, 29.

64 Helga Eblinghaus & Armin Stickler, *Nachhaltigkeit und Macht* (Frankfurt: IKO, 1998).

65 Siegfried Timpf, *Das Dispositiv der zukunftsfähigen Entwicklung*. (Hamburg: Hochschule für Wirtschaft und Politik, 2001). Timpf wählt den Begriff „zukunftsfähig“ als Übersetzung des englischen „sustainable“ – obwohl es andere Übersetzungsoptionen gegeben hätte – weil der Begriff „zukunftsfähig“ eine stärkere Handlungskomponente beinhaltet als das im Alltag weiter gebräuchliche „nachhaltig“ (ebd.: 111-116).

66 Ebd., 97ff.

67 Deutscher Bundestag, *Drucksache 19/6967*, 5.

68 Müller, *Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und global nachhaltige Entwicklung*.

69 Gerd Müller, *Die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit, Afrika und G20*. (Berlin, 29.05.2017).

70 BMZ, *Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik*, 4.

deskriptive sowie normative Aussagen zur Erreichung von Nachhaltigkeit – inklusive einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, nachhaltigem Konsum, nachhaltiger Beschaffung und sogar nachhaltigem Tourismus. Somit nimmt Nachhaltigkeit viele Eigenschaften an, die zuvor dem Entwicklungsbegriff vorstanden. Etwa wird Nachhaltigkeit mit Fortschritt gleichgesetzt: „Wir haben also über das Prinzip der Nachhaltigkeit im Grunde ein Definitionsmerkmal, ein Kennzeichen dafür, was Fortschritt in unserer Gesellschaft bedeutet.“<sup>71</sup> Die Herausbildung einer Kultur der Nachhaltigkeit sei die „neue Modernitätspolitik“.<sup>72</sup> In diesem Kontext taucht auch der Begriff „Nachhaltigkeitsdefizite“<sup>73</sup> auf – es bleibe eine Aufgabe, diese in Potentialen zu betrachten und sie zur dominanten Kultur des Handelns zu machen. Auch Deutschland müsse an vielen Stellen neu denken, denn es sei stellenweise „noch weit von einem nachhaltigen Leben, nachhaltigem Wirtschaften und einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen entfernt“<sup>74</sup>. Die Agenda 2030 scheint in Deutschland also mehr in Nachhaltigkeits- als in Entwicklungsbegriffen aufgefasst zu werden. Dabei vollführt sich, was Christoph Bals von Germanwatch bereits in den 1990er Jahren prophezeite: „[D]ie gängigen Orientierungsmarken sind brüchig geworden. Das Zauberwort 'sustainability' soll sie ersetzen.“<sup>75</sup>

### 3. Analyse der Praktiken

Als zweites Analyseelement im Dispositiv folgen auf den Diskurs die sogenannten nicht-diskursiven Praktiken, durch die Wissen transportiert wird, oder die von Wissen eingerahmt werden. Nicht-diskursive Praktiken sind nicht-sprachliche Praktiken (also nicht Bestandteil einer geregelten, institutionalisierten Redeweise), die jedoch mit einer diskursiven Praxis in Verbindung gebracht werden können, oder kürzer: „symbolisch aufgeladene Handlungsweisen oder Gesten innerhalb eines Diskurses“.<sup>76</sup> Es gilt also, diejenigen Handlungsvollzüge zu untersuchen, die mit dem Entwicklungsdiskurs in Verbindung gebracht werden – die also aus ihm als Effekt hervorgehen bzw. ihn reproduzieren. Hierzu zählen all jene Praktiken, die Entwicklungsländer einer sich von entwickelten Ländern unterscheidenden interventionistischen Politik unterziehen, welche auf eine normativ bestimmte Veränderung abzielt – also die Praktiken der

---

71 Angela Merkel in ebd., 18.

72 Ebd.

73 Ebd.

74 Ebd., 11.

75 In Germanwatch/GTZ, „Entwicklungspolitik für Deutschland“, 260.

76 Bührmann & Schneider, „Mehr als nur diskursive Praxis?“, 115.

Entwicklungspolitik.<sup>77</sup> Diese Praktiken sind zahlreich und fast kaum noch zu übersehen. Zentral ist die Bereitstellung von internationalem Kapital und technischer Hilfe für eine Industrialisierung der von Armut betroffenen Länder.<sup>78</sup> Zahllose Programme, Projektformen, Konferenzen, Forschungen, Fortbildungen und Beratungsdienste von staatlicher und nicht-staatlicher Seite ergänzen diese finanziellen und technischen Praktiken in einem Maß, dass an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann.

### 3.1 Vorgehen

Vor dem Hintergrund der Forschungsfrage und der Hypothese *Deutschland als Entwicklungsland* gilt es zu untersuchen, ob die Praktiken des Entwicklungsdispositivs nun auch auf Deutschland angewendet werden – ob also die aus der Agenda 2030 resultierenden Praktiken auch auf deutsche Innenpolitik ausgerichtet sind. Die nationale Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland wird innerhalb der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt.

Wichtig für die Analyse zu beachten ist, dass auch nicht-diskursives Wissen oft in Texten resultiert und somit auch nicht-diskursive Praktiken in der Regel in textlicher Form vorliegen<sup>79</sup> ansonsten müssten sie durch Beobachtung und Feldforschung beschrieben werden. Deshalb wurden die in Textform vorliegende Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sowie begleitende Dokumente (Peer-Review und Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie) zur Untersuchung der nationalen Umsetzung analysiert.

### 3.2 Ergebnisse

Interessant bei der Analyse der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die als „Aktionsplan“ zur Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland gilt,<sup>80</sup> ist bereits ihre Genese. So wurde ein Umsetzungsvehikel für die Agenda 2030 nicht neu geschaffen, sondern auf eine bestehende Strategie aufgebaut: Es handelt sich um eine wesentlich überarbeitete Version der seit 2002 bestehenden Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“, die zur Erfüllung der Agenda

---

77 Vgl. Klaus Bodemer, „Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland,“ in: *Dritte Welt-Forschung*, Hg. Franz Nuscheler (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1985), 278.

78 Manfred Glagow, „Wider das ökonomische Mißverständnis - zur Funktion von Entwicklungspolitik,“ in *Deutsche Entwicklungspolitik*, (Saarbrücken: Breitenbach, 1983), 31.

79 Siegfried Jäger, „Discourse and knowledge,“ in *Methods of critical discourse analysis*, Hg. Ruth Wodak, London: Sage, 2001), 58.

80 Jens Martens, „Zielkonflikte und Widersprüche bei der Umsetzung der SDGs,“ in *Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs*, Hg. Tobias Debiel (Duisburg: IEF, 2018), 119.

21 erarbeitet worden war.<sup>81</sup> Es wurde also eine Strategie aus dem Bereich der Nachhaltigkeit, nicht etwa aus dem Bereich der Entwicklungspolitik genutzt. Eine solche hätte durchaus existiert – die sogenannte Zukunftscharta des BMZ wurde Anfang 2015, noch vor der heißen Verhandlungsphase der Agenda 2030, als Ergebnis eines großangelegten zivilgesellschaftliche Konsultationsprozesses, veröffentlicht.<sup>82</sup> Es lässt sich also deuten, dass die Bundesregierung kein Interesse daran hatte, die Agenda 2030 in Deutschland innerhalb des Entwicklungsdispositivs umzusetzen und sich stattdessen für das Nachhaltigkeitsdispositiv entschieden wurde.

Für die nationale Erreichung der Ziele wurde in der Nachhaltigkeitsstrategie ein sogenanntes Nachhaltigkeitsmanagementkonzept festgelegt, das Indikatoren, Ziele sowie ein Monitoringverfahren zu deren Überprüfung beinhaltet. Das Statistische Bundesamt übermittelt zum Monitoring Daten aus der amtlichen Statistik, die „soweit möglich“ mit den auf internationaler Ebene von einer Expertinnengruppe festgelegten globalen Indikatoren übereinstimmen.<sup>83</sup> Allerdings werden hierbei bewusst nicht alle Unterziele der Agenda 2030 auf Deutschland bezogen, da einige Ziele im deutschen Kontext nicht relevant seien.<sup>84</sup>

Dies bringt uns zur Beurteilung der Hypothese *Deutschland als Entwicklungsland*: Gibt es Praktiken, die Deutschland zum Interventionsziel entwicklungsfördernder Maßnahmen machen? Die Analyse der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat gezeigt, dass Deutschland gar nicht alle Entwicklungsziele aus der Agenda 2030 als für sich relevant betrachtet. Für einige Ziele sieht sie gar keinen innenpolitischen Handlungsbedarf (etwa für Unterziel 1.4 – gleichberechtigter Zugang zu Vermögensformen) oder hat noch keine Grundlagen für eine innenpolitische Umsetzung geschaffen (etwa für Unterziel 1.2 – Halbierung von Armut – wofür die Bundesregierung noch keine nationale Definition zur Umsetzung festgelegt hat).<sup>85</sup> Diese Praxis ist in Einklang mit dem in der Diskursanalyse identifizierten Selbstbild Deutschlands als reiches Industrieland, in dem keine Entwicklungsdefizite bestünden und das demnach bestimmte Entwicklungsziele nicht zu verfolgen brauche. Hier zeigen sich die Grenzen der Universalität der Agenda 2030 auf: Teile der Agenda werden auf Deutschland nicht angewandt. Die Umsetzung der Agenda 2030 wird also schwerpunktmäßig als ein im Ausland stattfindendes Unterfangen beschrieben. Gefragt etwa nach der innerdeutschen Umsetzung von SDG 12 äußert sich die

---

81 Bundesregierung, *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016*, 25f. Neben der Neuauflage 2016 wurde in der Dispositivanalyse auch die Aktualisierung von 2018 berücksichtigt.

82 BMZ, *Zukunftscharta*. (Bonn/Berlin: BMZ, 2015).

83 Bundesregierung, *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*. Aktualisierung 2018. (Berlin, 2018), 10f.

84 Bundesregierung, *Bericht der Bundesregierung zum High-Level Political Forum on Sustainable Development 2016*. (Berlin, 2016), 12f.

85 Deutscher Bundestag, „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 1 – Armut in allen Formen und überall beenden – auch in Deutschland‘“, *Drucksache 18/8981* (Berlin, 29.06.2016), 2f.

Bundesregierung von sich aus zur außenpolitischen Umsetzung im Rahmen der Entwicklungspolitik<sup>86</sup>. Auf eine andere Frage zu Umsetzungskosten der Agenda 2030 beziffert die Bundesregierung lediglich Schätzungen zur Umsetzung in den *Entwicklungsländern*, nicht aber in Deutschland.<sup>87</sup> Damit deflektiert die Bundesregierung eine intensivere Betrachtung von *Deutschland als Entwicklungsland*.

#### 4. Analyse der Institutionen

Als drittes Analyseelement des Dispositivs bleiben die Materialisierungen, die Wissen in Vergegenständlichungen zu Stande kommen lassen. Jäger schlägt hierbei die Anschauung von Gebäuden vor.<sup>88</sup> Dies scheint im Kontext des Entwicklungsdispositivs wenig relevant und zielführend. Stattdessen bediene ich mich in diesem Fall Foucaults wie auch Jägers nachdringlicher Aufforderung zur Veränderung am Werkzeugkasten und halte als Vergegenständlichungen des Dispositivs die entwicklungspolitischen Institutionen her. Gemeint ist hier der enge Institutionenbegriff – nicht der soziologisch weitgefaste, der auch habitualisierte Handlungen, also Praktiken miteinschließt. Die Institutionen des Entwicklungsdispositivs umfassen (inter-)nationale Organisationen wie Ministerien, Institute, Stiftungen, Universitäten und Forschungszentren, Banken, Staatsunternehmen, die Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen.<sup>89</sup> In Deutschland gibt es seit 1961 ein eigenes Entwicklungsministerium, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) – seit 1993 mit dem Namenszusatz „und Entwicklung“.<sup>90</sup> Jedoch sind neben dem BMZ auch 14 weitere Bundesressorts sowie die Bundesländer mit Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit betraut.<sup>91</sup> Das BMZ hat weiterhin zwar keinen behördlichen Unterbau, jedoch eine Reihe quasi-staatlicher „verselbstständigte Verwaltungseinheiten“ (Glagow et al., 1983) die verschiedene Aufgaben im Auftrag des BMZ ausführen.<sup>92</sup>

---

86 Siehe Deutscher Bundestag, „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Umsetzung des Sustainable Development Goal 12 – Nachhaltiger Konsum, Unternehmensverantwortung in der Lieferkette und Verbraucheraspekte‘“, *Drucksache 18/9367* (Berlin, 09.08.2016).

87 Deutscher Bundestag, *Drucksache 19/6967*, 10.

88 Jäger, „Discourse and knowledge,” 56ff.

89 Vgl. Escobar, „Power and visibility,” 431.

90 Ziai, *Globale Strukturpolitik?*, 266.

91 Michael Bohnet, *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik* (München: UVK Verlag, 2019), 261.

92 Manfred Glagow et al., „‘verselbstständigte Verwaltungseinheiten‘ in der deutschen Entwicklungspolitik,” in *Deutsche Entwicklungspolitik*, Hg. Manfred Glagow (Saarbrücken: Breitenbach, 1983).



## 4.1 Vorgehen

Zu beobachten gilt gemäß der Hypothese, ob sich entwicklungspolitische Institutionen um die Beschäftigung mit Deutschland bzw. deutscher Innenpolitik erweitern. Dabei gilt grundsätzlich zu beachten:

*„Es reicht nicht, zu erkennen, dass sich von Dispositiven getragene Praktiken institutionalisieren – es muss vielmehr das Verhältnis untersucht werden, in dem solche Institutionalisierungsprozesse mit den strategischen Interessen, also den sich in den Rationalitäten des Regierens findenden Zielsetzungen stehen.“<sup>93</sup>*

Hierfür wurden allgemeine Informationen über die institutionelle Antwort der Bundesregierung auf die nationale Umsetzung der Agenda 2030 aus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und begleitenden Dokumenten entnommen. Zu institutionellen Veränderungen speziell der entwicklungspolitischen Institutionen wurden Organigramme des BMZ vor bzw. nach der Einführung der Agenda 2030 verglichen. Sich daraus ergebende weitere Informationsdesiderate wurden durch eine schriftliche Anfrage an die Bürgerkommunikation des BMZ eingeholt. Eine Analyse der Vorfeldorganisationen des BMZ (GIZ, KfW, DEval, Engagement Global etc.) wäre wünschenswert gewesen, jedoch im Rahmen dieser Abhandlung ob der Anzahl und Größe der Institutionen für zu umfangreich erachtet. Gleichzeitig wäre der zusätzliche Informationsgewinn einer solchen Analyse fraglich, da sich die Vorfeldorganisationen in ihren Strukturen häufig den Referaten des BMZ spiegeln.

## 4.2 Ergebnisse

Im BMZ wurde im Jahr 2014 eine neue Abteilung mit dem Namen „Globale Zukunftsaufgaben“ eingerichtet.<sup>94</sup> In dieser Abteilung wurde im Jahr 2016 ein Referat angelegt, das „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ im Namen trägt und die Beiträge des BMZ zur Umsetzung der Agenda 2030 koordiniert. Auch der „Beauftragte für nachhaltige Entwicklungsziele“ – die Ressortkoordination wie sie gemäß Deutscher Nachhaltigkeitsstrategie in allen Ministerien eingerichtet wurde – wurde in diese Abteilung auf Unterabteilungsleitungsebene angesiedelt und so in die bestehende Struktur integriert. Interessant ist, dass das BMZ die Aufgabe dieser Beauftragten darin sieht, ein verstärktes Augenmerk auf „Nachhaltigkeitsaspekte“ zu legen<sup>95</sup> – selbst

---

<sup>93</sup> Jan Pospisil, „Der Dispositivcharakter von Entwicklung,“ in: *Die Entwicklung von Sicherheit* (Bielefeld: transcript Verlag, 2009), 85.

<sup>94</sup> BMZ, Bürgerkommunikation.

<sup>95</sup> Ebd.

im BMZ wird also die Agenda 2030 eher als Nachhaltigkeitsagenda statt als Entwicklungsagenda verstanden. Dies legt insgesamt nahe, dass die Zukunftscharta eine größere institutionelle Auswirkung im BMZ nach sich zog, als die Agenda 2030. So kurz nach der Einrichtung einer neuen „Zukunfts“-Abteilung und wenige Jahre nach der „wichtigste[n]“ Strukturreform in der Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik<sup>96</sup> durch die Schaffung der GIZ war vermutlich keine institutionelle Energie freizulegen für weitreichende institutionelle Umstrukturierung als Antwort auf die Agenda 2030.

Über das BMZ hinausgehend liegt die Umsetzungsverantwortung für die Agenda 2030 im Inland verteilt auf alle Bundesressorts, die zudem auch die Arbeit der Länder und Kommunen koordinieren. Eine Aufschlüsselung der Mittelaufwendungen der einzelnen Ressorts zum Zwecke der Umsetzung der Agenda 2030 findet jedoch nicht statt. Vielmehr versteht die Bundesregierung – wie im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode geäußert – die Agenda 2030 als einen Maßstab ihres gesamten Regierungshandelns.<sup>97</sup> Die Federführung für die Gesamtkoordination der Nachhaltigkeitsstrategie liegt im Bundeskanzleramt beim Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung<sup>98</sup> – deshalb ist Nachhaltige Entwicklung betont „‘Chefinnen‘-sache“.<sup>99</sup>

Institutionen der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland existieren seit 2001 und sind seit dem kontinuierlich ausdifferenziert worden.<sup>100</sup> So etwa wurden zur inländischen Umsetzung der Agenda 2030 eine Reihe neuer Gremien geschaffen, bzw. miteinander in Beziehung gesetzt, die im sogenannten Nachhaltigkeitsmanagementkonzept festgehalten sind. Neben dem bereits erwähnten *Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung* zählt hierzu etwa der bereits seit 2004 existierende *parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung*. Dieser prüft die Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung von Gesetzen und Verordnungen.<sup>101</sup> Eine wichtige Rolle nimmt auch der *Rat für nachhaltige Entwicklung* ein, ein Gremium auf persönliche Benennung der Bundeskanzlerin, das als Beraterin für die Bundesregierung und als zivilgesellschaftliche Dialogakteurin zu Nachhaltigkeitsthemen fungiert.<sup>102</sup> Zusätzlich gibt es einen *interministeriellen Arbeitskreis zu Nachhaltigkeitsindikatoren*, ein jährliches Dialogformat mit der Zivilgesellschaft – *Forum Nachhaltigkeit* – sowie die 2017 neu eingerichtete Wissenschaftsplattform

---

96 o.A., „Nebel vereint Hilfsorganisationen“, *Süddeutsche Zeitung*, 16.12.2010.

97 Deutscher Bundestag, *Drucksache 19/6967*, 5.

98 Ebd., 10.

99 Bundesregierung, *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016*, 13.

100 Rat für Nachhaltige Entwicklung, *Deutsche Nachhaltigkeits-Architektur und SDGs* (Berlin, 26.05.2015), 10.

101 Bundesregierung, *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016*, 14.

102 Bundesregierung, *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018*, 26.

*Nachhaltigkeit 2030*. Es zeigt sich also mit dem Nachhaltigkeitsmanagementkonzept ein komplexes Institutionennetzwerk, das für die inländische Umsetzung der Agenda 2030 ausgebaut wurde. Allerdings ist es kein Institutionennetzwerk des Entwicklungs-, sondern des Nachhaltigkeitsdispositivs.

Gestützt vom bereits beschriebenen Nachhaltigkeitsdiskurs ergibt sich mit dem Nachhaltigkeitsmanagementsystem ein Netzwerk aus „Verfahren, Gremien und Instrumente[n, die] gewährleisten [sollen], dass das Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung in der Regierungsarbeit zur Anwendung kommt“<sup>103</sup> und das hier als Nachhaltigkeitsdispositiv verstanden wird.

## 5. Konklusion

In diesem Beitrag wurde die Entwicklungspolitik Deutschlands als Dispositiv betrachtet. Damit wurde zum einen ein methodologischer, zum anderen ein epistemologischer Mehrwert intendiert.

Auf methodologischer Ebene sollte hiermit die Dispositivanalyse als poststrukturalistisches Analysewerkzeug gestärkt werden. Das Dispositiv – in seiner Rezeption dem Diskurs weit hinterherhinkend – erweitert doch das Diskurskonzept um jene Elemente, die ihm stets als fehlend angehaftet wurden. Jedoch ist die Dispositivanalyse wenig vermethodisiert und es wurden bislang kaum Dispositivanalysen in der Politikwissenschaft vorgenommen. Mit diesem Beitrag lege ich einen Vorschlag vor, wie Politikfelder als Dispositiv in einem Dreischritt aus Diskurs-Praktiken-Institutionen analysiert werden können.

Auf epistemologischer Ebene soll diese Analyse einen Beitrag dazu leisten, Veränderungen in Politikfeldern vor dem Hintergrund von Formationsregeln zu verstehen und somit Veränderungsprozesse besser konzeptualisieren zu können.

Das Entwicklungdispositiv als neue Denk- und Handlungsdomäne um den Nodalpunkt *Unterentwicklung* herum konstituierte sich als strategische Antwort auf die gesellschaftliche Not-situation nach 1945, als die globalen Nord-Süd-Beziehungen neu formiert werden mussten. Innerhalb dieses Dispositivs können Aussagen, sowie die sich daraus materialisierenden Praktiken und Institutionen, nur auf Basis bestimmter Formationsregeln hervorgebracht werden. Ob das so entstehende Dispositiv irgendwann auch wieder aufgelöst oder gebrochen werden könnte, war Erkenntnisinteresse der diesem Beitrag zu Grunde liegenden Fragestellung. Konkret wurde untersucht, ob durch den Universalitätsanspruch der Agenda 2030 Deutschland nun auch *als Entwicklungsland* denkbar und praktizierbar sei. Hierzu wurde eine Analyse des *Entwicklungsdiskurses* und der damit verbundenen *Praktiken* und *Institutionen* seit Einführung der

---

103 Bundesregierung, *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016*, 6.

Agenda 2030 in Deutschland durchgeführt. Diese Analysen – zusammen die Dispositivanalyse ergebend – konnten die Hypothese nicht bestätigen:

*Deutschland als Entwicklungsland* wird zwar als Wortmarke von Entwicklungsminister Müller genutzt, jedoch lässt der Entwicklungsdiskurs keine systematischen Aussagen zu Deutschland als unterentwickelt oder defizitär zu. Deutschland wird als vorreitendes Industrieland verstanden, das anderen Ländern bei ihrer Entwicklung hilft. Praktiken der Entwicklungspolitik werden nicht auf Deutschland angewandt und die institutionelle Auswirkung der Agenda 2030 auf das BMZ fiel klein aus, vor allem im Vergleich zu vorherigen institutionellen Veränderungen.

Es lässt sich also im Rahmen der Hypothese kein Bruch im Dualismus des Entwicklungsdispositivs feststellen. Stattdessen zeigt sich, dass durch die Agenda 2030 ein anderes Dispositiv bespielt wird. Nicht im Entwicklungs-, sondern im Nachhaltigkeitsdispositiv wird die inländische Umsetzung der Agenda konzeptualisiert. Das Umsetzungsdokument der Agenda 2030 für Deutschland heißt „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“. Darin ist ein Nachhaltigkeitsmanagementkonzept festgeschrieben, welches Gremien der *Nachhaltigkeit* schafft bzw. ausbaut. Das Dispositiv der Nachhaltigkeit formiert sich um den Knotenpunkt der *Zukunftsfähigkeit*. Allerdings gibt es bislang keine Studie, die die dem Nachhaltigkeitsdiskurs unterliegenden Formationsregeln vollständig analysiert, oder die die mit der Agenda 2030 Einzug haltenden Veränderungen systematisch in Diskurs, Praktiken und Institutionen untersucht. Eine solche Studie könnte den hier vorliegenden Beitrag komplementieren und so ein ganzheitlicheres Verständnis der Veränderungen durch die Agenda 2030 in Deutschland zeugen.

Neben diesem Forschungsdesiderat zeigt die vorgenommene Dispositivanalyse deutlich: Das deutsche Entwicklungsdispositiv hat zunächst auch die Einführung der Agenda 2030 überstanden und der dualistische Entwicklungsdiskurs bleibt intakt. Der Anspruch der Agenda 2030, dass Entwicklungsziele nun *universell*, also für alle Länder – auch Deutschland – gelten, wird in Deutschland vor allem innerhalb eines Nachhaltigkeitsdispositivs umgesetzt. Das Entwicklungsdispositiv bleibt so vom Universalitätsanspruch unberührt. Jedoch bleibt abzuwarten, wie lange dies noch so bleiben wird. Die vorgelegte Dispositivanalyse hat bereits gezeigt, dass in den Jahren 2018 und 2019 mehr Aussagen zum Handlungsdruck auf Deutschland getätigt wurden als in den Jahren zuvor. Falls sich dieser Trend verstetigt, und das Bild von Deutschland als entwickeltes Land mehr und mehr ins Wanken gerät, könnte das die Formationsregeln des Entwicklungsdispositivs vielleicht doch noch bis zum Auslaufen der Agenda 2030 aushöhlen.

## Literatur

- Bennett, Tony & Patrick Joyce. *Material Powers. Cultural Studies, History and the Material Turn*. Hoboken: Taylor and Francis (CRESC), 2013.
- BMEL. *Mit Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung. Strategien für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume*. Berlin: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2019.
- BMZ. *Zukunftscharta. EINEWELT - Unsere Verantwortung*. Bonn/Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2015.
- BMZ. *Zukunftskongress. Unsere Welt 2030 - aus der Zukunft lernen!* Bonn/Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2016.
- BMZ. *Der Zukunftsvertrag für die Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Bonn/Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2017.
- BMZ. *Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik. 15. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung*. Bonn/Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2017.
- BMZ. *Unsere Welt 2030. Aus der Zukunft lernen*. Bonn/Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2017.
- BMZ. *Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik. Ressortbericht zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs*. Bonn/Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2018.
- Bodemer, Klaus „Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland.“ In: Franz Nuscheler (Hg.): *Dritte Welt-Forschung: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik*, S. 278- 307. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1985.
- Bohnet, Michael. *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Erfolge, Misserfolge, Zeitzeugen, Herausforderungen. 2.*, überarbeitete und erweiterte Auflage. München: UVK Verlag, 2019.
- Brühl, Tanja. „Die Zusammenführung von Entwicklungs- und Umweltagenda. Hat sie nur Vorteile?“ In: Tobias Debiel (Hg.): *Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler*, S. 17–21. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, 2018.
- Bührmann, Andrea D. & Werner Schneider. „Mehr als nur diskursive Praxis? Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse.“ *Historical Social Research* 33, Nr. 1 (2008): S. 108-141.
- Bührmann, Andrea D. „Der Diskurs als Diskursgegenstand im Horizont der kritischen Ontologie der Gegenwart.“ In: Hannelore Bublitz, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andrea Seier (Hg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, S. 49–62. Frankfurt/Main: Campus, 1999.

- Bundesregierung. *Bericht der Bundesregierung zum High-Level Political Forum on Sustainable Development 2016*. Berlin, 2016.
- Bundesregierung. *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*. Neuauflage 2016 (Stand: 01.10.2016, Kabinettsbeschluss 11.01.2017). Berlin, 2017.
- Bundesregierung. *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*. Aktualisierung 2018. Berlin, 2018.
- Cowen, Michael P. & Robert W. Shenton. "The invention of development." In: Jonathan Crush (Hg.): *Power of development*, S. 27–43. London: Routledge, 1996.
- Cowen, Michael P. & Robert W. Shenton. *Doctrines of development*. London: Routledge, 2004.
- Debiel, Tobias. „Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Zur Einführung.“ In: Tobias Debiel (Hg.): *Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler*, S. 5–16. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, 2018.
- Deutscher Bundestag. „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 1 – Armut in allen Formen und überall beenden – auch in Deutschland‘.“ *Drucksache 18/8981*. Berlin, 29.06.2016.
- Deutscher Bundestag. „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Umsetzung des Sustainable Development Goal 12 – Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen‘.“ *Drucksache 18/9368*. Berlin, 09.08.2016.
- Deutscher Bundestag. „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Umsetzung des Sustainable Development Goal 12 – Nachhaltiger Konsum, Unternehmensverantwortung in der Lieferkette und Verbraucheraspekte‘.“ *Drucksache 18/9367*. Berlin, 09.08.2016.
- Deutscher Bundestag. „Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage ‚Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele in, durch und mit Deutschland‘.“ *Drucksache 19/13352*. Berlin, 19.09.2019.
- Deutscher Bundestag. „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Nachverfolgung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch den Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamts mit Augenmerk auf Indikatoren mit negativem Trend‘.“ *Drucksache 19/10096*. Berlin, 10.05.2019.
- Deutscher Bundestag. „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage ‚Transformation durch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Global Compact for Migration‘.“ *Drucksache 19/6967*. Berlin, 14.01.2019.
- Diaz-Bone, Rainer. „Probleme und Strategien der Operationalisierung des Diskursmodells im Anschluß an Michel Foucault.“ In: Hannelore Bublitz, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andrea Seier (Hg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, S. 119–132. Frankfurt/Main: Campus, 1999.
- Diaz-Bone, Rainer. „Die französische Epistemologie und ihre Revisionen. Zur Rekonstruktion des methodologischen Standortes der Foucaultschen Diskursanalyse.“ *Historical Social Research*, 33, Nr. 1 (2008): S. 29–72.

- Diaz-Bone, Rainer & Ronald Hartz (Hg.). *Dispositive und Ökonomie. Diskurs- und dispositiv-analytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*. Wiesbaden: Springer VS (Interdisziplinäre Diskursforschung), 2017.
- Diaz-Bone, Rainer & Gertraude Krell (Hg.). *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*. 2., durchgesehene Auflage. Wiesbaden: Springer VS (Interdisziplinäre Diskursforschung), 2015.
- Eblinghaus, Helga & Armin Stickler. *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development: mit einer Dokumentation der Debatte um die Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘*. 3. Auflage. Frankfurt/Main: IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1998.
- Escobar, Arturo. "Power and visibility. Development and the invention and management of the Third World." In: *Cultural Anthropology*, 3, Nr. 4 (1988): S. 428–443.
- Escobar, Arturo. *Encountering development. The making and unmaking of the Third World*. Princeton N.J.: Princeton University Press (Princeton studies in culture/power/history), 2012 (1995).
- Esteva, Gustavo. "Development." In: Wolfgang Sachs (Hg.): *The Development Dictionary: A Guide to Knowledge as Power*, S. 6–25. London: Zed Books, 1992.
- Esteva, Gustavo, Salvatore J. Babones & Philipp Babczyk. *The future of global development. A radical manifesto*. Bristol: Policy Press, 2013.
- Fischer, Cecilia & Imme Scholz. *Universelle Verantwortung: die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer*. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Discussion paper 2015/12).
- Foucault, Michel. *Archäologie des Wissens*. Frankfurt/Main: Suhrkamp (Theorie), 1973.
- Foucault, Michel. *Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin*. Berlin: Merve, 1976.
- Foucault, Michel. *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve, 1978.
- Foucault, Michel. *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1983.
- Foucault, Michel. "Politics and the Study of Discourse." In: Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller (Hg.): *The Foucault effect. Studies in governmentality; with two lectures by and an interview with Michel Foucault*, S. 53–72. Chicago: University of Chicago Press, 1991.
- Foucault, Michel. "Das Spiel des Michel Foucault." In: Michel Foucault, Daniel Defert und Francois Ewald (Hg.): *Schriften. In vier Bänden - Dits et écrits*, Bd. 3 (#206), S. 391–429. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003.
- Germanwatch & GTZ (Hg.). „Entwicklungspolitik für Deutschland: Was haben Entwicklungsfachleute der eigenen Gesellschaft zu bieten? Dokumentation eines Workshops. Eschborn, 16./17. Juni 1994.“ In: Uwe Holtz & Eckhard Deutscher (Hg.): *Die Zukunft*

- der Entwicklungspolitik. Konzeptionen aus der entwicklungspolitischen Praxis.* Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung. Bonn: DSE Zentralstelle für Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation, 1995.
- Glagow, Manfred. „Wider das ökonomische Mißverständnis - zur Funktion von Entwicklungspolitik.“ In: Manfred Glagow (Hg.): *Deutsche Entwicklungspolitik. Aspekte und Probleme ihrer Entscheidungsstruktur; Beiträge in Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt Handlungsbedingungen und Handlungsspielräume für Entwicklungspolitik*, S. 21–36. Saarbrücken: Breitenbach (Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, 19), 1983.
- Glagow, Manfred, Roland Hartmann, Ulrike Menne, Renate Polvogt & Uwe Schimank. „‘verselbstständigte Verwaltungseinheiten‘ in der deutschen Entwicklungspolitik.“ In: Manfred Glagow (Hg.): *Deutsche Entwicklungspolitik. Aspekte und Probleme ihrer Entscheidungsstruktur; Beiträge in Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt Handlungsbedingungen und Handlungsspielräume für Entwicklungspolitik*, S. 179–197. Saarbrücken: Breitenbach (Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, 19), 1983.
- Jäger, Margarete & Siegfried Jäger. *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- Jäger, Siegfried. „Einen Königsweg gibt es nicht. Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen.“ In: Hannelore Bublitz, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andrea Seier (Hg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, S. 136–147. Frankfurt/Main: Campus, 1999.
- Jäger, Siegfried. „Discourse and knowledge: theoretical and methodological aspects of a critical discourse and dispositive analysis.“ In: Ruth Wodak (Hg.): *Methods of critical discourse analysis*, S. 32–62. London [u.a.]: Sage (Introducing qualitative methods), 2001.
- Jäger, Siegfried. „Dispositiv.“ In: Marcus S. Kleiner: *Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken*, S. 72–89. Frankfurt/Main: Campus, 2001.
- Jäger, Siegfried. *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung.* 7., vollst. überarb. Auflage Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 3), 2015.
- Jørgensen, Marianne & Louise J. Phillips. *Discourse analysis as theory and method.* London [u.a.]: Sage, 2002.
- Keller, Reiner. *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
- Keller, Reiner. „Diskurse und Dispositive analysieren. Die wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung.“ In: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 33, Nr. 123 (2008): S. 73–107.
- Kößler, Reinhart. *Entwicklung.* Münster: Westfälisches Dampfboot, 1998.
- Kreiner, Paul. „Deutschland, das Entwicklungsland.“ *Sächsische Zeitung*, 10.07.2018. Online verfügbar unter [HTTPS://WWW.SAECHSISCHE.DE/DEUTSCHLAND-DAS-ENTWICKLUNGS- LAND-3973439.HTML](https://www.saechsische.de/deutschland-das-entwicklungsland-3973439.html), zuletzt geprüft am 03.10.2019.



- Kroll, Christian. *Sustainable Development Goals: Are the rich countries ready?* Güsterloh: Bertelsmann-Stiftung, 2015.
- Laclau, Ernesto & Chantal Mouffe. *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 3. Auflage. Wien: Passagen Verlag, 2006 (1985).
- Link, Jürgen. „kultuRRevolution–ein notwendiges Konzept.“ In: *DISS-Journal. Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach-und Sozialforschung*, Nr. 14 (2005): S. 17–18.
- Lorey, Isabell. „Macht und Diskurs bei Foucault.“ In: Hannelore Bublitz, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andrea Seier (Hg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, S. 87–96. Frankfurt/Main: Campus, 1999.
- Martens, Jens. „Zielkonflikte und Widersprüche bei der Umsetzung der SDGs. Wer hat die Gestaltungsmacht über die globale Nachhaltigkeitsagenda?“ In: Tobias Deibel (Hg.): *Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler*, S. 117–124. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, 2018.
- Meyer, Michael. “Between theory, method, and politics: positioning of the approaches to CDA.” In: Ruth Wodak (Hg.): *Methods of critical discourse analysis*, S. 14–32. London [u.a.]: Sage, 2001.
- Mühle, Günther. „Entwicklung.“ In: Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 2, S. 550–560. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (1972).
- Müller, Gerd. „Auch Deutschland ist ein Entwicklungsland.“ Interview mit Alexandra Endres & Christiane Grefe. *ZEIT-ONLINE*, 23.09.2015. Online verfügbar unter [HTTPS://TINYURL.COM/3E42C4Z4](https://tinyurl.com/3E42C4Z4) ([HTTPS://WWW.ZEIT.DE/WIRTSCHAFT/2015-09/BUNDESENTWICKLUNGSMINISTER-GERD-MUELLER-UN-NACHHALTIGKEITSZIELE](https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/bundesentwicklung-minister-gerd-mueller-un-nachhaltigkeitsziele)), zuletzt geprüft am 03.10.2019.
- Müller, Gerd. „Rede von Bundesminister Dr. Gerd Müller auf der BMUB-Konferenz ‚Wohin steuern wir die Erde? – Neue Ziele für eine nachhaltigere Entwicklung weltweit‘.“ Berlin, 05.05.2015. [HTTPS://TINYURL.COM/ZKY3BFHS](https://tinyurl.com/zky3bfhs) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2015/MAI/20150505\\_REDE\\_WOHIN-STEUERN-WIR-DIE-ERDE.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2015/mai/20150505_rede_wohin-steuern-wir-die-erde.html)), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und global nachhaltige Entwicklung. Rede von Bundesminister Gerd Müller bei der 16. Jahrestagung des Rates für Nachhaltige Entwicklung.“ Berlin, Mai 2016. [HTTPS://TINYURL.COM/282HZ9Y5](https://tinyurl.com/282hz9y5) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2016/MAI/160531\\_REDE\\_RAT\\_NACHHALTIGE\\_ENTWICKLUNG.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2016/mai/160531_rede_rat_nachhaltige_entwicklung.html)), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Entwicklungspolitik ist die neue globale Zukunftspolitik! Gastbeitrag von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller.“ *Handelsblatt*, 13.09.2016. [HTTPS://TINYURL.COM/48WM5USA](https://tinyurl.com/48wm5usa) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2016/SEPTEMBER/160913\\_BEITRAG\\_HANDELSBLATT.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2016/september/160913_beitrag_handelsblatt.html)), zuletzt geprüft am 10.06.2019.

- Müller, Gerd. „Deutschland ist ein Entwicklungsland.“ Interview von Stefan Tomik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.07.2017. [HTTPS://TINYURL.COM/FWTR4CWR](https://tinyurl.com/fwtr4cwr) ([HTTPS://WWW.FAZ.NET/AKTUELL/G-20-GIPFEL/ENTWICKLUNGSMINISTER-MUELLER-DEUTSCHLAND-IST-EIN-ENTWICKLUNGS-15092705.HTML](https://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/entwicklungsmminister-mueller-deutschland-ist-ein-entwicklungsland-15092705.html)), zuletzt geprüft am 03.10.2019.
- Müller, Gerd. „Die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit, Afrika und G20. Rede von Bundesminister Gerd Müller bei der 17. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung.“ Berlin, 29.05.2017. [HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2017/MAI/170529\\_REDE\\_ZUKUNFT\\_EZ.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2017/mai/170529_rede_zukunft_ez.html), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik. Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zum 15. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung.“ Deutscher Bundestag, 26.04.2017. [HTTPS://TINYURL.COM/3DF4YZR9](https://tinyurl.com/3df4y9r9) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2017/APRIL/170426\\_REDE\\_BUNDESTAG\\_ENTWICKLUNGSPOLITISCHER\\_BERICHT.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2017/april/170426_rede_bundestag_entwicklungspolitischer_bericht.html)), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Rede von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller zum 15. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung.“ Deutscher Bundestag, 18.05.2017. [HTTPS://TINYURL.COM/29T3F2MZ](https://tinyurl.com/29t3f2mz) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2017/MAI/170518\\_REDE\\_BUNDESTAG\\_ENTWICKLUNGSPOLITISCHER\\_BERICHT.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2017/mai/170518_rede_bundestag_entwicklungspolitischer_bericht.html)), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller bei der Aussprache zur Regierungserklärung zum Thema Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.“ Deutscher Bundestag, 21.03.2018. [HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2018/MAERZ/180321\\_REDE\\_BUNDESTAG.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2018/maerz/180321_rede_bundestag.html), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Schluss mit unserem Kolonialismus! Gastkommentar von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller.“ *Wirtschaftswoche*, Januar 2018. [HTTPS://TINYURL.COM/VU9V4U7H](https://tinyurl.com/vu9v4u7h) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2018/JANUAR/180119\\_GASTBEITRAG\\_WIRTSCHAFTSWOCHE.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2018/januar/180119_gastbeitrag_wirtschaftswoche.html)), zuletzt geprüft am 10.06.2019.
- Müller, Gerd. „Innovationen für die Finanzierung von nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz. Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller im Rahmen des UN-Klimagipfels.“ New York, 23.09.2019. [HTTPS://TINYURL.COM/52BEU3HW](https://tinyurl.com/52beu3hw) ([HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2019/SEPTEMBER/190923\\_REDE\\_RAHMEN\\_KLIMAGIPFEL.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2019/september/190923_rede_rahmen_klimagipfel.html)), zuletzt geprüft am 17.10.2019.
- Müller, Gerd. „Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller beim ersten Nationalen High-Level Political Forum (HLPP).“ Berlin, 19.06.2019. [HTTPS://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2019/JUNI/190619\\_REDE\\_HLPP.HTML](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2019/juni/190619_rede_hlpp.html), zuletzt geprüft am 17.10.2019.

- Müller, Gerd. „Rede von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zum Haushaltsgesetz 2020.“ Deutscher Bundestag, 11.09.2019. [HTTP://WWW.BMZ.DE/DE/PRESSE/REDEN/MINISTER\\_MUELLER/2019/SEPTEMBER/190911\\_REDE\\_BUNDESTAG.HTML](http://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2019/september/190911_rede_bundestag.html), zuletzt geprüft am 17.10.2019.
- Nisbet, Robert A. *Social change and history. Aspects of the Western theory of development.* Oxford: Oxford University Press, 1969.
- Nuscheler, Franz. *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik.* 7., völlig neu bearb. und aktualisierte Auflage. Bonn: Dietz, 2012.
- Polansky, Martin. „Da sind wir Entwicklungsland. Müllers Pannenreise.“ *Tagesschau*, 10.01.2019. [HTTPS://WWW.TAGESSCHAU.DE/AUSLAND/MUELLER-SAMBIA-101.HTML](https://www.tagesschau.de/ausland/mueller-sambia-101.html), zuletzt geprüft am 03.10.2019.
- Pospisil, Jan. „Der Dispositivcharakter von Entwicklung.“ In: *Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik*, S. 35–88. Bielefeld: transcript Verlag, 2009.
- Procacci, Giovanna. “Social Economy and the Government of Poverty.” In: Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller (Hg.): *The Foucault effect. Studies in governmentality; with two lectures by and an interview with Michel Foucault*, S. 151–168. Chicago: University of Chicago Press, 1991.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung. *Deutsche Nachhaltigkeits-Architektur und SDGs. Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung an Herrn BM Peter Altmaier nach § 1 (2)b RNE-Geschäftsordnung*, 26.05.2015. [HTTPS://WWW.NACHHALTIGKEITSRAT.DE/WP-CONTENT/UPLOADS/MIGRATION/DOCUMENTS/RNE\\_STELLUNGNAHME\\_DEUTSCHE\\_NACHHALTIGKEITS-ARCHITEKTUR\\_UND\\_SDG\\_26-05-2015.PDF](https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/rne_stellungnahme_deutsche_nachhaltigkeits-architektur_und_sdg_26-05-2015.pdf), zuletzt geprüft am 16.04.2021.
- Reisigl, Martin. „Grundzüge der Wiener Kritischen Diskursanalyse.“ In: Reiner Keller (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, S. 459–498. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011.
- Rist, Gilbert. *The history of development. From Western origins to global faith.* 3. Auflage. London: Zed Books, 2008.
- Rostow, Walt W. *The stages of economic growth. A non-communist manifesto.* Cambridge: Cambridge University Press, 1986 (1960).
- Schimank, Uwe. „Das außenpolitische Interorganisationsnetz als Hemmnis einer eigenständigen deutschen Entwicklungspolitik: Heteronomie und Autonomisierungsbestrebungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.“ In: Manfred Glagow (Hg.): *Deutsche Entwicklungspolitik. Aspekte und Probleme ihrer Entscheidungsstruktur; Beiträge in Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt Handlungsbedingungen und Handlungsspielräume für Entwicklungspolitik*, S. 51–86. Saarbrücken: Breitenbach (Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, 19), 1983.

- o.A. „Nebel vereint Hilfsorganisationen.“ *Süddeutsche Zeitung*. [HTTPS://TI-NYURL.COM/57KVZHSE](https://ti-nyurl.com/57kvzhse) ([HTTPS://WWW.SUEDDEUTSCHE.DE/POLITIK/ENTWICKLUNGSHILFE-NIEBEL-VEREINT-HILFSORGANISATIONEN-1.1037080](https://www.sueddeutsche.de/politik/entwicklungshilfe-nibel-vereint-hilfsorganisationen-1.1037080)), zuletzt geprüft am 06.07.2019.
- Timpf, Siegfried. *Das Dispositiv der zukunftsfähigen Entwicklung*. Hamburg: Hochschule für Wirtschaft und Politik (Diss.), 2001.
- United Nations. *Report of the United Nations High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda*. New York: United Nations, 2013.
- United Nations General Assembly. “Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development.” *A/RES/70/1*. New York: United Nations General Assembly, 25.09.2015.
- WCED. *Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. World Commission on Environment and Development*. Oslo: 1987. Online verfügbar unter [HTTPS://SUSTAINABLEDEVELOPMENT.UN.ORG/CONTENT/DOCUMENTS/5987OUR-COMMON-FUTURE.PDF](https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5987our-common-future.pdf), zuletzt geprüft am 08.01.2020.
- Wieland, Wolfgang. „Entwicklung, Evolution.“ In: Reinhart Koselleck, Werner Conze und Otto Brunner (Hg.) *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, S. 199–228. Stuttgart: Klett-Cotta, 1975.
- Wiemann, Jürgen. *Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen*. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (Discussion paper 2008/20).
- Ziai, Aram. „Globale Strukturpolitik oder nachhaltiger Neoliberalismus? Anmerkungen zum Entwicklungsdiskurs des BMZ unter der rot-grünen Bundesregierung.“ In: *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur* 23 Nr. 90/91 (2003), S. 152–170.
- Ziai, Aram. *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007.
- Ziai, Aram (Hg.). *Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie*. Baden-Baden: Nomos, 2014.
- Ziai, Aram. *Development discourse and global history. From colonialism to the sustainable development goals*. London/New York: Routledge, 2016.

# Negotiating Difference in IR – Deliberative Conceptions of Global Justice from a Post-colonial Perspective

*Lea Augenstein*

## 1. Introduction: The Question of Difference<sup>1</sup>

„The subaltern cannot speak.“<sup>2</sup>

Gayatri Spivak’s famous claim is striking and unsettling in many respects as it points to fundamental questions of global justice. This straightforward statement implies that there are people in the global community who are either not allowed or not able – or both – to express their needs, desires, and ideas. Moreover, Spivak’s observation makes us aware that having the formal right to speak may not be enough. Denying persons due regard and a fair hearing can be as unjust as denying them rights<sup>3</sup>. People are excluded on a daily basis through historically evolved – discursive and material – power and knowledge structures. The colonial patterns of relationships continue to have an effect on today’s world, its social and political orders but also its theories and conceptualisations of the world and a “good” life<sup>4</sup>. Thus, it is a question of justice to take the perspective of the oppressed, give them a voice and make them heard, always recognising their difference and particularity. This raises the question of how to deal with difference – different persons embedded within various positionalities and with potentially opposing views – in international politics.

The discipline of International Relations (IR) has traditionally suffered from a failure to deal with cultural differences and a relative incapacity to explore, confront and acknowledge differences<sup>5</sup>. As if Spivak actually was heard, though, there has been a significant turnaround in the philosophical literature on social justice and the politics of difference. In the last 30 years a strand of political philosophy has been emerging, which conceptualises justice as a form of

---

1 A longer version of this paper was published as a GLOBUS Report 3 (ARENA Report 1/19), <https://www.globus.uio.no/publications/reports/2019/globus-report-1-19.html>; 29.03.2021.

2 Gayatri C. Spivak, “Can the Subaltern Speak?,” in *Marxism and the Interpretation of Culture*, ed. Cary Nelson and Lawrence Grossberg (Basingstoke: Macmillan Education LTD, 1988), 308.

3 Erik O. Eriksen, “Three Conceptions of Global Political Justice,” *SSRN Electronic Journal*, 2016, 19; GLOBUS Research Papers 1/2016.

4 Cf. Aram Ziai, “Postkoloniale Studien Und Politikwissenschaft: Komplementäre Defizite, Stand Der Forschung Und Perspektiven,” *Politische Vierteljahresschrift* 53, no. 2 (2012): 293.

5 Naeem Inayatullah and David L. Blaney, *International Relations and the Problem of Difference* (New York: Routledge, 2003), 2.

mutual recognition<sup>6</sup>. Turning away from the ideals of universally agreeable principles (as promoted by cosmopolitan ideas), these authors claim that what justice means is always contested<sup>7</sup> and therefore must be discussed by the people who are affected by a decision. Since moral obligations are founded upon relationships between people, they require reciprocal justification in and through deliberation and political interaction<sup>8</sup>. One of the most important philosophical backgrounds of these very specific approaches of justice as mutual recognition is the discourse theory of Jürgen Habermas highlighting that differences are to be negotiated in a dialogical space in which argumentation free from domination is possible and the voices of the “other” matter in their specific contexts<sup>9</sup>.

However, this is not the end of the story. Against Habermas’ discourse ethics I argue from a postcolonial perspective that conceptions of justice as mutual recognition are still stuck within a more fundamental structure of domination: the structures of Western institutionalised knowledge production<sup>10</sup>. In a way there is a form of overarching cultural power at work, which still operates towards the silencing and subordination of specific subjects even in an “ideal” discursive context. Since discourse ethics embraces a need for consensus I argue that, due to the operating power structures, the consent that will be reached will always be a “Western” consent<sup>11</sup>. Since consensus as an ideal absorbs various viewpoints through the need for *Western* uniformity<sup>12</sup>, I argue that accepting disagreement and letting the other resist my argumentation – however “rational” it may be – is probably the most pure form of recognising the subaltern. Nevertheless, this kind of unconditioned openness towards the voices and identities of others is problematic itself. It raises questions such as: Who should participate in a deliberation? Should

---

6 Charles Taylor, “The Politics of Recognition,” in *Multiculturalism: Examining the Politics of Recognition*, ed. Amy Gutmann (Princeton, NJ: Princeton University Press, 1994); Nancy Fraser and Axel Honneth, eds., *Redistribution or Recognition? A Political-Philosophical Exchange* (London and New York: Verso, 2003); Nancy Fraser, “Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy,” *Social Text* 25/26 (1990); Young, *Justice and the Politics of Difference*; James Tully, “Struggles over Recognition and Distribution,” *Constellations* 7, no. 4 (2000); Eriksen, “Three Conceptions of Global Political Justice”; Simon Thompson, *The Political Theory of Recognition: A Critical Introduction* (Cambridge: Polity Press, 2006).

7 Helene Sjørusen, “Global Justice and Foreign Policy: The Case of the European Union,” *SSRN Electronic Journal*, 2017; *GLOBUS Research Papers* 2/2017.

8 Eriksen, “Three Conceptions of Global Political Justice,” 18–20.

9 Cf. Eriksen, “Three Conceptions of Global Political Justice,” 18–20; Jürgen Habermas, *Theorie Des Kommunikativen Handelns: Zur Kritik Der Funktionalistischen Vernunft*, 1st ed., 2 vols. 1 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981); Jürgen Habermas, *Theorie Des Kommunikativen Handelns: Handlungsrationalität Und Gesellschaftliche Rationalisierung*, 1st ed., 2 vols. 1 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981); Jürgen Habermas, *Erläuterungen Zur Diskursethik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991).

10 Cf. Raka Shome and Radha S. Hegde, “Postcolonial Approaches to Communication: Charting the Terrain, Engaging the Intersections,” *Communication Theory* 12, no. 3 (2002): 251–52.

11 Shome and Hegde, “Postcolonial Approaches to Communication: Charting the Terrain, Engaging the Intersections,” 266.

12 Michael O. Eze, “What Is African Communitarianism? Against Consensus as a Regulative Ideal,” *South African Journal of Philosophy* 27, no. 4 (2008): 386.

every voice have an equal standing?<sup>13</sup>. Or don't we need certain limits, rules or even forms of domination within discourse in order to not give up our moral standards – which are after all the essence of any question of justice – for the sake of recognising and tolerating all possible others? Overall, this paper asks: Can a postcolonial turn save conceptions of justice as mutual recognition?

In this paper I will first introduce Eurocentrism as one of the central approaches of postcolonial theory and argue that it is appropriate to unsettle theories of justice as mutual recognition and their philosophical foundations (2.). In the following section I will apply this perspective to the deliberative discourse theoretical approach of Jürgen Habermas exposing the limitations of the “Western” conceptualisations of community and deliberation on which it is based (3.). I will further argue that a postcolonial understanding of interdependence and subject formation can remedy the shortcomings of traditional conceptualisations of recognition. Finally, I will deal with the central question how to recognise the difference of others without dominating and homogenising them anew through the power effects of our own Western knowledge backgrounds (4). I will conclude that there might be no solution after all besides enduring differences and encountering the other in the most humane way possible while acknowledging that this approach must necessarily remain incomplete (5).

## **2. Bringing Eurocentrism In – Revisiting Power and Knowledge in Postcolonial Theory**

I argue that a postcolonial perspective offers the most appropriate tools to adjust the main shortcomings of contemporary theories of justice as mutual recognition. The term “tools” is appropriate here, since Postcolonialism does not immediately provide a consistent and unified theoretical approach shaped by one specific philosophical tradition<sup>14</sup>. Rather, the “postcolonial” must be understood as both, a cultural phenomenon, which one can study, and an intellectual and political project aimed at redoing and rewriting historically evolved knowledge structures<sup>15</sup>.

---

13 Cf. Nick Rengger and Mark Hoffman, “Modernity, Postmodernism and International Relations,” in *Postmodernism and the Social Sciences*, ed. Joe Doherty, Elspeth Graham and Mo Malek (New York: Palgrave Macmillan, 1992), 141.

14 Robert J. C. Young, “Postcolonial Remains,” *New Literary History* 43, no. 1 (2012): 20.

15 Shome and Hegde, “Postcolonial Approaches to Communication: Charting the Terrain, Engaging the Intersections,” 249–50.

However, instead of a theory of knowledge, postcolonial studies is mainly a “theoretical practice” with the aim to transform knowledge<sup>16</sup>. Knowledge shall become a force in itself, an activist intervention<sup>17</sup>.

One of the most prevalent strands of postcolonial theory in IR is the critique of naturalised accounts of Europe, which typically exclude the views and conceptions of non-European others<sup>18</sup>. Starting point of these critiques is the observation that Eurocentrism survived European colonialism<sup>19</sup>. What is challenged is the assumption that all “modern” and therefore “valuable” political developments have originated from Europe, which obscures political agency and claims for rights that came from elsewhere<sup>20</sup>. These constructions have consequences for Europe’s interactions with others. In this vein Edward Said ones famously stated that the West was able to define itself through constructing the Orient as its contrasting idea, personality and experience<sup>21</sup>. Said’s Orientalism is a mindset that takes the distinction between “the Orient” and “the Occident” – East and West – for granted<sup>22</sup>.

The described power structures can first and foremost be found in the social sciences itself, since abstract scientific concepts render imperialism invisible<sup>23</sup>. Even the more critical theories of IR like constructivism, neo-gramscianism and poststructuralism are informed by this Eurocentrism<sup>24</sup>. They reproduce Western values and the Western subject as the reference point of world politics and thus shut down alternative arenas of discussing concepts of world order<sup>25</sup>. Social sciences find themselves and their genealogy completely intertwined with the “European intellectual tradition”<sup>26</sup>. However, Dipesh Chakrabarty remarks that there is no easy way to

---

16 Henry Schwarz, “Mission Impossible: Introducing Postcolonial Studies in the US Academy,” in *A Companion to Postcolonial Studies*, ed. Henry Schwarz and Sangeeta Ray (Malden: Blackwell, 2008), 4; Young, “Postcolonial Remains,” 20.

17 Schwarz, “Mission Impossible: Introducing Postcolonial Studies in the US Academy,” 4.

18 See for example Gurminder K. Bhambra, “Postcolonial Europe: Or, Understanding Europe in Times of the Postcolonial,” in *The SAGE Handbook of European Studies*, ed. Chris Rumford (Los Angeles, Calif.: SAGE, 2009); Nora F. Onar and Kalypso Nicolaïdis, “The Decentring Agenda: Europe as a Post-Colonial Power,” *Cooperation and Conflict* 48, no. 2 (2013).

19 Onar and Nicolaïdis, “The Decentring Agenda: Europe as a post-colonial power,” 284.

20 Bhambra, “Postcolonial Europe: Or, Understanding Europe in Times of the Postcolonial,” 79.

21 Edward W. Said, ed., *Orientalism* (New York: Pantheon Books, 1978).

22 Edward W. Said, “Orientalism,” in *The Post-Colonial Studies Reader*, ed. Bill Ashcroft, Gareth Griffiths and Helen Tiffin (London: Routledge, Taylor & Francis Group, 2006), 88.

23 Bhambra, “Postcolonial Europe: Or, Understanding Europe in Times of the Postcolonial,” 80.

24 Franziska Müller, “Von Wissensproduktion, Weltordnung Und "Worldism": Postkoloniale Kritiken Und Dekoloniale Forschungsstrategien in Den Internationalen Beziehungen,” in *Postkoloniale Politikwissenschaft: Theoretische Und Empirische Zugänge*, ed. Aram Ziai (Bielefeld: transcript, 2016), 236.

25 Müller, “Von Wissensproduktion, Weltordnung und "worldism",” 237–39; Meera Sabaratnam, “IR in Dialogue ... But Can We Change the Subjects? A Typology of Decolonising Strategies for the Study of World Politics,” *Millennium: Journal of International Studies* 39, no. 3 (2011): 785.

26 Dipesh Chakrabarty, ed., *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference* (Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 2000), 5–6.



dispense with these universals, since it is through them that modern social sciences address problems of global justice<sup>27</sup>.

The key aim of postcolonial studies is thus to deconstruct European universalism by stressing its particularity from a global perspective<sup>28</sup>. This strategy has been labelled with the catchy term “provincialising”, most famously by Dipesh Chakrabarty<sup>29</sup>. Provincialising

“... is not only about bringing to the fore other histories and experiences, but also about recognizing and deconstructing – and then reconstructing – the scholarly positions that privilege particular narratives without any recognition of the other histories and experiences that have similarly contributed to the constitution of those narratives.”<sup>30</sup>

To provincialise then means to expose power relations of domination by questioning Eurocentric truth claims<sup>31</sup>. These power structures have led to a hierarchical and conditional system of recognition between the European centre and other subaltern parts of the world<sup>32</sup>. Based on Gayatri Spivak, subalterns are those societal groups, which are excluded from the (neo-)colonial system of rule on all levels (international, national, local)<sup>33</sup>. Against this background, Chakrabarty argues that it is important to explore the limitations of European concepts, which stick out as soon as they are applied to non-European contexts<sup>34</sup>. This leads to more plural normative horizons, which are adapted and tailored to our specific lives and their possibilities<sup>35</sup>.

### 3. Exposing the Western Consent

In the last section I have displayed the main assumptions of a postcolonial critique of Eurocentrism in IR. I will now “apply” this perspective and move on to an analysis of how specific conceptualisations of mutual recognition and deliberation lead to the exclusion of particular views and persons – especially subalterns – in ways that fit the interests of Western forms of knowledge production. The philosophical foundations of the deliberative model of recognition are to a large extent based on the accounts of Jürgen Habermas<sup>36</sup>. The classical assumption of

---

27 Chakrabarty, *Provincializing Europe*, 5.

28 Bhambra, “Postcolonial Europe: Or, Understanding Europe in Times of the Postcolonial,” 70.

29 See Chakrabarty, *Provincializing Europe*.

30 Bhambra, “Postcolonial Europe: Or, Understanding Europe in Times of the Postcolonial,” 81.

31 Onar and Nicolaïdis, “The Decentring Agenda: Europe as a post-colonial power,” 286.

32 Onar and Nicolaïdis, “The Decentring Agenda: Europe as a post-colonial power,” 288.

33 Spivak, “Can the Subaltern Speak?”

34 Chakrabarty, *Provincializing Europe*, 20; Sanjay Seth, “Historical Sociology and Postcolonial Theory: Two Strategies for Challenging Eurocentrism,” *International Political Sociology* 3, no. 3 (2009).

35 Chakrabarty, *Provincializing Europe*, 20.

36 Chantal Mouffe, “Deliberative democracy or agonistic pluralism,” *Reihe Politikwissenschaft* 72 (Institut für Höhere Studien, Abteilung Politikwissenschaft, Wien, 2000), 2–3.

Enlightenment thinkers was that the human mind can discover “truth” through the natural disposition of reason<sup>37</sup>. Habermas reframes Immanuel Kant’s reference to a reflecting, solitary, and monologic moral consciousness and focuses instead on moral subjects as part of a community engaging in dialogue<sup>38</sup>. In what follows, I want to illustrate how the specific way the author constructs interaction can lead to problematic results in the realm of international politics.

### 3.1 Jürgen Habermas Searching for Ideal Discursive Conditions

Jürgen Habermas studies social interaction and grounds his critical theory in the intersubjectivity of social and political life<sup>39</sup>. The central aim of the author is the rational justification of morality with a universalistic content<sup>40</sup>. Habermas believes that through the practice of interaction moral-practical learning is possible<sup>41</sup>. Basically, he develops the moral point of view and the use of practical reason in a procedural manner<sup>42</sup>. His aim is to reach an intersubjective approval of the validity of specific utterances as a basis for rational consensus<sup>43</sup>. The author bases his theory of communicative action on the idea that the very nature of language is such that it enables citizens to reach a common understanding<sup>44</sup>. Thus, communication is underpinned by what the author calls “universal rationality structures” and therefore, he identifies emancipatory potential within communication and the norms of discourse itself<sup>45</sup>. This potential finds its theoretical expression in the “ideal speech situation”, a deliberative construct, in which conversation works without exogenous factors impeding the “force of the better argument”<sup>46</sup>.

---

37 Seyla Benhabib, *Situating the Self: Gender, Community and Postmodernism in Contemporary Ethics* (Cambridge: Polity Press, 1992), 4.

38 Thomas MacCarthy, “Kantian Constructivism and Reconstructivism: Rawls and Habermas in Dialogue,” *Ethics* 105, no. 1 (1994): 46.

39 Alexander Anievas, “Critical Dialogues: Habermasian Social Theory and International Relations,” *Politics* 25, no. 3 (2005): 136.

40 Jürgen Habermas, *The Inclusion of the Other: Studies in Political Theory* (Cambridge: MIT Press, 1998), 8.

41 Andrew Linklater, *Transformation of Political Community: Ethical Foundations of the Post-Westphalian Era* (Cambridge: Polity Press, 1998), 90–91.

42 Jürgen Habermas, “Reconciliation Through the Public Use of Reason: Remarks on John Rawls Political Liberalism,” *The Journal of Philosophy* 17, no. 3 (1995): 116.

43 Jürgen Habermas, *Moralbewusstsein Und Kommunikatives Handeln*, 5th ed. (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992), 34.

44 Jürgen Habermas, *The Theory of Communicative Action: Vol. 2: The Critique of Functionalist Reason* (Boston, Mass.: Beacon Press, 1987).

45 Anievas, “Critical Dialogues: Habermasian Social Theory and International Relations,” 136.

46 Jürgen Habermas, *The Theory of Communicative Action: Vol. 1: Reason and Rationalization of Society* (Boston, Mass.: Beacon Press, 1984).

Habermas starts by pointing to the cognitive content of moral statements, which lies in the persuasive force of giving reasons<sup>47</sup>. The “obligation” of moral norms presupposes their intersubjective recognition and need for justification<sup>48</sup>. Distancing himself from Kant he aims at a “post-metaphysical level of justification”<sup>49</sup>. Since feelings of trust and sympathy in a society are geared too closely to personal relationships and the local sphere, Habermas asks himself: What can be the basis of solidarity with strangers<sup>50</sup>? The theorist states that there might be something more than pure agent-centred interests, there might be epistemic reasons to abide by a norm<sup>51</sup>.

Norms can claim categorical validity when they are deduced from the perspective of the abstract question: what is equally good for all citizens<sup>52</sup>? The moral point of view in a Habermasian sense is an impartial standpoint that allows the validation of norms on the basis of generalisable common interests of participants<sup>53</sup>. Thus, “the good” can be extended to “the right” in an appropriate manner and justice aligns itself with solidarity<sup>54</sup>.

Following this argumentation, the most significant concept is that of practical reason. Practical reason expresses itself in the universalisability of general interests<sup>55</sup>. Agent-relative ethical reasons find their way into discourse as epistemic contributions with a communicative agreement being the ideal end result<sup>56</sup>. For Habermas, a person’s will is heteronomous, as it is contingent on specific determinations<sup>57</sup>. The will becomes autonomous when the contingent preferences, values and goals of a person are evaluated against norms validated by the moral point of view<sup>58</sup>. Consequently, the situation of a rational discourse is one in which this universalisation test is reflexively applied by all participants of discourse<sup>59</sup>. Against this background, Habermas develops his model of “discourse ethics”. This kind of ethics is based on the assumption that a discursive agreement depends on the non-substitutable positive or negative response of each

---

47 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 3–4.

48 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 3.

49 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 11.

50 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 14.

51 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 16.

52 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 28.

53 Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, 75.

54 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 28–29.

55 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 31.

56 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 31.

57 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 32.

58 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 32.

59 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 33.

participant<sup>60</sup>. Parties of deliberation acknowledge the obligation to defend an assertion in argumentation against all possible future objections<sup>61</sup>. Ethical reasons are allowed in conversations, they shall create a hermeneutic sensitivity for the spectrum of possible contributions, which is sufficient<sup>62</sup>. Moreover, argumentation works through generalised reciprocal perspective-taking, that is participants must be willing and open to the revision of their respective self-understandings and that of others through interpretive “interventions”<sup>63</sup>. Consequently, Habermas’ subjects rely on a particular moral psychology that includes, among others, the will of agents to question their own presumptions and the anticipation that in the course of deliberation all preliminary standpoints will be modified<sup>64</sup>. It should not be predetermined which direction the process of learning will take and, for the better argument to work appropriately, participants must be committed to be moved by it<sup>65</sup>. Under the conditions of discourse freed from external and internal coercion, the rational force of the better argument can operate ideally<sup>66</sup>.

### 3.2 Why the Subject Needs to Resist

#### *The Neglect of Non-Western Ways of Expression*

From the perspective of Eurocentrism discourse ethics promotes a very specific model of a “good society”, one that is basically found within Western democracies and thus Eurocentric<sup>67</sup>. This is potentially totalising, if a dialogic community is established outside the bounds of a liberal democracy<sup>68</sup>. The question arises to what extent discourse ethics can be transferred to other contexts<sup>69</sup>. Therefore, in this section, I will work out how the conceptions of a just deliberation elaborated above are flawed, as they systematically exclude and silence what I and oth-

---

60 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 35.

61 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 37.

62 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 42.

63 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 42–43.

64 Linklater, *Transformation of Political Community*, 92; Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, 35.

65 Linklater, *Transformation of Political Community*, 92; Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, 35.

66 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 44.

67 Anievas, “Critical Dialogues: Habermasian Social Theory and International Relations,” 140.

68 Anievas, “Critical Dialogues: Habermasian Social Theory and International Relations,” 140.

69 Cf. Anievas, “Critical Dialogues: Habermasian Social Theory and International Relations,” 140.

ers have referred to as “the subalterns”. Gayatri Spivak convincingly argues that Western discourse is limited in its ability to interact with different cultural groups<sup>70</sup>. The Western intellectual both sets the limits of discourse and expels the non-discourse<sup>71</sup>. Against Habermas’ assumption, not all culturally different groups speak the same language of “identity”<sup>72</sup>. Consequently, Jay Maggio calls for opening up the ways of listening and understanding<sup>73</sup>. For example the “conduct” of cultures – everyday cultural events or objects – can also be an important way to communicate with the world<sup>74</sup>.

Habermas’ assumption of symmetry in interactions is flawed because the subaltern is always situated in a context of imperial power<sup>75</sup>. The author cannot see this because he cannot escape what Beatrice Hanssen has called “ethical transitivity”<sup>76</sup>.

“Viewed from this perspective, certain unreflective liberal scripts then can be seen to impose a psychological transitivity, according to which the reciprocating other is assumed to mimic the liberal subject’s moral gestures at the imaginary level.”<sup>77</sup>

The Western elite’s narrative of “the repressed” or “the disadvantaged” consistently assumes to “know” the other in order to form a straightforward relationship with it and thus, it becomes an instrument of liberalism<sup>78</sup>. The representation of the other – the “partner” within deliberation – destroys the subaltern’s subjectivity as it is represented in a discourse in which it has no ability to speak<sup>79</sup>. Habermas “stands in” for the disadvantaged as he aims for a more just social collaboration and those excluded are also “embodied” by their representations in the dominant discourse<sup>80</sup>. At that very moment, however, the will of the subaltern is constructed for them.

---

70 Spivak, “Can the Subaltern Speak?”

71 Jay Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” *Alternatives* 32, no. 4 (2007): 420.

72 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 421.

73 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 421.

74 Cf. Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 421.

75 Cf. Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 421.

76 Cf. Beatrice Hanssen, *Critique of Violence: Between Poststructuralism and Critical Theory* (London: Routledge, 2000), 202–6.

77 Hanssen, *Critique of Violence*, 202–3.

78 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 420; Vijay Devadas and Brett Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” *Critical Horizons* 3, no. 1 (2002): 93.

79 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 422.

80 Cf. Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 422.

The subaltern is excluded in a second way. The way Kant and his followers construct the subject makes it dependent on a specific form of “culture” for it to be humanised in a proper manner<sup>81</sup>. This subject must be programmed in a way so that it is able to grow a “feeling” for the moral<sup>82</sup>. Moreover, Kant’s position depends on a subject that is able to become a “narrator”<sup>83</sup>. However, there are also people who have not received the programming of a modern society, those who classical liberalists probably would have called the “raw man” or the “uncivilised”<sup>84</sup>. Since they have no culture in this particular way, they are damned to be the not-yet-subject and can never be truly human<sup>85</sup>. The ability to reflective judgment functions as a yardstick for classifying people<sup>86</sup>. The reasonable man of modernity is able to clarify ambiguity and achieve autonomy through aggravating knowledge<sup>87</sup>. Subalterns are expelled by the very definition of a Kantian subject<sup>88</sup>. Against this background every subaltern who participates in dialogue runs the risk of becoming what Spivak calls a “native informant”. While being invoked as a sovereign subject within theories of justice as mutual recognition, the placement of this subject within Western discursive structures enables the Western non-subalterns to read “concrete experiences” of subalterns as rationales for globalisation and global capitalism<sup>89</sup>.

Much goes back to the problem that every interaction is in fact a transaction that presupposes an act of translation on both sides<sup>90</sup>. If an audience refuses to hear and understand, though, no speech is possible<sup>91</sup>. Modern theories of philosophy and IR are biased towards concrete “action” and active speaking<sup>92</sup>. According to Habermas, all subjects capable of action, speech and of

---

81 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 425; Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 75.

82 Gayatri Chakravorty Spivak, *A Critique of Postcolonial Reason: Toward a History of the Vanishing Present* (Cambridge: Harvard University Press, 1999), 12–14.

83 Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 75.

84 Cf. Spivak, *A Critique of Postcolonial Reason*, 12–14; Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 76.

85 Spivak, *A Critique of Postcolonial Reason*, 12–14.

86 Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 76.

87 Richard K. Ashley and R. B. J. Walker, “Introduction: Speaking the Language of Exile: Dissident Thought in International Studies,” *International Studies Quarterly* 34 (1990): 261–62.

88 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 426.

89 Jill Didur and Teresa Heffernan, “Revisiting the Subaltern in the New Empire,” *Cultural Studies* 17, no. 1 (2003): 6.

90 Cf. Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 430.

91 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 430.

92 Cf. Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?”: Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 430.

making relevant contributions are legitimate participants of deliberation<sup>93</sup>. The question arises who decides what is “relevant” and what does speech and action mean in this context? The dialogues Habermas imagines are based on linguistic representations of knowledge, which represent Western ways of thinking<sup>94</sup>. Even though the Habermasian public sphere is able to include aesthetic affective actions (e.g. banners, guerrilla theatre, cyber-parody or graffiti), these are still very much tailored to the specific modes and workings of Western public spheres and their systems of language and signification<sup>95</sup>. These are barely “hard cases” to test Habermas’ conception to the extreme. One could ask for example how the Habermasian public sphere would react to “uncivilised” forms of communication? Or what about demands of different groups to not give reasons for their difference<sup>96</sup> or at least not to offer reasons that are grounded in a specific form of public reason<sup>97</sup>? Spivak probably offers the most radical example with her case of Bhuvanewari Bhaduri who chose suicide as a way of expressing herself, of making the “colonial masters” listen through death<sup>98</sup>.

The question of justice arises, as some experiences are failed to be made meaningful and recognised in dialogue<sup>99</sup>. We must become sensitive for more implied forms of action or even non-action. This task is about seeing an argument in the non-rational and understanding the aesthetic as value assertions<sup>100</sup>.

### *The Need for Non-Identical Reciprocity*

At this point one must ask if, under these conditions, knowledge of the other is possible at all. If we understand interaction as translation, we must be aware of the impossibility to genuinely represent the “original”<sup>101</sup>. Thus, we have to come to terms with the possibility that the subaltern

---

93 Habermas, *The Inclusion of the Other*, 41.

94 Cf. Giles Mohan, “Beyond Participation: Strategies for Deeper Empowerment,” in *Participation: The New Tyranny?*, ed. Bill Cooke and Uma Kothari (London: Zed Books, 2001), 161.

95 Cf. Lincoln Dahlberg, “The Habermasian Public Sphere: Taking Difference Seriously?,” *Theory and Society* 34 (2005): 119.

96 Cf. Partha Chatterjee, “Religious Minorities and the Secular State: Reflections on an Indian Impasse,” *Public Culture* 8, no. 1 (1995): 30.

97 Cf. Duncan Ivison, *Postcolonial Liberalism* (Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2002), 72; cf. Monique Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice* (Ithaca, NY: Cornell University Press, 2000), 171–72.

98 Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 84.

99 Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 87.

100 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?": Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 435.

101 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?": Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 432.

might never be able to speak<sup>102</sup>. The question is how to deal with this dilemma. I argue that there might not be a way out, but a way to improve by altering our attitude towards communication and by changing the way we meet and deal with difference. A first step is to accept that language naturally has an unjust and violent quality, which is not represented in Habermas' calm and clean description of the relation between difference and universality<sup>103</sup>. Even though the substantial outcome of deliberation is principally open, Habermas' pressure for decision generates the need for consensus at some point (even though it is never fixed and open to re-definition) and this necessity sets in motion certain operations of language embedded within social power relations<sup>104</sup>. This is illustrated for example in Lyotard's argument of the incommensurability of language games belonging to different genres of discourse<sup>105</sup>. Attempts to translate one language game into another or "converge" them necessarily entails acts of violence<sup>106</sup>. This circumstance is exacerbated from a postcolonial perspective. If subalterns engage the meta-language of the West, to get entrance at all, they must compete with a multitude of ideas which has been influenced by years of colonial rule<sup>107</sup>. Their defeat is sealed.

Unification is always costly and identification is always violent, since objects do not readily fit into concepts without reminder<sup>108</sup>. As a consequence, every agreement eclipses elements of self and other<sup>109</sup>. However, every encounter between people also involves an initial uncertainty, wonderment, improvisation and ambiguity<sup>110</sup>. The "discovery" of the other reveals both communalities and differences<sup>111</sup>. This uncertainty on the other hand, can open spaces for mutual engagement. Against this background I argue that opposition can be a fruitful strategy of encountering the other as it allows insights to keep their very substance<sup>112</sup>. The pressure of holding us together for the sake of communication as such expels much more communication that is going on, especially non-communication and silence<sup>113</sup>. At the same time, it plays an important role in engendering this silence as a form of resistance, often the only form that is left<sup>114</sup>. If

---

102 Spivak, *A Critique of Postcolonial Reason*, 427.

103 Romand Coles, "Identity and Difference in the Ethical Positions of Adorno and Habermas," in *The Cambridge Companion to Habermas*, ed. Stephen K. White (Cambridge: Cambridge University Press, 1995), 26–28.

104 Coles, "Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas," 35–36.

105 Jean-Francois Lyotard, *The Differend: Phrases in Dispute* (Manchester: Manchester University Press, 1988).

106 Lyotard, *The Differend*, xi, 3-6.

107 Maggio, "'Can the Subaltern Be Heard?': Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak," 431.

108 Theodor Adorno, *Negative Dialectics* (New York: Continuum, 1973), 179.

109 Coles, "Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas," 32.

110 Inayatullah and Blaney, *International Relations and the Problem of Difference*, 8.

111 Inayatullah and Blaney, *International Relations and the Problem of Difference*, 10.

112 Coles, "Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas," 33.

113 Coles, "Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas," 34–35.

114 Coles, "Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas," 34–35.



reciprocity is necessary for understanding, the aim should be nonidentical reciprocity, meaning that subject and object do not necessarily have to converge<sup>115</sup>. This means turning away from the pressure of intersubjectivity and allowing for distance in the process of approaching each other<sup>116</sup>. We should aim to understand the other and treat the ambiguities and doubts emerging within the “contact zone” as resources for self-examination and transgression<sup>117</sup>. What could result from such a method is the invention of representations and finding new parlances for articulating otherness<sup>118</sup>. If the subaltern actually cannot speak then this might be an acceptable way to get an impression of the way they communicate.

### 3.3 Exemplary Case – Conflicting Deliberative Styles in the Hindmarsh Affair

We have seen that Jürgen Habermas requires citizens to justify their views in particular ways based on the norms of neutrality and rationality<sup>119</sup>. These norms can be constraining especially for those who use their comprehensive religious and cultural beliefs to approach political issues, those who use a different “style” of deliberation, often not “public” in the common Western sense<sup>120</sup>. These problems can be exemplified with the “Hindmarsh affair” that had its starting point in 1993 in South Australia<sup>121</sup>. At that time, aboriginal women – the Ngarrindjeri – protested against the government’s plans to build a bridge from the lower River Murray area to Hindmarsh Island<sup>122</sup>. Some areas of the island were conceived as sacred by members of the local community. However, they refused to disclose the reasons for it<sup>123</sup>. Mainly following archaeological and anthropological reports of experts who visited the area, the importance of the island was connected with women’s “knowledge” and “business”, some sites of the island were said to be important for the women’s fertility<sup>124</sup>. The community lived according to norms of secrecy and thus, the Ngarrindjeri claimed that making the causes public would desecrate their

---

115 Coles, “Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas,” 31.

116 Coles, “Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas,” 39.

117 Inayatullah and Blaney, *International Relations and the Problem of Difference*, 11.

118 Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant.”

119 Cf. Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 95.

120 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 95.

121 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 95–96.

122 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 96.

123 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 96.

124 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 96; Robert Tonkinson, “Anthropology and Aboriginal Tradition: The Hindmarsh Island Bridge Affair and the Politics of Interpretation,” *Oceania* 68, no. 1 (1997): 4.

traditions and harm their privacy<sup>125</sup>. According to cultural norms, only these women were allowed to know the mythology and history of the island, men were not<sup>126</sup>.

To solve the issue and evaluate the matter, a Royal Commission was established in 1995<sup>127</sup>. However, many Ngarrindjeri women considered the process of the hearings condescending and offensive and therefore refused to participate, which led to doubts about the legitimacy of the women's claims<sup>128</sup>. Here, the cultural norm of secrecy clashed with liberal requirements as liberal norms were inappropriate to mediate the conflict. On the contrary, they led to greater indignation<sup>129</sup>. In the end, the aboriginal women were even penalised, as the initial ruling declared the building of the bridge could not be stopped unless the women would transparently present their reasons<sup>130</sup>. This is an example that stretches liberal theories of public reason to its limits and beyond. It demonstrates how traditional accounts of deliberation can neither accommodate refusals to give reasons nor deal with forms of expression other than spoken or written words.

Nevertheless, this case must also be treated with caution. Since the preferred way of expression of the Ngarrindjeri was silence and their medium was secrecy, we can never be sure about their real reasons for protest. After all, the initial purpose of the whole investigation was to find out if the women's secret traditions were a "deliberate fabrication" as some dissenting Ngarrindjeri people claimed<sup>131</sup>. Naturally, there could have been other private, economic, or "self-interested" reasons at stake for these women. The expression of words and reasons usually helps to relate to the other and gain a deeper understanding of her actions and motives. This was not possible in this case that depends to a large extent on the interpretation of the events, statements from various parties and the evaluation of scientific assessments<sup>132</sup>. However, I argue that the above explanations represent a plausible version of the story, which is also present in the scientific literature<sup>133</sup>. As Ania Loomba suitably puts it: instances of agency can be read in many different

---

125 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 96.

126 Marcia Langton, "The Hindmarsh Island Bridge Affair: How Aboriginal Women's Religion Became an Administerable Affair," *Australian Feminist Studies* 11, no. 24 (1996): 212.

127 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 96.

128 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 96.

129 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 97.

130 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 97.

131 Tonkinson, "Anthropology and Aboriginal Tradition: The Hindmarsh Island Bridge Affair and the Politics of Interpretation," 1.

132 Cf. Tonkinson, "Anthropology and Aboriginal Tradition: The Hindmarsh Island Bridge Affair and the Politics of Interpretation."

133 Hilary Charlesworth, "'Little Boxes': A Review of the Commonwealth Hindmarsh Island Report," *Aboriginal Law Bulletin* 3, no. 90 (1997); Maureen Tehan, "A Tale of Two Cultures," *Alternative Law Journal* 21, no. 1 (1996).

ways, which all have some “truth”. More important is the dynamic relationship between different readings<sup>134</sup>. The “natural” suspicion these women had to face as an immediate reaction is in my view a clear sign for the validity of my argument.

#### **4. The Powerless in the Power Trap?**

The previous part of this paper has been a call for the embrace of difference within communicative situations. However, can all kinds of differences be tolerated unconditionally without restrictions? Is that even possible if we are all infused with power relations? The answer to these questions is a rather obvious no. The knowledge that fixation is impossible and everything is in a mode of constant change involves us necessarily in the task of judging what might be ethically “better” or “worse”<sup>135</sup>. In order to decide what is desirable and which differences should be tolerated – to have an ethical perspective at all – we need to make choices and all our choices are made from within a specific ethical disposition<sup>136</sup>. This reflects the central dilemma of this paper: how shall we account for the originality and particularity of another when we dominate that very other in a power-infused discourse? I argue that my boundaries – my own moral certitudes – are preferable to those of classical recognition theory because they allow for a more humane conception of difference and recognition.

#### *The Limits of Toleration*

I argue that one way to deal with this predicament lies in a different understanding of identity and responsibility. Due to our radical interdependence with each other and the confusing network of relations in which we are embedded with others, a unidimensional representation of responsibility and agency will never be possible<sup>137</sup>. Based on the thoughts of Emmanuel Levinas, subjectivity – the very possibility of a subject’s being – is an effect of its relation to another<sup>138</sup>. The relational nature of subjectivity entails a responsibility that governs morality<sup>139</sup>. One has to derive a responsibility of being human from an unnamed alterity not from reason<sup>140</sup>. A central criterion for engagement as a modality of being in the world is acting in a way that

---

134 Ania Loomba, *Colonialism/Postcolonialism* (London: Routledge, 1998), 239.

135 Rengger and Hoffman, “Modernity, Postmodernism and International Relations,” 143.

136 David Campbell, *Politics Without Principle: Sovereignty, Ethics, and the Narratives of the Gulf War* (Boulder: Rienner, 1993), 99.

137 Campbell, *Politics without principle*, 84.

138 Campbell, *Politics without principle*, 92.

139 Campbell, *Politics without principle*, 93.

140 Gayatri Chakravorty Spivak, *Imperatives to Reimagine the Planate* (Vienna: Passagen, 1999), 72.

aims at affirming life<sup>141</sup>. The principle element of such an ethos is a struggle for difference, which could lead to a new figuration of politics<sup>142</sup>. However, my argument is not a plea to tolerate the intolerable:

“... the active affirmation of alterity must involve the desire to actively oppose and resist ... those forces that efface, erase, or suppress alterity and its centrality to the economy of humanity.”<sup>143</sup>

What this quote elucidates is that moral positions which suppress the relational and contingent character of identity, like fascism, racism or xenophobia, should not be tolerated<sup>144</sup>. There is a difference between the intolerance of those who deny the norm of toleration in the first place and the intolerance of those who want to inhibit the total denial of toleration, since then the norm would become meaningless<sup>145</sup>. However, there are also less obvious contestable practices, for example when liberal values clash with conservative or nationalist ones and the like<sup>146</sup>. How should we deal with an illiberal dissenter?

The general notion in the scientific literature is that there must be a limit to pluralism and toleration<sup>147</sup>. Chantal Mouffe argues that extreme unreflected pluralism erases power relations and antagonisms that are according to Mouffe natural elements of political interactions<sup>148</sup>. If everything is tolerated there can be no foundation for justice and morality and consequently, there can never be prospects for change. Thus, the literature points to the need of some kind of common denominator, a collective identity or a “we” that is able to articulate claims for justice and against unfair subordination<sup>149</sup>. In fact, we all live with the moral feeling that there is indeed some basic ground that unites all human beings<sup>150</sup>. However, this perception gives rise to a huge dilemma, if we think of the special situatedness of the subaltern described above. Bart Moore-Gilbert expresses it as follows:

---

141 Campbell, *Politics without principle*, 96–97.

142 David Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-Structuralism,” *Millennium: Journal of International Studies* 27, no. 3 (1998): 513.

143 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 514.

144 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 514.

145 Rainer Forst, “The Limits of Toleration,” *Constellations* 11, no. 3 (2004): 313.

146 Cf. Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 514.

147 Chantal Mouffe, “Democracy and Pluralism: A Critique of the Rationalist Approach,” *Cardozo Law Review* 16 (1994): 1535; Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 12; Forst, “The Limits of Toleration”, 313–14.

148 Mouffe, “Democracy and Pluralism: A Critique of the Rationalist Approach,” 1535.

149 Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. Mouffe, “Democracy and Pluralism: A Critique of the Rationalist Approach,” 1535; Forst, “The Limits of Toleration”, 314.

150 Cf. Linklater, *Transformation of Political Community*, 98.

“... the non-subaltern must either maximally respect the Other’s radical alterity, thus leaving the status quo intact, or attempt the impossible feat of “opening up” to the Other without in any way “assimilating” that Other to his/her own subject-position, perspectives or identity.”<sup>151</sup>

While we cannot solve this dilemma, we can try to encounter the other in the most “humane” way possible embracing a re-historicised and re-politicised conception of human freedom and being human that values life<sup>152</sup>.

The central question of democracy has long been: Which are the right values and why? Mouffe and other postmodernists refocus this question to: How can we constitute forms of power that are most compatible with an embrace of difference and the refusal of unfair structures of domination<sup>153</sup>? The fundamental criteria for an ethics based on such an understanding is “playing with as little domination as possible” while accepting that human autonomy will always be embedded within the “analytics of power”<sup>154</sup>. Our common embeddedness within power structures is not just ethically transcendent or universal in a sense<sup>155</sup>. It also reconceptualises the question of responsibility, especially in value conflicts<sup>156</sup>. We are in solidarity to the extent that we are all governed<sup>157</sup>. Substantial aspects of justice – the contents of a decent society – come back into the picture as “cultural closeness” emerges through experiences of co-suffering<sup>158</sup>. This means bringing into dialogue various responses to repression – the joining of “social criticisms” – and on that basis articulating concepts of a tolerable society<sup>159</sup>.

The question of how to deal with difference thus becomes a question of how to understand responsibility. Through recognising our interdependence with problems – our own particular exclusions and forms of domination – our range of (policy) choices increases<sup>160</sup>. As we are always already ethically situated, the judgment of our actions depends on the extent to which we take our mutual interdependencies into account when interacting with one another<sup>161</sup>. As a consequence of this understanding, it is morally valid to support those groups that are aware of their own hybrid identity. In a similar vein, Monique Deveaux proposes to ask if the members

---

151 Bart Moore-Gilbert, *Postcolonial Theory* (London: Verso, 1997), 102.

152 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 506.

153 Cf. Mouffe, “Democracy and Pluralism: A Critique of the Rationalist Approach,” 1536.

154 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 512.

155 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 513.

156 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 513.

157 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 515.

158 Inayatullah and Blaney, *International Relations and the Problem of Difference*, 13.

159 Inayatullah and Blaney, *International Relations and the Problem of Difference*, 13.

160 Campbell, *Politics without principle*, 97–98.

161 Campbell, *Politics without principle*, 93.

of minority groups possess agency rights, that means the opportunity for all members – especially the less powerful ones – to refuse or affirm the ideals and arrangements of the respective groups from within as a concrete criterion<sup>162</sup>.

## 5. Conclusion

Essentially, this paper asked the question of how to deal with difference. Accepting the particularity of others and hearing the voices of those who might disagree with us is matter of justice. But how can we recognise people and groups whose values and beliefs (radically) differ from our own? Answers have been given by theorists that represent conceptions of justice as mutual recognition<sup>163</sup>. However, I have shown that practices of recognition and dialogue are informed by and founded upon specific theoretical assumptions of a just interaction. These assumptions are ingrained in Eurocentrism which leads to detrimental political consequences, especially considering the situation of subaltern groups and individuals. Genuine attempts to “empower” can often unintentionally subject them to modern models of “developed” societies<sup>164</sup>.

Thus, in this paper I have looked at one of the philosophical foundations of mutual recognition pointing out how its specific conceptualisation of interaction and the use of public reason are predisposed to create a Western consent. I have demonstrated that they contain categorical distortions – an epistemological deficit – that systematically excludes subalterns<sup>165</sup>. In the case of Jürgen Habermas’ attempt to ground consensus in an intersubjective procedure of rational justification I have argued from a postcolonial perspective that he fails to recognise that culturally diverging groups speak different languages of “identity”<sup>166</sup>. I have shown that a straightforward relationship with subalterns is not possible. By invoking a sovereign subject programmed by a specific form of “modern culture” able to clarify ambiguity, it becomes possible to master or even expel the difference and particularity of the subaltern. There is no room for “genuine” expression anymore. The interactions Habermas imagines are biased towards “active” speaking based on a Western linguistic systems of representation and adapted to the modes of Western publics<sup>167</sup>. Clearly there are non-active, non-rational or “uncivilised” forms of expression that

---

162 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 12.

163 Deveaux, *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*, 12

164 Heiko Henkel and Roderick Stirrat, “Participation as Spiritual Duty; Empowerment as Secular Subjection,” in *Participation: The New Tyranny?*, ed. Bill Cooke and Uma Kothari (London: Zed Books, 2001), 182.

165 Cf. Benhabib, *Situating the Self*, 13.

166 Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?": Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 421.

167 Cf. Maggio, ““Can the Subaltern Be Heard?": Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak,” 430.

are failed to be made meaningful in dialogue<sup>168</sup>. Moreover, if reciprocity is necessary for understanding, the aim should be non-identical reciprocity, meaning that subject and object do not necessarily have to converge but can keep a productive distance<sup>169</sup>. Following such an approach, the only way to recognise difference is to allow opposition.

If we follow a poststructuralist understanding and comprehend discourses as always infused with power and structures of domination, though, how could we ever approach the subaltern – those who already are at the margins of society – in a just manner? I have argued in line with David Campbell that we must act in ways that affirm life and embrace differences to the most possible extent<sup>170</sup>. The consequent “struggle for difference” opens up new policy choices<sup>171</sup>. We must acknowledge our entanglement in the problems and injustices we try to fight and act accordingly<sup>172</sup>. While interacting with each other, people from different contexts will find spaces to express themselves – to “speak” – in their specific ways. In order to understand each other, though, normalised categories of language, reasonableness, and rationality must fade into the background.

---

168 Devadas and Nicholls, “Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant,” 87.

169 Coles, “Identity and difference in the ethical positions of Adorno and Habermas,” 31.

170 Campbell, *Politics without principle*, 96–97.

171 Campbell, “Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-structuralism,” 513.

172 Campbell, *Politics without principle*, 97–98.

## Literatur

- Adorno, Theodor. *Negative Dialectics*. New York: Continuum, 1973.
- Anievas, Alexander. "Critical Dialogues: Habermasian Social Theory and International Relations." *Politics* 25, no. 3 (2005): 135–43.
- Ashley, Richard K., and R. B. J. Walker. "Introduction: Speaking the Language of Exile: Dissident Thought in International Studies." *International Studies Quarterly* 34 (1990): 259–68.
- Benhabib, Seyla. *Situating the Self: Gender, Community and Postmodernism in Contemporary Ethics*. Cambridge: Polity Press, 1992.
- Bhambra, Gurinder K. "Postcolonial Europe: Or, Understanding Europe in Times of the Postcolonial." In *The SAGE Handbook of European Studies*. Edited by Chris Rumford, 69–86. Los Angeles, Calif.: SAGE, 2009.
- Campbell, David. *Politics Without Principle: Sovereignty, Ethics, and the Narratives of the Gulf War*. Boulder: Rienner, 1993.
- Campbell, David. "Why Fight: Humanitarianism, Principles, and Post-Structuralism." *Millennium: Journal of International Studies* 27, no. 3 (1998): 497–521.
- Chakrabarty, Dipesh, ed. *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 2000.
- Charlesworth, Hilary. "'Little Boxes': A Review of the Commonwealth Hindmarsh Island Report." *Aboriginal Law Bulletin* 3, no. 90 (1997): 19–21.
- Chatterjee, Partha. "Religious Minorities and the Secular State: Reflections on an Indian Impasse." *Public Culture* 8, no. 1 (1995): 11–39.
- Coles, Romand. "Identity and Difference in the Ethical Positions of Adorno and Habermas." In *The Cambridge Companion to Habermas*. Edited by Stephen K. White, 19–45. Cambridge: Cambridge University Press, 1995.
- Dahlberg, Lincoln. "The Habermasian Public Sphere: Taking Difference Seriously?" *Theory and Society* 34 (2005): 111–36.
- Devadas, Vijay, and Brett Nicholls. "Postcolonial Interventions: Gayatri Spivak, Three Wise Men and the Native Informant." *Critical Horizons* 3, no. 1 (2002): 73–101.
- Deveaux, Monique. *Cultural Pluralism and Dilemmas of Justice*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 2000.
- Didur, Jill, and Teresa Heffernan. "Revisiting the Subaltern in the New Empire." *Cultural Studies* 17, no. 1 (2003): 1–15.
- Eriksen, Erik Oddvar. "Three Conceptions of Global Political Justice." *SSRN Electronic Journal*, 2016; GLOBUS Research Papers 1/2016.
- Eze, Michael Onyebuchi. "What Is African Communitarianism? Against Consensus as a Regulative Ideal." *South African Journal of Philosophy* 27, no. 4 (2008): 386–99.
- Forst, Rainer. "The Limits of Toleration." *Constellations* 11, no. 3 (2004): 312–22.
- Fraser, Nancy. "Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy." *Social Text* 25/26 (1990): 56–80.
- Fraser, Nancy, and Axel Honneth, eds. *Redistribution or Recognition? A Political-Philosophical Exchange*. London and New York: Verso, 2003.
- Habermas, Jürgen. *Theorie Des Kommunikativen Handelns: Handlungsrationalität Und Gesellschaftliche Rationalisierung*. 1st ed. 2 vols. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981.



- Habermas, Jürgen. *Theorie Des Kommunikativen Handelns: Zur Kritik Der Funktionalistischen Vernunft*. 1st ed. 2 vols. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981.
- Habermas, Jürgen. *The Theory of Communicative Action: Vol. 1: Reason and Rationalization of Society*. Boston, Mass.: Beacon Press, 1984.
- Habermas, Jürgen. *The Theory of Communicative Action: Vol. 2: The Critique of Functionalist Reason*. Boston, Mass.: Beacon Press, 1987.
- Habermas, Jürgen. *Erläuterungen Zur Diskursethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991.
- Habermas, Jürgen. *Moralbewusstsein Und Kommunikatives Handeln*. 5th ed. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.
- Habermas, Jürgen. "Reconciliation Through the Public Use of Reason: Remarks on John Rawls Political Liberalism." *The Journal of Philosophy* 17, no. 3 (1995): 109–31.
- Habermas, Jürgen. *The Inclusion of the Other: Studies in Political Theory*. Cambridge: MIT Press, 1998.
- Hanssen, Beatrice. *Critique of Violence: Between Poststructuralism and Critical Theory*. London: Routledge, 2000.
- Henkel, Heiko, and Roderick Stirrat. "Participation as Spiritual Duty; Empowerment as Secular Subjection." In *Participation: The New Tyranny?* Edited by Bill Cooke and Uma Kothari, 168–84. London: Zed Books, 2001.
- Inayatullah, Naeem, and David L. Blaney. *International Relations and the Problem of Difference*. New York: Routledge, 2003.
- Iverson, Duncan. *Postcolonial Liberalism*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2002.
- Langton, Marcia. "The Hindmarsh Island Bridge Affair: How Aboriginal Women's Religion Became an Administerable Affair." *Australian Feminist Studies* 11, no. 24 (1996): 211–17.
- Linklater, Andrew. *Transformation of Political Community: Ethical Foundations of the Post-Westphalian Era*. Cambridge: Polity Press, 1998. Accessed May 1, 2018.
- Loomba, Ania. *Colonialism/Postcolonialism*. London: Routledge, 1998.
- Liotard, Jean-Francois. *The Differend: Phrases in Dispute*. Manchester: Manchester University Press, 1988.
- MacCarthy, Thomas. "Kantian Constructivism and Reconstructivism: Rawls and Habermas in Dialogue." *Ethics* 105, no. 1 (1994): 44–63.
- Maggio, Jay. "'Can the Subaltern Be Heard?': Political Theory, Translation, Representation, and Gayatri Chakravorty Spivak." *Alternatives* 32, no. 4 (2007): 419–43.
- Mohan, Giles. "Beyond Participation: Strategies for Deeper Empowerment." In *Participation: The New Tyranny?* Edited by Bill Cooke and Uma Kothari, 153–67. London: Zed Books, 2001.
- Moore-Gilbert, Bart. *Postcolonial Theory*. London: Verso, 1997.
- Mouffe, Chantal. "Democracy and Pluralism: A Critique of the Rationalist Approach." *Cardozo Law Review* 16 (1994): 1533–45.
- Mouffe, Chantal. "Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism." Reihe Politikwissenschaft 72, Institut für Höhere Studien, Abteilung Politikwissenschaft, Wien, 2000.
- Müller, Franziska. "Von Wissensproduktion, Weltordnung Und "Worldism": Postkoloniale Kritiken Und Dekoloniale Forschungsstrategien in Den Internationalen Beziehungen." In *Postkoloniale Politikwissenschaft: Theoretische Und Empirische Zugänge*. Edited by Aram Ziai, 235–54. Bielefeld: transcript, 2016.

- Onar, Nora Fisher, and Kalypso Nicolaïdis. "The Decentring Agenda: Europe as a Post-Colonial Power." *Cooperation and Conflict* 48, no. 2 (2013): 283–303.
- Rengger, Nick, and Hoffman, Mark. "Modernity, Postmodernism and International Relations." In *Postmodernism and the Social Sciences*. Edited by Joe Doherty, Elspeth Graham and Mo Malek, 127–47. New York: Palgrave Macmillan, 1992.
- Sabaratnam, Meera. "IR in Dialogue ... But Can We Change the Subjects? A Typology of Decolonising Strategies for the Study of World Politics." *Millennium: Journal of International Studies* 39, no. 3 (2011): 781–803.
- Said, Edward W., ed. *Orientalism*. New York: Pantheon Books, 1978.
- Said, Edward W. "Orientalism." In *The Post-Colonial Studies Reader*. Edited by Bill Ashcroft, Gareth Griffiths and Helen Tiffin, 87–91. London: Routledge, Taylor & Francis Group, 2006.
- Schwarz, Henry. "Mission Impossible: Introducing Postcolonial Studies in the US Academy." In *A Companion to Postcolonial Studies*. Edited by Henry Schwarz and Sangeeta Ray, 1–20. Malden: Blackwell, 2008.
- Seth, Sanjay. "Historical Sociology and Postcolonial Theory: Two Strategies for Challenging Eurocentrism." *International Political Sociology* 3, no. 3 (2009): 334–38.
- Shome, Raka, and Radha S. Hegde. "Postcolonial Approaches to Communication: Charting the Terrain, Engaging the Intersections." *Communication Theory* 12, no. 3 (2002): 249–70.
- Sjursen, Helene. "Global Justice and Foreign Policy: The Case of the European Union." *SSRN Electronic Journal*, 2017; GLOBUS Research Papers 2/2017.
- Spivak, Gayatri Chakravorty. "Can the Subaltern Speak?" In *Marxism and the Interpretation of Culture*. Edited by Cary Nelson and Lawrence Grossberg, 271–313. Basingstoke: Macmillan Education LTD, 1988.
- Spivak, Gayatri Chakravorty. *A Critique of Postcolonial Reason: Toward a History of the Vanishing Present*. Cambridge: Harvard University Press, 1999.
- Spivak, Gayatri Chakravorty. *Imperatives to Reimagine the Planate*. Vienna: Passagen, 1999.
- Taylor, Charles. "The Politics of Recognition." In *Multiculturalism: Examining the Politics of Recognition*. Edited by Amy Gutmann, 25–73. Princeton, NJ: Princeton University Press, 1994.
- Tehan, Maureen. "A Tale of Two Cultures." *Alternative Law Journal* 21, no. 1 (1996): 10–14.
- Thompson, Simon. *The Political Theory of Recognition: A Critical Introduction*. Cambridge: Polity Press, 2006.
- Tonkinson, Robert. "Anthropology and Aboriginal Tradition: The Hindmarsh Island Bridge Affair and the Politics of Interpretation." *Oceania* 68, no. 1 (1997): 1–26.
- Tully, James. "Struggles over Recognition and Distribution." *Constellations* 7, no. 4 (2000): 469–82.
- Young, Iris Marion. *Justice and the Politics of Difference*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 1990.
- Young, Robert J. C. "Postcolonial Remains." *New Literary History* 43, no. 1 (2012): 19–42.
- Ziai, Aram. "Postkoloniale Studien Und Politikwissenschaft: Komplementäre Defizite, Stand Der Forschung Und Perspektiven." *Politische Vierteljahresschrift* 53, no. 2 (2012): 291–322.

Veröffentlichung des: Center for Global Studies (CGS)  
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

ISSN: 2751-3718

Adresse: Genscherallee 3  
D-53113 Bonn  
Deutschland

Kontakt: Telefon: +49 228 / 73 60271  
E-Mail: [info@cgs-bonn.de](mailto:info@cgs-bonn.de)  
[www.cgs-bonn.de](http://www.cgs-bonn.de)

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Xuewu Gu  
Direktor des Center for Global Studies (CGS)

Veröffentlicht: Mai 2022

